

## Anfang mit Schrecken

SPIEGEL ONLINE

16. September 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 923 words

**Byline:** Anna-Lena Roth

**Highlight:** Abrissreif und menschenunwürdig, so nennt der Flüchtlingsrat Berlin die Asyl-Erstaufnahmestelle im Industriegebiet Spandau. Seit Jahren gibt es Proteste gegen das hoffnungslos überfüllte Heim, Ende des Jahres soll es schließen. Es ist der Anfang von neuen Problemen.

## Body

---

Berlin - Je näher man dem Ort kommt, diesem Flecken im Westen Berlins, desto grauer wird es. Zehn Minuten Fußmarsch sind es von der U-Bahnhaltestelle, durch Industriegebiet, vorbei an Fabrikschornsteinen und brachliegenden Firmengrundstücken. Hier wird gearbeitet, nicht gelebt. Das Ziel, das Gelände in der Motardstraße, ist umzäunt, Wachmänner überprüfen, wer hineingeht in diese Welt, die besteht aus sechs Containerbaracken und ein paar Parkbänken. Es ist ein Ort ohne Poesie.

Und die erste Anlaufstelle für Asylbewerber in Berlin.

Einige Bewohner werden von der Polizei hergebracht, fast alle sprechen kaum Deutsch, konnten den Beamten gerade noch sagen, warum sie in dieses fremde Land gekommen sind: "Asyl". Ein Wort, das nach besserem Leben klingt.

551 Menschen wohnen in der Asyl-Erstaufnahmestelle in der Motardstraße, 213 von ihnen sind Kinder. Ursprünglich hätten dort maximal 400 Flüchtlinge vorübergehend leben sollen, Familienmitgliedern stehen jeweils sechs Quadratmeter zu. Doch in der Not, mit der steigenden Anzahl an Asylbewerbern, wurde in den Containern Platz geschaffen, wo keiner war: Aus Büros wurden Wohnräume, zu drei Betten im Zimmer wurde ein viertes hinzugegestellt. Drei Monate sollten die Asylbewerber maximal dort bleiben, in der Praxis sind es oft deutlich mehr.

So war es nicht geplant. Aber in der Motardstraße läuft schon seit Jahren wenig nach Plan.

Die Anlage sollte ursprünglich zehn Jahre genutzt werden. Mehr als 20 sind es geworden. Der Flüchtlingsrat Berlin protestiert seit Jahren gegen die Unterbringung der Asylbewerber in der Motardstraße. Im Internet wird die Einrichtung als "Ausreisezentrum" bezeichnet - durch die schlechten Lebensbedingungen sollten die Menschen dazu gebracht werden, freiwillig auszureisen, so der Vorwurf.

**Eine Etage, drei Duschen, keine Tür**

## Anfang mit Schrecken

Der Kreisverband Berlin-Mitte der Arbeiterwohlfahrt (Awo) übernahm 1997 den Betrieb der Asyl-Erstaufnahmestelle, sie untersteht dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo). "Der Bedarf an Unterbringungsplätzen hat die ursprüngliche Planung überholt", sagt LAGeSo-Sprecherin Silvia Kostner. Also wurden weiter Flüchtlinge in die Motardstraße geschickt.

In Gebäude, in denen die Deckenplatten herunterkommen; in denen die Flure nach Großstadtunterführung stinken; in denen es pro Etage drei Duschen für Männer und drei für Frauen gibt, mit Plastikvorhängen statt Türen; in denen drei karge Mahlzeiten am Tag 8,21 Euro kosten dürfen; in denen es für Kinder zur Freizeitbeschäftigung geworden ist, mit Feuerlöschern zu spielen.

Abrissreif und menschenunwürdig, so nennt es der Flüchtlingsrat.

Jetzt soll Schluss damit sein. Die Firma Osram hat den Mietvertrag für das Gelände zum Ende des Jahres gekündigt. Doch das ist nur der Anfang von neuen Problemen.

In Berlin werden vom LAGeSo derzeit 6600 Asylbewerber untergebracht, in den vergangenen Wochen hat sich die Zahl stark erhöht. Die Flüchtlinge kommen vor allem aus Tschetschenien und aus Syrien. "Bis zum Jahresende wird Berlin mindestens tausend weitere Plätze benötigen", sagt Kostner. Wo diese Plätze herkommen sollen, ist noch nicht geklärt. Und auch nicht, wohin die knapp 600 Bewohner aus der Motardstraße ziehen sollen.

### **"Sammelunterkünfte sind stigmatisierend"**

Das LAGeSo prüft eigenen Angaben zufolge derzeit mehrere Objekte in der Stadt: Können die Räume kurzfristig und mit geringem finanziellen Aufwand als Schlafplätze hergerichtet werden? Gibt es eine gute Verkehrsanbindung? Ist der Brandschutz gegeben?

Im Herbst soll ein neues Heim in Neukölln gebaut werden, sagt Kostner. Aber dort werden maximal 400 Menschen Platz haben. "Sammelunterkünfte sind stigmatisierend", sagt der Sprecher des Berliner Flüchtlingsrats, Georg Classen. Er will die Asylbewerber am liebsten in Wohnungen unterbringen. Das sei im Endeffekt nicht nur kostengünstiger, sondern beuge auch den Protesten in der Bevölkerung vor. Protesten wie in Berlin-Hellersdorf.

### **Sorge vor rechten Protesten**

Mitte August sind die ersten Flüchtlinge in das neue Asylbewerberheim im Nordwesten der Stadt gezogen, 86 von ihnen wurden aus der Motardstraße in das Plattenbauviertel gebracht. Die Fotos von ihrer Ankunft in der Carola-Neher-Straße gingen um die Welt: Zu sehen waren Anwohner, die rechte Parolen grölten und ihre neuen Nachbarn mit Hitlergruß in Empfang nahmen.

Schon Wochen zuvor hatten Rechte Stimmung gegen das Heim gemacht, unter anderem durch eine vermeintliche Bürgerinitiative. "Hier ist der Verfassungsschutz gefragt", sagt Classen. "Er muss die Öffentlichkeit darüber aufklären, wer genau hinter solchen Initiativen steckt."

Nur ein paar Stunden nach ihrem Einzug in die Carola-Neher-Straße sind sechs Männer wieder zurück nach Spandau geflüchtet, sie haben es in Hellersdorf nicht ausgehalten, sind bespuckt und mit einer Flasche beworfen worden. "Ich bin aus dem Irak geflüchtet, weil ich dort angegriffen wurde. Jetzt erlebe ich das wieder", sagte einer der Männer zu dem Vorsitzenden der Awo-Mitte, Manfred Nowak.

Auch vor dem Heim in der Motardstraße gab es seinen Angaben zufolge schon Proteste. Allerdings nicht von Rechten. Sondern von Flüchtlingsorganisationen, die gegen die Zustände in der Unterkunft demonstrierten.

"Wir freuen uns, dass diese Unterkunft endlich geschlossen wird", sagt Classen. Es sei der einzige Standort in Berlin, den der Flüchtlingsrat ablehne. Doch jetzt müsse das LAGeSo handeln, um neue Unterkünfte zu finden. Schnell.

---

End of Document

## **Migrantenverbände und Glaubensgemeinschaften traurig über Wulff-Rücktritt**

Spiegel Online

17. Februar 2012 Freitag 6:28 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** BUNDESPRÄSIDENTEN-ABGANG

**Length:** 373 words

**Highlight:** Der Rücktritt von Bundespräsident Christian Wulff stößt selbst in Reihen von Schwarz-Gelb auf Zustimmung - mit großem Bedauern haben dagegen **Migrantenverbände** und Glaubensgemeinschaften seine Demission aufgenommen.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,816093,00.html>

### **Body**

---

Berlin - Christian Wulff wird es gerne hören: **Migrantenverbände** und Glaubensgemeinschaften bedauern seinen Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten. Mit seiner Feststellung, dass der Islam ein Teil Deutschlands sei, habe Wulff "den gordischen Knoten der deutschen Einwanderungsgesellschaft" gelöst, erklärte die "Türkisch Islamische Union" (Ditib). "Er war der Präsident, den die **Migranten** und Muslime, aber auch die Mehrheitsgesellschaft brauchten, um Deutschland auf dem Weg zur Einheit voranzubringen."

Der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, zollte Wulff Respekt. "Wir bedauern den Rücktritt von Herrn Wulff, respektieren aber seinen Schritt", sagte Kolat "Handelsblatt Online". Das von Wulff in die politische Debatte eingeführte Thema Integration müsse weiter diskutiert werden. Er hoffe, dass auch Wulffs Nachfolger ähnliche Akzente setzen werde.

Auch der Zentralrat der Juden in Deutschland bedauerte Wulffs Rücktritt. Zentralratschef Dieter Graumann würdigte dessen "konsequentes Eintreten für die Rechte der religiösen Minderheiten und seine besondere Sensibilität im Umgang mit dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte". Wulff habe als Präsident "für ein weltoffenes, junges und dynamisches Deutschland" gestanden, "das seine neue Vielfalt als Bereicherung begreift".

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, zollte Wulff Respekt für die Rücktrittsentscheidung. Diese sei "folgerichtig und auch befreiend", erklärte der Präses. "Dieser für ihn sicher schmerzliche Schritt verschafft ihm die notwendige Freiheit, mit den Vorwürfen und deren Überprüfung angemessen umzugehen." Das Amt des Bundespräsidenten gewinne so "seine Gestaltungsmöglichkeiten zurück", erklärte Schneider.

Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, bezeichnete Wulffs Rücktritt als "wichtigen Schritt zum Schutz seines hohen Amtes und seiner Person". Wulffs Bemühen um den "gesellschaftlichen Zusammenhalt ist für unser Land wichtig gewesen und bleibt bedeutsam", erklärte Zollitsch. Er

## Migrantenverbände und Glaubensgemeinschaften traurig über Wulff-Rücktritt

wünsche Wulff "die Kraft und Unterstützung, die nach den Ereignissen der vergangenen Wochen und der heutigen Entscheidung menschlich nötig sind".

*flo/AFP*

**Load-Date:** February 18, 2012

---

End of Document

[Wir sind "Deutsche plus";  
http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/professoren-mit-  
migrationshintergrund-ihre-herkunft-macht-sie-begehrt-a-930819.html](http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/professoren-mit-migrationshintergrund-ihre-herkunft-macht-sie-begehrt-a-930819.html)

SPIEGEL ONLINE

14. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** UNISPIEGEL / JOB & BERUF

**Length:** 1506 words

**Byline:** Tina Bauer

**Highlight:** Sie bringen internationale Kontakte mit, sprechen mehrere Sprachen und denken global: Doch die Unis nutzen zu selten das Potential von Professoren mit Migrationshintergrund, wie das Hochschulmagazin "duz" analysiert. Erstmals zeigt eine Studie jetzt, wie ihre Karrieren verlaufen.

## Body

---

Sie ist in der Türkei geboren und hat dort studiert. Promoviert hat sie in Kanada, geforscht und gelehrt in Irland. Jetzt ist Dr. Gökçe Yurdakul Professorin in Berlin. "Ich bin kosmopolitisch", sagt sie. In der Hochschulstatistik ist sie als Deutsche erfasst, Yurdakul hat die deutsche Staatsbürgerschaft.

"Dabei sind deutsche Hochschulen durch Personen wie Gökçe Yurdakul und andere deutsche Professoren mit ausländischer Herkunft internationaler als vermutet. Diese verschwinden aber aus der amtlichen Statistik", sagt Prof. Dr. Aylâ Neusel, Forscherin am Hochschulforschungszentrum Incher (International Centre for Higher Education Research) in Kassel. "Mit unserer Studie können wir das jetzt belegen. Und ich bin selbst positiv überrascht: Es sind noch viel mehr, als wir gehofft und geahnt hatten."

Erstmals sind unter ihrer und der Leitung von Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. André Wolter von der Humboldt-Universität Berlin Karriereverläufe und Karrierebedingungen von Professoren mit jetziger oder früherer ausländische Staatsbürgerschaft untersucht worden. Das fand zunächst als Pilotprojekt in Berlin und Hessen statt.

### Lieber "international" als "Migrant"

Die Forscher sprechen von internationalen Professoren. "Den Begriff haben wir in Anlehnung an die Bezeichnung 'Menschen mit Migrationshintergrund' des Mikrozensus für diese Untersuchung neu konstruiert", erläutert Neusel. "Hochqualifizierte identifizieren sich nicht mit Migrationshintergrund." Denn bei dem Begriff Migrant schwingt das Vorurteil eines niedrigen Bildungsniveaus mit. Es gibt erst wenige Studien, die sich mit Migranten in der Wissenschaft befassen. "Inzwischen ist die Diskussion sicher weiter fortgeschritten", sagt Neusel. "Vielleicht können wir bei der nächsten Studie offensiv von Professoren mit Migrationshintergrund sprechen."

Die Professoren mit ausländischer Herkunft für die Studie ausfindig zu machen, war die berühmte Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Denn die Hochschulen erfassen wie bei Gökçe Yurdakul nicht die Staatsangehörigkeit bei

Wir sind "Deutsche plus" <http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/professoren-mit-migrationshintergrund-ihre-herkunft-macht-sie-begehrt-a-930819.html>

Geburt. Doch rund die Hälfte der in der Studie erfassten Personen hat mittlerweile einen deutschen Pass. Auch am Namen erkennt man die Herkunft nicht immer. Wie bei Claudia Brinker-von der Heyde. Die Germanistin ist Professorin und Vizepräsidentin der Uni Kassel. In Deutschland geboren, ging sie als junge Frau in die Schweiz. Sie nahm die Schweizer Staatsbürgerschaft an und kehrte als Schweizerin zurück an eine deutsche Hochschule.

Für die Studie von Neusel und Wolter sind 203 Fragebögen ausgewertet worden. Derzeit liegen erste Zahlen vor. Eine Veröffentlichung ist für 2014 geplant. Befragt wurden hauptamtlich tätige Professoren und Juniorprofessoren. 71 Prozent arbeiten an einer Universität, 21 Prozent an einer Fachhochschule und acht Prozent an einer Kunst- oder Musikhochschule. Die meisten sind Mathematik- und Naturwissenschaftler (29 Prozent), etwa ein Fünftel sind Sprach- und Kulturwissenschaftler.

### **"Ich bezeichne mich als 'Deutscher plus' aufgrund meiner Herkunft"**

Insgesamt sind die Professoren mit Migrationshintergrund verhältnismäßig jung. Mehr als die Hälfte (54,6 Prozent) sind zwischen 41 und 55 Jahre alt. Mit 34 Prozent sind bemerkenswert viele Frauen unter ihnen. Das ist sehr viel, liegt der Frauenanteil von Professoren in Deutschland insgesamt laut Statistischem Bundesamt bei rund 20 Prozent. Und sie kommen vor allem aus Europa. "Zumindest sind sie dort geboren", erläutert Wolter. "Über ihre Herkunft sagt das letztlich nichts aus." Denn ihre Eltern können Einwanderer von anderen Kontinenten sein. So wie bei Prof. Dr. Joybrato Mukherjee. Der Professor für englische Sprachwissenschaften und Präsident der Universität Gießen stammt aus Indien. "Bis zu meinem 18. Lebensjahr hatte ich die indische Staatsbürgerschaft, habe mich dann aber für die deutsche entschieden", sagt Mukherjee.

"Ich fühle mich als Deutscher, bin hier geboren und aufgewachsen und fühle mich in der deutschen Sprache am wohlsten." Jedoch sei er eben ein "Deutscher plus" - mit zusätzlichen, herkunftsbedingten Erfahrungen. "Ich bin familiär stark indisch geprägt, gehöre dem hinduistischen Glauben an und sehe nicht typisch deutsch aus", sagt Mukherjee. Für die Wissenschaftler um Neusel und Wolter bestand die Herausforderung darin, die extrem heterogene Gruppe von internationalen Professoren mit Migrationshintergrund an deutschen Hochschulen zu kategorisieren, um Rückschlüsse ziehen zu können.

"Es ist absolut spannende Arbeit", sagt Wolter, "hinter jedem Fall kann sich eine völlig andere Mobilitätsgeschichte verbergen". Sechs Mobilitätstypen wurden ausgearbeitet. "Bemerkenswert ist, dass 36 Prozent schon früh das deutsche Bildungssystem kennengelernt haben, das heißt in Deutschland zur Schule gegangen sind", sagt Neusel. Die Hälfte aber ist erst mit dem Eintritt ins Berufsleben auf dem deutschen Arbeitsmarkt präsent. Sie kamen als Postdocs oder erst mit der Berufung nach Deutschland.

### **"Immer im gleichen Saft zu schwimmen, macht blind"**

Die zunehmende Internationalisierung des Wissenschaftssystems hat Einfluss auf die Rekrutierung des wissenschaftlichen Personals. Denn die Herkunft eines Professors birgt Potenzial. Die internationalen Profs bieten den Hochschulen einen Mehrwert. Nach eigener Einschätzung laut Umfrage von Neusel und Kollegen liegt ihr Potenzial in der Kenntnis unterschiedlicher Hochschul- und Wissenschaftskulturen (86 Prozent), in internationalen Kontakten und Netzwerken (83 Prozent) und internationalen Forschungsaktivitäten (73 Prozent).

"Aufgrund meines biculturellen Hintergrunds habe ich viele Erfahrungen machen können, die ich insbesondere bei der Internationalisierung der Hochschule einbringen kann", sagt beispielsweise Prof. Dr. Karim Khakzar. Der Präsident der Hochschule Fulda ist Kind einer Schwäbin und eines Iraners. "Ich profitiere davon, zwei Religionen zu kennen, zwei Sprachen zu sprechen und zwei Kulturen zu erleben", sagt er. "Dadurch habe ich wenige Berührungspunkte mit fremden Kulturen und Gepflogenheiten und finde meist schnell einen guten Draht zu unseren internationalen Studierenden."

Den Blick über den Tellerrand hält auch Claudia Brinker-von der Heyde für wichtig. "Durch meine Erfahrungen in der Schweiz habe ich ein anderes Hochschulsystem kennengelernt. Ich sage nicht: In der Schweiz ist alles besser. Aber es gibt Positives, das sich zumindest anzuschauen lohnt", sagt sie. "Immer im gleichen Saft zu schwimmen, macht blind und unflexibel." Das bestätigt auch Gökçe Yurdakul: "Durch meine Herkunft und meine

Wir sind "Deutsche plus" <http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/professoren-mit-migrationshintergrund-ihre-herkunft-macht-sie-begehrt-a-930819.html>

Auslandserfahrungen weiß ich, wie ich mich in einem internationalen sozialen Umfeld verhalten und wie ich mit Menschen aus anderen Ländern umgehen soll", sagt die Sozialwissenschaftlerin. "Meine Erfahrungen gebe ich weiter, nicht nur wissenschaftlich, sondern auch in einer kosmopolitischen Kulturform."

Doch um vom prallen Gepäck, das die internationalen Profs mit Migrationshintergrund mitbringen, zu profitieren, müssen die deutschen Hochschulen noch einiges tun. Die Studie zeigt, dass die Willkommensangebote nur wenig bis kaum genutzt wurden. "Wir müssen noch mehr Hilfestellung bieten", sagt Dr. Marina Frost, Vizepräsidentin der Humboldt-Uni und zuständig unter anderem für das Personal der Hochschule. "Vor allem müssen wir mehr für die soziale Bindung tun. Es ist nicht damit getan, dass die Professoren nur aufgrund des guten wissenschaftlichen Umfeldes kommen. Wir müssen ihnen dabei helfen, sich auch sozial einrichten zu können." Im Vergleich zu den USA: Dort zahle die Hochschule Zuschüsse zum Schulgeld der Kinder, unterstütze bei rechtlichen Fragen und Ämtergängen. Marina Frost arbeitet daran, dass in der Humboldt-Uni Leseabschriften von den wichtigsten Personalunterlagen auch in Englisch vorliegen. Zudem sollen alle leitenden Mitarbeiter fließend Englisch sprechen. "Wir werden spezielle Auslandsprogramme anbieten, damit sie sehen, wie die Kollegen woanders arbeiten. Ich verspreche mir viel davon, weil dann ein anderes Verständnis füreinander herrscht", sagt die Vizepräsidentin.

Ähnliche strukturelle Defizite sieht auch Prof. Dr. Carola Bauschke-Urban. Die Soziologin forscht an der Hochschule Fulda unter anderem am vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) geförderten Projekt "Global Learning for Sustainable Development" über Biografien und Karrierewege von internationalen Master-Absolventen aus Afrika, Asien und Lateinamerika. "Beispielsweise in Sachen Bezahlung sind deutsche Hochschulen nicht konkurrenzfähig. Auch Mentoring-Programme und Dual-Career-Möglichkeiten sind unterentwickelt", sagt sie. "Verwundert haben sich auch einige ausländische Kolleginnen von mir die Augen gerieben über die Höhe der Lehrdeputate in Deutschland." Die Hochschulen können vieles verbessern, um Professoren aus dem Ausland zu gewinnen und das Potenzial von Professoren mit Migrationshintergrund auszuschöpfen.

Erschienen im Hochschulmagazin "duz" 11/13 vom 25. Oktober 2013

**Load-Date:** November 15, 2013



## **EU hilft Italien mit 30 Millionen Euro**

SPIEGEL ONLINE

09. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 585 words

**Highlight:** Europa gibt sich entsetzt über die Bootskatastrophe von Lampedusa - nun kann Italien auf rasche Hilfszahlungen hoffen. 30 Millionen Euro sollen bei der Bewältigung des **Flüchtlingsansturms** helfen, so EU-Kommissionspräsident Barroso. Die Opfer des Unglücks erhalten ein Staatsbegräbnis.

### **Body**

---

Brüssel/Rom - Noch immer sind längst nicht alle Opfer des Bootsunglücks vor Lampedusa identifiziert. Trotzdem wird bereits heftig über die nötigen politischen und finanziellen Folgen des **Flüchtlingsdramas** mit mehr als 300 Toten diskutiert. Nun wurde bekannt, dass die EU Italien mit 30 Millionen Euro unter die Arme greift. Dies gab EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso am Mittwoch bei einem Besuch auf der Mittelmeerinsel bekannt.

Barroso und die Vertreter der italienischen Regierung waren bei ihrer Ankunft von aufgebrachtten Anwohnern mit Pfiffen und Schmäh-Rufen empfangen worden. Die Demonstranten skandierten "Schande!" und "Mörder!" und schwenkten Fotos von Flüchtlingen, als die Politiker am Flughafen eintrafen. Begleitet wurden Letta und Barroso von Italiens Innenminister Angelino Alfano und EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström.

Barroso kündigte an, die EU werde Italien zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, um den Andrang von Flüchtlingen zu bewältigen. "Wir wissen aber, dass noch viel mehr getan werden muss", fügte Barroso hinzu. Die EU dürfe vor solchen Flüchtlingsdramen nicht die Augen verschließen und zulassen, dass Tausende Menschen an ihren Grenzen ums Leben kommen. "Der Notstand Lampedusas ist ein europäischer, Europa kann sich da nicht abwenden", so Barroso.

Der Kommissionspräsident zeigte sich bestürzt über das Ausmaß der Tragödie. "Ich werde den Anblick dieser Särge niemals vergessen", sagte er. Auch Letta sprach von einem "europäischen Drama". Es handele sich um die schlimmste menschliche Tragödie im Mittelmeer. Für die Verstorbenen werde ein Staatsbegräbnis organisiert. Die Opfer hätten ein Recht auf ein solches Begräbnis, sagte Letta.

#### **Frontex erhöht Budget für Mission im Mittelmeer**

Auch die EU-Grenzschutzagentur Frontex stellt zusätzliche Mittel für Italien bereit, um die Mission "Hermes" im Mittelmeer bis November zu verlängern. Zwei Millionen Euro würden dafür umgeschichtet, sagte der Vize-Direktor von Frontex, Gill Arias, der italienischen Nachrichtenagentur Ansa. Diese Entscheidung sei schon vor dem jüngsten Unglück und nicht auf Druck der Politik getroffen worden. Frontex unterstützt im Rahmen der Mission die italienischen Behörden bei der Bewältigung des Flüchtlingsandrangs aus Nordafrika.

## EU hilft Italien mit 30 Millionen Euro

Vor Lampedusa war am vergangenen Donnerstag ein Schiff mit Hunderten Flüchtlingen gekentert, von denen bisher rund 300 tot geborgen wurden. Die Taucher setzten ihre Suche nach weiteren Opfern am Mittwoch fort. Nur 155 Bootsinsassen konnten gerettet werden, die Zahl der Todesopfer wird auf bis zu 390 geschätzt.

**Friedrich verteidigt sich gegen Kritik**

Auch in Deutschland läuft seit dem Unglück von Lampedusa eine Flüchtlingsdebatte - bei der vor allem Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) immer wieder in die Kritik gerät. Dieser hatte unter anderem die EU-Kommission aufgefordert, gegen Sozialhilfe-Missbrauch durch Migranten in Europa vorzugehen. Viele deutsche Großstädte hätten ein Problem mit der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. Linken-Chef Bernd Riexinger bezeichnete ihn deshalb sogar als "Hassprediger", der ein Klima erzeuge, "das braune Banden ermutigt".

Friedrichs Ministerium wies die Kritik nun zurück. Der Minister habe niemanden "an der Pranger gestellt", so ein Sprecher. Zugleich erneuerte er die Vorwürfe gegen jenen Teil der Einwanderer, die aus "missbräuchlichen Gründen" nach Deutschland kämen. Genaue Zahlen zu diesem Anteil konnte der Sprecher nicht nennen.

jok/AFP

**Load-Date:** October 11, 2013

---

End of Document

## **Migrationsrat geißelt "Zuständigkeitsdschungel"**

Spiegel Online

12. April 2013 Freitag 11:34 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ANERKENNUNG AUSLÄNDISCHER ABSCHLÜSSE

**Length:** 879 words

**Byline:** Markus Flohr

Maximilian Popp

**Highlight:** Gute Idee, mäßig umgesetzt: Ein Gesetz erlaubt es Zuwanderern zwar, ihre Berufsabschlüsse in Deutschland anerkennen zu lassen. Doch das Verfahren ist nahezu undurchschaubar, kritisiert der "Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und **Migration**". Fachkräfte verirren sich im "föderalen Zuständigkeitsdschungel".; <http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/sachverstaendigenrat-migration-kritisiert-anerkennungsgesetz-a-893870.html>

### **Body**

---

Die Zahnärztin fährt Taxi, der Physiker arbeitet als Türsteher - weil ihre Abschlüsse in Deutschland lange Zeit nicht anerkannt wurden, arbeiteten viele **Migranten** mit guter Ausbildung oder Studienabschluss in Billigjobs. Gleichzeitig fehlen den deutschen Unternehmen weiter reihenweise Fachkräfte. Seit 1. April 2012 gilt nun das neue "Anerkennungsgesetz", das den **Migranten** helfen soll, in ihren erlernten Berufen arbeiten zu können.

30.000 Menschen haben seitdem den Antrag gestellt, ihren Berufsabschluss in Deutschland anerkennen zu lassen, teilte Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) mit. Das Gesetz sei gelungen und ein wichtiger Impuls gegen den Fachkräftemangel. Der "Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und **Migration**" (SVR) sieht das anders: In seinem Jahresgutachten zur EU-Binnenmigration, das er an diesem Freitag vorgestellt hat, fordert er die Bundesregierung auf, eine **Migrationspolitik** "aus einem Guss" zu entwickeln - und er weist vor allem darauf hin, was noch nicht funktioniert.

#### **Erst fünf Bundesländer haben ein Gesetz**

"Das Anerkennungsgesetz", so SVR-Vorsitzende Christine Langenfeld, "ist eine entscheidende Starthilfe für die Integration" - umso wichtiger sei es, die Hürden zu beseitigen. Ein Grundproblem: Das Gesetz gilt bei weitem nicht für alle Berufe und nicht in ganz Deutschland einheitlich. Für Ausbildungsberufe in Industrie und Handel, Handwerksberufe und Gesundheitsberufe ist der Bund zuständig. Damit greift das neue Gesetz. Für Lehrer, Ingenieure, Erzieher und alle Studienabschlüsse, die keinem bestimmten gesetzlich geregelten Beruf zugeordnet werden können, sind dagegen die Bundesländer zuständig. "Das übergeordnete Ziel, die Anerkennungsverfahren

## Migrationsrat geißelt "Zuständigkeitsdschungel"

in Deutschland umfassend zu verbessern, um Fachkräfte anzuziehen, darf nicht im föderalen Zuständigkeitsdschungel verloren gehen", sagte Langenfeld.

Damit das Gesetz in der Breite wirken kann, müssen alle deutschen Bundesländer ihrerseits ein Landesgesetz verabschieden, das die Anerkennung ausländischer Abschlüsse möglich macht oder vereinfacht. Erst in fünf Ländern gibt es bereits entsprechende Gesetze: in Hamburg, Saarland, Niedersachsen, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern. Andere Bundesländer wollen im Laufe des Jahres 2013 nachziehen.

Doch auch dort, wo das Gesetz bereits greift, zum Beispiel bei den sogenannten Gesundheitsberufen, fehle es an vielem, so das Gutachten des Sachverständigenrats: Das Bundesgesundheitsministerium habe es bisher versäumt, eine zentrale Stelle einzurichten, die Ärzte oder Pfleger mit einem ausländischen Abschluss prüft. Es gebe auch keine klaren Leitlinien, wie die Abschlüsse in Deutschland anerkannt werden können. Der Verwaltung fehle es zudem an Personal, dies behindere eine effektive Anwendung des neuen Gesetzes. "Für Außenstehende" sei das System bei den Heilberufen "praktisch undurchschaubar", so der Bericht.

Wichtig sei zudem, dass sich die Bundesländer darauf einigen, in der EU anerkannte Lehrer mit nur einem Unterrichtsfach zuzulassen, auch wenn sonst zwei vorausgesetzt sind. "Es kann nicht sein, dass dringend gesuchten Fachlehrern aus dem EU-Ausland der Zugang zum Lehrerberuf in Deutschland erschwert wird", so Langenfeld.

### Migration nicht verhindern, sondern ermöglichen

Der entscheidende Punkt bleibt aber nach Sicht des Rates, dass ein Wandel im Bewusstsein von Politik und Verwaltung eintritt: Zuwanderung, gerade von Fachkräften, soll nicht verhindert, sondern ermöglicht werden. Menschen, die seit Jahren unter dem Niveau ihrer ausländischen Ausbildung in Deutschland arbeiten müssen, sollen die Chance haben, endlich in ihren ursprünglichen Berufen zu arbeiten - oder sich so weiterzubilden, "nachzuqualifizieren", dass sie eine ähnliche Stelle in Deutschland bekommen können.

Politik und Verwaltung sollten sich von dem Ziel leiten lassen, so der Bericht, "die beruflichen und fachlichen Potentiale von Migranten gezielt für den deutschen Arbeitsmarkt zu erschließen". Das neue Gesetz solle als Chance begriffen werden, so der Bericht, "Qualifikationen von Migranten in Deutschland" sinnvoll einzusetzen.

Migration nach Deutschland müsse insgesamt vereinfacht werden, regt der Bericht an, auch für Menschen, die keinen Hochschulabschluss haben, aber zum Beispiel eine Ausbildung als Fachkraft in einem Beruf, in dem in Deutschland Mangel herrscht. Der Sachverständigenrat schlägt zudem vor, Menschen bereits vor der Anerkennung ihrer Qualifikation ein Aufenthaltsrecht zu verleihen, um Zeit zu haben, zum Beispiel eine Nachqualifikation in Deutschland zu beginnen. Das Zuwanderungsrecht und das Anerkennungsgesetz sollten nicht gegeneinander gestellt werden, sondern sinnvoll miteinander verknüpft.

Immerhin hat das Bundesbildungsministerium im vergangenen Jahr eine Internetseite ins Leben gerufen: Unter "Anerkennung in Deutschland" können sich Interessenten über das neue Gesetz informieren und darüber, wie sie ihren ausländischen Abschluss eventuell in Deutschland geltend machen können.

Bisher gibt es die Seite auf Deutsch und Englisch.

*Korrektur: In einer früheren Version dieses Artikels stand, dass es die Internetseite "Anerkennung in Deutschland" nur in einer deutschsprachigen Version gibt. Das war leider nicht richtig, es gibt sie auch auf Englisch. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.*

**Load-Date:** April 18, 2013

## Australien will Bootsflüchtlinge in Lager sperren

Spiegel Online

8. September 2012 Samstag 11:28 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KEHRTWENDE IN ASYLPOLITIK

**Length:** 953 words

**Byline:** Jan Lukas Strozyk

**Highlight:** Hunderte Flüchtlinge landen Monat für Monat mit dem Boot in Australien, nun startet die Regierung in Canberra eine radikale Kampagne zur Abschreckung. Illegale Einwanderer, die erwischt werden, sollen in ein Straflager. Menschenrechtler sind entsetzt.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/australien-sperrt-fluechtlinge-aus-a-853808.html>

### **Body**

---

Canberra - Ein schwankender Kahn dümpelt vor sich hin, der blaue Lack ist abgeplatzt. Auf dem Boot stehen Männer mit Stoffketten um den Kopf gewickelt, Kinder und Frauen sitzen auf dem Vordeck. Auch ein Soldat ist zu sehen. Dazu spricht eine Stimme: "Es gibt keinen Vorteil, einen Schmuggler zu bezahlen und sich mit dem Boot nach Australien bringen zu lassen." Es folgen Bilder karger Notunterkünfte, überfüllte Boote, immer wieder der Slogan: "Es gibt keinen Vorteil."

Das Video ist Teil einer Kampagne, mit der die australische Regierung Flüchtlinge und Asylsuchende davon abhalten will, sich auf die gefährliche und teure Überfahrt mit illegalen Flüchtlingsbooten in Richtung des Kontinents aufzumachen - gemeinsam mit einer Neuregelung der Asylgesetze sollen so die Flüchtlingsströme in das Land gestoppt werden.

In einem Eilverfahren hatte die australische Regierung das Gesetz verabschiedet, das die Flüchtlingspolitik in dem Land von heute auf morgen umkehrt. Bootsflüchtlinge sollen in Zukunft in Lagern auf dem abgeschiedenen Inselstaat Nauru und in Manus in Papua-Neuguinea untergebracht werden, also außerhalb des australischen Staatsgebiets. Dort sollen sie bis zu fünf Jahre festgehalten werden, in der Zwischenzeit wird über ihren Asylantrag entschieden. Eine illegale Einreise mit dem Boot hätte dann gegenüber einem regulären Asylantrag keine Vorteile mehr.

Die Botschaft ist klar, nach Australien kommt man nicht mehr: "Wer in ein Boot steigt, wird nach Nauru oder Papua-Neuguinea gebracht", sagte Premierministerin Julia Gillard. Stattdessen sollen die Asylsuchenden einen regulären Visa-Antrag stellen.

**Gillards Kehrtwende in der Asylpolitik**

## Australien will Bootsflüchtlinge in Lager sperren

Seit 2009 hat die Zahl der illegalen Flüchtlinge, die über das Meer nach Australien kommen, stark zugenommen. Es sind vor allem Menschen aus Pakistan und Afghanistan, die bis zu 16.000 Dollar an Menschenhändler zahlen, in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. In kaum seetauglichen, oft überfüllten Booten treten sie die Reise von Malaysia oder Indonesien aus an. Mehr als 7000 sollen es bereits in diesem Jahr gewesen sein. Mit der politischen Kehrtwende hofft die Regierung nun, diesen Trend zu stoppen.

Dabei war es Gillard selbst, damals noch in der Opposition, die einen ähnlichen Entwurf des ehemaligen konservativen Premiers John Howard als "teuer, nicht nachhaltig und im Prinzip falsch" gebrandmarkt hatte. Als sie an die Macht kam, schloss sie umgehend die Asylzentren vor der Küste. Nun ist Gillard eingeknickt, will die alte Politik fortführen. Es ginge um die Rettung von Menschenleben, so die primäre Begründung für die Kehrtwende. Immer wieder kentern die Schiffe bei der Überfahrt, erst in der vergangenen Woche ist ein Flüchtlingsboot vor Indonesien gesunken. Rund hundert Menschen werden vermisst.

Der Vorstoß von Gillard wird zum Teil scharf kritisiert. Bill Frelick, Direktor des Flüchtlingsprogramms der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, sagte: "Das neue Gesetz ist ein riesiger Schritt zurück im Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden." Außerdem warf Frelick der Regierung vor, das Problem zu verharmlosen. "Menschen, die vor Verfolgung fliehen, haben oft einen guten Grund, bei ihrer Regierung keine Ausreise zu beantragen." Es sei ein Verstoß gegen fundamentale Prinzipien im Schutz von Asylsuchenden, sie dafür zu bestrafen, dass sie sich nicht um ein legales Visum bemühen.

Der australische Flüchtlingsrat stellt zudem fest, dass die meisten Bootsflüchtlinge nachträglich den Status als legitime Asylbewerber zugesprochen bekommen: Nur 20 bis 30 Prozent der Anträge werden demnach abgelehnt. Außerdem sei es in manchen Ländern eine reale Gefahr, im Vorfeld einer Flucht einen Reisepass oder ein Visum zu beantragen.

### Schlussverkauf bei den Menschenhändlern

Amnesty International und andere Organisationen riefen zu einem Protest gegen Gillard und ihr Gesetz auf. Auch die Flüchtlingsorganisation der Uno kündigte an, die neuen Regelungen zu prüfen. Kurzfristig scheint das Gesetz die Situation sogar noch zu verschärfen: "Die Menschenhändler betreiben einen Schlussverkauf", erklärte Australiens Innenminister Jason Clare in der vergangenen Woche.

Bleibt die Frage, wie die Abschreckungskampagne die Menschen erreichen soll. Die Videos wurden in Arabisch, Persisch, Paschtu und weiteren Sprachen produziert. Bereits seit 2010 sind auf dem YouTube-Kanal der Einwanderungsbehörde unter dem Motto "Nein zum Menschenhändler" Videos in vielen Sprachen zu sehen, die die Gefahren einer illegalen Einreise aufzeigen. Einige von ihnen wurden 200 oder 300 Mal angeklickt - die meisten deutlich seltener. Auch die Videos der aktuellen Kampagne kommen, trotz medialer Aufregung in Australien, auf gerade einmal wenige tausend Klicks.

Es ist schwer vorstellbar, dass Familien, die alles in ihrer Heimat aufgegeben haben, um sich in die vermeintlich sichere Zukunft in Australien zu retten, sich durch Abschreckungsvideos im Internet abhalten lassen - so sie die denn überhaupt sehen können. Begleitet werden die Videos von Postern und Handzetteln. Sie sprechen die gleiche Bildsprache wie die Videokampagne; Bilder von heruntergekommenen Fischerbooten, darüber immer wieder der stilisierte Stempel: "Es gibt keinen Vorteil".

Zurzeit sind die Verhandlungen mit den Regierungen von Nauru und Papua-Neuguinea in der Endphase. Gillard kündigte an, dass bereits ab diesem Monat erste Asylsuchende nach Nauru geschickt und dort vorläufig in Zelten untergebracht werden könnten.

Auch vor der Debatte um das Gesetz hat Australien sich in der Aufnahme von Flüchtlingen zurückgehalten: 2011 gab es in Australien etwa 12.000 Asylanträge. Zum Vergleich: In Europa beantragten in diesem Zeitraum etwa 327.000 Menschen Asyl.

*Mit Material von dpa und afp*

## Australien will Bootsflüchtlinge in Lager sperren

**Load-Date:** September 8, 2012

---

End of Document

## Integration am Löschwagen

Spiegel Online

21. April 2013 Sonntag 8:45 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** MIGRANTEN BEI DER FEUERWEHR

**Length:** 712 words

**Highlight:** Brände löschen, Katzen retten, Dämme bauen: Feuerwehrmänner sind oft Helden. Bislang ergreifen nur wenige Migranten diesen Beruf. Das soll sich ändern - auch, weil manchmal nur arabische Lautsprecherdurchsagen Leben retten.; <http://www.spiegel.de/karriere/berufsleben/feuerwehr-wirbt-um-migranten-a-895495.html>

### Body

---

Orhan Bekyigit kann sich noch gut an die irritierten Blicke seiner Eltern erinnern. Er war 12 Jahre alt und trug zum ersten Mal die blaue Uniformjacke der Jugendfeuerwehr Wiesloch (Baden-Württemberg). "Meine Eltern haben Jahre gebraucht, um zu verstehen, was ich da mache", schmunzelt Bekyigit. Heute hat er mit Anfang 30 seine Begeisterung für die Feuerwehr nicht nur zum Beruf gemacht. Der Deutsche mit türkischen Wurzeln ist auch Fachmann für Integration beim Deutschen Feuerwehrverband. Und der will 2013 mit seiner Kampagne "Miteinander reden" mehr Migranten für die Feuerwehr begeistern. Denn ihr Anteil liegt - geschätzt - nur bei einem Prozent.

Feuerwehren sind eine feste Größe in Deutschland. 30.000 hauptamtliche Feuerwehrleute gibt es, zumeist im öffentlichen Dienst. Gesellschaftlich relevanter sind die gut eine Million Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren. Besonders auf dem Land sind sie neben Fußballvereinen eine feste Größe. Viele sind sehr deutsch geprägt - und oft ist es auch ein Männerding.

Orhan Bekyigit weiß, dass er Glück gehabt hat mit seiner freiwilligen Feuerwehr in Wiesloch. In der Kleinstadt hat niemand irritiert geguckt, wenn sich Jugendliche aus Italien oder der Türkei auch für rote Autos mit Blaulicht begeisterten. "Die haben Integration gelebt, bevor das überhaupt so hieß", sagt Bekyigit. Es lag eher an ihm, seinen Eltern das Hobby zu erklären.

"In der Türkei gibt es keine freiwillige Feuerwehr", erläutert Bekyigit im besten kurpfälzischen Dialekt. "Da wäre es undenkbar, dass ein Mann in einer Bank schafft und nachts ehrenamtlich löschen geht". Nervös wurden die Eltern, als ihr Sohn mit 18 Jahren einen Pieper bekam, um drei Uhr nachts mit seiner Uniform aus dem Haus stürzte und oft erst am Morgen verschwitzt oder verrußt wiederkam. "Da hat meine Mutter entsetzt gefragt: Ist das etwa gefährlich?", erinnert sich Bekyigit. Und es gab eine lange Familiendebatte.

**"Was wird dann aus dem Grillabend?"**



## Integration am Löschwagen

Beim Feuerwehrverband in Berlin kennt Sprecherin Silvia Darmstädter die andere Seite. Die Vorurteile und Klischees mancher Feuerwehren, Gemeinschaften mit Familientradition. Da lauten die Fragen, was aus dem Grillabend wird, wenn Moslems keine Würstchen essen. Und ob sie vielleicht im Ramadan erst ihren Gebetsteppich ausrollen, bevor sie zum Einsatz kommen. Sind die Feuerwehren spät dran mit der Integration? "Nicht nur die Feuerwehren, die ganze Gesellschaft ist spät dran", sagt Orhan Bekyigit. Für ihn geht es nicht um ein Problem wie Ausländerhass. Es geht schlicht darum, dass man sich nicht gut genug kennt.

Ein Anfang ist gemacht. Feuerwehrleute sind in Moscheen und Kulturvereine gegangen und haben Brandschutz-Aufklärung mit ein bisschen Werbung verbunden. "Das funktioniert", sagt Bekyigit. "Feuer ist ein hochemotionales Thema. Da geht es um Gefahr, um Kinder, um die Familie. Da werden Migranten absolut hellhörig, vor allem die Frauen." Aber man muss sie eben aktiv ansprechen.

**Bei Panik besser Muttersprache**

Einen Schatz bringen viele Migranten ohnehin mit: ihre Muttersprache. Jüngst hat ein Feuerwehrmann bei einem Brand im Berliner Multikulti-Kiez Kreuzberg eine Panik verhindert - durch eine Lautsprecherdurchsage auf arabisch. "Aufgeregte Menschen reagieren eher auf ihre Muttersprache", sagt Bekyigit, der die Werkfeuerwehr bei der Heidelberger Druckmaschinen AG leitet. Je vielsprachiger eine Feuerwehr sei, desto besser.

In Berlin hat die Berufsfeuerwehr 2010 versucht, mehr Migranten anzulocken. Sie bot einen neuen Ausbildungsweg, Bewerber konnten direkt nach der Mittleren Reife einsteigen. Die Einladung "Komm zur Feuerwehr" gab es in vielen Sprachen. Das Ergebnis war niederschmetternd. Erst im zweiten Jahrgang habe es Jugendliche mit ausländischen Wurzeln gegeben, leider nur eine Handvoll, sagt Sprecher Stephan Fleischer. Eine erste große Hürde seien Bildungsdefizite gewesen. Eine zweite Bremse etwas, das Fleischer "Interessenslage" nennt: Bei türkischen Eltern sei der Beruf Feuerwehrmann nicht besonders gut angesehen.

Silvia Darmstädter weiß, dass Angebote und Werbung funktionieren können, allerdings meist erst auf lange Sicht. Feuerwehren sind heute keine reine Männerdomäne mehr. Zehn Prozent Frauen machen mit - immerhin doppelt so viele wie noch vor 15 Jahren

*Ulrike von Leszczyński, dpa/end*

**Load-Date:** April 21, 2013

## **Junge Deutsch-Türken finden Koran-Aktion gut**

Spiegel Online

16. August 2012 Donnerstag 12:40 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** SALAFISTEN

**Length:** 634 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Eine repräsentative Studie zu Deutsch-Türken bringt ein überraschendes Ergebnis: Unter jungen **Migranten** befürworten fast zwei Drittel die umstrittene Koranverteilaktion von Salafisten in Fußgängerzonen. Viele zeigen sich bereit, die Islamisten mit Spenden zu unterstützen.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/salafisten-junge-deutsch-tuerken-finden-koran-aktion-gut-a-850346.html>

### **Body**

---

Berlin - Junge **Migranten** in Deutschland, die aus der Türkei stammen, fühlen sich offenbar von der Koran-Verteilaktion radikal-islamischer Salafisten in deutschen Fußgängerzonen angezogen. Das geht aus einer neuen repräsentativen Studie des Umfrageinstituts Info GmbH hervor, für die 1011 aus der Türkei stammende Personen über 15 Jahren telefonisch befragt wurden. Die komplette Studie mit dem Titel "Deutsch-Türkische Lebens - und Wertewelten" wird am Freitag in Berlin vorgestellt, Teilergebnisse liegen spiegel ONLINE bereits vor.

Auf die Frage: "Seit einiger Zeit verteilen Salafisten unter dem Motto 'Lies' in Deutschland kostenlos deutschsprachige Korane. Wie finden Sie das?" antworteten 20 Prozent der 15 bis 29-Jährigen mit "sehr gut", 43 Prozent mit "eher gut". (Siehe Grafik in der Fotostrecke). In dieser Altersgruppe gaben 34 Prozent an, sie würden "wahrscheinlich" oder "ganz sicher" für die Aktion spenden, zwei Prozent hatten die Salafisten bereits finanziell unterstützt. Bei älteren Deutsch-Türken hingegen wird die Aktion der Salafisten überwiegend abgelehnt. Unter den 30 bis 49 Jahre alten Befragten finden 54 Prozent die Koran-Kampagne "eher schlecht" oder "sehr schlecht". Bei den über 50-Jährigen lehnen mehr als zwei Drittel die Aktion ab.

Große Unterschiede gibt es bei der Frage bezüglich der Staatsbürgerschaft: Von Befragten mit deutschem Pass lehnen zwei Drittel die Aktion ab, unter den Personen mit türkischer Nationalität nur etwas mehr als die Hälfte. Auffällig ist, dass unter den Befragten, die keinen oder einen niedrigen Schulabschluss haben, die Zustimmung zu der Koranverteilung am niedrigsten ist. Insgesamt stimmen Männer der Aktion eher zu als Frauen.

Die hohe Zustimmung unter den jungen Menschen mit türkischem Migrationshintergrund könne "auf eine verstärkte Rückbesinnung gerade der jungen Generation auf religiöse Werte der Heimat ihrer Eltern zurückzuführen sein - ohne dass sich daraus bereits ein unmittelbarer Trend zum politischen Islamismus ableiten" ließe, so Holger Liljeberg, Geschäftsführer der Info GmbH. "Bei den älteren Türken in Deutschland, die ja überwiegend selbst eingewandert und daher politisch von Laizismus und Kemalismus in der Türkei geprägt sind, stößt die Aktion 'Lies!' dagegen überwiegend auf Ablehnung", so Liljeberg.

**Migranten unzufrieden mit deutschen Parteien**

Im Frühjahr dieses Jahres hatten Salafisten in Dutzenden deutschen Städten Tausende deutschsprachige Koran-Exemplare unter das Volk gebracht. Hinter der Aktion steckt das Netzwerk "Die wahre Religion" des radikalen Predigers Ibrahim Abou-Nagie.

Auch politische Präferenzen wurden bei der Umfrage erhoben - traditionell ist die SPD in den vergangenen Jahrzehnten unter türkischen Zuwanderern immer die stärkste Partei gewesen. "Die SPD dürfte sich am meisten freuen, wenn die Türken in Deutschland zur Wahl gehen könnten. Denn ob mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die Sozialdemokraten sind die mit weitem Abstand beliebteste Partei der Menschen mit türkischem Migrationshintergrund", so Liljeberg.

Aber diese eindeutige Präferenz für die SPD scheint langsam abzunehmen. Von den über 50-Jährigen würden zwar, wären an diesem Wochenende Bundestagswahlen, laut Umfrage noch 48 Prozent ihr Kreuz bei den Sozialdemokraten machen - bei 15 bis 50-Jährigen liegt die Zustimmung hingegen deutlich niedriger.

Insgesamt sind die jungen aus der Türkei stammenden Migranten offenbar weniger zufrieden mit den deutschen Parteien - oder unpolitischer: Von den 15 bis 29-Jährigen sagten 16 Prozent, sie würden keine Partei wählen, bei den 30 bis 49-Jährigen waren es sogar 18 Prozent. Deutlich geringer fällt diese Zahl in der älteren Generation aus. Für die Union ist die Anhängerschaft am größten unter den Deutsch-Türken, die keinen oder nur einen niedrigen Schulabschluss haben.

**Load-Date:** August 16, 2012

## **Nach der Behandlung droht die Abschiebung**

SPIEGEL ONLINE

01. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** GESUNDHEIT / DIAGNOSE & THERAPIE

**Length:** 857 words

**Highlight:** Keine Krankenversicherung, keine gültigen Papiere: Viele Ausländer können nicht einfach zum Arzt gehen. Zu Schmerzen und psychischem Leid kommt die Angst vor Schulden oder der Abschiebung. Die Versorgung von Hunderttausenden hängt oft vom Zufall ab.

### **Body**

---

Somchai\* schlägt nach der ersten Operation seines Lebens die Augen auf, sein Zimmer ist voller Polizisten, die in einer Leipziger Klinik seine Sachen durchstöbern. Seit eineinhalb Jahren ist der 31-jährige Thailänder in Deutschland. Um nicht aufzufliegen, wartete er viel zu lange, bis er sich zum Arzt traute. Jetzt sind die Beamten da. Somchai ist einer der vielen **Migranten**, für die der Gang zum Arzt Luxus und Bedrohung zugleich ist.

Deutschlands Ärzteschaft zeigte sich in den vergangenen Wochen aufgeschreckt von Problemen bei der **Migrantenversorgung**. Die Mediziner formulierten Stellungnahmen und Beschlüsse. Denn zu ihrem offiziellen Berufsethos zählt, dass sie alle Patienten behandeln, egal woher sie kommen und warum sie krank sind. Doch vielen **Flüchtlingen** bleibt das Recht auf Gesundheit trotzdem verwehrt.

In Leipzig gingen die Polizisten wieder, Somchai blieb in der Klinik. Er fühlte sich schlecht. "Ich hatte vor allem Angst", erzählt er. Was die Ärzte sagten, verstand er nicht. Er dachte, die Ärzte hätten seinen Blinddarm herausgenommen.

### **Nach der Tuberkulose-Behandlung droht die Abschiebung**

Zwei Wochen nach dem Eingriff, erzählt er, sei er auf eine Polizeiwache gebracht worden. Fingerabdrücke musste er abgeben. Dann kam er in ein Heim. Was das für eines war, weiß er nicht. "Eine Heimitarbeiterin sah, wie blass und schwach ich war." Sie brachte den Thailänder erst in eine andere Klinik - sechs Wochen nach der OP kam er dann in ein Krankenhaus nach Berlin. Erst hier eröffnete eine junge Ärztin dem Patienten mit Hilfe einer Dolmetscherin die schockierende Wahrheit: Er hat Tuberkulose und eine HIV-Infektion.

Somchai liegt in einem hellen Zimmer, die Balkontür ist offen. Eine Oase der Friedlichkeit und Freundlichkeit auf Somchais Leidensweg. Das Gesundheitsamt bezahlt seine Tuberkulose-Behandlung - aus Gründen des Seuchenschutzes.

Sollen Menschen wie Somchai in Deutschland eine Behandlung bekommen? Beim letzten Ärztetag fassten die Mediziner Ende Mai mehrere Beschlüsse zum Thema. "Akut erkrankte Flüchtlinge zu versorgen, ist eine Aufgabe aller Ärztinnen und Ärzte", mahnten die Delegierten.

## Nach der Behandlung droht die Abschiebung

200.000 bis 600.000 Menschen sollen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland sein. Ausdrücklich wies der Ärztetag aber auch auf das wachsende Problem nicht ausreichend versicherter EU-Bürger hin. Was das bedeutet, ist am besten bei der Malteser Migranten Medizin (MMM) zu verstehen.

**Der Geburtsplatz in der Klinik kostet 2500 Euro**

Die größte dieser bundesweit zwölf Ambulanzen befindet sich im Westen Berlins. Pro Jahr kommen derzeit rund 11.000 Patienten, meist ohne Versicherungsschutz. Fünf Frauen aus Rumänien sitzen im Wartezimmer, in eine lebhafte Unterhaltung in ihrer Landessprache vertieft. Kinderwagen stehen da, ein paar Kinder sitzen auf dem Schoß.

Der 27-jährige Sevdalin ist mit seiner schwangeren Frau Julia da. Das Paar stammt aus dem bulgarischen Warna am Schwarzen Meer. Mit prima Wetter, wie sie sagen, aber ohne Jobs. "Hier arbeite ich auf Baustellen und verdiene mal 500, mal 600 oder 800 Euro im Monat", sagt Sevdalin. Einen Geburtsplatz haben sie. "Das kostet 2500 Euro", stöhnt er. "Ich will es in Raten bezahlen." Die 17-jährige Aysel aus Bulgarien hat juckenden Ausschlag. Die 29-jährige Russin Jana plagen Bauchschmerzen. Ihnen allein gemein ist: Sie haben keine "AOK-Karte", wie sie sagen.

Die leitende Ärztin, Adelheid Franz, könnte woanders mehr verdienen als in der auf Spenden angewiesenen Einrichtung. "Für mich sind diese Menschen nicht arm. Sie haben es nach Deutschland geschafft und sind meist stark und klug", sagt sie.

Viel schwieriger wird es für Tausende, die vor Krieg, Gewalt oder Vergewaltigung nach Deutschland geflohen sind und nicht an körperlichen Wunden leiden, sondern unter einem Psychotrauma.

In einem ehemaligen Berliner Krankenhaus befindet sich ein Behandlungszentrum für Folteropfer. "Wir haben jede Woche zehnmal mehr Anfragen, als wir aufnehmen können", sagt Mechthild Wenk-Ansohn, die Leiterin der Ambulanz. Im Moment gebe es viele Tschetschenen hier, die in Polizeistationen gefoltert worden seien, und Afghanen, misshandelt von der Polizei oder den Taliban. "Jeden großen Konflikt spüren wir hier." Bald kämen wohl vermehrt Syrer.

Wer es hier in eine Psychotherapie schafft, dem ist Hilfe und Absicherung sicher. Auf einem roten Sofa sitzt eine junge Iranerin, ihre Therapeutin Susanne Höhne hört aufmerksam zu. "Ich habe meinen Mann verlassen und bin nach Deutschland geflohen", erzählt die junge Frau. "Es war sehr schwer, weil ich keinen Kontakt zu irgendjemanden aufbauen konnte. Ich habe niemandem vertraut."

Im Berliner Krankenhaus erklärt die Ärztin ihrem Patienten aus Thailand: "Die Tuberkulose-Behandlung dauert neun Monate." Dann bräuchte er eine HIV-Behandlung. Somchai kann dann aber abgeschoben werden - obwohl Aids-Kranke in Thailand geächtet sind und oft nicht ausreichend Medikamente bekommen. Wie die Behörden entscheiden, wenn Somchai einen Härtefallantrag stellt, ist offen.

\*) Name von der Redaktion geändert

Von Basil Wegener, dpa

**Load-Date:** July 23, 2013

## **Behörde unterbricht Pussy-Riot-Theaterstück**

Spiegel Online

3. März 2013 Sonntag 7:56 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** RUSSLAND

**Length:** 334 words

**Highlight:** Aufführung mit Hindernissen: Das Pussy-Riot-Stück "Die Moskauer Prozesse" wurde in der russischen Hauptstadt erst von Beamten unterbrochen, dann von orthodoxe Christen und Kosaken.;

<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/russland-behoerde-unterbricht-pussy-riot-theaterstueck-a-886628.html>

### **Body**

---

Moskau - Mitarbeiter der russischen Einwanderungsbehörde haben in Moskau die Aufführung eines Theaterstücks über den Prozess gegen die Punkband Pussy Riot unterbrochen. Vier Uniformierte in den weinroten Westen des Migrationsdienstes kamen unerwartet in das Sacharow-Zentrum in Moskau und überprüften die Papiere des Schweizer Regisseur Milo Rau.

Die in der Gerichtsshow anwesenden Juristen kritisieren das Vorgehen der Mitarbeiter der Ausländerbehörde als unverhältnismäßig. Dagegen verteidigte der Migrationsdienst den Sonntageinsatz. "Herr Rau ist mit einem Geschäftsvisum nach Russland eingereist, das nicht für eine Erwerbs- oder Journalistentätigkeit gilt", sagte der Vizechef des Migrationsdienstes in Moskau, Sergej Kaljuschny. Der Regisseur sei nur verwarnet, nicht aber mit einer Geldbuße belegt worden, sagte er der Agentur Interfax zufolge.

Mehrere Beteiligte des Pussy-Riot-Prozesses im vergangenen Jahr spielten mit, darunter auch Bandmitglied Jekaterina Samuzewitsch. Die Sprecherin des Sacharow-Zentrums sagte, sie habe keinerlei Zweifel, dass es der Einwanderungsbehörde eigentlich um das Theaterstück gegangen sei. Die Aufführung sei für zwei Stunden unterbrochen worden. Festnahmen habe es nicht gegeben. Der Regisseur sprach von "absurden Vorwänden" und einer "mühsamen Unterbrechung". "Das zeigt, wie es ist", sagte Rau.

Später wurde das Stück erneut unterbrochen, weil sich vor dem Sacharow-Zentrum orthodoxe Christen und Kosaken versammelt hatten. Einige von ihnen seien hineingebeten worden, um sich zu überzeugen, dass das Theaterstück nicht antireligiös sei, schrieb ein Mitarbeiter des Zentrums auf Facebook.

Die regierungskritische Punkband Pussy Riot hatte im Februar 2012 in der Moskauer Christi-Erlöser-Kathedrale gegen den damaligen Ministerpräsidenten und heutigen Präsidenten Wladimir Putin protestiert. Im August wurden die drei Aktivistinnen der Gruppe zu jeweils zwei Jahren Lagerhaft verurteilt. Die Strafe für Samuzewitsch wurde später auf Bewährung ausgesetzt.

ore/AFP/dpa

Behörde unterbricht Pussy - Riot -Theaterstück

**Load-Date:** March 4, 2013

---

End of Document

## Zahl der Asylbewerber steigt rapide

Spiegel Online

24. Januar 2012 Dienstag 8:33 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** FLUCHTPUNKT DEUTSCHLAND

**Length:** 447 words

**Highlight:** Immer mehr Menschen versuchen, in Deutschland Asyl zu erhalten. Einem Zeitungsbericht zufolge stieg die Zahl der Antragsteller 2011 auf den höchsten Wert seit acht Jahren. Vor allem kommen sie aus Afghanistan, dem Irak, Syrien und Pakistan.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,810988,00.html>

### Body

---

Berlin - 45.741 Menschen haben im vergangenen Jahr versucht, in Deutschland Asyl zu bekommen. Das berichtet die "Süddeutsche Zeitung" (SZ) unter Berufung auf offizielle Zahlen. Im Vergleich zu 2010 ist die Zahl demnach um elf Prozent gestiegen - auf den höchsten Wert seit acht Jahren.

Die Schutzsuchenden kommen demnach vor allem aus muslimisch geprägten Ländern wie Afghanistan, dem Irak oder Syrien. Besonders drastisch sei der Anstieg bei den Pakistanern. Ihre Zahl habe sich im Vergleich zu 2010 auf gut 2500 verdreifacht. Zudem versuchten Tausende Serben, per Asylantrag in Deutschland Fuß zu fassen, 90 Prozent von ihnen seien Roma. Sie werden in ihrer Heimat benachteiligt und leben häufig in Armut.

Der Zeitung zufolge gelangen viele Flüchtlinge über die schlecht gesicherte Grenze zwischen der Türkei und Griechenland in die Europäische Union und reisen dann weiter nach Deutschland, wo sie den entsprechenden Antrag stellen. Ein weiterer Grund für den Anstieg der Zahlen ist ein Beschluss von 2009, nach dem die Visapflicht für Serbien und Mazedonien entfällt: Seitdem können die Bürger dieser Balkanstaaten frei einreisen, sie brauchen lediglich einen neuen Pass, der biometrische Merkmale wie den Fingerabdruck elektronisch gespeichert hat. Beide Länder sind unter den zehn häufigsten Herkunftsstaaten der Asylsuchenden.

Zwar liegt die Zahl der Asylbewerber mit fast 46.000 sehr hoch. Weit entfernt ist sie jedoch vom Spitzenwert zu Beginn der neunziger Jahre, als jedes Jahr hunderttausende Menschen in Deutschland Asyl beantragten.

#### "Zynisch und menschenverachtend"

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte dem Blatt, viele Asylsuchende aus Serbien seien offensichtlich nicht als verfolgte Flüchtlinge einzustufen - und ihre Anträge sollten zügig abgelehnt werden, "um die Dauer des unrechtmäßigen Aufenthalts in Deutschland und die mit diesem verbundene Belastung der öffentlichen Haushalte möglichst zu minimieren".

Die Grünen fordern indes ein Ende der Abschiebung syrischer Flüchtlinge. "Zwar schiebt Deutschland momentan nicht direkt nach Syrien ab, dafür aber in Staaten wie Ungarn, von wo aus syrische Flüchtlinge dann zurück in ihre



## Zahl der Asylbewerber steigt rapide

Heimat abgeschoben werden", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Bundestagsfraktion, Volker Beck, der "Mitteldeutschen Zeitung".

Dieses "zynische und menschenverachtende" Verfahren müsse gestoppt werden. Beck forderte die Bundesregierung zudem auf, das im Jahr 2009 zwischen Deutschland und Syrien geschlossene Rückübernahmeabkommen zu kündigen. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte dem Blatt, seit Mitte 2011 sei kein Syrer gegen seinen Willen von Ungarn nach Syrien zurückgeführt worden.

*aar/dapd*

**Load-Date:** January 24, 2012

---

End of Document

## Flüchtlinge beenden Hungerstreik

Spiegel Online

2. November 2012 Freitag 11:56 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AKTION AM BRANDENBURGER TOR

**Length:** 324 words

**Highlight:** Sie essen wieder: Mehr als eine Woche hungerten die **Flüchtlinge** auf dem Pariser Platz in Berlin. Nach Zusagen der Integrationsbeauftragten Maria Böhmer haben die Aktivisten den Hungerstreik beendet, wollen aber noch weitere Tage am Brandenburger Tor ausharren.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-beenden-hungerstreik-am-brandenburger-tor-a-864931.html>

### Body

---

Berlin - Die protestierenden **Flüchtlinge** am Brandenburger Tor in Berlin haben ihren Hungerstreik beendet. Allerdings wollen sie noch bis zum Montag dort campieren, sagte ein Sprecher der Gruppe am Donnerstagabend. Vorher hatte es stundenlange Verhandlungen mit der Integrationsbeauftragten des Bundes, Maria Böhmer (CDU), und der Berliner Integrationsssenatorin Dilek Kolat (SPD) gegeben.

Mit ihrer Aktion hatten die Flüchtlinge Zugang zum Arbeitsmarkt sowie die Abschaffung von Sammelunterkünften und der Residenzpflicht für Asylbewerber gefordert. Diese zwingt Asylbewerber, sich in einer ihnen zugewiesenen Region aufzuhalten.

Böhmer kündigte an, dass die Verhältnisse in einzelnen Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber überprüft werden sollen. "Wir wollen darauf achten, dass Standards gewahrt werden." Zudem äußerte sie Zweifel an der Residenzpflicht. "In der heutigen Zeit muss man fragen, ob eine solche Regelung noch zeitgemäß ist", sagte die Integrationsbeauftragte. Bis 15. November soll ein Termin für ein Treffen mit Bundestagsabgeordneten in Begleitung von Böhmer und Kolat gefunden sein. Böhmer hatte zuvor die jetzige Vereinbarung als Erfolg bezeichnet. Ebenso äußerte sich Kolat. Sie sagte zudem, dass sich auch die Integrationsministerkonferenz mit dem Thema befassen werden.

Die Flüchtlinge waren nach einem 600-Kilometer-Protestmarsch aus Würzburg in Berlin angekommen. Seit Beginn ihres Hungerstreiks sorgte der Einsatz der Berliner Polizei immer wieder für Kritik. Ein nicht genehmigtes Zelt baute die Polizei umgehend wieder ab. Zudem wurden die Protestierenden wiederholt aufgefordert, Schlafsäcke und Isomatten zu beseitigen.

"Das war das bewegendste Gespräch, das ich in meiner Zeit als Integrationsbeauftragte erlebt habe", sagte Böhmer. Sie wolle sich im Fall der protestierenden Flüchtlinge um eine Beurlaubung von der Residenzpflicht für die Zeit ihres Protestes bemühen - damit ihre Aktion straffrei bleibt.

fab/dpa/dapd

## Flüchtlinge beenden Hungerstreik

**Load-Date:** November 2, 2012

---

End of Document

**[EU lehnt Änderung der Flüchtlingspolitik ab;](http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-gipfel-in-bruessel-lehnt-aenderung-der-fluechtlingspolitik-ab-a-929984.html)**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-gipfel-in-bruessel-lehnt-aenderung-der-fluechtlingspolitik-ab-a-929984.html>**

SPIEGEL ONLINE

25. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 642 words

**Highlight:** Vor allem Italien hat beim EU-Gipfel auf mehr Solidarität in der **Flüchtlingsfrage** gepocht - jedoch ohne Erfolg. In Brüssel ist zwar von Verbundenheit und Trauer die Rede, an der **Asylpolitik** wird sich dennoch nichts ändern. Kanzlerin Merkel betont, eine Task Force solle kurzfristige Maßnahmen ergreifen.

## Body

---

Brüssel - Europa sieht keinen Anlass zu einer Änderung im Umgang mit **Asylbewerbern**: Auch nach dem Tod von rund 400 afrikanischen **Flüchtlingen** vor der italienischen Insel Lampedusa will die EU die Verteilung von illegalen Einwanderern nicht neu regeln. In der Abschlusserklärung des Brüsseler Gipfels kündigt die EU zwar "konsequente Maßnahmen" an, um solche Tragödien zu verhindern. Es ist aber keine grundlegende Neuausrichtung vorgesehen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte, man habe "eine lange Diskussion über die Flüchtlingspolitik" geführt, alle Beteiligten seien "tief bestürzt". Eine Task Force solle nun auch kurzfristige Maßnahmen ergreifen und die EU-Grenzschutzagentur Frontex stärken.

Angesprochen darauf, dass in der Nacht zum Freitag erneut etwa 700 Flüchtlinge vor der Küste Siziliens aus dem Meer gerettet wurden, sagte sie: "Gerade weil heute Nacht so ein schreckliches Ereignis passiert ist, wurde die Dringlichkeit der Arbeit der Task-Force hier noch einmal thematisiert." Dennoch mahnte Merkel auch, "dass wir nicht jedes Mal all die Arbeit, die wir jahrelang reingesteckt haben, in Frage stellen".

Beim EU-Gipfel sprachen die Staaten am Freitag Italien ihre Solidarität aus und bekundeten "tiefe Trauer" über die jüngsten Ereignisse. Die Staatlenker diskutierten auf Druck der Südeuropäer über das Thema. "Wir verlangen, dass Europa seinen Zugang zu diesem Thema ändert", hatte Italiens Ministerpräsident Enrico Letta zu Beginn des Gipfels gesagt. Der Premier Maltas, Joseph Muscat, kritisierte: "Das sind nur Worte. Auf diese Worte müssen Taten folgen."

Rebecca Harms, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament, kritisierte das Ergebnis des EU-Gipfels zur Flüchtlingspolitik. In der vorbereiteten Abschlusserklärung fehle Klartext, sagte Harms. "Klartext heißt: Alle europäischen Mitgliedstaaten müssen dazu gebracht werden, dass sie Asylrecht umsetzen." Im Süden des Kontinents gebe es keinen ordentlichen Zugang zu Asylverfahren.

EU lehnt Änderung der Flüchtlingspolitik ab <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-gipfel-in-bruessel-lehnt-aenderung-der-fluechtlingspolitik-ab-a-929984.html>

Vor Lampedusa waren Anfang Oktober mehr als 400 illegale Einwanderer ums Leben gekommen. In der Nacht zum Freitag wurden mehr als 800 Flüchtlinge aus Afrika vor der italienischen Küste aufgegriffen.

### **Keine Mehrheit für einen Kurswechsel**

Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann brachte eine Quote ins Gespräch: "Was aber Teil bei der Lösung oder der Milderung des Problems für Flüchtlinge wäre, ist natürlich, wenn jedes Land bereit wäre, eine gewisse Quote von Flüchtlingen aufzunehmen."

Doch solch ein radikaler Kurswechsel hat in Europa keine Mehrheit. Die meisten EU-Regierungen - darunter Deutschland - sind mit dem bestehenden System einverstanden. Die Dublin-II-Verordnung legt fest, dass das EU-Land zuständig ist, in dem der Schutzsuchende zuerst europäischen Boden betreten hat. Das führt dazu, dass Flüchtlinge, die etwa aus Italien nach Deutschland kommen, dorthin abgeschoben werden. In der Gipfel-Erklärung taucht das Thema Dublin-II nicht auf.

Laut dem Text soll eine eingesetzte Expertengruppe "gemäß den Grundsätzen der Vorbeugung, des Schutzes und der Solidarität" Vorschläge für die EU-Flüchtlingspolitik machen. Die Staaten wollen demnach vereinbaren, den Grenzschutz sowie den Kampf gegen Schleuser und Menschenhändler zu verbessern. Im Juni 2014 will man sich laut Erklärung wieder auf Chefebene mit dem Thema befassen.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), hatte mehrfach gefordert, dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnehmen sollte, die über das Mittelmeer nach Europa kommen. Die Bundesregierung weist hingegen stets darauf hin, dass Deutschland im Vergleich zu Italien wesentlich mehr Asylbewerber pro Kopf der Bevölkerung aufnehme. Laut Statistik kamen in Deutschland 2012 rund 945 Asylbewerber auf eine Million Einwohner, in Italien dagegen nur 260.

vek/aar/dpa/AFP

**Load-Date:** November 15, 2013

[Amnesty beklagt Zustände auf WM-Baustellen;  
http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fussball-wm-amnesty-fordert-  
gesetzesreformen-von-katar-a-933853.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fussball-wm-amnesty-fordert-gesetzesreformen-von-katar-a-933853.html)

SPIEGEL ONLINE

17. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

**Length:** 741 words

**Highlight:** Zwangsarbeit, systematische Ausbeutung, armselige Unterkünfte: Amnesty International kritisiert die Bedingungen für Gastarbeiter im WM-Land Katar heftig. Um die Zustände zu beenden, seien umfassende Gesetzesänderungen notwendig.

## Body

---

Hamburg - Nach einer Untersuchung der Arbeitsbedingungen im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 fordert die Menschenrechtsorganisation Amnesty International von Katar umfassenden Reformen. "Der Missbrauch von Gastarbeitern in der Baubranche von Katar ist grauenhaft", heißt es in einem Bericht, den Amnesty am Sonntagabend veröffentlichte und der SPIEGEL ONLINE vorab vorlag.

Bei ihren Gesprächen mit Betroffenen vor Ort stießen die Amnesty-Vertreter der Studie zufolge auf unzumutbare Zustände. Die Organisation hat zum Beispiel Fälle dokumentiert, in denen Migranten unter der Androhung von Strafen Arbeiten ausführen mussten, für die sie sich nicht freiwillig gemeldet hatten. "In diesen Fällen handelt es sich um Zwangsarbeit", schreibt Amnesty unter Verweis auf eine von Katar ratifizierte Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation.

Im Einzelnen kritisiert der Bericht:

Veränderte Arbeitsbedingungen, von denen Gastarbeiter erst nach ihrer Ankunft erfuhren - inklusive reduzierter Gehälter. Fälle, in denen das Gehalt von Arbeitern erst mit monatelanger Verspätung oder gar nicht gezahlt wurde. Unternehmer, die ausländischen Mitarbeitern Arbeitspapiere vorenthielten, so dass diesen die Verhaftung durch katarische Behörden drohte. Fälle, in denen die Pässe von Migranten durch ihre Arbeitgeber konfisziert wurden, so dass diese nicht das Land verlassen konnten. Arbeitszeiten, die zum Teil weit über das zumutbare Maß hinausgingen sowie die Verletzung von Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften die Unterbringung von Arbeitern in "armseligen" Behausungen.

Zwar betreffen die Missbrauchsfälle laut Amnesty nicht alle Migranten, die insgesamt 94 Prozent der Arbeitnehmerschaft von Katar ausmachten. Man sei jedoch zu dem Schluss gekommen, "dass die Ausbeutung von Gastarbeitern Routine und weitverbreitet ist". In vielen Fällen liege dies nicht allein an den einzelnen Arbeitgeber, sondern sei "eindeutig verbunden mit systemischen Problemen im Umgang mit der Beschäftigung von Migranten".

Amnesty beklagt Zustände auf WM-Baustellen <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fussball-wm-amnesty-fordert-gesetzesreformen-von-katar-a-933853.html>

Von Katars Regierung fordert Amnesty insbesondere, die Vorgaben aufzuheben, wonach Gastarbeiter sowohl für das Wechseln ihres Jobs als auch für das Verlassen des Landes die Zustimmung des Arbeitgebers benötigen. Außerdem sei es nicht akzeptabel, dass bestimmte Gruppen von Arbeitern keinen Schutz durch das Arbeitsrecht genießen und nur einheimische Arbeiter Gewerkschaften gründen dürfen. Solange grundlegenden Reformen nicht umgesetzt seien, müsse mit zahlreichen weiteren Schritten der Missbrauch innerhalb des bestehenden Systems verhindert werden.

### **Organisationskomitee räumt "inakzeptable Zustände" ein**

Für den Bericht mit dem Titel "Die dunkle Seite der Migration" recherchierten Amnesty-Vertreter nach eigenen Angaben zwischen Oktober 2012 und März 2013 insgesamt fünfeinhalb Wochen in Katar. Dabei hätten sie etwa 210 ausländische Bauarbeiter und 79 Gastarbeiter aus anderen Branchen befragt und zudem zahlreiche Gespräche mit Vertretern von Politik und Privatwirtschaft geführt.

Über mutmaßliche Zwangsarbeit und unmenschliche Bedingungen auf den Baustellen für die Fußball-Weltmeisterschaft 2022 wird bereits seit Monaten diskutiert. Für Aufsehen sorgte ein Bericht des britischen "Guardian", wonach 44 nepalesische Gastarbeiter in nur zwei Monaten an Herzinfarkten oder durch Arbeitsunfälle starben. Auch der Deutsche Fußball-Bund forderte mittlerweile in Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund bessere Arbeiterrechte in Katar.

Das katarische WM-Organisationskomitee hat bereits vor Veröffentlichung des Amnesty-Berichts Fehler eingeräumt und Verbesserungen angekündigt. "Jeder Tote, jeder einzelne Tote jenseits der Zahl Null ist inakzeptabel! Jede Praktik, die die Sicherheit, Würde oder Gesundheit eines Menschen angreift, ist für uns nicht hinnehmbar", sagte Generalsekretär Hassan al-Thawadi der Nachrichtenagentur sid.

Es gebe sicherlich teilweise "inakzeptable Zustände", räumte al-Thawadi ein. "Wir werden alle Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind." Sicherheit, Würde und Gesundheit eines jeden, der an der WM mitarbeite, seien gesichert.

Die WM 2022 ist seit der Vergabe durch den Weltverband Fifa umstritten. Die Rede ist von möglicher Korruption bei der Entscheidung zugunsten Katars. Zudem soll das Turnier wegen der großen Hitze im Sommer verlegt werden. Der neue Termin ist jedoch weiter unklar.

dab/dpa/sid

**Load-Date:** November 18, 2013

[Mir sagen Leute, du nix Knoblauch heute!;](http://www.spiegel.de/kultur/musik/heimatlieder-aus-deutschland-und-songs-of-gastarbeiter-a-935039.html)  
[http://www.spiegel.de/kultur/musik/heimatlieder-aus-deutschland-und-](http://www.spiegel.de/kultur/musik/heimatlieder-aus-deutschland-und-songs-of-gastarbeiter-a-935039.html)  
[songs-of-gastarbeiter-a-935039.html](http://www.spiegel.de/kultur/musik/heimatlieder-aus-deutschland-und-songs-of-gastarbeiter-a-935039.html)

SPIEGEL ONLINE

23. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KULTUR / MUSIK

**Length:** 1144 words

**Byline:** Christoph Twickel

**Highlight:** Deutschland entdeckt den Sound seiner Arbeitsmigranten: Auf "Songs of Gastarbeiter" besingen türkische Deutschländer die Knoblauch-Klischees und den Fließband-Akkord der Sechziger und Siebziger. Auf "Heimatlieder aus Deutschland" beschwören migrantische Chöre ein imaginäres Zuhause.

## Body

---

Das waren noch Zeiten: Als man in deutschen Unterhaltungstalkshows wie "Bios Bahnhof" noch türkische Familien einlud, um mit ihnen darüber zu plaudern, ob sie eher zurück in die Türkei gehen oder sich lieber integrieren wollten. "Wenn wir uns total anpassen und voll integrieren würden, würden wir unsere eigene Identität verlieren, und das möchte ich nicht", antwortet der 21-jährige Mahir Uslu in einer Sendung aus dem Jahre 1980. Alfred Biolek hakte nach: "Ist das der Grund, warum Sie und Ihr Bruder einen Schnurrbart tragen? Damit werden Sie doch sofort als Türke erkannt!"

So war sie, die alte Bundesrepublik - höflich, aber bestimmt, wenn es um das Fremde ging. Bis weit in die achtziger Jahre hießen die Mitbürger mit Migrationshintergrund noch "Gastarbeiter" - ein deutscher Neologismus der Fünfziger, der per Sprachregelung dekretieren wollte, dass die, die kommen, auch bitteschön wieder gehen sollen. Noch in den Achtzigern habe die Regierung Kohl Pläne gewälzt, "die Zahl der Türken in Deutschland um 50 Prozent zu reduzieren", schreiben Bülent Kullukcu und Imran Ayata in den Linernotes von "Songs of Gastarbeiter Vol. 1" (Trikont).

Das Album, das der Münchner Künstler und Theatermacher und der Berliner Autor und Werber zusammengestellt haben, hätte auch "Gastarbeiter strike back" heißen können, denn die 16 Songs aus den sechziger bis achtziger Jahren sparen nicht mit Kritik an den deutschen Zuständen. Die türkischen Migranten kamen "als Schweißer, als Hilfsarbeiter / Als Drecks- und Müllarbeiter / Bahnarbeiter - sie nennen uns Gastarbeiter / unsere deutsche Freunde" singt Ozan Ata Canani, der 1975 als 12-Jähriger nach Deutschland einwanderte. Und der von 1979 bis 1987 in Deutschland lebende Cem Karaca ergänzt in seinem Song "Gastarbeiter": "Man brauchte unsere Arbeitskraft / Die Kraft, die was am Fließband schafft / Wir Menschen waren nicht interessant / Darum blieben wir euch unbekannt."



Mir sagen Leute, du nix Knoblauch heute! <http://www.spiegel.de/kultur/musik/heimatlieder-aus-deutschland-und-songs-of-gastarbeiter-a-935039.html>

Manchmal in gebrochenem Deutsch - bisweilen als Kanak-Sprak sarkastisch überspitzt - und oft auf Türkisch beschwerten sich die Almançı-Musiker, die "Deutschländer", über grantige Meister und Fließband-Akkord. Und nicht zuletzt klagen sie über das fremde Leben in Almanya, wie die Sängerin Yüksel Özkasap, die als "Nachtigall von Köln" ("Köln'ün Bülbülü") in der deutsch-türkischen Community der Sechziger und Siebziger große Erfolge feierte. Özkasaps Alben - herausgebracht von der Kölner Plattenfirma Türküola - bekamen mehrere Goldene Schallplatten - von der deutschen Öffentlichkeit natürlich völlig unbemerkt.

### **Unbekümmerte Kümmeltürken-Klischees**

Viele andere Songs dagegen erblicken auf "Gastarbeiter Vol.1" erstmalig das Licht der Öffentlichkeit - oft sind es private Mitschnitte, aufgenommen mit Kassettenrekorder, ohne professionellen Anspruch. Aber um audiophile Aspekte geht's hier ohnehin nicht. "Songs of Gastarbeiter" will eine Art Retromania für die "Alamanya Türküleri", die "Lieder aus Deutschland" stiften, die damals eben nur im Wohnzimmer, im Wohnheim, auf Festen oder Polit-Veranstaltungen der türkischstämmigen Communitys gespielt und gehört wurden.

Die Songs, die bislang nur im kollektiven Gedächtnis der Elterngeneration existiert haben, können jetzt - wie man so sagt - Kultcharakter bekommen. Gerade auch, weil sie unbekümmert die Klischees des damaligen Inländer-Ausländer-Alltags verarbeiten: So wie Nudossi, Ampelmännchen und Karat das ostalgische Herz erwärmen, so wirken hier bisweilen die Kümmeltürken-Klischees der Sechziger und Siebziger als bizarr-vertraute Fundstücke. "Ich türkisch Mann / Nix deutsch sprechen kann", singt ein gewisser Yusuf auf einer Decca-Single aus dem Jahr 1977. "Kümmel, Paprika, Knoblauch ess ich auch / Mir sagen Leute: Du nix Knoblauch heute!" Woher der Mann kommt? Ob er nicht gar ein Biodeutscher war, der sich einen Schnurrbart angeklebt hat? Man weiß es nicht.

"Songs of Gastarbeiter Vol.1" - der Titel verrät's - soll erst der Anfang sein. Über hundert Songs aus der migrantischen Vergangenheit der Bundesrepublik warten auf eine Veröffentlichung, versichern Bülent Kullukcu und Imran Ayata.

### **Heimat? Ein funky Loop**

Da scheint das Projekt "Heimatlieder aus Deutschland", das am Sonntag im Berliner Hebbel am Ufer ein großes Release-Konzert feiert, die logische Fortführung der Idee zu sein: Es versammelt 13 Musikensembles aus Berlin, viele Chöre darunter, deren Mitglieder Wurzeln in den Ländern haben, mit denen die BRD und die DDR einst einen Anwerbevertrag hatten. "Eingewanderte Folklore" lautet der Oberbegriff, den der Autor und Migrationsforscher Mark Terkessidis und der Labelbetreiber Jochen Kühling gewählt haben für ihr Projekt, das derzeit die Bühnen und Konzertsäle des Landes erobert.

Da ist der deutsch-polnische Chor Spotkanie, der seit 1989 deutsche und polnische Kunst-, Kirchen- und Volkslieder singt, da ist das kroatische Männer-Vokalensemble Klapa Berlin, das altdamatinischen A-cappella-Gesang intoniert, da gibt es das marrokanische Gnawa-Quartett, das Perkussionsensemble aus Mosambik und diverse Chöre mit vietnamesischem, koreanischem, griechischem, türkischem oder spanischem Liedgut.

Das wirkt einerseits wie eine Umverpackung des guten alten interkulturellen Begegnungsfestes der Siebziger und Achtziger, das man besuchte, um voll völkerfreundlichen Willens zu probieren, was uns die Ausländer aus ihrer Heimat an Speisen und Klängen mitgebracht haben. Andererseits geht es eben auch um eine Neudefinition von "Heimat": "Der gemeinsame Gesang diente dazu, den durch die Migration erfahrenen Bruch in der Kontinuität von Kultur und Erinnerung zu kitten und sich neu zu verorten", schreiben die Heimatlieder-Macher über die migrantischen Ensembles, die sie aufgenommen und auf die Bühne gebracht haben. "Und im gesungenen 'imaginären Heimatland' sind die Nachkommen aufgewachsen."

Diese gesungene Heimat wird noch ein bisschen imaginärer, wenn sie in die Finger von Remixern gerät. Unter dem Titel "New German Ethnic Music" hat das Elektroniklabel Karaoke Kalk die "Heimatlieder aus Deutschland" in Remixversionen veröffentlicht. Elektronikproduzenten wie Matias Aguayo, Eric D. Clark, Mark Ernestus oder Gudrun Gut - die Mehrzahl selbst mit migrantischen Roots - räumen mit der Idee von authentischen Traditionen auf

Mir sagen Leute, du nix Knoblauch heute! <http://www.spiegel.de/kultur/musik/heimatlieder-aus-deutschland-und-songs-of-gastarbeiter-a-935039.html>

sehr zeitgemäße Weise auf. Von der Folklore bleiben nur Versatzstücke: Hier ein funky Loop, da ein Stückchen Gesang im Echoraum, da ein dekonstruierter und neu zusammengesetzter Choral.

Heimat? Das ist das, woran man sich bedient, wenn man einen guten Track zusammenschraubt.

Heimatabend. Heimatlieder aus Deutschland: Record-Release-Konzert mit Sandra Stupa und Dusica Ga&#269;ic, BTMK & Polyphonia, La Caravane du Maghreb, Klapa Berlin, Quan Ho Chor, The MahuGang u.a., Sonntag den 24.11. um 20 Uhr im Hebbel am Ufer (Hau 2), [www.hebbel-am-ufer.de](http://www.hebbel-am-ufer.de)

**Load-Date:** November 23, 2013

---

End of Document

[Mann beantragt Asyl wegen drohender Klimakatastrophe;  
http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/mann-aus-kiribati-beantragt-in-neuseeland-asyl-wegen-klimawandel-a-928334.html](http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/mann-aus-kiribati-beantragt-in-neuseeland-asyl-wegen-klimawandel-a-928334.html)

SPIEGEL ONLINE

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WISSENSCHAFT / NATUR

**Length:** 448 words

**Highlight:** Seine Heimatinseln im Pazifik werden bedroht vom steigenden Meeresspiegel - nun beantragt ein Mann aus Kiribati mit seiner Familie in Neuseeland Asyl. Er möchte als Klimaflüchtling anerkannt werden.

## Body

---

Hamburg - Ein Mann aus dem pazifischen Inselreich Kiribati hat wegen des Klimawandels bei einem Gericht in Neuseeland um Asyl gebeten. Steigende Meere und Umweltrisiken durch die globale Erwärmung in seiner Heimat seien der Grund, erklärte der 37-jährige Ioane Teitiota. Er bittet darum, als Klimaflüchtling anerkannt zu werden.

Im Inselstaat Kiribati leben gut 100.000 Menschen. Seine 33 Atolle liegen durchschnittlich zwei Meter über dem Meeresspiegel. Sie gelten als am stärksten anfällig für steigendes Wasser. Der Uno-Klimarat hat in seinem jüngsten Bericht einen weltweiten Anstieg der Ozeane um rund drei Millimeter pro Jahr festgestellt, aber vor einem stärkeren Anstieg in den nächsten Jahrzehnten gewarnt. Die Meere könnten demnach bis Ende des Jahrhunderts um 26 bis 82 Zentimeter höher stehen.

Teitiota kam 2007 nach Neuseeland, er hat drei Kinder, die dort geboren wurden. Das Leben seiner Familie würde bedroht, sollte sie in Kiribati siedeln müssen, sagte er. Neuseelands High Court in Auckland hatte ihm bislang Asyl verweigert. "Es gibt keine Zukunft für uns, wenn wir wieder nach Kiribati gehen", konterte Teitiota nun vor dem Berufungsgericht.

### "Katastrophe in 30 Jahren"

Bislang sei der Fall nach veraltete Rechtsvorschriften für Flüchtlinge behandelt worden, sagte Teitiotas Anwalt. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die Ende des Zweiten Weltkriegs in Kraft trat, müsse geändert werden, um Menschen auf der Flucht vor der Klimakatastrophe zu helfen, sagte Anwalt Michael Kidd "Radio New Zealand". "Was in Kiribati in den nächsten 30 Jahren geschehen wird, ist eine Katastrophe."

Neuseelands Einwanderungstribunal akzeptiert Teitiotas Behauptungen, betonte aber, er wäre in derselben Position wie die anderen Bewohner von Kiribati. Viele würden Maßnahmen treffen, um die Auswirkungen des steigenden Meeresspiegels zu mildern. Kiribati hat beispielsweise Land gekauft, um in Fidschi Lebensmittel wachsen zu lassen und Menschen umsiedeln zu können.

Mann beantragt Asyl wegen drohender Klimakatastrophe <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/mann-aus-kiribati-beantragt-in-neuseeland-asyl-wegen-klimawandel-a....>

Neuseeland und Australien, die Hauptziele von Flüchtlingen aus dem Südpazifik, haben bislang neue Einwanderungsregeln aufgrund des Klimawandels abgelehnt. Die Lage in Kiribati sei schwierig, es gebe aber wenig Chance, dass sie in den Anwendungsbereich der Genfer Flüchtlingskonvention oder der Uno-Menschenrechtskonvention falle, sagte Jane McAdam, Expertin für Flüchtlingsrecht an der Sydney University in Australien. Es fehle "sicherlich der politische Wille", um die Gesetze zu ändern.

Die Uno hatte in den letzten Jahren wiederholt vor Flüchtlingsströmen aufgrund des Klimawandels gewarnt. Ihre pessimistischen Prognosen sind aber bislang nicht eingetroffen.

boj/Reuters

**Load-Date:** November 15, 2013

---

End of Document

## USA schicken 150 Militärexperten nach Jordanien

Spiegel Online

10. Oktober 2012 Mittwoch 1:33 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** SYRIEN-KONFLIKT

**Length:** 470 words

**Highlight:** Die Furcht wächst, dass der Krieg in Syrien auf die Nachbarstaaten übergreift. Jordanien bekommt nun Hilfe: 150 US-Soldaten sind laut "New York Times" in dem Land im Einsatz. Sie sollen helfen, den Ansturm der **Flüchtlinge** zu bewältigen, aber auch im Notfall die chemischen Waffen kontrollieren.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-konflikt-usa-schicken-150-militaerexperten-nach-jordanien-a-860485.html>

### Body

---

Washington/Amman - Die Sorge ist groß, dass sich der Bürgerkrieg in Syrien zu einem Flächenbrand in der Region ausweitet. In der Türkei sind bereits Granaten, in Jordanien Raketen aus dem Nachbarland eingeschlagen. Täglich drängen immer mehr syrische **Flüchtlinge** in die Nachbarstaaten. Die Regierung in Amman hat nun Unterstützung bekommen. Wie die "New York Times" berichtet, hat die US-Regierung 150 Militärspezialisten nach Jordanien geschickt.

Die US-Militärexperten sind in einer Trainingseinrichtung der jordanischen Armee im Norden der Hauptstadt Amman stationiert, rund 50 Kilometer von der Grenze zu Syrien entfernt. Die Experten sollen nach Angaben der Zeitung der jordanischen Regierung dabei helfen, den Ansturm syrischer Flüchtlinge zu bewältigen.

US-Verteidigungsminister Leon Panetta bestätigte die Entsendung der Soldaten indirekt während eines Nato-Treffens in Brüssel. "Wir arbeiten seit längerer Zeit mit Jordanien zusammen", sagte er und erwähnte auch konkret die Sicherung von Lagerstätten chemischer Waffen in Syrien. Zahlen nannte der Minister nicht und sprach auch nur von einer "Gruppe unserer Soldaten", die im Hauptquartier der jordanischen Armee tätig seien. Dort bereite man sich auf "jeden mögliche Situation" vor.

Die amerikanische Mission in Jordanien begann nach Informationen der "New York Times" bereits im Frühsommer. Im Mai organisierten die USA eine Militärübung. Mehr als 12.000 Soldaten aus 19 Ländern, darunter Soldaten der Special Forces, nahmen teil. Nachdem das Training endete, blieben die US-Soldaten in Jordanien. Unter den 150 Spezialisten befinden sich Kommunikationsexperten, Logistiker, Planer und Ausbilder. Auch ein Beamter des Außenministeriums, Abteilung Migration und Flüchtlinge, ist der Taskforce zugeordnet.

Nach Jordanien sollen bereits etwa 200.000 Syrer geflüchtet sein. Das Land gilt als wichtiger Verbündeter der USA im Nahen Osten. Jordanien war einer der ersten arabischen Staaten, die den Rücktritt von Präsident Baschar al-

## USA schicken 150 Militärexperten nach Jordanien

Assad forderten. Die Regierung in Amman ist zunehmend besorgt, dass auch militante Islamisten aus Syrien ins Land kommen.

Die US-Spezialisten sollen dem Zeitungsbericht zufolge zudem an Planungen für den Fall beteiligt sein, dass das Assad-Regime die Kontrolle über seine Chemiewaffen verliert. Groß ist die Angst vor einem Machtvakuum in Syrien, von dem zum Beispiel Qaida-nahe Islamisten profitieren und möglicherweise sogar die chemischen Waffen des Regimes erbeuten könnten.

Laut "New York Times" soll auch bereits das Errichten einer Pufferzone zwischen Syrien und Jordanien diskutiert worden sein. Sie soll nach ersten Plänen von jordanischen Truppen durchgesetzt werden, logistisch unterstützt von den USA. Eine Entscheidung sei aber noch nicht gefallen. Dies sagten nicht namentlich genannte Vertreter der US-Regierung.

*heb/mgb*

**Load-Date:** October 10, 2012

---

End of Document

## Schlepper locken Tschetschenen nach Deutschland

SPIEGEL ONLINE

17. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 1034 words

**Byline:** Benjamin Bidder Christina Hebel

**Highlight:** Immer mehr Russen suchen in Deutschland Asyl - sie stammen überwiegend aus Tschetschenien.

Warum sie kommen? Die deutschen Behörden sind ratlos. Menschenrechtler in Russland vermuten: Es geht um 4000 Euro und ein Stück Land.

### Body

---

Am Anfang war ein Gerücht. Die Menschen im russischen Nordkaukasus begannen, sich davon zu erzählen: Im fernen Berlin habe die Regierung die Pforten der sagenhaft wohlhabenden Bundesrepublik Deutschland weit geöffnet - und zwar vor allem für Flüchtlinge aus Tschetschenien, einer Teilrepublik Russlands. Von einem "Korridor" für 40.000 Tschetschenen war die Rede.

Journalisten einer Zeitung, die der tschetschenischen Regierung gehört, riefen bei der deutschen Botschaft in Moskau an. Die Vertretung verneinte den angeblichen Korridor nach Deutschland. Aber in Tschetschenien ist ein Gerücht manchmal stärker als das Wort eines Diplomaten - und erst recht als das eines Regierungsjournalisten.

Die Folgen sind nun in der deutschen Asylstatistik zu sehen. Seit Monaten registrieren die Bundesbehörden einen sprunghaften Anstieg von Antragstellern aus Russland. 9957 waren es nach Angaben des Bundesinnenministeriums allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres. Im gesamten Vorjahr waren es dagegen gerade einmal 3202 russische Flüchtlinge gewesen. Zum Vergleich: Aus dem Bürgerkriegsland Syrien kamen im ersten Halbjahr 4517 Asylsuchende nach Deutschland.

Nach eigenen Angaben erfassen die deutschen Behörden die ethnische Zugehörigkeit von Asylbewerbern nicht. Informationen geben sie dazu nur ungern heraus. Man wisse ja nicht, ob die Angaben der Flüchtlinge überhaupt stimmten. Hinter vorgehaltener Hand bestätigten sie dann doch: Die überwiegende Mehrheit der russischen Asylsuchenden stamme aus Tschetschenien.

Warum die Tschetschenen verstärkt kommen? Die Bundesbehörden geben an, es nicht zu wissen. Es sei aber nicht auszuschließen, dass die seit 2012 zu zahlenden erhöhten Leistungen zu den steigenden russischen Asylbewerber-Zahlen beigetragen haben, heißt es aus Regierungskreisen. Im Juli vergangenen Jahres hatte das Bundesverfassungsgericht geurteilt, dass die staatlichen Leistungen für Asylbewerber ungefähr auf das Niveau von Sozialhilfe und Hartz IV erhöht werden müssen. Ein Grund, der freilich für Flüchtlinge aus allen Ländern gilt.

**Gerüchte über Begrüßungsgeld von 4000 Euro**

## Schlepper locken Tschetschenen nach Deutschland

Swetlana Gannuschkina, Flüchtlingsexpertin der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial, weiß es genauer. Mitarbeiter hatten Gannuschkina im April zum ersten Mal von dem Gerücht in Tschetschenien berichtet: "Da war die Rede von 4000 Euro, die Deutschland jedem tschetschenischen Flüchtling geben wolle, und etwas Land."

Gannuschkina erzählt von Dörfern, in denen sich die Bewohner ganzer Straßenzüge geschlossen in den Bus nach Westen setzten. Professionelle Schlepper hätten die Versprechen in die Welt gesetzt, erzählt die Menschenrechtlerin.

Das Gerücht fand im Nordkaukasus fruchtbaren Boden. Tschetschenien hat zwei Kriege hinter sich. 1994 und 1999 kämpften russische Truppen gegen Separatistenverbände der selbsternannten Tschetschenen-Republik Itschkerija. Im zweiten Feldzug schlugen die Truppen von Wladimir Putin die Rebellen brutal nieder. Russische Soldaten und der Geheimdienst misshandelten und entführten Zivilisten, konnten das Land aber nicht befrieden. 2004 sprengten islamistische Rebellen Moskaus Statthalter in die Luft, Tschetscheniens Präsidenten Achmat Kadyrow. Dann folgte sein Sohn.

### **"Die Angst hat die Menschen im Griff"**

Ramsan Kadyrow hat selbst auf der Seite der Russen im Krieg gekämpft. Er soll gefoltert und gemordet haben, warf ihm ein ehemaliger Bodyguard vor. Der Leibwächter wurde 2009 in Wien auf offener Straße erschossen. Ramsan Kadyrow hat die Rebellen gejagt, und Tschetschenien ist inzwischen ruhiger als die Nachbarrepubliken Dagestan und Inguschetien, in denen Islamisten nahezu jede Woche Polizisten und Militärs angreifen.

Aber Kadyrow herrscht mit harter Hand. "Frauen ohne Kopftuch werden Ziel von Übergriffen, Studentinnen in Jeans oder mit entblößten Ellbogen dürfen an Vorlesungen nicht teilnehmen", sagt Memorial-Mitarbeiterin Gannuschkina. "Familien schicken ihre Töchter nicht mehr zur Uni und verstecken sie zu Hause, aus Angst, Männer der Kadyrow-Garden könnten Gefallen an ihnen finden." Entführungen gebe es immer noch - aber niemand traue sich mehr, sich bei Menschenrechtlern darüber zu beklagen, so Gannuschkina. "Die Angst hat die Menschen im Griff, deshalb glauben so viele dem Gerücht."

### **Über Polen nach Deutschland**

Es treibt die Tschetschenen aus ihrer Heimat - meist flüchten sie in die Ukraine. Von dort geht es weiter über die EU-Grenze nach Polen und Deutschland. Meist in Gruppen, organisiert von Schleusern, reisten die Flüchtlinge illegal ein, erzählen Menschenrechtler. In der Regel seien es junge Familien mit vielen kleinen Kindern, berichtete die Bundespolizei in Frankfurt/Oder im April.

Ihre Chance auf Asyl in Deutschland? 24 Prozent der russischen Flüchtlinge haben im ersten Quartal 2013 einen positiven Bescheid bekommen, das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei hervor. "Wenn fast jeder Vierte bereits anerkannt wird, dann gibt es ja offenbar einen erheblichen Verfolgungsdruck und massive Menschenrechtsverletzungen", sagt Bernd Mesovic, stellvertretender Geschäftsführer von Proasyl.

Allerdings befürchten er und andere Menschenrechtler, dass die Behörden nun - wie bei den Asylsuchenden aus den Balkanländern - Schnellverfahren einführen könnten. "Husch-Husch-Entscheidungen mit hoher Ablehnungsquote", damit die Behörden ein Exempel statuieren könnten, wie Mesovic sagt.

### **"Sie suchen ein gutes Leben"**

In Tschetschenien reagierte die Regierungszeitung "Westi Respubliki" Mitte Mai, sie verdammt den großen Strom der Auswanderer. Seien die Tschetschenen während der Kriege noch vor "Explosionen, massenhaften Säuberungsaktionen und Entführungen geflohen, haben sie heute andere Gründe: Sie suchen ein gutes Leben", heißt es in einem Artikel. Dabei habe noch kein einziger Tschetschene etwas gesehen von den angeblichen "Beihilfen, Wohnungen und Autos", die in Deutschland nur darauf warteten, dass Flüchtlinge sie abholen würden.



## Schlepper locken Tschetschenen nach Deutschland

Genutzt hat dies nichts. Hunderte sind dennoch gefahren, und Hunderte werden ihnen folgen - bis das Gerücht irgendwann an Kraft verliert.

**Load-Date:** August 12, 2013

---

End of Document

## Der überforderte Kiez

SPIEGEL ONLINE

13. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 1079 words

**Byline:** Christina Hebel

**Highlight:** Im Berliner Bezirk Hellersdorf wird eine ehemalige Schule zu einem Asylbewerberheim umgebaut, Ende des Monats sollen die ersten Flüchtlinge kommen. Anwohner sind verunsichert, viele lehnen die Unterkunft vor ihrer Haustür ab. Die NPD versucht die Stimmung für sich zu nutzen.

### Body

---

Berlin - Viel musste er sich schon anhören: "Ich habe erfahren, ihr beschäftigt Polen, da wollte ich doch mal schauen." Oder: "Mal sehen, wann es hier brennt." Eine Drohung? "Hunde, die bellen, beißen nicht", sagt der Mann, aber weiß man es? Er zuckt mit den Schultern, seinen Namen will er lieber nicht nennen.

Er arbeitet für ein privates Unternehmen, das sich im Auftrag der Stadt Berlin um den Umbau der seit Jahren leerstehenden Max-Reinhardt-Schule im Bezirk Marzahn-Hellersdorf kümmert. Einen Umbau, den viele im Kiez ablehnen. Das ehemalige Gymnasium, drei graue vierstöckige Plattenbauten, ein mit Unkraut zugewucherter Schulhof, wird zu einem Asylbewerberheim umfunktioniert, so hat es der Bezirk kürzlich entschieden.

Bauarbeiter sind nun dabei, aus Klassenzimmern Wohnräume zu machen - auch an diesem Samstag, die Zeit drängt. Erst soll das Gebäude 200, später einmal 400 Flüchtlingen Zuflucht bieten. Ende Juli sollen die ersten 50 Asylsuchenden aus Syrien und dem Irak kommen.

### Mischung aus Ängsten und Vorurteilen

Fremde, die im Kiez nicht so recht erwünscht sind. Das Wort Asylbewerberheim macht hier Angst, erinnert es doch an 1992, an den Überfall des Flüchtlingsheims in Lichtenhagen, randalierende Neonazis, Anwohner, die zuschauten. In den bunt angemalten DDR-Plattenbauten, die sich kilometerweit am nordöstlichen Rand Berlins aneinanderreihen, wollen die Leute vor allem eins - ihre Ruhe.

Und so ist "aber" das Wort, das man häufig zu hören bekommt, wenn über das Flüchtlingsheim gesprochen wird. Dann folgen Erklärungen wie: "Das alte Gebäude ist aber doch gar nicht geeignet für die Flüchtlinge" oder "Uns fehlen aber doch Schulen, unsere Schülerzahlen wachsen". Es ist eine verquere Melange aus Ängsten und Vorurteilen in einem Viertel, in dem Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit hoch sind, der Alkohol bei manch einem schon am Morgen fließt.

## Der überforderte Kiez

Nicola Ponitka ist eine der wenigen im Kiez, die ihren Ausländerhass direkt und mit Namen äußert. Die 18-jährige Mutter sagt Sprüche wie: "Ausländer machen Dreck und Müll, bringen Kriminalität. Ich will eine Mauer um Deutschland."

### "Die haben uns überrumpelt"

Ein Bewohner, der gegenüber der Schule wohnt und anonym bleiben will, formuliert es so: "Jetzt kommt da so was rein - der Asylant." Alle im Block hätten Angst, um ihre Kinder, ihre Autos, sagt er, als er Hundefutter und Brot aus seinem grünen Kleinwagen lädt. "Die haben uns überrumpelt", schimpft er.

Mit die meint er den Bezirk und die Politiker. Diese haben im Fall des Hellersdorfer Flüchtlingsheims in der Tat keine gute Figur gemacht - trauriger Höhepunkt: eine Informationsveranstaltung am Dienstag. Bis zu 900 Anwohner waren gekommen, um sich über das Asylbewerberheim zu informieren, angereist waren auch 70 NPD-Anhänger aus Berlin und Brandenburg. Sie nutzten den Abend, um Stimmung zu machen. Es war kein guter Abend für Hellersdorf, von den Politikern widersprach den Rechtsextremen so gut wie niemand.

Immer wieder ergriffen sie das Mikrofon - auch NPD-Landeschef Sebastian Schmidtke, der vom Landesverfassungsschutz als langjährig aktiver Neonazi bezeichnet wird. Auf einigen T-Shirts von Teilnehmern stand laut Beobachtern das Datum: 22. bis 26. August 1992 - die Tage von Rostock-Lichtenhagen. "Nein zum Heim", "Volksverräter", "Lügen" skandierten Mitglieder der NPD. Linke riefen "Nazis raus", es kam zu Rangeleien.

Von Pogromstimmung sprach später die Linken-Bundestagabgeordnete Petra Pau. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit (SPD), sah sich genötigt, die Berliner zur Besonnenheit zu mahnen.

### Lärm gegen NPD-Parolen

Bezirksbürgermeister Stefan Komoß (SPD) nennt die Veranstaltung "schlimm". Er hatte mit dem für Asylbewerber zuständigen Landesamt für Gesundheit und Soziales dazu eingeladen. Komoß muss sich nun Fragen gefallen lassen, warum das Treffen so eskaliert ist. Er steht am Samstag auf dem Platz vor dem Rathaus Hellersdorf, Demonstranten rufen "Nazis raus" und "Haut ab". Laute Musik dröhnt aus Boxen, Trillerpfeife ertönen.

Die NPD versucht wenige Meter weiter einmal mehr, gegen Ausländer zu hetzen. Sie tourt an diesem Tag mit einem Laster durch die Hauptstadt, darauf prangt die Aufschrift "Einwanderung stoppen!" Das NPD-Fahrzeug hält auch vor dem Asylbewerberheim. Ein Anhänger macht Fotos - eine Provokation. In Kreuzberg, an der ersten geplanten Station, waren die Rechtsextremen am Morgen allerdings erst gar nicht aufgetaucht, 450 Gegendemonstranten warteten dort.

Doch in Hellersdorf will die NPD nun Flagge zeigen, auch wenn sie nur mit 15 Leuten vertreten ist. Landeschef Schmidtke versucht gegen den Lärm der mittlerweile 500 Gegendemonstranten anzukommen - er hält nur eine kurze Rede. Eier fliegen, Schmidtke muss mit Schirmen geschützt werden.

### Neuer Anlauf für Info-Veranstaltung

SPD-Mann Komoß räumt derweil ein, dass die Behörden die Lage einige Tage zuvor unterschätzt hätten. Dabei gab es Anzeichen genug, dass Rechtsextreme die Diskussion über das Flüchtlingsheim ausnutzen würden. Auf Facebook hetzt die "Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf" gegen die Unterkunft. "Wir sind das Volk! Nein zum Heim!" steht da. Es sollen auch Flugblätter verteilt worden sein. Mit den Flüchtlingen kämen Müll, Drogenhandel, Gewalt und Prostitution in den Kiez, heißt es dort. Laut Verfassungsschutz gehört der Bürgerinitiative mindestens ein ehemaliges Mitglied der NPD an.

Komoß weiß, dass in den kommenden Wochen viel Arbeit auf ihn zukommt. Er will den Anwohnern die Angst nehmen, ihnen erläutern, dass die Flüchtlinge ein Recht auf Asyl haben, sagt er. Es sei Zeichen der Menschlichkeit, die Flüchtlinge in Hellersdorf aufzunehmen. Auf Facebook hat sich mittlerweile eine Unterstützer-Gruppen "Hellersdorf hilft Asylbewerbern" gegründet. Ende August will der Bürgermeister zu einer zweiten Informationsveranstaltung einladen, dieses Mal soll sie besser vorbereitet werden, verspricht er.

## Der überforderte Kiez

Noch ein Eklat kann sich der Bezirk nicht leisten, dessen Ruf nun noch mehr gelitten hat. "Jetzt sind wir nicht nur Plattensiedlung, sondern auch Rechtenhochburg", seufzt eine junge Frau. Die Politiker müssen das wieder geradebiegen", fordert Angelika Schulze, eine 65-jährige Anwohnerin. Sie kann die Ängste der Menschen nicht verstehen: "Die sind doch nur künstlich geschürt." Die Politiker müssten den Leuten vor Augen halten, was es für Flüchtlinge bedeute, kein Zuhause mehr zu haben.

**Load-Date:** August 12, 2013

---

End of Document

[Deutschland unterstützt Camerons Kampf gegen EU-Ausländer;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/deutschland-unterstuetzt-camerons-  
kampf-gegen-arbeitsmigranten-a-936296.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/deutschland-unterstuetzt-camerons-kampf-gegen-arbeitsmigranten-a-936296.html)

SPIEGEL ONLINE

29. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 952 words

**Byline:** Carsten Volkery Severin Weiland

**Highlight:** Erst will Großbritanniens Premier Cameron gegen arbeitslose EU-Ausländer vorgehen, jetzt plant auch Deutschland befristete Einschränkungen. Die Brüsseler Kommission ist entsetzt, selbst konservative Europa-Politiker warnen vor Rechtspopulismus.

## Body

---

London/Berlin - "Die Freizügigkeit innerhalb der EU muss weniger frei sein." Das forderte der britische Premierminister David Cameron diese Woche in einem Gastbeitrag für die "Financial Times". Detailliert listete er auf, wie Großbritannien den Zugang zu Sozialleistungen für EU-Bürger einschränken wolle. Der Angriff auf eines der populärsten Grundrechte sorgte für Empörung quer durch Europa. Doch Cameron verteidigte sich, er sei nicht allein. Deutschland, Österreich und die Niederlande teilten seine Auffassung.

Tatsächlich hatten die vier Länder bereits im April in einem gemeinsamen Brief die Belastung ihrer Sozialsysteme durch Migranten beklagt und die EU-Kommission aufgefordert, Abhilfe zu schaffen. Auch im neuen Koalitionsvertrag hat die CSU unter der Überschrift "Armutswanderung innerhalb der EU" mehrere migrationskritische Passagen durchgesetzt. Nationales und Europarecht müssten so geändert werden, "dass Anreize für Migration in die sozialen Sicherungssysteme verringert werden", heißt es auf Seite 108. Dafür sei unter anderem "die Ermöglichung von befristeten Wiedereinreisesperren" notwendig. Auch Leistungsausschlüsse für Arbeitsuchende sollten "präzisiert" werden.

Die Verschärfung der Rhetorik hängt mit einem bevorstehenden Stichtag zusammen: Ab dem 1. Januar gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänien und Bulgarien. Beide Länder sind schon seit 2007 EU-Vollmitglied, doch war der Arbeitsmarktzugang für ihre Bürger bislang in neun EU-Ländern noch beschränkt. Experten gehen davon aus, dass der befürchtete Ansturm ausbleiben wird, weil der größte Teil der Ausreisewilligen längst im Ausland ist. Dennoch sind viele Politiker in Westeuropa nervös. Insbesondere Cameron fürchtet einen Durchmarsch der rechtspopulistischen Unabhängigkeitspartei Ukip bei der Europawahl im Frühjahr.

**"Berechtigte Sorgen und Probleme der Mitgliedstaaten"**

## Deutschland unterstützt Camerons Kampf gegen EU-Ausländer

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/deutschland-unterstuetzt-camerons-kampf-gegen-arbeitsmigranten-a....>

Auf der nächsten Sitzung der EU-Innenminister am 5. Dezember wollen Deutschland und Großbritannien deshalb erneut Druck machen. Deutschlands amtierender Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) wird anreisen. "Die Kommission ist aufgerufen, in ihrem schriftlichen Abschlussbericht für den bevorstehenden Rat im Dezember auf die berechtigten Sorgen und Probleme der Mitgliedstaaten zu reagieren und echte Lösungsansätze aufzuzeigen", betont ein Sprecher des Bundesinnenministeriums. Aus deutscher Sicht gehe es insbesondere um die Frage, welche Maßnahmen und Sanktionen gegen den "Missbrauch des Freizügigkeitsrechts auf der Grundlage europäischen Rechts" zulässig seien. "Das gilt vor allem für die Verhängung befristeter Wiedereinreisesperren", so der Sprecher zu SPIEGEL ONLINE.

Großbritannien hat viel weiter gehende Pläne: Die Cameron-Regierung will auch Leistungen wie das Kindergeld für EU-Ausländer streichen und über neue Regeln für künftige Beitrittskandidaten reden. Sie sollten erst Zugang zum EU-Arbeitsmarkt erhalten, wenn ihre Länder ein gewisses Pro-Kopf-Einkommen erreicht hätten. Aus dem Bundesinnenministerium heißt es dazu: "Einzelne nationale Maßnahmen, die andere Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang ergreifen wollten, kommentieren wir nicht."

Österreich und die Niederlande hingegen scheinen das Thema inzwischen abgehakt zu haben. Österreich sehe derzeit keinen Handlungsbedarf, das Problem Sozialtourismus gebe es im Land nicht, sagte ein Sprecher des Innenministeriums in Wien. Im niederländischen Arbeitsministerium hieß es, man werde sich Camerons Pläne anschauen. Man habe aber derzeit keine eigenen Forderungen an die EU. Die Hauptsorge in Den Haag sei nicht der Sozialleistungsmissbrauch, sondern die Frage, wie man gleiche Löhne für rumänische und bulgarische Migranten sicherstellen könne.

### **EU-Kommission hält das Problem für aufgebauscht**

Die EU-Kommission legte diese Woche als Antwort an die Innenminister einen "Fünf-Punkte-Plan" vor. Sie will ein Handbuch zu Scheinehen herausgeben, die Regeln für den Wohnorttest klarer machen, Online-Training für Kommunalbeamte anbieten und im Februar verschiedene Bürgermeister einladen, um sich über "best practices" auszutauschen. Zudem sollen die Mittel des EU-Sozialfonds genutzt werden, um die Lebensbedingungen in den armen EU-Ländern zu verbessern. Von schärferen Sanktionen gegen Migranten ist keine Rede.

Die Kommission hält das Problem für aufgebauscht. "Kein einziger Mitgliedstaat konnte bislang Beweise vorlegen, dass es Sozialtourismus gibt", sagt ein Sprecher von EU-Sozialkommissar László Andor. Die Zahl der nicht arbeitenden EU-Migranten liege in den meisten Ländern bei unter fünf Prozent. Der Großteil davon seien Studenten und Rentner. Eine Studie des Centre for European Policy Studies kam im September zu dem Schluss, dass Sozialleistungen keine Magnetwirkung auf EU-Migranten ausübten.

Aus Brüsseler Sicht müssen daher keine europäischen Gesetze geändert werden. Schon jetzt erlaubt die EU-Freizügigkeitsrichtlinie den Mitgliedstaaten, im Fall von Sozialleistungsmissbrauch "alle notwendigen Maßnahmen" gegen EU-Ausländer zu ergreifen, inklusive der Ausweisung.

Selbst die Konservativen im Europaparlament halten die britische Kampagne für übertrieben. "Cameron soll aufhören, Ukip nachzulaufen", sagte Manfred Weber (CSU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender der EVP-Fraktion im Europaparlament. "Durch seine Rhetorik macht er Ukip nur stark." Zuwanderung in Sozialsysteme sei durch EU-Recht ausgeschlossen. Sollte es Vollzugsprobleme geben, müssten zuerst die nationalen Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden.

Noch weiter geht EU-Justizkommissarin Viviane Reding. Sie legte den Briten nahe, über einen Austritt aus dem europäischen Binnenmarkt nachzudenken.

**Load-Date:** November 29, 2013

## Asylbewerber revoltieren in australischem Flüchtlingslager

SPIEGEL ONLINE

20. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 689 words

**Highlight:** Auf der Südseeinsel Nauru haben mehr als hundert Iraner einen Aufstand in einem **Flüchtlingslager** angezettelt. Sie hoffen auf **Asyl** in Australien, doch die Regierung in Canberra lagert das Problem einfach aus - und setzt die Menschen auf Pazifik-Inseln fest.

### Body

---

Canberra - Nauru ist eine winzige Pazifikinsel, gerade einmal 20 Quadratkilometer groß. Ein Südseeparadies mit schneeweißen Stränden, Kokospalmen und einem Korallenriff vor der Küste. Aber auch mit einem **Flüchtlingslager**, in dem mehr als 500 **Asylbewerber** unter erbärmlichen Bedingungen leben müssen. Sie hoffen darauf, vom benachbarten Australien aufgenommen zu werden.

Am Freitag sind in dem Camp Unruhen ausgebrochen. Etwa 150 Insassen sollen einen Aufstand angezettelt und versucht haben, aus dem Lager auszubrechen, teilte die australische Immigrationsbehörde mit, die das Camp betreibt. Die Flüchtlinge hätten sich mit Messern aus der Lagerküche bewaffnet und innerhalb von zwei Stunden die Kontrolle übernommen, bevor die Polizei einschritt. Zahlreiche Asylbewerber und Sicherheitsbeamte seien verletzt und ins Krankenhaus gebracht worden. Mehrere Gebäude auf dem Camp-Gelände sollen bis auf die Grundmauern niedergebrannt sein. Der Sachschaden geht in die Millionen.

Nach Angaben des australischen Fernsehsenders ABC sollen etwa tausend einheimische Männer der Polizei geholfen haben, den Aufstand niederzuschlagen. Sie seien mit Macheten und Stahlrohren auf die Flüchtlinge losgegangen und hätten sie damit am Ausbrechen gehindert. Die meisten Asylbewerber in dem Lager auf Nauru sollen aus Iran stammen.

### Die Proteste waren geplant

Augenzeugen beschrieben die Zusammenstöße als die schlimmsten seit Menschengedenken auf der abgelegenen Südseeinsel. Menschenrechtsgruppen haben jedoch seit langem vor der schwelenden Flüchtlingskrise gewarnt. "Die Spannungen haben sich über lange Zeit aufgebaut. Der Vorfall sollte niemanden überraschen", sagte Ian Rintoul von der australischen Refugee Action Coalition.

Ursprünglich hätten die Asylbewerber geplant, aus dem Camp auszubrechen und zum Inselflughafen zu marschieren. Dort sollte eine Protestkundgebung stattfinden. Wegen des erbitterten Widerstands des Wachpersonals sei die Lage in dem Lager dann jedoch eskaliert.

## Asylbewerber revoltieren in australischem Flüchtlingslager

Die Ungewissheit und die langen Bearbeitungszeiten der Asylanträge hätten die Flüchtlinge frustriert, sagte Rintoul. Zudem seien die Bedingungen, unter denen die Camp-Insassen leben müssen, unerträglich geworden, weil immer mehr Menschen dort aufgenommen werden.

Zusätzliche Brisanz erhält der Vorfall durch eine Neuregelung in der australischen Asylpolitik, die der neue Premierminister Kevin Rudd durchgesetzt hat. Von Samstag an werden alle Flüchtlinge, die in Booten in australische Gewässer kommen, nach Papua-Neuguinea abgeschoben. Ein erstes Boot mit 81 Menschen an Bord wurde am Samstag bereits vor der Küste der Weihnachtsinsel aufgegriffen.

### **2012 kamen 17.000 Flüchtlinge übers Meer**

Parallel dazu schaltete die Regierung in Canberra Anzeigen in heimischen und internationalen Tageszeitungen. Die Botschaft: "Wenn du ohne Visum im Boot hierher kommst, wirst du nicht in Australien abgesetzt." Entsprechende Versprechungen der Schleuserbanden seien wertlos.

Doch diese Kampagne ist in Australien hoch umstritten. "So lange der 'Adelaide Advertiser' nicht in den Vororten von Jakarta ausgeliefert wird, ist das eine gigantische Verschwendung von Steuermitteln", sagte der Parlamentsabgeordnete Nick Xenophon. Auch aus den Reihen der regierenden Labor-Partei kommt Kritik. Der Labor-Chefin des Bundesstaats Victoria, Cath Bowtell, sagte, die Regierung gebe die falsche Antwort darauf, dass Tausende Menschen auf dem Meer vor Australien sterben.

Der Ministerpräsident des Bundesstaats Queensland, Campbell Newman, kritisierte, dass die Regierung das Flüchtlingsproblem nicht löse, indem sie die Asylbewerber nach Papua-Neuguinea abschiebe. Schließlich lägen an manchen Stellen nur vier Kilometer zwischen Papua-Neuguinea und der Küste von Queensland. "Kevin Rudd hat Australiens Problem zu Queenslands Problem gemacht", sagte Newman.

Die Zahl der Bootsflüchtlinge in Australien hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch erhöht. Noch 2004 kam gerade einmal ein Boot mit 15 Menschen an Bord nach Down Under. 2012 waren es 278 Schiffe mit mehr als 17.000 Flüchtlingen an Bord.

syd/AP

**Load-Date:** August 12, 2013



[Deutschland nimmt weitere 5000 Flüchtlinge aus Syrien auf;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-nimmt-weitere-5000-fluechtlinge-aus-syrien-auf-a-937497.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-nimmt-weitere-5000-fluechtlinge-aus-syrien-auf-a-937497.html)

SPIEGEL ONLINE

05. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 344 words

**Highlight:** Die Innenminister von Bund und Ländern haben sich geeinigt: Deutschland will weiteren Tausenden Syrern Zuflucht gewähren. Angesichts von zwei Millionen Syrern auf der Flucht war der Druck auf Deutschland gewachsen, weitere Notleidende aufzunehmen.

## Body

---

Berlin/Hannover - Lange wurde Kritik geübt an der deutschen Flüchtlingspolitik, nicht zuletzt Bundespräsident Joachim Gauck monierte, Deutschland könne noch mehr Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland aufnehmen. Nun will die Bundesrepublik weitere 5000 Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen. Darauf haben sich die Innenminister von Bund und Ländern am Donnerstagabend auf ihrer Konferenz in Hannover verständigt. Delegationskreise bestätigten eine entsprechende Meldung der Tageszeitung "Die Welt". Danach soll die Lage im Frühjahr 2014 nochmals geprüft werden.

Bisher hatte sich Deutschland zur Aufnahme eines Kontingents von 5000 Syrern verpflichtet. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) zeigte sich bereits offen für eine Aufstockung. Neben den 5000 mit gesichertem Aufenthaltsstatus sind seit 2011 mehr als 23.000 Syrer auf eigene Faust als Asylbewerber nach Deutschland gekommen.

Bei der Einigung der Innenminister handelt es sich um einen Kompromiss. Hamburgs Innensenator Michael Neumann (SPD) hatte eine Vervierfachung des Kontingents gefordert. Pro Asyl und die Grünen dringen darauf, auch die hohen bürokratischen Hürden für die Aufnahme der Menschen zu senken.

"Es ist unmenschlich, dass in Deutschland lebende Verwandte der Bürgerkriegsflüchtlinge Bürgschaften stellen und die Übernahme von Krankenkassenkosten garantieren müssen", wenn sie ihre geflohenen Angehörigen aufnehmen wollten, sagte Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter der "Neuen Osnabrücker Zeitung".

Tatsächlich läuft das Sonderprogramm, mit dem seit September 5000 Syrer nach Deutschland kommen sollen, bisher schleppend. Erst rund 1700 der Flüchtlinge sind bislang aus Lagern im Libanon eingetroffen, auch wegen bürokratischer Hindernisse vor Ort. Bei gut der Hälfte von ihnen handele es sich um Syrer, die ohnehin bereits bei der Botschaft die Einreise beantragt hatten, kritisierte Pro Asyl. Die Angehörigen der 55.000 Syrer in Deutschland hätten kaum eine Chance, nach Deutschland zu kommen, sagte Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt.

Deutschland nimmt weitere 5000 Flüchtlinge aus Syrien auf  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-nimmt-weitere-5000-fluechtlinge-aus-syrien-auf-a....>

mia/dpa

**Load-Date:** December 9, 2013

---

End of Document

## Kärntens Schandfleck

Spiegel Online

17. August 2012 Freitag 10:39 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** UMSTRITTENES ASYLBEWERBERHEIM IN ÖSTERREICH

**Length:** 1326 words

**Byline:** Björn Hengst

**Highlight:** Badeseen und Alpengipfel, so sieht Kärnten im Urlaubskatalog aus. Doch in seinem südlichsten Bundesland zeigt sich Österreich auch von seiner hässlichen Seite: Frühere Angestellte berichten von katastrophalen Zuständen in einem Asylbewerberheim; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/oesterreich-streit-ueber-asylbewerberheim-auf-der-saualm-in-kaernten-a-850290.html>

## Body

---

Abdullah glaubt, noch lange hier oben in dem Asylbewerberheim bleiben zu müssen, das jetzt unten im Tal wieder ins Gerede gekommen ist. "Strafkolonie", sagen manche über den wuchtigen zweistöckigen Bau in den Kärntner Bergen, andere sprechen von einem "Ghetto". Man habe praktisch keinen Kontakt zur Außenwelt, beklagt sich Abdullah. "Wir sind hier völlig isoliert."

Wer hierher transportiert wird, hat eine lange kurvige Fahrt vor sich. Ein paar Häuser und Höfe gibt es zunächst noch, dann ist es vorbei mit der Besiedlung. Der nächste Ort liegt rund 15 Kilometer entfernt. Bis auf rund 1200 Meter windet sich die Straße hinauf, schließlich macht der steile Waldweg einen letzten Knick, dann ist die "Sonderanstalt für mutmaßlich kriminelle Asylbewerber" erreicht. So lautet der offizielle Name für die Einrichtung auf der Saualm in den Lavanttaler Alpen.

Wer dort untergebracht ist, lebt damit nicht nur isoliert im Nirgendwo: Saualm, das heißt für die meist jungen Menschen aus Afghanistan, Tschetschenien und anderen Ländern vor allem, unter dem Generalverdacht der Kriminalität zu stehen. Denn es spielt offenbar überhaupt keine Rolle, ob es von Seite der Behörden konkrete Vorwürfe gegen die Asylbewerber gibt oder nicht: Nach Angaben des UNHCR, des Uno-Flüchtlingswerks, werden immer wieder "völlig unbescholtene" Flüchtlinge auf die Saualm gebracht.

Der rechtspopulistische Landeshauptmann Jörg Haider hatte die Einrichtung 2008 kurz vor seinem Unfalltod eröffnet und schon damals mit seinen markigen Worten und seiner ganz eigenen Vorstellung von Flüchtlingsbetreuung bei vielen Österreichern für Protest gesorgt - in Kärnten allerdings, Hochburg der Rechtspopulisten, kam Haider damit bei vielen Bürgern gut an: Die Flüchtlinge sollten "weg von der einheimischen Bevölkerung", hatte er damals über sein Projekt gesagt. Das Haus, ein ehemaliges Kinderheim, erschien ihm dafür sehr geeignet: "Da oben können sie im besten Fall Pilze suchen."

## Kärntens Schandfleck

Jetzt hat die Saualm erneut eine Debatte über den Umgang mit Asylbewerbern in Kärnten ausgelöst. Initiativen wurden gegründet, Bürger haben die Volksanwaltschaft alarmiert, die die Verwaltung von Bund, Ländern und Gemeinden prüft und zudem für "den Schutz und die Förderung der Menschenrechte zuständig" ist. Auch die Bundesregierung in Wien hat sich eingeschaltet. Sollten die Bedingungen auf der Saualm menschenunwürdig sein, müsse die Einrichtung "selbstverständlich geschlossen werden", gab Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) vor wenigen Tagen zu Protokoll.

### "Essen, Essen!"

Auslöser für die neue Debatte sind Berichte über eine völlig unzureichende psychologische Betreuung der Asylbewerber und Schilderungen einer Köchin über eine mangelhafte und nicht ausreichende Ernährung. Auf der Saualm würden zum Teil abgelaufene oder verschimmelte Nahrungsmittel verwendet, den Menschen werde zu wenig Essen zur Verfügung gestellt. Sie würden häufig "Essen, Essen!" rufen, es sei sogar zu Meutereien gekommen. Die Frau hatte ihren Job auf der Saualm im vergangenen April nach nur wenigen Wochen aufgegeben und sich entsetzt an den örtlichen Pfarrer Johann Wornik gewandt. Auch andere frühere Hausangestellte erhoben Vorwürfe.

In Österreich sind die Bundesländer für die Beherbergungsqualität von Asylunterkünften verantwortlich. Kärnten hat aber im Unterschied zu anderen Bundesländern keinen entsprechenden Kriterienkatalog erarbeitet.

In der Kritik stehen jetzt Landeshauptmann Gerhard Dörfler von der rechtspopulistischen Partei Die Freiheitlichen in Kärnten (FPK) und Herta L., die Betreiberin des Asylbewerberheims. Dörfler wird vorgeworfen, die ausländerfeindliche Politik seines Vorgängers Haider fortzusetzen. Herta L. steht in dem Ruf, mit der Saualm vor allem viel Geld verdienen zu wollen. Sie hat Berichten zufolge einen Vertrag mit Kärnten abgeschlossen, wonach sie mit der für 30 Asylbewerber zugelassenen Saualm 40 Euro pro Tag und Kopf erhält - unabhängig davon, wie viele Flüchtlinge sich in der Unterkunft aufhalten. Üblich sind demnach normalerweise 17 Euro. Die Betreiberin erhält den Aufschlag demnach für den angeblich erhöhten Betreuungsbedarf. Kritiker sagen aber, dass die Flüchtlinge auf der Saualm weitgehend auf sich allein gestellt seien. Es gebe zwar Aufsichtspersonal, aber kaum Betreuung und erst recht keine psychologische Hilfe, obwohl viele der Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern kommen würden.

Wornik und Pfarrgemeinderat Heinrich Tritthart nahmen Kontakt mit Herta L. und mit Asylbewerbern auf und schickten einen Beschwerdebrief an Dörfler. Darin beklagten sie die Zustände im Heim und kritisierten, "dass teilweise traumatisierte, arbeitswillige junge Männer in die Bergeinsamkeit zum Nichtstun" verdammt würden. Manche von ihnen, sagte Wornik [spiegel ONLINE](#), würden den halben Tag mit über den Kopf gezogener Mütze apathisch in der Ecke sitzen. Die Verhältnisse in dem Asylbewerberheim seien "gegen die Menschenwürde". Das Heim, so die Forderung von Wornik und Tritthart müsse geschlossen werden.

### Landeshauptmann Dörfler weist Vorwürfe zurück

Dörfler selbst sieht keinen Korrekturbedarf. Es handele sich um eine "spezielle Betreuungseinrichtung". Beschwerden über das Essen gebe es in "jedem Asylheim in ganz Österreich", sagte der Politiker dem "Standard". Luxus sei für die Flüchtlinge nicht zu erwarten, fügte Dörfler hinzu: Es gebe "keine Fünf-Sterne-Betten für Asylbewerber".

Ungebetene Gäste werden vom Gelände des Heims schnell und entschieden abgewiesen. Man möge das Grundstück bitte verlassen, es befinde sich in Privatbesitz, man könne gern Kontakt mit der "Chefin" aufnehmen, sagt ein uniformierter Security-Mann dem Besucher.

Aber Herta L. mag nicht mehr reden. "Ich gebe kein Interview. Auf der Saualm ist alles in Ordnung", sagte sie auf Anfrage von [spiegel ONLINE](#). Gegenüber dem österreichischen Magazin "News" hatte sie vor einigen Wochen in einem Gespräch über die Versorgung der Asylbewerber mit Lebensmitteln eingeräumt, dass sie ein "sparsamer Mensch" sei und es nicht leiden könne, "wenn etwas weggeworfen wird". "Abgelaufene Ware? Ja vielleicht, aber das ist diese günstige Ware, die noch zum Verkauf steht."

## Kärntens Schandfleck

Es ist schwer, die Zustände auf der Saualm unabhängig zu prüfen. Es gilt ein "Betretungsverbot", auch Organisationen wie etwa die Caritas sind nicht zugelassen. "Ich brauche keine Sozialapostel da oben", lautet die Begründung von Dörfler. Lediglich das UNHCR hat Zugang, war aber nach eigenen Aussagen schon längere Zeit nicht mehr auf der Saualm. UNHCR-Sprecherin Ruth Schöffl übt dennoch Kritik: "Die Asylbewerber werden kriminalisiert. Sie leben zudem sehr weit weg vom Rest der Welt. Für eine mögliche spätere Integration ist das ein denkbar schlechter Start", sagte Schöffl.

**"Die Saualm ist wie ein Gefängnis"**

Die Asylbewerber haben Angst, dass sie mit Beschwerden ihr Asylverfahren gefährden könnten. Mit Journalisten sprechen sie deshalb lediglich unter der Bedingung, dass ihre Aussagen anonymisiert werden. Auch Mohammed denkt noch mit Grauen an die Saualm, auch wenn er inzwischen privat untergekommen ist. "Die Saualm ist wie ein Gefängnis", sagt er, die Betreiberin würde die Insassen oft anschreien und sich wie "eine Diktatorin aufführen". Er habe dort "sehr gelitten".

Rolf Holub, Landtagsabgeordneter der Grünen, setzt sich seit Jahren für eine Schließung des Saualm-Heims ein. 2008 hatten 16 Bewerber die Unterkunft verlassen, weil sie es dort nicht mehr aushielten. Holub ließ Spenden sammeln und sorgte dafür, dass die Flüchtlinge privat untergebracht wurden.

Wenn ein Asylbewerber das Heim auf eigenen Wunsch verlässt, fällt er aus der Grundversorgung: kein Taschengeld, keine Unterkunft, keine Verpflegung. "Ich empfinde das Asylbewerberheim auf der Saualm als eine perfide und menschenunwürdige Einrichtung", sagt Holub. Aber jetzt seien die Chancen gut, das Heim zu schließen. Dörfler sei wegen der Affären seiner Partei schwer in Bedrängnis: "Sollte er seinen Posten räumen müssen, dann hat auch die Saualm keine Zukunft mehr."

**Load-Date:** August 17, 2012

## Asylbewerber erhalten mehr Geld und härtere Auflagen

Spiegel Online

30. November 2012 Freitag 7:10 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ANLEHNUNG AN HARTZ-IV-SATZ

**Length:** 440 words

**Highlight:** Höhere Leistungen, aber schärfere Sanktionen: Die Bundesregierung will Flüchtlingen einem Zeitungsbericht zufolge künftig fast so viel geben wie Hartz-IV-Empfängern - aber in erster Linie als Sachleistung. Asylbewerber aus "sicheren Herkunftsstaaten" sollen sogar weniger bekommen.;  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-bekommen-mehr-geld-a-870113.html>

### Body

---

Berlin - Das Asylbewerberleistungsgesetz war 1993 eingeführt worden - jetzt werden erstmalig die Leistungen erhöht. Flüchtlinge sollen künftig deutlich mehr Geld erhalten, berichtet die "Süddeutsche Zeitung" unter Berufung auf den Entwurf der Bundesregierung für ein neues Asylbewerberleistungsgesetz. Zugleich müssten die Leistungsempfänger schneller mit Sanktionen rechnen. Details dazu nannte die Zeitung nicht.

Die Änderungen gehen auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom vergangenen Juli zurück. Die Karlsruher Richter hatten darin die bisherige Hilfe für Asylbewerber als verfassungswidrig niedrig verworfen und eine sofortige Anhebung der Sätze angeordnet.

Den Angaben zufolge sollen Flüchtlinge nun fast so viel Unterstützung erhalten wie Hartz-IV-Empfänger, allerdings soll die Hilfe möglichst als Sachleistung gewährt werden, etwa in Form von Essenspaketen. Zudem sollen die Asylsuchenden nach zwei Jahren in Deutschland ein Recht auf Sozialhilfe erhalten.

Asylantragsteller aus Herkunftsländern, die nicht für politische Verfolgung bekannt sind, sollen der "Süddeutschen Zeitung" zufolge allerdings eine geringere Unterstützung erhalten. Dies sei nötig, um die Einreise aus "asylfremden, insbesondere aus wirtschaftlichen Motiven" zu bekämpfen, heißt es in der Begründung des Gesetzes. In den vergangenen Monaten war die Zahl von Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien stark gestiegen. Ihre Anträge werden fast alle abgelehnt. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) will Serbien und Mazedonien zu sicheren Herkunftsstaaten erklären lassen.

In den übrigen Fällen können Asylbewerber mit einer etwa zehn Prozent geringeren monatlichen Zahlung rechnen als Hartz-IV-Empfänger, wenn sie Bargeld erhalten. Einem alleinstehenden Erwachsenen sollen 336 Euro zustehen. Der Hartz-IV-Satz liegt in diesem Fall bei 374 Euro. Kindern bis zum sechsten Geburtstag stehen künftig 202 Euro zu (Hartz IV: 219). Die Differenz erklärt sich auch mit einer anderen Regelung zum Hausrat. Wegen ihres oft kurzen Aufenthalts sollen Asylbewerber Ofen oder Waschmaschine von Amts wegen gestellt bekommen, statt eine pauschale Barzahlung zu erhalten.

### Asylbewerber erhalten mehr Geld und härtere Auflagen

Bisher lagen die Sätze gut ein Drittel unter Hartz-IV-Niveau. Sie sollen künftig parallel zu Hartz IV angehoben werden. Zudem sollen Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien wie Hartz-IV-Empfänger vom Bildungspaket profitieren.

Das Asylbewerberleistungsgesetz war auf dem Höhepunkt der Asylzuwanderung vor 19 Jahren eingeführt worden. Die Sätze waren nie erhöht worden. Grüne und Linke forderten am Donnerstag im Bundestag erneut seine Abschaffung. Union, FDP und SPD lehnten dies ab.

*yes/AFP*

**Load-Date:** November 30, 2012

## **Snowden bittet um vorübergehendes Asyl in Russland**

SPIEGEL ONLINE

12. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 895 words

**Highlight:** Wochenlang war er abgeschottet - jetzt hat NSA-Enthüller Edward Snowden mit Menschenrechtlern auf dem Moskauer Flughafen gesprochen. Er will zunächst Russland um temporäres Asyl bitten und danach nach Lateinamerika reisen.

### **Body**

---

Moskau - Der flüchtige US-Computerspezialist Edward Snowden will in Russland Asyl beantragen - zumindest vorübergehend. Das sagte Tatjana Lokschina, die stellvertretende Chefin von Human Rights Watch in Russland, während des Treffens mit dem NSA-Enthüller. Nur so habe Snowden eine garantierte Sicherheit für seinen Aufenthalt in Russland. Lokschina stand in Kontakt mit Ellen Barry von der "New York Times".

Grund für das Asylgesuch sei, dass Snowden nicht ausreisen könne. Der 30-Jährige wolle in Russland bleiben und habe um Hilfe beim Erstellen des Asylantrags gebeten. Später wolle er Asyl in Lateinamerika beantragen. Er habe Angebote aus Venezuela, Bolivien, Nicaragua und Ecuador erhalten, sagte der IT-Experte.

Snowden sagte zudem, die Uno-Menschenrechtskommission würde ihn als Asylsuchenden anerkennen, die USA aber nicht. Das habe das Verhalten der US-Regierung gezeigt, als das Flugzeug des bolivianischen Präsidenten Evo Morales in Wien notlanden musste. Snowden war an Bord der Maschine vermutet worden.

Regierungen in Westeuropa und Nordamerika würden außerhalb des Rechts agieren, ihn vom Reisen abhalten, beklagte Snowden weiter. Er wolle deshalb in Russland bleiben und reisen - er habe die internationalen Organisationen dazu aufgerufen, an die EU und USA zu appellieren, nicht einzugreifen.

#### **Amnesty-Appell: Kein Land darf Snowden an USA ausweisen**

Nach dem 45-minütigen Treffen mit Snowden sagte die Menschenrechtlerin Lokschina, der IT-Experte fühle sich sicher auf dem Flughafen. Er wisse aber, dass er nicht für immer dort bleiben könne. WikiLeaks veröffentlichte Snowdens englisches Statement (Wortlaut hier). Danach wollte er noch an diesem Freitag seinen Asylantrag in Russland stellen. "Ich hoffe, er wird positiv entschieden", sagte er.

Snowden hatte 13 Vertreter von Menschenrechtsorganisationen überraschend zu einem Treffen auf dem Moskauer Flughafen Scheremetjewo am Freitag eingeladen. Neben Lokschina nahmen Sergej Nikitin von Amnesty International und der prominente Anwalt Genri Resnik teil. Human Rights Watch veröffentlichte ein Foto des 30-Jährigen, auf dem er gut gekleidet und offenbar bei guter Gesundheit war.



## Snowden bittet um vorübergehendes Asyl in Russland

Sergej Nikitin von Amnesty International forderte mit Verweis auf die in den USA mögliche Todesstrafe, dass kein Land Snowden an Washington ausliefern dürfe. Nikitin sicherte Snowden Unterstützung zu. Seine Organisation werde weiter Druck auf die Regierungen ausüben, um die Menschenrechte des NSA-Enthüllers zu sichern - dazu gehöre auch sein Recht auf Asyl.

### Moskau stellt Bedingungen

Der Kreml reagierte kurz darauf: Die Regierung stellte dem US-Geheimdienstexperten erneut Bedingungen für ein Bleiberecht. Der 30-Jährige müsse vollständig auf Enthüllungen verzichten, die den USA Schaden zufügten, sagte der Sprecher von Präsident Wladimir Putin, Dmitri Peskow. Wörtlich sagte dieser: "Wenn er (Snowden - d. Red.) hierbleiben möchte, gibt es eine Bedingung: Er sollte mit seiner Arbeit aufhören, die dagegen gerichtet ist, unseren amerikanischen Partnern Schaden zuzufügen - so merkwürdig sich das aus meinem Mund auch anhören mag." Kreml-Chef Putin hatte Snowden bereits am 1. Juli unter dieser Bedingung Asyl angeboten.

Zuvor hatte Lokschina von Human Rights Watch berichtet, Snowden habe auf die Frage, ob er seine Aktionen stoppen wolle, geantwortet, dass es nichts zu stoppen gebe. Er glaube nicht, dass er den USA schade. "Keine meiner Handlungen, die ich unternommen habe oder plane, sollen den USA schaden... ich will, dass die USA erfolgreich sind", zitiert der "Guardian" Snowden.

Snowden habe bereits einen Asylantrag unterschrieben, sagte der Anwalt Anatoli Kutscherena. Der russische Migrationsdienst teilte mit, es sei noch kein Antrag eingegangen. Eine Auslieferung Snowdens lehnt Moskau auch deswegen ab, weil in den USA die Todesstrafe verhängt wird.

### "Das Verhältnis wird sich weiter abkühlen"

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Ruprecht Polenz, erwartet nach dem Antrag von Snowden eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Moskau und Washington. "Das Verhältnis wird sich weiter abkühlen", sagte der CDU-Politiker dem "Tagesspiegel".

Auch wenn Präsident Putin behauptet, der russische Geheimdienst habe keinen Kontakt zu dem US-Amerikaner, die meisten Beobachter halten dies für unwahrscheinlich. Denn wie sonst könne sich Snowden so auf dem Flughafen Scheremetjewo absichern, einem sehr gut mit Kameras überwachten Ort? Wieso habe ihn nicht schon längst ein Mitarbeiter dort fotografiert? Sich so abzuschirmen, sei nur durch professionelle Hilfe möglich.

### Bewachter Transitbereich

Zu dem Treffen auf dem Moskauer Flughafen waren auch 200 Journalisten gekommen. Das russische Fernsehen zeigte Bilder, wie sie sich um die acht Menschenrechtler drängten. Das Treffen mit Snowden fand im abgesicherten Transitbereich des Flughafens statt, dieser war für die Journalisten abgesperrt. Die Menschenrechtler kamen danach ohne Snowden wieder heraus.

Snowden ist seit Wochen auf der Flucht. Er war am 23. Juni aus Hongkong kommend in Moskau gelandet, er soll sich im Transitbereich des Flughafens aufhalten. Der IT-Experte hatte umfassende Spähprogramme von Geheimdiensten in den USA und Großbritannien enthüllt.

Lesen Sie hier eine Chronologie der gesamten NSA-Affäre.

heb/dpa

**Load-Date:** July 23, 2013

[Verfolgte Homosexuelle haben Recht auf Asyl:  
http://www.spiegel.de/panorama/justiz/eugh-verfolgte-homosexuelle-  
bekommen-eu-asyl-a-932311.html](http://www.spiegel.de/panorama/justiz/eugh-verfolgte-homosexuelle-bekommen-eu-asyl-a-932311.html)

SPIEGEL ONLINE

07. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / JUSTIZ

**Length:** 525 words

**Highlight:** Wie soll die EU mit Homosexuellen umgehen, die in ihren Heimatländern verfolgt werden? Die Betroffenen haben ein Recht auf Asyl, hat jetzt der Europäische Gerichtshof entschieden - sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

## Body

---

Hamburg - Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg hat entschieden: Wenn Flüchtlingen in ihren Herkunftsländern Haftstrafen wegen homosexueller Handlungen drohen und diese dort auch verhängt werden, haben sie in der EU ein Recht auf Asyl.

Im konkreten Fall (Aktenzeichen: C-199/12, C-200/12, C201/12) hatten drei schwule Männer aus Sierra Leone, Uganda und dem Senegal in den Niederlanden um eine Anerkennung als Flüchtlinge gekämpft. In ihren Heimatländern steht Homosexualität unter Strafe. Diese reicht laut Gerichtshof von hohen Geldstrafen bis zu lebenslangen Freiheitsstrafen.

Die Luxemburger Richter stellten nun fest, dass Homosexuelle eine "soziale Gruppe" im Sinn der Genfer Flüchtlingskonvention seien. Begründung: Die sexuelle Ausrichtung ist ein so bedeutsames Merkmal für die Identität eines Menschen, dass er nicht gezwungen werden sollte, auf diese zu verzichten. Zielen strafrechtliche Bestimmungen speziell auf Homosexuelle ab, müssten sie daher als eine "soziale Gruppe" angesehen werden, "die von der sie umgebenden Gesellschaft als andersartig betrachtet wird".

### Androhung von Strafen reicht nicht aus

Nach Auffassung des Gerichtshofs können Asylbehörden von einem Flüchtling nicht verlangen, dass er seine Homosexualität in seinem Herkunftsland geheim hält oder sich bei ihrem Ausleben zurückhält, um eine Verfolgung zu vermeiden. Dies würde der Bedeutung der sexuellen Orientierung für die jeweilige Identität eines Menschen widersprechen.

Das niederländische Ministerium für Einwanderung und Asyl hatte hingegen die Auffassung vertreten, Ausländern sei es zuzumuten, sich "beim öffentlichen Ausleben ihrer Homosexualität" in den Herkunftsländern zurückzuhalten.

Verfolgte Homosexuelle haben Recht auf Asyl <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/eugh-verfolgte-homosexuelle-bekommen-eu-asyl-a-932311.html>

Generalanwältin Eleanor Sharpston hatte bereits im Juli vor dem Europäischen Gerichtshof gefordert, dass verfolgte Homosexuelle in der EU Schutz finden müssen. Die Strafbarkeit von homosexuellen Praktiken im Herkunftsland allein sei allerdings noch kein Grund für Asyl, erklärte Sharpston damals. Die zuständigen Behörden müssten bei Anträgen vielmehr prüfen, ob es wahrscheinlich sei, dass ein Asylbewerber wegen seiner sexuellen Orientierung tatsächlich verfolgt oder durch die Summe "unterschiedlicher Maßnahmen" in seinen Menschenrechten verletzt wurde.

Dieser Einschätzung schlossen sich die Luxemburger Richter in ihrem Urteil nun an. Eine Verletzung von Grundrechten stelle "nur dann eine Verfolgung im Sinne der Genfer Konvention dar, wenn sie von einer bestimmten Schwere ist". Dies zu prüfen, obliege den nationalen Behörden der Länder, in denen Asyl beantragt wurde.

Laut Urteil ist die Androhung von Strafen allein also noch kein für Asyl ausreichender Eingriff in die Grundrechte von Homosexuellen. Schutz vor Verfolgung müssen ihnen die EU-Mitgliedstaaten erst dann gewähren, wenn Freiheitsstrafen in den jeweiligen Herkunftsländern auch "tatsächlich verhängt werden".

Schwule und Lesben sind Menschenrechtsorganisationen zufolge in vielen Ländern Afrikas Verfolgungen ausgesetzt. Laut Amnesty International ist Homosexualität in 38 Staaten des Kontinents gesetzlich verboten.

wit/AFP/dpa

**Load-Date:** November 15, 2013

---

End of Document

## Elternmacht bremst Integration

Spiegel Online

19. Januar 2012 Donnerstag 12:32 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** SPRACHFÖRDERUNG

**Length:** 854 words

**Byline:** Jan Friedmann

**Highlight:** Seit dem Pisa-Schock ist es offizielle Politik: Kinder aus Migrantenfamilien sollen früh korrektes Deutsch lernen. Doch das Großvorhaben droht zu scheitern, wie eine neue Analyse belegt - mitschuld ist die Kita-Wahl bildungsbeflissener Mütter und Väter.; <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,809671,00.html>

### Body

---

Wer etwas investiert, der will einen Gewinn erzielen. Das ist auf den Finanzmärkten so, aber auch in der Politik. Zum Beispiel bei der so genannten Bildungsrendite. Der Begriff meint: Der Staat sollte sein Geld am besten dort im Bildungssystem ausgeben, wo es dem Gemeinwesen den größten Nutzen bringt, zum Beispiel in Form von gut qualifizierten Fachkräften.

Welche Strategie sinnvoll ist, haben Experten in den vergangenen Jahren mehrfach errechnet: Erstens lohnt es sich, die Anstrengung auf den Anfang der Bildungskarriere von Kindern und Jugendlichen zu konzentrieren. Zweitens brauchen benachteiligte Kinder besonders viel Aufmerksamkeit, damit sie nicht abgehängt werden. Dies sind vor allem Jungen und Mädchen aus sozial schwachen Familien und mit nicht-deutschen Eltern. Folgerichtig entstanden nach dem Pisa-Schock vor zehn Jahren viele Programme, um Migrantenkindern schon früh korrektes Deutsch beizubringen.

Doch in der Praxis hakt es. Das belegt ein am Donnerstag in Berlin vorgestelltes Diskussionspapier des renommierten Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Die Pläne mögen richtig sein, aber gegen den kollektiven Elternwillen ist nur schwer anzukommen. Das wird aus den Ausführungen der Wissenschaftler Tanja Kiziak, Vera Kreuter und Reiner Klingholz deutlich.

#### Egoismus mit fatalen Folgen

Denn gerade bildungsbeflissene deutschsprachige Mütter und Väter wählen laut Studie vornehmlich jene Einrichtungen aus, in denen sie für ihre Sprösslinge die größten Lernchancen vermuten, damit diese später eine erfolgreiche Laufbahn einschlagen. Will heißen, auch wenn es nur wenige Mütter und Väter so formulieren würden: Am liebsten eine Kita ohne Kinder, die des Deutschen nicht mächtig sind und so die anderen bremsen.

Für die Kleinen nur das Beste: Dieser nachvollziehbare Egoismus hat fatale Folgen. Denn er führt zur Abschottung der beiden Gruppen, im Fachjargon "Segregation" genannt; man bleibt unter seinesgleichen. Migrantenkindern

## Elternmacht bremst Integration

mangele es dann an Gelegenheiten, "Deutsch im informellen Rahmen zu lernen", beklagen die Autoren, die Situation in den Kitas sei "alles andere als ideal". Ja sogar: "Die Segregation in den Kitas ist größer als im Wohnumfeld."

Gerade deutsche Eltern mit hohem Bildungsstand sind demnach bereit, ihre Kinder morgens durch die halbe Stadt zu einer ausgewählten Kita zu fahren. Demgegenüber entscheiden sich Migrantenfamilien häufig für eine Kita im eigenen Stadtteil, wo meist schon viele Zuwandererfamilien wohnen.

Kinder von nicht-deutschsprachigen Eltern besuchen deshalb meist eine Kita, "in der die Mehrheit aller Kinder zu Hause ebenfalls kein Deutsch spricht". Und Kinder aus solchen Tageseinrichtungen weisen später "bei der Einschulung deutliche Rückstände in ihren Sprachkompetenzen auf".

### **"Aktionismus" ohne große Wirkung**

Erste Zahlen aus einigen Großstädten können kaum im Sinne einer ordentlichen Bildungsrendite sein. So wurde beispielsweise in München ermittelt, dass dort 46 Prozent der Migrantenkinder nur unzureichend Deutsch sprechen, in Berlin waren es 34 Prozent. Die weiteren Folgen des Rückstandes wurden in Schulstudien deutlich: So kann laut Pisa fast jeder fünfte 15-Jährige in Deutschland nicht richtig lesen.

Diese strukturellen Probleme zu entschärfen, so heißt es in dem Papier, sei die Politik bislang nicht in der Lage gewesen. Die Autoren bescheinigen ihr lediglich "Aktionismus" ohne große Wirkung. Denn trotz einer Vielzahl von Bildungsprogrammen fehlt eine einheitliche Linie: "Die wissenschaftliche Begleitforschung konnte bisher nicht nachweisen, dass benachteiligte Kinder durch frühkindliche Sprachförderprogramme zu jenen Altersgenossen aufschließen, die ihnen sprachlich voraus sind."

Auch wenn sich die Lücken vermutlich nie ganz schließen lassen: Es sei vornehmlich Aufgabe des Staates, Kindern aus nach Deutschland eingewanderten Familien Deutsch beizubringen, meint das Autorentrio. Denn deren Eltern sind dazu nur begrenzt in der Lage. Sie sollen es nach Erkenntnissen der Sprachforschung lieber vermeiden, mit ihren Kindern in einer Sprache zu sprechen, "die sie selbst nicht auf annähernd muttersprachlichem Niveau beherrschen" - dann lieber ganz in der Muttersprache. Hingegen empfehlen die Experten, auch das Kita-Personal stärker für die Sprachförderung zu begeistern.

Zwei Sprachen zu lernen, schaffen Mädchen und Jungen meist problemlos, wenn sie früh genug anfangen. Doch nicht immer werden sie dabei unterstützt, gegen viele Sprachkombinationen existieren nach den Erhebungen des Autoren-Teams Vorurteile: "Kinder, die zweisprachig Türkisch-Deutsch aufwachsen, bekommen oft weniger Anerkennung als Kinder, die neben Deutsch noch Englisch, Französisch oder Spanisch beherrschen."

Bis sich solche Berührungsängste verlieren, könnte es womöglich noch länger dauern, als der Politik lieb ist und teuer ist. Und in der Zwischenzeit werden wohl weitere Jugendliche den Anschluss verlieren, denn laut der Experten werden die "Ungleichheiten im Bildungsverlauf eher größer als kleiner". Das Rezept, Migrantenkinder ans Deutsche heranzuführen, sei doch eigentlich einfach: "Sie brauchen dafür lediglich Sprachvorbilder und Zeit."

**Load-Date:** January 19, 2012

## Krankenwagen-Einsatz bei Berliner Flüchtlingsprotest

SPIEGEL ONLINE

15. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 253 words

**Highlight:** Beim Hungerstreik von Flüchtlingen vor dem Brandenburger Tor ist es zu einem großen Feuerwehreinsatz gekommen. Sieben Teilnehmer mussten mit Kreislaufproblemen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Sie streiken für die Anerkennung ihrer Asylanträge.

### Body

---

Berlin - Der Hungerstreik vom Brandenburger Tor hat für weitere Protestierende gesundheitliche Folgen: "Sieben der 29 Flüchtlinge mussten mit Kreislaufproblemen ins Krankenhaus eingeliefert werden", sagte Feuerwehrsprecher Sven Gerling. Einige Einsatzkräfte blieben zur Sicherheit verfügbar. Es konnte nicht ausgeschlossen werden, dass noch weitere Protestierende kollabieren.

Die Flüchtlinge fordern auf dem Pariser Platz seit vergangenem Mittwoch mit einem Hungerstreik die Anerkennung ihrer Asylanträge. Am Montag hatten sie aus Protest gegen die Nichtbeachtung der Politik auch aufgehört, Flüssigkeiten zu sich zu nehmen. Schon am Wochenende hatten vier Flüchtlinge in Berlin Schwächeanfälle erlitten und mussten in Krankenhäusern behandelt werden.

Vor dem Brandenburger Tor waren Feuerwehr und Rettungsdienst mit rund einem Dutzend Wagen im Einsatz. Ein Zelt, das die Feuerwehr aufbauen wollte, lehnten die Flüchtlinge ab. "Wir wollen die Hilfe der Regierung nicht", sagte ein Sprecher der Flüchtlinge. "Wir wollen hier weiter unsere Mahnwache abhalten."

Die Asylbewerber harren unter freiem Himmel aus, weil ihnen kein Camp, sondern nur eine Mahnwache genehmigt wurde. Gegen den auch am Dienstag wieder einsetzenden Regen schützten sie sich mit Regenschirmen und Schlafsäcken. "Das Wetter setzt uns zu", sagte der Sprecher der Gruppe, der aus Pakistan kommt. "Wenn es so weitergeht und die Politik nicht reagiert, könnte das ein schwarzes Kapitel der deutschen Geschichte werden."

kes

**Load-Date:** October 15, 2013

## Russen beantragen massenhaft Asyl in Deutschland

SPIEGEL ONLINE

15. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 505 words

**Highlight:** Die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland ist drastisch gestiegen: Im ersten Halbjahr 2013 stellten rund 43.000 Menschen einen Antrag - das sind knapp 20.000 mehr als im Vorjahr. Die meisten Antragsteller kommen aus Russland und Syrien.

### Body

---

Berlin - Immer mehr Menschen beantragen in Deutschland Asyl - die Zahl der Bewerber hat sich fast verdoppelt. Im ersten Halbjahr 2013 haben 43.016 Flüchtlinge einen Antrag gestellt. Im Vorjahr waren es in diesem Zeitraum noch 19.950 gewesen, teilte das Bundesinnenministerium am Montag mit. Das seien 86,5 Prozent mehr Erstanträge auf Asyl.

Wichtigstes Herkunftsland ist Russland mit knapp 10.000 Bewerbern. Dies ist ein drastischer Anstieg gegenüber dem Vorjahr: Im gesamten Jahr 2012 hatten 3202 Russen Asyl beantragt. Ein Grund für die deutliche Veränderung ist offenbar die instabile Lage in der Krisenrepublik Tschetschenien.

Auf dem zweiten Platz folgt Syrien, 4517 Antragsteller stammen aus dem Bürgerkriegsland. Weitere 3448 sind aus Afghanistan. An vierter Stelle steht Serbien mit rund 2700 Bewerbern.

#### "Erhebliche Herausforderungen"

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) zeigte sich besorgt über die Zahlen. "2012 kamen die weitaus meisten Asylsuchenden in der Europäischen Union nach Deutschland", sagte er. "Und für das erste Halbjahr 2013 beobachten wir nahezu eine Verdoppelung der Asylanträge."

Mehr Asylzugänge habe Deutschland zuletzt im ersten Halbjahr 1999 verzeichnet, sagte der CSU-Mann. "Auch ein wirtschaftlich starkes Land wie die Bundesrepublik Deutschland wird dadurch vor erhebliche Herausforderungen gestellt."

#### Nur 35 Bewerber als Asylberechtigte im Juni anerkannt

Allerdings war die Ablehnungsquote der Anträge im Juni ebenso wie in den Vormonaten hoch. Von den 5667 ergangenen Entscheidungen waren 2399 Ablehnungen - das ist eine Quote von 42,3 Prozent. Weitere 32,4 Prozent (1834 Anträge) wurden anderweitig erledigt, etwa durch Einstellung des Verfahrens nach der Rücknahme des Asylantrags.

## Russen beantragen massenhaft Asyl in Deutschland

843 Menschen (14,9 Prozent) wurden als Flüchtlinge nach der Genfer Konvention anerkannt. Darunter waren lediglich 35 Bewerber (0,6 Prozent), die als Asylberechtigte gemäß dem Grundgesetz anerkannt wurden.

### Streit in Berlin-Hellersdorf

Durch die steigenden Asylbewerberzahlen wird der Platz in Unterkünften eng. Die Behörden stehen unter Druck, zügig neue Unterkünfte zu schaffen - auch in Berlin. Dort wird derzeit im Bezirk Marzahn-Hellersdorf eine leerstehende Schule zu einem Asylbewerberheim umgebaut. Die Unterkunft sorgt für Streit in dem Kiez, viele Anwohner wollen das Heim nicht vor ihrer Haustür. Eine Informationsveranstaltung eskalierte in der vergangenen Woche, weil die NPD diese als Bühne nutzte, um Stimmung gegen die Asylbewerber zu machen.

Bundespräsident Joachim Gauck schaltete sich ein - er besuchte am Sonntag mit seiner Lebensgefährtin Daniela Schadt den Gottesdienst in der evangelischen Kirche in Berlin-Hellersdorf. Er mahnte Solidarität mit Flüchtlingen und Asylbewerbern an. "Es gibt Dinge, die sich mehren, wenn wir sie teilen, zum Beispiel Liebe und Mitgefühl", sagte Gauck nach Angaben von Teilnehmern. "Wir sind immer mehr als die Rechtsradikalen, und wir müssen immer mehr sein als die Ängstlichen."

heb/dpa/AFP

**Load-Date:** August 12, 2013

---

End of Document



## Polizei räumt Protest-Camp am Brandenburger Tor

Spiegel Online

24. Oktober 2012 Mittwoch 10:18 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** FLÜCHTLINGSDEMONSTRATION IN BERLIN

**Length:** 230 words

**Highlight:** Ein starkes Polizeiaufgebot hat auf dem Pariser Platz ein Camp von **Flüchtlingen** geräumt. Die Aktivisten wollten vor dem Brandenburger mit einem Hungerstreik gegen die deutsche **Asylpolitik** demonstrieren.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/polizei-raeumt-protest-camp-am-brandenburger-tor-a-863257.html>

### Body

---

Berlin - Aktivisten der **Flüchtlingsorganisation** "Refugee Tent Action" haben am Abend vor dem Brandenburger Tor in Berlin ein Zelt errichtet. Die Demonstranten, die aus Protest gegen die deutsche **Asylpolitik** zu Fuß von Würzburg nach Berlin marschiert waren, fordern unter anderem die Abschaffung von Sammelunterkünften und der Residenzpflicht für **Asylbewerber**. Sie haben eigenen Angaben zufolge einen Hungerstreik begonnen.

Ein starkes Polizeiaufgebot umstellte die knapp 50 Aktivisten. Um den Pariser Platz standen rund 30 Mannschaftswagen, darunter eine Hundestaffel und Kräfte der Kriminalpolizei. Kurz vor 22 Uhr begannen Bereitschaftspolizisten mit der Demontage des Großzelts, die flink vorstatten ging. Zuvor hatten sich die Flüchtlinge geweigert, das Zelt freiwillig abzubauen. Die Demonstranten quittierten die Aktion mit lautstarken Sprechchören wie "Kein Mensch ist illegal" oder "Feuer und Flamme den Abschiebebehörden".

Nach Polizeiangaben verstieß die Errichtung des Zeltes und der "Einsatz von Übernachtungs-Utensilien" gegen geltendes Recht. Gleichwohl wolle man das Abhalten einer Versammlung vor dem Brandenburger Tor dulden. Die fand denn auch statt, nachdem sich aus dem Kreis der Unterstützer der Flüchtlinge ein Versammlungsleiter gefunden hatte, der die Veranstaltung ordnungsgemäß anmeldete. Alles blieb friedlich - Festnahmen gab es zunächst nicht.

Sven Röbel

**Load-Date:** October 25, 2012

**[Bitte bestechen Sie keine Beamten;  
http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/sachsen-veroeffentlicht-  
ratgeber-comic-fuer-asylsuchende-a-940074.html](http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/sachsen-veroeffentlicht-ratgeber-comic-fuer-asylsuchende-a-940074.html)**

SPIEGEL ONLINE

19. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / GESELLSCHAFT

**Length:** 487 words

**Highlight:** Wie verhält man sich auf dem Amt? Wie im Nahverkehr? Um Asylsuchenden zu helfen, hat die sächsische Landesregierung eine Infobroschüre mit Comicbildern herausgegeben. Das Projekt sei vorurteilsbeladen, kritisiert "Pro Asyl".

## Body

---

Hamburg - Eine Frau zeigt streng auf die Uhr, der Mann neben ihr hat sich verspätet; in einer Gemeinschaftsunterkunft gibt es Ärger, weil einige Anwohner nicht auf ihre kranken Nachbarn Rücksicht nehmen; ein Beamter soll ein Geschenk bekommen, wiegelt aber freundlich ab: Alle drei Szenen stammen aus einer Orientierungshilfe für Asylsuchende, die das sächsische Innenministerium herausgegeben hat. In Comicform sollen die Bilder illustrieren, wie man sich in Deutschland zu verhalten hat: Bei Terminen pünktlich sein, Rücksicht auf andere nehmen, keine Beamten bestechen.

In dem 24-seitigen Dokument werden laut einer Pressemitteilung "Rechte und Pflichten von Asylsuchenden ebenso aufgeführt wie praktische Hinweise zur medizinischen Versorgung, zu Sprachkursen und zum Kita- und Schulbesuch von Kindern."

Der Ratgeber liegt in sieben Sprachen vor, darunter Englisch, Französisch und Arabisch. Er sei als individuelle Hilfe für Asylsuchende gedacht und könne Impulse für die Flüchtlingssozialarbeit und für den Dialog in den Kommunen setzen, heißt es. "Unsere Selbstverständlichkeiten sind nicht ihre Selbstverständlichkeiten."

Unter Punkt 6, "Konstruktive Zusammenarbeit mit den Behörden", heißt es beispielsweise: "Halten Sie Termine immer ein oder sagen Sie diese vor dem Termin (telefonisch) ab." Unter Punkt 3.1 ("Hinweise für das Leben in einer Gemeinschaftsunterkunft") heißt es: "Sie können tagsüber gern Besuch empfangen. Ihre Gäste dürfen aber nicht in der Unterkunft übernachten."

### "Humor ist universell"

In der Broschüre solle auf einfache Weise erklärt werden, wie Deutschland tickt, sagt der sächsische Ausländerbeauftragte Martin Gillo (CDU). Und weil Texte alleine offenbar nicht reichen, werden die Hinweise durch Comics illustriert und aufgelockert. Kann Humor bei einem solchen Thema der richtige Zugang sein? "Kulturelle

Bitte bestechen Sie keine Beamten <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/sachsen-veroeffentlicht-ratgeber-comic-fuer-asylsuchende-a-940074.html>

Unterschiede kommen im Comic leichter rüber. Es soll vor allem unsere deutschen Sitten auf die Schippe nehmen", sagt Gillo. "Humor ist universell."

Die Idee hinter dem Ratgeber: Selbst Alltagssituationen können Asylsuchende hierzulande vor Probleme stellen, die sich aber mit der richtigen Starthilfe leicht umgehen lassen. Zum Beispiel die Szene mit dem Geschenk für einen Beamten: "In anderen Kulturen ist es eine Beleidigung, sich für einen Gefallen nicht zu bedanken", sagt Gillo. "Bei uns darf man nicht mal ein Geschenk für fünf Euro annehmen."

Pro Asyl kritisierte das Projekt: "Die Comics bedienen alle gängigen Klischees", teilt die Menschenrechtsorganisation mit. Es würden vorurteilsbeladene Bilder von Asylsuchenden vermittelt. Das Fazit der Organisation: "Schlecht gemacht, vielleicht gut gemeint." Ein "Knigge" für Sachsen zum respektvollen und menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen wäre dringend geboten, das Bundesland habe ein großes Akzeptanz- und Rassismusproblem bezogen auf Flüchtlinge und Asylsuchende.

hut/ade

**Load-Date:** December 26, 2013

---

End of Document

## **Das pompöse Leben des Bischofs von Limburg; Asyl in Deutschland; Hacker**

SPIEGEL ONLINE

13. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** DER SPIEGEL / DEFAULT

**Length:** 411 words

**Byline:** Wolfgang Büchner

### **Body**

---

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

vom aufwendigen Lebensstil des Limburger Bischofs hörte mein Kollege Peter Wensierski bereits kurz nach dem Amtsantritt des Franz-Peter Tebartz-van Elst im Jahr 2008. Mitglieder der Gemeinde berichteten irritiert über rote Teppiche, die für den Bischof ausgelegt worden waren, vom Gebrauch des Dienstwagens samt Fahrer, auch für kürzeste Wege in der Stadt. In den folgenden Jahren riss die Kritik am Bischof nie ab, und der SPIEGEL berichtete immer wieder über einen Kirchenmann, der in seinen Predigten Bescheidenheit und Zurückhaltung pries, sich selbst aber ganz anders verhielt. In der Titelgeschichte dieser Ausgabe beschreiben meine Kollegen Wensierski, Frank Hornig und Walter Mayr den vorläufigen Höhepunkt der Affäre und erklären, warum sich Tebartz-van Elst bis heute im Amt halten konnte. Beenden können den Skandal, der nicht nur das Bischofsamt, sondern auch die katholische Kirche beschädigt, nur zwei Personen. Der Bischof selbst. Oder der Papst.

Als sich abzeichnete, dass die Zahl der Asylbewerber in diesem Jahr auf mehr als 100.000 steigen würde, machten sich meine Kollegen Jürgen Dahlkamp und Maximilian Popp auf eine Reise durch Deutschland. Sie wollten in Erfahrung bringen, wie heute umgegangen wird mit Flüchtlingen, wie sehr sich Asylrecht und Asylpraxis unterscheiden. Während ihrer Recherche sprachen meine Kollegen mit Flüchtlingen und Rechtsanwälten, mit überforderten Innenpolitikern, mit Grenzpolizisten, Beamten in Ausländerbehörden und den Männern und Frauen, die nun in vielen Städten und Landkreisen schnell Unterkünfte beschaffen müssen für neue Flüchtlinge. Am Ende der Recherche steht für die beiden Autoren die Erkenntnis, dass die deutsche Asylpolitik genauso gescheitert ist wie die europäische: Beide Systeme müssen dringend reformiert werden.

Wie es ist, von Geheimdiensten und Hackern ausspioniert zu werden, weiß mein Kollege Uwe Buse jetzt sehr genau. Für einen Selbstversuch hat er Hackern den Auftrag gegeben, ihn auszuspähen und das gewonnene Wissen gegen ihn anzuwenden. Innerhalb weniger Tage hatte Buse die Kontrolle über sein Leben komplett verloren, und eines seiner kleineren Probleme war nun, dass die Hacker ihn auf Facebook als angeblich schwul geoutet hatten. Was mein Kollege noch erlebte, können Sie im neuen SPIEGEL lesen.

Hier kommen Sie zur Digitalausgabe des neuen SPIEGEL.

Das pompöse Leben des Bischofs von Limburg; Asyl in Deutschland; Hacker

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen Ihr

**Wolfgang Büchner**

**Load-Date:** October 13, 2013

---

End of Document

## Schüler scheitern mit Klage gegen schlechte Noten

SPIEGEL ONLINE

26. September 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** SCHULSPIEGEL / DEFAULT

**Length:** 433 words

**Highlight:** Drei Gymnasiasten aus Berlin-Neukölln sind vor Gericht gescheitert. Sie hatten wegen ihrer schlechten Noten geklagt. Schuld daran seien die vielen Migrantenkinder in der Klasse. Sie sind selbst keine Muttersprachler.

### Body

---

Berlin - Berliner Schüler können nach einem Urteil nicht beanspruchen, dass ihre Klassen einen geringen Anteil von Einwandererkindern haben. Das hat das Berliner Verwaltungsgericht nach Klagen dreier Schüler am Donnerstag entschieden. Gegen die Urteile ist ein Berufungsverfahren möglich.

Hintergrund: Die zwei Jungen und ein Mädchen haben die Probezeit am Leonardo-da-Vinci-Gymnasium in Berlin-Neukölln nicht bestanden. Dagegen klagten die Eltern - und gegen die schlechten Noten, die ihnen die Versetzung verhängten.

Als Grund für die schlechten Zensuren wurde auf den Anteil der Mitschüler mit Migrationshintergrund in der Klasse verwiesen. Dieser betrug 63 Prozent. Nur deswegen hätten sie so schlecht abgeschnitten, hieß es. Die drei Schüler sind ebenfalls keine Muttersprachler, sondern haben arabische und türkische Wurzeln.

Den klagenden Eltern scheint es nicht nur um die Versetzung ihrer Kinder zu gehen, sondern allgemein um den Ausländeranteil an Berliner Schulen. Die drei Jugendlichen gehen inzwischen auf eine integrierte Sekundarschule und wollen gar nicht zurück ans Gymnasium.

Das Berliner Verwaltungsgericht entschied nun gegen die Klage: Der hohe Ausländeranteil bringe keine Benachteiligung der Schüler mit sich. Die Kläger hatten argumentiert, dass der Migrantenanteil in der Parallelklasse nur bei 13 Prozent lag. Die Richter zogen jedoch Fälle heran, in denen in einer solchen Klasse noch mehr Kinder das Probejahr nicht bestanden hatten.

Das Verfahren hatte in den vergangenen Tagen in der Hauptstadt für Diskussionen gesorgt. "Ziel der Klage ist die Anerkennung, dass die schlechten Leistungen der Schüler auf Diskriminierung zurückzuführen sind", sagte Carsten Ilius, Anwalt der Familien, dem "Tagesspiegel".

Von "eigenwillig" bis "irrste Klage des Jahres" lauteten laut der Zeitung die Bewertungen des Prozesses. Fest steht, dass sie die Debatte über die Schulpolitik in Berlin neu angefacht hat: Der bildungspolitische Sprecher der Grünen, Özcan Mutlu, freut sich, dass endlich Schüler gegen die Bildung von Klassen mit hohem Migrantenteil klagten, das sei ein "Skandal".

## Schüler scheitern mit Klage gegen schlechte Noten

Die Bildungsexpertin der CDU-Fraktion, Hildegard Bentele, sagte dem "Tagesspiegel" hingegen, jeder Schüler habe die Möglichkeit, nicht auf eine Schule zu gehen, an der er Benachteiligung befürchtet. Ein neues Schulgesetz, das sich jedoch gerade verzögert, soll sich darum kümmern, das nicht mehr so viele für die Schulform ungeeignete Schüler aufs Gymnasium kommen - oder dort scheitern.

(Az.: VG 3 K 269.12, 3 K 270.12 und VG 3 K 271.13)

mia/dpa

**Load-Date:** September 27, 2013

---

End of Document

## Ihr müsst leider draußen bleiben

SPIEGEL ONLINE

08. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 815 words

**Byline:** Gregor Peter Schmitz

**Highlight:** Die EU-Innenminister beteuern geschlossen, wie schlimm die Lampedusa-Katastrophe ist. Doch anscheinend nicht schlimm genug: Ändern wird sich an Europas Asylpolitik erst mal nichts - auch weil Innenminister Friedrich blockiert.

### Body

---

Es gibt Tage, da kann man den Eindruck gewinnen, dieses komplizierte Gebilde "Europa" sei tatsächlich ein schlagkräftiges Land. Mit einem Präsidenten, José Manuel Barroso, der per Pressemitteilung verkündet, er werde umgehend an die italienische Mittelmeerküste reisen, um der mehr als 270 vor Lampedusa ertrunkenen Flüchtlinge zu gedenken. Und mit 28 Ministern, die einträchtig um einen Tisch sitzen, und an ihrem Abscheu über den Tod der Flüchtlinge keinen Zweifel lassen: Ein Weckruf für Europa sei dies, beteuern sie, ein Horror-Ereignis, eine Schande.

Diese Worte fallen drinnen im Saal in Luxemburg, wo am Dienstagnachmittag die EU-Innenminister zur Asylpolitik tagten. Doch draußen vor dem Saal enthüllt sich, worin der aktuelle Konstruktionsfehler dieser Staatengemeinschaft liegt - ob es um den Euro geht oder um Menschen, die auf der Suche nach einer neuen Heimat sind: Das große Ganze zersplittert rasch ins kleinlich Nationale.

Also tritt der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) in Luxemburg vor Journalisten und betont, "selbstverständlich" werde sich gar nichts ändern an der Asylpolitik der Gemeinschaft.

#### Italien fordert gerechtere Lastenverteilung

Was soll die ganze Aufregung, kann man Friedrichs Worte auch übersetzen. Keine Änderung, das heißt: keine "humanitären Visa" - ausgestellt etwa von EU-Botschaften in Algerien oder Tunesien für zum Aufbruch nach Europa entschlossene Flüchtlinge, um ihnen wenigstens einen legalen Grenzübertritt zu ermöglichen.

Friedrichs Äußerungen bedeuten auch: Keine neuen Debatten über eine gerechtere Lastenverteilung, wie sie Italiens Innenminister Angelino Alfano anmahnte. Man müsse "die Regeln ändern, die die ganze Last der illegalen Einwanderung auf die Länder des ersten Eintritts abwälzen", forderte Alfano. Denn nach der derzeit gültigen Drittstaatenregelung müssen etwa Asylbewerber, die es nach Deutschland nur über Länder wie Italien oder Spanien schaffen, umgehend dorthin zurück.



Ihr müsst leider draußen bleiben

Aus der Haltung der Bundesregierung folgt zudem: Keine Diskussion der Vorschläge von EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, der am Montag eine großzügigere Aufnahme von Flüchtlingen in anderen Mitgliedstaaten als Italien forderte. "Schulz spielt mit dem Feuer", sagt Friedrichs Parteifreund Manfred Weber, CSU-Europaabgeordneter, SPIEGEL ONLINE. In Zeiten wachsender Europaskepsis und zweistelliger Jugendarbeitslosigkeit in Euro-Krisenstaaten seien solche Vorschläge nicht vermittelbar.

Vor allem aber macht Friedrich klar: Auf keinen Fall wird es eine deutsche Vorreiterrolle geben. Die Bundesregierung verweist lieber auf die Statistiken. Danach nimmt Deutschland rund fünfmal so viele Asylbewerber auf wie Italien. Außerdem erhalte die römische Regierung ja jedes Jahr rund 140 Millionen Euro, um die Belastung durch die Flüchtlingswelle zu lindern. "In Italien gibt es in Sachen Flüchtlingspolitik ein Umsetzungsproblem", so Weber.

Aber wenn solche Umsetzungsprobleme offensichtlich zu Flüchtlingschaos führen? Und statistische Vergleiche ohnehin hinken, da kleinere Mitgliedstaaten wie Malta oder Schweden bezogen auf ihre Einwohnerzahl fünfmal so viele Flüchtlinge aufnehmen wie das große Deutschland? Das ist kaum ein Thema in Luxemburg. Konkrete Nothilfe soll Italien erst einmal nur bei der Grenzsicherung erhalten, also etwa mehr Geld für Schiffe oder Flugzeuge, die Menschen in Seenot aufspüren können. Außerdem soll das Eurosur-Programm rasch beschlossen werden, um auch bei der Suche nach Schiffbrüchigen zu helfen.

### **Kritik an Überwachungsprogramm Eurosur**

Eurosur ist das "European External Border Surveillance System", ein ausgeklügeltes Überwachungssystem aus Satelliten, Drohnen und Radarsystemen. Das etwa 340 Millionen Euro teure Programm soll ab Dezember in ausgesuchten Mitgliedstaaten eingesetzt werden - ist aber heftig umstritten. Die Heinrich-Böll-Stiftung schrieb in einer Analyse darüber: "Was sich anhört wie ein Orwellscher Zukunftsroman, nimmt in der EU seit Jahren konkrete Gestalt an."

Auch Cornelia Ernst, Sprecherin der Linken im Europaparlament, sieht Eurosur als Hilfsmittel in der Flüchtlingskrise kritisch: "Überspitzt formuliert, könnte die EU künftig prima via Satellitenübertragung aus dem Weltall dabei zusehen, wie die Flüchtlinge in ihren Nusschalen ertrinken", sagt sie SPIEGEL ONLINE.

Das Europaparlament wird Eurosur am Donnerstag jedoch aller Voraussicht nach zustimmen. Debatten über größere Änderungen der Asylpolitik dürften damit erst einmal vorbei sein - es sei denn, Europas Staats- und Regierungschefs setzen das Thema auf die Agenda ihres nächsten Gipfeltreffens Ende Oktober in Brüssel.

CSU-Mann Weber, sonst so skeptisch gegenüber Reformansätzen, begrüßt diese Idee: "Ich fände es nicht schlecht, wenn die Chefs darüber reden. Die Welt schaut schließlich darauf, wie wir dieses Thema handhaben".

**Load-Date:** October 9, 2013

**[Flucht in die Sprachstanze; http://www.spiegel.de/kultur/tv/plasberg-talk-ueber-fluechtlinge-a-929183.html](http://www.spiegel.de/kultur/tv/plasberg-talk-ueber-fluechtlinge-a-929183.html)**

SPIEGEL ONLINE

22. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KULTUR / TV

**Length:** 804 words

**Byline:** Christoph Twickel

**Highlight:** "Deutschland, wir kommen! Aber welche **Flüchtlinge** sollen bleiben?" lautete das Talk-Thema bei Frank Plasberg. Eine Antwort lieferten die Diskutanten nicht. Stattdessen hagelte es Phrasen.

## Body

---

"Es gehört schon eine Menge Ausdauer und Einfallsreichtum dazu, um in Afrikas uraltem Südwesten zu überleben." Nein, das war nicht der Satz, mit dem Frank Plasberg seine Talkshow eröffnete. Das war der Satz am Schluss der Sendung davor. In der ging es nicht um **Flüchtlinge**. Vielmehr hieß sie "Unbekanntes Afrika" und handelte von Löwen, Elefanten und Giraffen. Deren Strapazen interessieren die deutschen Fernsehzuschauer nämlich wirklich.

"Deutschland, wir kommen! Aber welche **Flüchtlinge** sollen bleiben?", lautete dann das Thema, doch auch bei Plasberg ging es nicht wirklich um **Flüchtlinge**, jedenfalls nicht um die, die in Lampedusa anlanden, wenn sie nicht vorher im Mittelmeer ertrinken. Im Einspieler zu Beginn sammelt ein Fernsighteam Vox populi in der Fußgängerzone. Erst bekommen die Passanten ein Foto von afrikanischen **Flüchtlingen** in einem überfüllten Boot gezeigt. Die Reaktion, grob zusammengefasst: Arme Menschen, denen müssen wir beistehen. Dann folgt ein Foto von Männern, die am Straßenrand stehen: "Das sind Tagelöhner aus Osteuropa, müssen wir denen nicht auch helfen?" Der Tenor hier: Die sollen dahin zurück, wo sie herkommen.

Früher hätte man einfach "Ausländer" gesagt. Heute ist das nicht mehr so einfach, weshalb die Diskutanten etwas wirr zwischen Begriffen wie Flüchtling, Arbeitsmigrant oder Armutszuwanderer oszillierten. Andreas Stasiewicz, Koordinator der Anlaufstelle für osteuropäische Obdachlose in Hamburg und der deutlich angenehmste Teilnehmer der Runde, stellte immer mal klar, dass etwa polnische Bürger schwerlich als Flüchtlinge gelten können. Schließlich nutzen sie als Arbeitnehmer "einfach die Rechte, die ihnen die europäische Gemeinschaft gegeben hat".

### Wenn das Bodenpersonal aufkreuzt

Ja, die EU, die macht das mit den Ausländern so kompliziert. Da dürfen nicht nur deutsche Unternehmen dahin einwandern, wo es schön billige Löhne gibt - jetzt kann auch das Bodenpersonal dieser Länder bei uns aufkreuzen und gar "in unser Sozialsystem einwandern", wie CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach nicht müde zu betonen

wurde. Die am zweithäufigsten verwendete Sprachstanze - beliebt vor allem bei Polizeigewerkschaftschef Rainer Wendt - war die, dass man nicht die Augen vor der Realität verschließen dürfe.

Wobei "die Realität" in diesem Fall Polizeistatistiken sind, laut deren in Gemeinden wie Duisburg, in die überdurchschnittlich viele rumänische und bulgarische Menschen einwandern, die Einbruchs- und Diebstahldelikte ansteigen. Überall dort, wo es Armutszuwanderung gäbe, gäbe es auch Kriminalität, lautete der Konter des NRW-Integrationsministers Guntram Schneider (SPD). Ein etwas matter Einwand - jedenfalls gegen Wohlstandssicherungsexperten wie Bosbach, der unser schönes Land durch die (sic) "Einwanderung in die Sozialsysteme" auf kurz oder lang "überfordert" sieht. Was natürlich "absolut nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun" hat.

Zur Illustration der Überforderung kam dann ein Einspieler aus Mannheim, dessen Bürgermeister schätzt, dass auf die Stadt zwischen acht und zwölf Millionen Euro mehr Ausgaben zukommen, wenn ab 2014 die Freizügigkeitsregel auch für Bulgaren und Rumänen gilt. Sicherlich imposantes Zahlenmaterial, doch zum Vergleich: Die Stadt Hamburg hat es soeben geschafft, mit einer Gartenschau, die bloß ein halbes Jahr dauerte, 37 Millionen Euro Verlust zu machen.

### **"Wenn ich watt sach, bin ich'n Rassist"**

Im letzten Drittel der Sendung wollte Plasberg die Zumutungen, denen Deutschlands Gemeinden durch osteuropäische Zuwanderer angeblich ausgesetzt sind, noch etwas zuspitzen. "Schauen Sie mal hier" - auf den Playknopf gedrückt - und schon sehen wir Unterkünfte in Duisburg, in denen Roma-Familien untergebracht sind. Bilder von Möbeln auf der Straße, zugerümpelten Kellern und eingetretenen Türen. "Wenn ich watt sach, bin ich'n Rassist", erklärt ein deutscher Anwohner. Wer dort was aus welchen Gründen demoliert hat oder verwahrlosen hat lassen? Erfährt man nicht. Die Bilder sprechen für sich: Roma in Deutschland, Haus kaputt. Die Musikerin Dotschy Reinhardt, deutsche Sinteza, bleibt erstaunlich höflich: "Ich möchte nur nicht, das man glaubt, jeder Sinto und Rom wäre kriminell veranlagt."

Die Lösung liegt natürlich wie immer und überall darin, "die Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen", wie abermals Bosbach aus dem Arsenal der Einwanderungsdebatten-Phraseologie hervorzuholen wusste. Ach, man hätte doch gerne eine schlaue Migrationsforscherin wenigstens am Katzentisch gesehen, die zum Beispiel mal ein bisschen was über die globale Lastenverteilung von Armuts- und Kriegsflüchtlingen erzählt. Stattdessen saß da noch Lucy Diakovska, einst Mitglied der Castingband No Angels, die zu berichten wusste, dass der Winter in Osteuropa kalt ist. Und dass man sich im Leben bemühen muss.

**Load-Date:** November 15, 2013

## **Polizei reagiert mit Großrazzia gegen Migranten**

SPIEGEL ONLINE

14. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 308 words

**Highlight:** Die Polizei hat in Moskau mindestens 1200 Gastarbeiter vorübergehend festgenommen. Mit der Razzia reagieren die Sicherheitskräfte auf Straßenschlachten im Süden der Stadt. Rechtsextreme hatten nach dem Mord an einem Russen ein Einkaufszentrum gestürmt.

### **Body**

---

Moskau - Zuerst ausländerfeindliche Krawalle nach einem Mord, dann eine Großrazzia der Polizei gegen **Migranten** in Moskau: Sicherheitskräfte haben auf der Suche nach illegalen Gastarbeitern mindestens 1200 Menschen vorübergehend festgenommen, teilten die Behörden am Montag der Agentur Interfax zufolge mit.

Die Beamten kontrollierten zahlreiche Autos und überprüften Dokumente. Nach Ansicht von Beobachtern wollten die Sicherheitskräfte damit die Situation im Stadtteil Birjuljowo entspannen. Am Sonntag hatten sich etwa 1000 Anwohner, Rechtsradikale und Fußball-Hooligans im Stadtteil Birjuljowo im Süden Moskaus stundenlang Straßenschlachten mit der Polizei geliefert. Sie forderten Vergeltung für den Mord eines jungen Russen.

Der 25-jährige Jegor Schtscherbakow war am Donnerstag in der Nähe des Einkaufszentrums vor den Augen seiner Verlobten erstochen worden. Er hatte seine Freundin vor Belästigungen schützen wollen. Aufnahmen einer Überwachungskamera zeigen laut Medienberichten, dass es sich bei dem Täter um einen Mann handelt, der dem Anschein nach aus Zentralasien oder dem Kaukasus stammen könnte. Der Verdächtige ist flüchtig.

Die aufgebrachte Menge rief Parolen wie "Russland den Russen!". Sie stürmte ein Einkaufszentrum, verprügelte Wachleute und schlug Fensterscheiben ein, wie der Radiosender Moskauer Echo berichtete. Die Menge habe zudem parkende Autos umgekippt. Außerdem bewarf sie Polizisten mit Flaschen, Steinen und Abfallkörben. Die Sicherheitskräfte nahmen 400 Menschen fest. Fünf Beamte wurden nach Angaben eines Polizeisprechers verletzt. Die Behörden leiteten Ermittlungen wegen Rowdytums ein. Mindestens 23 Menschen wurden verletzt.

In der Vergangenheit war es in Russland immer wieder zu nationalistisch motivierten Konflikten zwischen Radikalen und Migranten gekommen.

heb/dpa/AFP

**Load-Date:** October 14, 2013

## Polizei reagiert mit Großrazzia gegen Migranten

---

End of Document

## Polizei nimmt 400 Randalierer in Moskau fest

SPIEGEL ONLINE

14. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 296 words

**Highlight:** Tausend Demonstranten haben im Süden Moskaus ein Einkaufszentrum gestürmt. Die aufgebrachte Menge verprügelte Wachleute und rief ausländerfeindliche Parolen. Der Mob wollte den Mord an einem jungen Russen rächen, den ein Migrant begangen haben soll.

### Body

---

Moskau - Sie riefen Parolen wie "Russland den Russen!": Nach dem Mord an einem jungen Russen haben sich tausend Randalierer in Moskau stundenlang schwere Auseinandersetzungen mit der Polizei geliefert. Die aufgebrachten Demonstranten stürmten im Stadtteil Birjuljowo am Sonntag ein Einkaufszentrum.

Sie verprügelten Wachleute und schlugen Fensterscheiben ein, wie der Radiosender Moskauer Echo berichtete. Die Menge habe zudem parkende Autos umgekippt. Außerdem bewarf sie Polizisten mit Flaschen, Steinen und Abfallkörben. Die Sicherheitskräfte nahmen 400 Menschen fest. Fünf Beamte wurden nach Angaben eines Polizeisprechers verletzt. Die Behörden leiteten Ermittlungen wegen Rowdytums ein.

Die Randalierer wollten den Mord an einem jungen Russen rächen. Der 25-jährige Jegor Schtscherbakow war am Donnerstag in der Nähe des Einkaufszentrums vor den Augen seiner Verlobten erstochen worden. Er hatte seine Freundin vor Belästigungen schützen wollen. Aufnahmen einer Überwachungskamera zeigen laut Medienberichten, dass es sich bei dem Täter um einen Mann handelt, der dem Anschein nach aus Zentralasien oder dem Kaukasus stammen könnte. Der Verdächtige ist flüchtig.

Nach Angaben eines AFP-Fotografen stürmte die Menge auch einen benachbarten Gemüsemarkt, wo zahlreiche Migranten arbeiten. Auch hier gingen Scheiben zu Bruch. Da einzelne Krawalle am späten Abend noch andauerten, blieb die Polizei in Bereitschaft. Bei einem Treffen mit Polizeichef Anatoli Jakunin kündigte Innenminister Wladimir Kolokolzew ein hartes Durchgreifen an. Zudem forderte er eine schnelle Aufklärung des Mordes.

In der Vergangenheit war es in Russland immer wieder zu nationalistisch motivierten Konflikten zwischen Radikalen und Migranten gekommen.

heb/AFP/dpa

**Load-Date:** October 14, 2013

Polizei nimmt 400 Randalierer in Moskau fest

---

End of Document

**CSU-Kampagne irritiert Rumänen und Bulgaren;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/csu-zuwanderungsdebatte-migrationsangst-irritiert-rumaenen-bulgaren-a-941295.html>**

SPIEGEL ONLINE

31. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 1035 words

**Byline:** Keno Verseck

**Highlight:** In Rumänien und Bulgarien sorgen die CSU-Warnungen vor armen Migranten für Ärger. Westliche Länder hätten doch von der EU-Osterweiterung profitiert, meinen Experten - nun könnten sie sich nicht einfach abschotten.

## Body

---

"Rumänen wollen arbeiten, nicht betteln" - "Sind wir Europäer zweiter Klasse?" - "Deutschland zittert vor dem Überfall der Bulgaren". Halb ironisch, halb konsterniert klingen derzeit die Schlagzeilen in rumänischen und bulgarischen Medien zum Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit und Armutsmigration. Kommentatoren erinnern daran, dass die meisten bulgarischen und rumänischen Auswanderungswilligen ihre Heimatländer längst verlassen hätten - und im Westen arbeiten. Derweil wird in Serviceteilen von Zeitungen und Online-Medien vor betrügerischen westlichen Arbeitgebern gewarnt - etwa in der deutschen Fleischindustrie.

Rumänen und Bulgaren auf dem Sprung ins deutsche Sozialsystem? Die CSU verlangt aus Sorge vor einer Armutswanderung schärfere Regeln. Aus Sicht von Experten in den südosteuropäischen Ländern ist dies eine verzerrte Sichtweise. "Natürlich werden Rumänen und Bulgaren nach dem 1. Januar nicht massenhaft nach Deutschland strömen, schon gar nicht, um Sozialhilfe zu beantragen, das ist völlig übertrieben", sagt der Politologe Ognjan Mintschew vom Sofioter Institut für regionale und internationale Studien (IRIS).

Ähnlich sieht es die rumänische Politologin Alina Mungiu-Pippidi, die in Berlin an der Hertie School of Governance lehrt und für die EU als Anti-Korruptions-Beraterin tätig ist. "Insgesamt gesehen, sind Armutsmigranten eine Ausnahmeerscheinung. Die Leute reisen nicht in ein irrsinnig bürokratisches Sozialhilfesystem, sondern dahin, wo es Arbeitsplätze gibt."

Das tun Rumänen und Bulgaren seit langem: Schätzungen zufolge sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten, vor allem seit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens Anfang 2007, rund drei Millionen Rumänen und 1,6 Millionen Bulgaren aus ihren Heimatländern abgewandert. Die meisten arbeiten in Italien und Spanien im Baugewerbe und in der Landwirtschaft. Deutschland war zunächst vor allem für Hochqualifizierte aus Rumänien und Bulgarien attraktiv - für Ärzte, medizinisches Pflegepersonal, Ingenieure und IT-Fachleute. Inzwischen



kommen, verstärkt durch die Wirtschaftskrise in südeuropäischen Ländern, auch zunehmend weniger Qualifizierte nach Deutschland.

Die Abwanderung aus den beiden südosteuropäischen Ländern werde auch langfristig weitergehen, prophezeit Ognjan Mintschew - allerdings in moderatem Maße. Die Gründe für diese Tendenz sieht Mintschew in den historischen Entwicklungsdefiziten beider Länder und in der Unfähigkeit ihrer herrschenden Eliten zu nachhaltigem Regieren. Rumänien und Bulgarien, bis Mitte des 20. Jahrhundert rückständige Agrarländer, sind heute die beiden ärmsten EU-Mitglieder. Rumäniens Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 6200 Euro, das Bulgariens bei 5400 Euro gegenüber dem EU-Durchschnitt von 25.500 Euro. Der Durchschnittslohn in Rumänien beträgt 370 Euro, in Bulgarien liegt er nochmal um hundert Euro niedriger, in beiden Ländern leben große Teile der Bevölkerung an oder unter der Armutsgrenze.

Sowohl in Rumänien als auch in Bulgarien wechseln Regierungen und politische Allianzen häufig. Rumänien erlebte im Sommer letzten Jahres eine monatelange schwere Staatskrise, nachdem es zu einem Zerwürfnis zwischen Regierung und Staatspräsident gekommen war. Nach den Wahlen Ende 2012 konnte die regierende Sozialliberale Union (USL) aus Wendekommunisten und Nationalliberalen zwar eine komfortable Dreiviertelmehrheit im Parlament gewinnen, doch interne Streits ließen alle ernsthaften Reformvorhaben platzen - derzeit zerfällt die Allianz. Einzig als im Parlament kürzlich eine Superimmunität für korrupte und kriminelle Politiker beschlossen wurde, waren sich die Abgeordneten nahezu ausnahmslos einig.

### **"Bisher haben westliche Länder von dieser Migration profitiert"**

In Bulgarien trat zu Jahresanfang die konservative Regierung unter dem Ministerpräsidenten Bojko Borissow zurück, als Hunderttausende Bulgaren gegen Strompreiserhöhungen und gegen die drastische Sparpolitik protestierten. Nach den vorgezogenen Neuwahlen im Mai brachten die Sozialisten und die Partei der türkischen Minderheit mit Duldung der rechtsextremen Partei Ataka ein Expertenkabinett ins Amt. Als der Ministerpräsident Plamen Orescharki in seiner zweiten Regierungswoche einen umstrittenen Geschäftsmann zum Chef des Inlandsgeheimdienstes ernannte, flammten die Proteste wieder auf - und sie halten seitdem an. Das Kabinett ist praktisch unfähig zu regieren, hinter den Kulissen bereiten Bulgariens Interessengruppen bereits wieder Neuwahlen vor.

Die mit der EU-Erweiterung verbundenen Wohlstandsversprechen konnten in beiden Ländern bisher nicht eingelöst werden. Zwar stünden Rumänien und Bulgarien viele Milliarden an EU-Förderhilfen zu, mit denen beispielsweise dringende Infrastrukturprojekte finanziert werden sollen, von der Ausbesserung des maroden Straßennetzes über die Kanalisation für ländliche Gegenden bis hin zum Umbau des Energienetzes. Doch beide Länder haben infolge von Verwaltungschaos massive Schwierigkeiten, die EU-Fördergelder abzurufen - und rücken so absurderweise in die Nähe von EU-Nettozahlern.

Umgekehrt sind Rumänien und Bulgarien zu Lieferanten von Hochqualifizierten für westliche Länder geworden. Beispiel: Ärzte aus Rumänien. Schon vor Jahren begann der Exodus der Mediziner, auch nach Deutschland - in Rumänien selbst fehlen nach Schätzungen des dortigen Berufsverbands der Mediziner inzwischen etwa 40.000 Ärzte. Ähnlich sieht es in vielen anderen Branchen aus. Rumänien und Bulgarien erleben seit Jahren einen drastischen Braindrain ihrer Fachkräfte. "Bisher haben westliche Länder von dieser Migration profitiert", sagt Alina Mungiu-Pippidi. "Es ist scheinheilig, wenn sie jetzt Restriktionen für Migranten einführen wollen, die ihnen nicht willkommen sind."

Auch Ognjan Mintschew sieht Westeuropa, das von der EU-Erweiterung ökonomisch stark profitiert habe, in der Pflicht. "Überall in Rumänien und Bulgarien konnten westliche Groß- und Einzelhandelsketten ihre Filialen eröffnen. Viele Kleinbauern sind in diesem Wettbewerbsprozess kaputtgegangen. Und so wie Bulgarien und Rumänien einen guten Absatzmarkt bieten, so sollten seine Menschen auch das legitime Recht auf freie Arbeitsplatzwahl haben."

CSU-Kampagne irritiert Rumänen und Bulgaren [http://www.spiegel.de/politik/ausland/csu-zuwanderungsdebatte-migrationsangst-irritiert-rumaenen-bulgaren-a-941295.h....](http://www.spiegel.de/politik/ausland/csu-zuwanderungsdebatte-migrationsangst-irritiert-rumaenen-bulgaren-a-941295.h...)

---

End of Document

## Letzte Ausfahrt Tel Aviv

SPIEGEL ONLINE

09. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND; S. 0; Ausg. 0

**Length:** 692 words

**Byline:** Mai-Britt Wulf

**Highlight:** Geduldet, aber nicht willkommen sind afrikanische Flüchtlinge in Israel. Viele Politiker machen Stimmung gegen die "Eindringlinge". Im Süden Tel Avivs haben sie im Viertel Neve Scha'anan eine Heimat gefunden.

### Body

---

Wie eine Menorah sollte das Viertel Neve Scha'anan von oben aussehen. Der Stadtteil im Süden Tel Avivs wurde auf dem Reißbrett entworfen, nachdem 1921 etwa 400 jüdische Einwanderer sich zusammengetan und gemeinsam 26 Hektar Bauland erworben hatten. Ihren ambitionierten Plan setzten sie nur teilweise um, aber 1941 wurde dort der erste Busbahnhof der Stadt gebaut, was dem Viertel eine gewisse Bedeutung verlieh.

Seit jeher war Neve Scha'anan ein Ort, an dem die ärmsten Neueinwanderer lebten. Erst zogen polnische Juden ins Viertel. In den 1950er Jahren kamen dann vor allem Iraner und Kaukasier - auch für sie war Neve Scha'anan nur ein Zwischenstopp. Heute sind die paar Straßen zwischen dem alten und dem neuen Busbahnhof erste Anlaufstelle für viele afrikanische Flüchtlinge. Laut israelischen NGOs leben rund 60.000 Flüchtlinge und Asylsuchende in Israel. Die meisten stammen aus Eritrea und dem Sudan.

Wer den beschwerlichen Weg durch den Sinai und über die israelische Grenze gemeistert hat und aufgegriffen wurde, findet sich in gefängnisartigen Auffanglagern wieder. Die Einrichtungen werden dem Andrang aber längst nicht mehr gerecht, und so verbringen die Flüchtlinge meist nur wenige Wochen dort. Dann werden sie - in der Regel provisorisch geduldet - entweder nach Beer-Sheva oder nach Tel Aviv geschafft und dort an informellen Anlaufstellen wie dem Lewinsky-Park in Neve Scha'anan quasi ausgesetzt.

Viele verbringen einige Nächte, manche einige Monate dort, bis sie jemand gefunden haben, zu dem sie einen Bezug haben - Leute von ihrem Stamm, aus ihrem Dorf oder ihrer Region. Sie helfen sich gegenseitig, um Arbeit und ein Dach über dem Kopf zu finden. Der Staat versorgt sie nicht, und so sind sie angewiesen auf lokale Hilfsorganisationen und ihre eigene Gemeinschaft.

### Israel reagiert auf die "Eindringlinge" mit harten Bandagen

Israel hat keine klare Politik gegenüber den Flüchtlingen, die seit 2005 vermehrt ins Land strömen. Erst seit 2002 gibt es überhaupt Richtlinien zur Behandlung von Asylbewerbern. Doch Israel lehnt laut Medienberichten 99,9 Prozent aller Asylanträge ab: Seit seiner Gründung hat das Land weniger als 200 Asylanten anerkannt. Der

## Letzte Ausfahrt Tel Aviv

rechtliche Status aller anderen ist unsicher. Ihre Aufenthaltsgenehmigung müssen die Geduldeten sich alle paar Monate verlängern lassen; eine Arbeitserlaubnis erhalten die meisten nicht.

Im Juni 2012 trat eine Erweiterung des "Anti-Infiltrierungsgesetzes" von 1954 in Kraft. Sie besagt, dass Flüchtlinge, die illegal die Grenze überquert haben - im Beamtenjargon "Infiltratoren" genannt -, bis zu drei Jahren ohne Anhörung inhaftiert werden können; Menschen aus "Feindstaaten" wie dem Sudan sogar zeitlich unbegrenzt.

Zunehmend reagiert Israel auf die "Eindringlinge" mit harten Bandagen: Im Januar stellte die Armee einen massiven Grenzzaun im Negev fertig und mehrere neue Lager im Grenzgebiet zu Ägypten. Von Zeit zu Zeit schieben die Behörden illegale Einwanderer ab: entweder in "hot returns" nur wenige Stunden nach dem Aufgreifen im Grenzgebiet oder in größeren Sammelaktionen. Dennoch kommen immer mehr - auch weil die Flüchtlingsrouten aus Afrika Richtung Europa sich nach Osten verschoben haben.

Statt das Problem anzugehen, machen viele Politiker Stimmung gegen die Afrikaner. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und Innenminister Eli Yishai bezeichneten Flüchtlinge als Arbeitsmigranten, die den jüdischen Charakter des Staates gefährden könnten; Miri Regev von der Likud-Partei nannte sie ein "Krebsgeschwür". Der ehemalige Schas-Abgeordnete Michael Ben Ari hatte im Dezember 2011 sogar mit fremdenfeindlichen Parolen demonstriert: "Tel Aviv für die Juden! Sudan für die Sudanesen!"

Ressentiments und Rassismus wandeln sich immer häufiger in handfeste Gewalt: Im April 2012 flogen Molotowcocktails auf ein Wohnhaus afrikanischer Flüchtlinge. Präsident Schimon Peres äußerte sich einen Monat später über die eskalierende Gewalt, indem er die Tora zitierte: "Ihr sollt die Fremden lieben, denn auch ihr seid Fremde in Ägypten gewesen."

Dieser Artikel entstammt der aktuellen Ausgabe des Magazins "zenith"

**Load-Date:** June 25, 2013

## Hamburg bringt Flüchtlinge auf Parkplatz unter

SPIEGEL ONLINE

23. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / GESELLSCHAFT

**Length:** 265 words

**Highlight:** Hamburgs Notunterkünfte für Flüchtlinge sind restlos gefüllt, nun reagiert die Stadt. Rund 200 Flüchtlinge sollen vorübergehend in Containern auf einem Parkplatz untergebracht werden.

### Body

---

Hamburg - Wegen des starken Anstiegs der Flüchtlingszahlen lässt Hamburg Notunterkünfte auf öffentlichen Parkplätzen errichten. Voraussichtlich kommende Woche würden auf einer Park-and-Ride-Anlage im Bezirk Eimsbüttel rund 60 Container aufgestellt, um dort von September an rund 200 Flüchtlinge vorübergehend unterbringen zu können. Das teilte das Bezirksamt Eimsbüttel mit.

Die Unterkünfte in Hamburg sind nach Angaben der Sozialbehörde restlos belegt. Derzeit übernachteten in den 60 Einrichtungen rund 9200 Menschen. Allein in diesem Jahr seien 2750 Frauen und Männer neu aufgenommen worden, darunter 1750 Zuwanderer und rund tausend Wohnungslose. Ein Ende des Zustroms an Flüchtlingen sei dabei nicht abzusehen. In Hamburg-Altona würden derzeit weitere Zelte bei einer Containerwohnanlage aufgestellt.

Hätten vor fünf Jahren gut 700 Menschen in Hamburg um Asyl gebeten, seien es im vergangenen Jahr schon fast 2200 gewesen, teilte die Innenbehörde mit. Im ersten Halbjahr dieses Jahres lag die Zahl bereits bei fast 1450. Bundesweit ist die Zahl der Asylbewerber so hoch wie zuletzt 1999. Nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel muss Hamburg 2,55 Prozent der nach Deutschland eingereisten Flüchtlinge unterbringen.

Baden-Württemberg hat unterdessen zugesagt, weitere 500 Flüchtlinge des syrischen Bürgerkriegs aufzunehmen - zusätzlich zu den 650 Syrern, deren Unterbringung die Landesregierung bereits zugesichert hat. Dabei handele es sich vor allem um Angehörige der bereits aufgenommenen Flüchtlinge, teilte das Innenministerium in Stuttgart mit.

ulz/dpa

**Load-Date:** September 18, 2013

## Migrantenkinder seltener in Kitas

Spiegel Online

2. Februar 2012 Donnerstag 1:08 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** INTEGRATION

**Length:** 271 words

**Highlight:** Eltern mit ausländischen Wurzeln lassen ihre Kinder seltener in Kitas betreuen. Familienministerin Schröder hob die Bedeutung eines Kindergartenbesuchs für die Integration deshalb noch einmal hervor.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,812934,00.html>

### Body

---

Wiesbaden/Berlin - In Deutschland wurden im vergangenen Jahr 14 Prozent der Ein- und Zweijährigen mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft in einer Kita oder von Tageseltern betreut. Das gab das Statistische Bundesamt in Wiesbaden bekannt. Bei den gleichaltrigen Kindern ohne Migrationshintergrund lag der Anteil aber bei 30 Prozent und damit mehr als doppelt so hoch. In beiden Gruppen stieg die Quote binnen eines Jahres leicht um zwei Prozentpunkte.

Auch bei den Drei- bis Fünfjährigen war der Anteil der Kinder ausländischer Herkunft in Kitas oder anderer externer Tagesbetreuung mit 85 Prozent deutlich niedriger als der bei Kindern ohne Migrationshintergrund, von denen 97 Prozent Kitas besuchten oder von Tageseltern betreut wurden. Hier hat sich die Betreuungsquote während der vergangenen beiden Jahre kaum verändert.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder wies angesichts dieser Zahlen auf die Wichtigkeit eines Kita-Besuchs hin. "Je früher Max und Ali miteinander im Sandkasten spielen, umso besser für die Integration und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt." Deshalb habe sie im März 2011 die "Offensive Frühe Chancen" gestartet, in der bis zu 4000 Kindertageseinrichtungen zu "Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration" ausgebaut würden. "Das Angebot im Sinne ihrer Kinder zu nutzen, ist Aufgabe der Eltern", erklärte die Ministerin.

Der Ausbau der Kindertageseinrichtungen müsse konsequent vorangetrieben werden, forderte die CDU-Politikerin. Bis zum Sommer 2013 müsse der Bedarf gedeckt werden, denn dann gelte der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für die Ein- und Zweijährigen.

als/dpa

**Load-Date:** February 2, 2012

## Zahl der Asylbewerber in der EU gestiegen

Spiegel Online

23. März 2012 Freitag 2:58 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** EUROSTAT-BERICHT

**Length:** 305 words

**Highlight:** Mehr als 300.000 Menschen haben sich im vergangenen Jahr in der EU um **Asyl** beworben. Das sind fast 14.000 Antragssteller mehr als im Vorjahr. Die meisten **Asylsuchenden** kamen aus Afghanistan und Russland. Doch drei Viertel aller Anträge werden abgelehnt.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,823334,00.html>

### Body

---

Luxemburg - Die Zahl der **Asylbewerber** in der Europäischen Union hat im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Insgesamt wurden 2011 in den 27 EU-Staaten 301.000 **Asylanträge** gestellt. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um fast 14 Prozent. Diese Zahlen veröffentlichte die EU-Statistikbehörde Eurostat am Freitag. Etwa 90 Prozent der Bewerber stellte nach Schätzungen erstmals einen Antrag auf **Asyl**.

28.000 Asylbewerber kamen demnach aus Afghanistan. Das Land stellt damit die größte Gruppe der Asylsuchenden in der EU, gefolgt von Russland, Pakistan und dem Irak.

EU-weit zählte Frankreich die höchste Zahl an Antragsstellern. Mehr als 56.000 Menschen suchten dort im vergangenen Jahr Asyl. In Deutschland registrierten die Behörden 53.300 Asylbewerber. Unter ihnen stellten Afghanen die größte Gruppe, gefolgt von Serben und Irakern. Die wenigsten Gesuche wurden in Liechtenstein eingereicht, dort beantragten nur 75 Menschen Asyl.

#### **Drei Viertel aller Asylanträge werden abgelehnt**

Gemessen an der eigenen Bevölkerungszahl haben die kleinen Länder Malta, Luxemburg, Schweden, Belgien und Zypern die meisten Asylanträge registriert. So kommen etwa in Malta statistisch 4500 Bewerber auf eine Million Einwohner, in der Bundesrepublik sind es lediglich 650.

Im vergangenen Jahr wurden in der EU 237.400 Asylanträge in erster Instanz entschieden. Drei Viertel davon wurden abgelehnt. Weniger als 30.000 Bewerbern erkannten die Behörden den Flüchtlingsstatus zu, 9.000 weitere erhielten eine Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen.

Etwa 21.000 Antragssteller erhielten sogenannten "subsidiären Schutz". Bei ihnen lag zwar keine zwingende Voraussetzung zur Asylgewährung vor, die Behörden erkannten jedoch an, dass bei einer Ausweisung in ihre Heimat eine reale Gefahr für das Leben der Flüchtlinge bestand.

syd/dapd/AFP

Zahl der Asylbewerber in der EU gestiegen

**Load-Date:** March 23, 2012

---

End of Document



[Tausende demonstrieren gegen Fremdenfeindlichkeit;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/demonstrationen-in-schneeberg-  
gegen-fremdenfeindlichkeit-a-934032.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/demonstrationen-in-schneeberg-gegen-fremdenfeindlichkeit-a-934032.html)

SPIEGEL ONLINE

16. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 335 words

**Highlight:** In Schneeberg regt sich Widerstand gegen die Aktionen der Neonazis. Tausende Menschen haben in der sächsischen Kleinstadt gegen Rechtsextremismus demonstriert. Zugleich machten dort Neonazis gegen ein Asylbewerberheim Stimmung. Ein Großaufgebot der Polizei war im Einsatz.

## Body

---

Schneeberg - Mit Kerzen gegen Fremdenfeindlichkeit: Im sächsischen Schneeberg haben am Samstag Tausende Anwohner gegen Rechtsextremismus protestiert. Zuvor waren Neonazis mehrfach unter der Regie der NPD in der Kleinstadt gegen ein Asylbewerberheim durch die Straßen gezogen. Der Gegendemonstration, die von der Initiative "Schneeberg für Menschlichkeit" initiiert worden war, schlossen sich mehr als 2000 Menschen an.

Auf dem Marktplatz der Stadt kamen zeitgleich erneut mehr als 1500 Rechtsextremisten zu einer Kundgebung zusammen. An einem anderen Zugang zum Markt protestierten rund tausend Demonstranten diverser Antifa-Gruppen aus ganz Deutschland. Die Polizei hatte die verschiedenen Kundgebungen mit einem Großaufgebot an Beamten strikt getrennt, so dass es zu keinen größeren Zwischenfällen kam.

Die Debatte über Flüchtlings- und Asylpolitik in der Kleinstadt war entbrannt, nachdem im August eine frühere Bundeswehrkaserne zu einer Außenstelle der zentralen Erstaufnahme von Asylbewerbern in Sachsen hergerichtet worden war. Ein vermehrter Flüchtlingsstrom hatte zuvor die Zentrale in Chemnitz überfordert, so dass Betroffene wochenlang in Zelten und Containern hausen mussten.

Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) warnte angesichts der Demonstrationen von rechts vor der NPD. "Wenn sie an der Macht wäre, würde der eine oder andere von uns Asyl brauchen, weil wir dann Verfolgte wären", sagte er vor mehr als 1000 Menschen in Rufweite zu jener Kundgebung, die auf Betreiben der NPD auf dem Marktplatz stattfand.

Ulbig sagte auch, dass man die Einwohner von Städten mit Unterkünften für Asylbewerber mit Sorgen und Fragen nicht alleinlassen dürfe. Der Innenminister ist für eine Beschleunigung des Asylverfahrens auf drei Monate und verlangt eine Ablehnung jener Bewerber, die Straftaten begangen haben. In Sachsen lag der Ausländeranteil Anfang dieses Jahres bei lediglich 2,2 Prozent. Derzeit leben etwa 5000 Asylbewerber in dem ostdeutschen Bundesland.

Tausende demonstrieren gegen Fremdenfeindlichkeit  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/demonstrationen-in-schneeberg-gegen-fremdenfeindlichkeit-a-934032.ht....>

vks/dpa

**Load-Date:** November 17, 2013

---

End of Document

## Australische Marine rettet 211 Flüchtlinge

Spiegel Online

10. August 2012 Freitag 9:22 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** INDISCHER OZEAN

**Length:** 212 words

**Highlight:** Sie stammen aus Sri Lanka, Afghanistan, Pakistan und dem Iran: Australiens Marine hat 211 Menschen von einem Boot im Indischen Ozean aufgenommen. So viele **Flüchtlinge** auf einem einzigen Schiff hatte das Land zuletzt vor fünf Jahren gerettet.; <http://www.spiegel.de/panorama/indischer-ozean-australische-marine-rettet-boot-mit-200-fluechtlingen-a-849269.html>

### Body

---

Canberra - Die australische Marine hat mehr als 200 **Flüchtlinge** von einem in Schwierigkeiten geratenen Boot gerettet. Die Personen seien nördlich der zu Australien gehörenden Weihnachtsinseln in indonesischen Gewässern von Marineschiffen aufgenommen worden, teilten die australischen Behörden mit.

Der Minister für Einwanderung, Chris Bowen, sagte dem Radiosender ABC, die 211 Flüchtlinge stammten unter anderem aus Sri Lanka, Afghanistan, Pakistan und dem Iran. Demnach hatte das Flüchtlingsboot am Mittwochabend Probleme gemeldet.

Seit Ende 2007 sind nicht mehr so viele Flüchtlinge von einem einzigen Boot gerettet worden. Dieses Jahr sind bereits 7364 Asylbewerber nach Australien gekommen, mehr als im gesamten bisherigen Rekordjahr 2010. Damals kamen 6555 Flüchtlinge in dem Land an. Vergangenes Jahr lag die Zahl der eingetroffenen Asylbewerber bei 4565.

Australische Zeitungen berichteten, die Marine gerate wegen der Bergung von Flüchtlingen zunehmend in Schwierigkeiten. Weil die Patrouillenboote ständig im Einsatz sind, kommt demnach die Wartung der Schiffe zu kurz, in mehreren Booten wurden Risse entdeckt. Bowen sagte, die Wartung der Schiffe solle verbessert werden. Es habe vor der australischen Nordküste ein "hohes Einsatztempo" für die Marine gegeben.

ulz/AFP

**Load-Date:** August 10, 2012

## Hetze im Namen des Volkes

SPIEGEL ONLINE

24. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 942 words

**Byline:** Anna-Lena Roth

**Highlight:** Die Stimmung im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist aufgeheizt: Gegner und Anhänger des neuen Flüchtlingsheims stehen sich unversöhnlich gegenüber. Auch wenn die Gegendemonstranten in der Überzahl sind - die NPD schafft es dieses Mal, auch Anwohner für ihre Kundgebung zu mobilisieren.

### Body

---

Berlin - Es ist das erste Mal, dass sie auf einer NPD-Veranstaltung ist. Das erste Mal, dass sie im September zur Wahl gehen wird, zwei Kreuze wird sie machen, beide für die Rechten. Sie ist 36 Jahre alt, alleinerziehende Mutter dreier Kinder. Und sie wohnt im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf, in direkter Nachbarschaft zu dem neuen Asylbewerberheim, das seit Wochen für Proteste im Nordosten der Hauptstadt sorgt.

Heute hat sich die Frau, die anonym bleiben möchte, auf dem Alice-Salomon-Platz zu den rund 150 NPD-Leuten gestellt. Sie ist alleine gekommen, hat keine Freunde oder Bekannten in der Partei. "Aber sie sprechen mir aus der Seele", sagt sie. Sie warte schon lange auf einen Kita-Platz, die Flüchtlinge hätten binnen kürzester Zeit ihre Unterkunft bekommen.

"Eigentlich habe ich nichts gegen die Flüchtlinge", sagt sie. Dafür umso mehr gegen die Politiker, die sie nicht nach ihrer Meinung zum neuen Heim in der Carola-Neher-Straße gefragt hätten. Und gegen die Antifa. Seit Tagen harren die Mitglieder vor dem Heim aus, wollen Unterstützung anbieten für die Menschen, die alles verloren haben und hier neu anfangen müssen. "Die haben mich auf offener Straße als Nazi-Schlampe beschimpft", sagt die 36-Jährige, die mit ihren Tattoos und Piercings auffällt. Sie habe ihren Siebenjährigen an der Hand gehabt und dem erstmal erklären müssen, was das sei, ein Nazi.

Die Probleme in Hellersdorf kommen den Rechtsextremisten in ihrem Wahlkampf gerade Recht, die NPD schürt seit Monaten gezielt die Angst vor den Flüchtlingen - und haben bei Menschen wie dieser Frau Erfolg.

#### "Das dürfen wir nicht zulassen"

Ihr gegenüber, auf der anderen Straßenseite, stehen mehr als 700 Gegendemonstranten, Vertreter der Linkspartei, der SPD und der Jusos sind darunter, die Grünen. Die Polizei ist mit einem Großaufgebot vor Ort. Diesmal sind es rund 400 Polizisten, bei der letzten Demo war die Polizei mit 250 Beamten im Einsatz. Diesmal ist es überwiegend ruhig, es gibt nur vereinzelt Festnahmen.

## Hetze im Namen des Volkes

Noch am Dienstag war ein Beamter schwer verletzt worden. Einer der Gegendemonstranten hatte ihm eine Flasche ins Gesicht geschlagen. Der Mann, der laut Polizeisprecher Stefan Redlich schon mehr als 30 Jahre lang im Einsatz ist, kommt am Montag ins Krankenhaus. Sein Jochbein wurde mehrfach gebrochen, der Mann droht demnach zu erblinden.

Wenige Meter weiter bei den Gegendemonstranten steht Renate Künast. Gerade hier in Hellersdorf sei es wichtig, sein Gesicht zu zeigen, sagt die Grünen-Fraktionschefin. Den Rechten zu zeigen, dass sie hier keinen Platz haben. "Die machen Stimmung gegen Flüchtlinge, das dürfen wir nicht zulassen." Es sei extrem gefährlich, dass die Parolen der Rechtsextremen so weit in der Bevölkerung verbreitet werden, sagte Künast. Deshalb sei der Gegendruck so wichtig.

Petra Pau von der Linkspartei kennt die Menschen in Hellersdorf, es ist ihr Wahlkreis, sie wurde direkt gewählt. Pau wünscht sich für die Anwohner und die Flüchtlinge in der Carola-Neher-Straße vor allem eins: Ruhe. Die Demonstrationen direkt vor der Haustür würden dafür sorgen, dass kein Alltag einkehren kann, sagt sie.

Inzwischen könnten sich die Asylbewerber vor Hilfsangeboten der Anwohner kaum retten, erzählt die Linkspolitikerin. Decken, Spielzeuge, Kleidung. Nach den Medienberichten über die Fremdenfeindlichkeit in Marzahn-Hellersdorf hätten sich viele Anwohner in eine rechte Ecke gedrängt gefühlt. Mit den Ängsten der Menschen dürfe kein Wahlkampf gemacht werden, warnt Pau.

### **NPD-Landeschef gibt den Kümmerer**

Genau das macht die NPD. Für die Demo auf dem Alice-Salomon-Platz hat sie extra die Route für ihren Bundestagswahlkampf geändert, auch Größen der Partei wie der langjährige Ex-Vorsitzende Udo Voigt sind gekommen. Als um 16.42 Uhr der NPD-Bus um die Ecke biegt, Slogan: "Sicher leben: Asylpolitik stoppen", wird er mit emporgereckten Mittelfingern und Buhrufen empfangen. Anders als am Dienstag, stehen die NPD-Anhänger nicht alleine da, auch Anwohner sind gekommen, um den Rednern Beifall zu klatschen.

"Es darf keine weitere Masseneinwanderung geben", ruft Ronny Zasowk, stellvertretender Landesvorsitzender der NPD Brandenburg, in das Mikrofon. Die NPD-Redner sind dieses Mal gut zu verstehen - auch wenn die Gegendemonstranten Lärm machen. Anscheinend haben die Rechtsextremen dieses Mal eine bessere Anlage dabei. Wie schon bei der Demo am vergangenen Dienstag schimpft Zasowk auf "Wohlstandsneger", redet sich in Rage, bis sein Kopf knallrot ist. "Wir werden so lange auf die Straße gehen, bis auch das letzte Asylheim geschlossen ist", brüllt er.

Im Vergleich dazu spielt der Berliner NPD-Landeschef Sebastian Schmidtke den Besorgten, den Kümmerer. Dabei ist es der 28-Jährige, der seit Monaten mit zahlreichen Aktionen in den Bezirken der Hauptstadt gegen Asylbewerber hetzt. "Wir helfen Ihnen", ruft Schmidtke den Hellersdorfer Bürgern zu, die gegen das Asylbewerberheim in ihrer Nachbarschaft sind.

Auch Maria Fank, seine Lebensgefährtin und Landesvorsitzende der NPD-Frauenorganisation Ring Nationaler Frauen, spricht minutenlang über die "wahren Interessen der Hellersdorfer". Die lägen demnach nicht darin, Asylbewerber in der Nachbarschaft zu haben. "Die wirklichen Flüchtlinge in Hellersdorf sind die Hellersdorfer selbst", sagt sie. Es gehe darum, sagt die 24-Jährige, "den armen, kleinen Kindern Schutz zu bieten und den armen Rentnern".

"Die armen Kinder", "die armen Rentner" - es sind Sätze wie diese, mit denen die Partei viele Menschen in Hellersdorf erreicht. Und die deshalb viel gefährlicher sind als die platten Hassreden.

**Load-Date:** September 18, 2013

## Saddam Husseins Neffe beantragt Asyl in Österreich

Spiegel Online

22. Juni 2012 Freitag 1:25 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** FLUCHT AUS DEM IRAK

**Length:** 294 words

**Highlight:** Bei einer Routinekontrolle am Bahnhof ging er ins Netz: Ein Neffe des früheren irakischen Diktators Saddam Hussein ist von der Polizei in Österreich aufgegriffen worden - per Flugzeug und mit falschem Pass soll er über die Türkei eingereist sein. Nun hat der 42-Jährige **Asyl** beantragt.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/neffe-von-iraks-ex-diktator-saddam-hussein-will-asyl-in-oesterreich-a-840392.html>

### Body

---

Wien - Ein Neffe des ehemaligen irakischen Diktators Saddam Hussein ist von der Polizei in Österreich aufgegriffen worden. Gemeinsam mit zwei anderen Männern ging der 42-jährige Baschar N. den Behörden bei einer Routinekontrolle am Bahnhof in Traiskirchen südlich von Wien ins Netz, sagte ein Sprecher des Innenministeriums am Freitag. Er bestätigte, dass es sich bei Baschar N. um einen Neffen Husseins handle. Die Identität des Mannes sei durch Abgleich der Fingerabdrücke mit einer Liste von gesuchten Personen aus dem Irak nachgewiesen worden, hieß es.

Baschar N. und seine zwei Mitflüchtlinge hätten angegeben, am Donnerstag per Flugzeug und mit falschem Pass über die Türkei nach Österreich eingereist zu sein. Danach sei ihnen von Schleppern der Pass abgenommen worden, sagte der Sprecher weiter.

Bei der Polizeikontrolle hätten sie an Ort und Stelle Asyl beantragt. Baschar N. habe angegeben, er benötige "Schutz vor Verfolgung". Nun sei er an einem geheimen Ort untergebracht. "Er sagt, er würde von irakischen Flüchtlingen erkannt werden und begründet daraus ein Sicherheitsrisiko für sich selbst", sagte der Sprecher. Der Irak suche wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung seit 2006 nach den Verwandten des Machthabers, der im selben Jahr hingerichtet wurde.

Das Innenministerium überprüft nun die Angaben der drei Männer - auch um zu klären, ob Österreich für das Asylverfahren überhaupt zuständig ist. Grundsätzlich müsse das in jenem Land abgewickelt werden, auf dem Flüchtlinge den EU-Raum als erstes betreten. In Traiskirchen befindet sich eine Erstaufnahmestelle für Asylwerber. Manche Asylsuchende halten sich dort gezielt auf, um bei den regelmäßigen Kontrollen der Polizei aufgegriffen zu werden.

dpa/dapd/Reuters

## Saddam Husseins Neffe beantragt Asyl in Österreich

**Load-Date:** June 22, 2012

---

End of Document

## **Polizei nimmt Demonstranten Decken und Iso-Matten weg**

Spiegel Online

28. Oktober 2012 Sonntag 12:51 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** FLÜCHTLINGSPROTEST IN BERLIN

**Length:** 477 words

**Highlight:** Es war eine kalte Nacht in Berlin - ihre Decken und Isomatten durften die Flüchtlinge und Aktivisten, die vor dem Brandenburger Tor für eine neue Asylpolitik demonstrieren, trotzdem nicht behalten. Die Polizei verteidigt ihr Vorgehen, in sozialen Netzwerken herrscht Empörung über den Einsatz.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-in-berlin-polizei-verbietet-decken-und-iso-matten-a-863862.html>

### **Body**

---

Berlin - Jetzt, da die Sonne scheint, scheinen die Qualen der Nacht vergessen bei den rund zwanzig Flüchtlingen und Aktivisten, die in Berlin vor dem Brandenburger Tor ausharren. Sie wärmen sich mit Tee, einige schlafen nun, manche liegen rauchend auf dem Boden. Um sich herum haben sie Regenschirme aufgestellt, auf denen sehr unterschiedliche Parolen stehen: "Solidarity with the Refugees", oder auch: "No Banks".

Das erinnert alles ein bisschen an die Occupy-Bewegung. Aber der Hintergrund der Proteste in Berlin ist ein anderer: Flüchtlinge und Asylbewerber sind aus Würzburg zu Fuß in die Hauptstadt gezogen, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Sie fordern legalen Aufenthalt, Zugang zum Arbeitsmarkt, die Abschaffung von Sammelunterkünften und der Residenzpflicht für Asylbewerber. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, sind einige der Flüchtlinge nach eigenen Angaben vor vier Tagen in Hungerstreik getreten. Unter die Asylbewerber haben sich mittlerweile linke Aktivisten gemischt.

Im Netz wird die Aktion - und vor allem die Reaktion der deutschen Behörden darauf - kontrovers diskutiert. Besondere Empörung herrscht darüber, dass die Demonstranten keine Isomatten, Decken und Schlafsäcke benutzen dürfen. Auch mehrere prominente Mitglieder der Piratenpartei beklagen sich per Twitter darüber. So twittert etwa Anke Domscheit: "kann ein polizist eigentl nachts schlafen, nachdem er hungernden, frierenden flüchtlingen decken u isomatten weggenommen hat?" Die Piratin Marina Weißband ruft zur Hilfe für die Frierenden auf: "Könntet ihr euch etwas Honig, Jacken und Decken unter den Arm klemmen und am Pariser Platz vorbei schauen?" Die Bloggerin Julia Probst, auch Piraten-Mitglied, schrieb: "WAS lese ich DA? Den frierenden Flüchtlingen beim #refugeecamp nimmt man die Decken + Schlafsäcken weg? Bitte sagt, dass das nicht stimmt. "

Die Polizei rechtfertigt ihr Vorgehen. Es gebe einen Auflagenbescheid, wonach Campingutensilien nicht gestattet seien. Auseinandersetzungen habe es in der Nacht zum Sonntag auch nicht gegeben, so ein Beamter vor Ort zu spiegel ONLINE. Die Demonstranten hätten die Decken und Matten freiwillig abgegeben. Einige von ihnen hätten sich inzwischen mit Decken, die einen Reißverschluss haben, beholfen. Sie gelten als Kleidungsstücke. In den



### Polizei nimmt Demonstranten Decken und Iso-Matten weg

Nächten zuvor war es zu Handgreiflichkeiten gekommen. Nach Angaben der Aktivisten haben die Polizisten ihnen die Decken entrissen. Die Polizei wiederum beklagt, Beamte seien gebissen und geschlagen worden. Es habe mehrere Anzeigen gegeben, so ein Polizeibeamter.

Die Demonstration hatte bereits vor Tagen für Aufsehen gesorgt. Damals hatte die Polizei ein Großzelt der Aktivisten demontiert, nachdem sich diese geweigert hatten, es freiwillig abzubauen. Nach Polizeiangaben verstieß die Errichtung des Zeltes und der "Einsatz von Übernachtungs-Utensilien" gegen geltendes Recht.

*anr*

**Load-Date:** October 28, 2012

---

End of Document

## **Union kündigt Wahlkampf mit Doppel-Staatsbürgerschaft an**

Spiegel Online

4. Februar 2013 Montag 2:06 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** NACH GABRIELS VORSTOSS

**Length:** 205 words

**Highlight:** CDU und CSU wollen eine doppelte Staatsbürgerschaft für Menschen mit **Migrationshintergrund** zum Wahlkampfthema machen. Unions-Fraktionschef Volker Kauder reagierte damit auf einen entsprechenden Vorstoß des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/union-macht-doppel-staatsbuergerschaft-zum-wahlkampfthema-a-881379.html>

### **Body**

---

Berlin - Die von der von der SPD ins Spiel gebrachte doppelte Staatsbürgerschaft für Menschen mit **Migrationshintergrund** wird "in jedem Fall" zum Wahlkampfthema. Das kündigte Unionsfraktionschef Volker Kauder an. Denn CDU und CSU sähen dauerhafte doppelte Staatsbürgerschaften weiterhin kritisch, sagte Kauder der "Bild"-Zeitung. "In der Praxis würden zahlreiche Probleme entstehen - zum Beispiel bei Auslieferung von Straftätern", warnte der CDU-Politiker.

Kauder reagierte damit auf die Ankündigung von SPD-Chef Sigmar Gabriel, im Falle eines rot-grünen Wahlsiegs die dauerhafte doppelte Staatsbürgerschaft einzuführen. "Ich finde, das ist etwas, was wir endlich machen sollten", hatte Gabriel gesagt.

Nach der bisherigen Gesetzesregelung erwirbt ein in Deutschland geborenes Kind, von dem sich ein Elternteil seit acht Jahren rechtmäßig hier aufhält, neben der Staatsangehörigkeit der Eltern zusätzlich die deutsche Staatsangehörigkeit. Das Kind muss sich jedoch mit Eintritt der Volljährigkeit zwischen einer von beiden entscheiden. Hat es sich bis zum 23. Lebensjahr nicht entschieden, geht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. Die SPD will ermöglichen, dass beide Staatsbürgerschaften dauerhaft behalten werden können.

als/AFP

**Load-Date:** February 4, 2013

## Die Ausländerfeinde von Berlin

SPIEGEL ONLINE

21. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 868 words

**Byline:** Anna-Lena Roth

**Highlight:** Rechtsradikale marschieren in der Hauptstadt gegen ein neues Heim für Asylbewerber, die Flüchtlinge wurden von Nachbarn mit Hitlergruß empfangen. Im Wahlkampf sorgen sich jetzt Politiker um das Image der Stadt. Und die Frage: Wie ausländerfeindlich ist Berlin?

### Body

---

Berlin - Schon wieder stehen sich die Feinde gegenüber: Auf der einen Straßenseite zehn Rechtspopulisten von Pro Deutschland. Auf der anderen 200 Gegendemonstranten. Sie schreien, sie pfeifen, sie trillern. Alles ist recht, solange es nur die rassistischen Sprüche auf der anderen Seite übertönt. Sprüche, die sich gegen Asylbewerber richten, gegen Ausländer. Es sind Szenen, bei denen man an Rostock-Lichtenhagen denkt, an Hoyerswerda.

Und jetzt Berlin. Ausgerechnet. Die Stadt, die so stolz ist auf ihr Multikulti-Image, auf ihre Weltoffenheit, auf das Gefühl von großer, freier Welt. Ausgerechnet hier gehen die Rechtsradikalen seit Tagen auf die Straße, lassen sich Bürger dabei fotografieren, wie sie Asylbewerber mit Hitlergruß in der Nachbarschaft willkommen heißen, sagen Anwohner Sätze ins Mikrofon wie: "Das sind doch alles Kriminelle, schickt sie nach Hause."

Seit Anfang der Woche dauern die Proteste an - und die Stadt sorgt sich um ihr Image. Am Montag gab es Proteste beim Einzug der ersten Flüchtlinge in die Unterkunft in der Carola-Neher-Straße, am Dienstagabend standen sich rund 30 NPD-Mitglieder und 400 Linke gegenüber, es flogen Flaschen, die Polizei nahm 25 Menschen fest.

Einen Tag später sind es nun zehn Mitglieder von Pro Deutschland, die den ganzen Tag lang durch die Stadt ziehen, fünf Orte haben sie für Kundgebungen ausgewählt, sie bleiben je zwei Stunden. Sie nennen es ihren Wahlkampf: Er besteht aus Reden über vermeintliche Asylschmarotzer und dummen Sprüchen über Türken. Die Polizei ist mit 450 Beamten im Einsatz.

### Wahlkampf auf beiden Seiten

Der zweite Stopp an diesem Tag liegt im Wahlkreis Berlin-Mitte, Turmstraße, direkt vor der zentralen Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge. Als die Pro-Deutschland-Mitglieder ankommen, werden sie längst erwartet: die Grünen sind hier, die Linke, SPD und CDU, die jeweiligen Spitzenkandidaten des Wahlkreises stehen ganz vorne in der Reihe der Demonstranten. Es ist Wahlkampf, auch für sie.

## Die Ausländerfeinde von Berlin

Die Stimmungsmache der rechten Parteien sei vor allem deshalb so gefährlich, weil sie bei den Bürgern extreme Ängste gegenüber Asylbewerbern schüre, sagt Klaus Lederer, der für die Linke antritt.

Der stellvertretenden Bürgermeisterin Dagmar Pohle ist es wichtig, ihren Bezirk zu verteidigen. Nicht alle Anwohner seien rechter Gesinnung, sagte die Linken-Politikerin dem RBB-Inforadio. Es gebe eine breite demokratische Mehrheit, die sich dem "rechten Mob" entgegenstelle.

Der Protest gegen die rechte Hetze ist auch im Internet zu verfolgen. Auf Twitter nutzen User das Hashtag #MaHe, um ihre Unterstützung kund zu tun. Oder sie informieren sich auf der Facebook-Seite "Hellersdorf hilft Asylbewerbern".

### **Bosbach will Krisengipfel**

CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach nutzte die Debatte um Asylbewerberheime, um ein rasches Krisentreffen von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zu fordern. Die steigenden Asylbewerberzahlen dürften als Thema nicht den Rechtspopulisten überlassen werden, sagte Bosbach der "Saarbrücker Zeitung" - und erntet heftige Kritik.

Die Union habe das Thema selbst immer gerne popularisiert, sagt die Berliner Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD). Das Krisengeschwätz von Bosbach sei unerträglich, seine Forderung nach einem Krisengipfel wahlkampfpolitische Panikmache.

Auch Volker Beck kritisiert die Aussagen von Bosbach. Der solle sich hüten, "aus der Pogromstimmung mancherorts nun politisches Kapital schlagen zu wollen", schreibt der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Bundestagsfraktion auf seiner Facebook-Seite. "Das Problem sind nicht die Flüchtlinge, sondern die rassistische Stimmung gegen sie." Grund seien auch die Defizite der Koalition im Kampf gegen rechts.

### **Kampf gegen das "braune Gesocks"**

In Berlin-Mitte stehen die Spitzenkandidaten von CDU, SPD, Linke und Grünen einträchtig beieinander, ihnen geht es um das Image der Stadt. "Wir sind zwar auch als Parteien hier, heute aber vor allem als Demokraten", sagt SPD-Frau Eva Högl. Das Thema Asylrecht müsse jeden Tag wichtig sein, nicht nur im Wahlkampf.

"Es ist unsere Aufgabe als Demokraten, dem braunen Gesocks zu sagen, dass es weder in Mitte, noch in Berlin, noch im Land etwas verloren hat", sagt Özcan Mutlu von den Grünen. Er selbst hat eigenen Angaben zufolge schon einen Brief von der NPD an seine Privatadresse geschickt bekommen: darin die Aufforderung, er solle nach Hause gehen.

Gegen 13.20 Uhr löst sich die Demonstration an der Turmstraße auf, drei weitere Stationen stehen heute noch auf dem Plan. Auch am Donnerstag will Pro Deutschland mobil machen: Vor den Redaktionen von "taz", "Neues Deutschland" und "Junge Welt", außerdem vor der Parteizentrale der Linken. Für Samstag hat die NPD erneut eine Kundgebung auf dem Alice-Salomon-Platz in Hellersdorf angemeldet - sie ändert dafür laut Pressemitteilung die Route ihrer Wahlkampftour.

Nachdem der weiße Bus mit den Pro-Deutschland-Mitgliedern abgefahren ist, greift Grünen-Politiker Mutlu noch einmal zum Mikrofon, bedankt sich im Namen aller demokratischen Parteien bei den Unterstützern. Sie hätten es den Nazis gezeigt, sagt er. Und: "Bis zum nächsten Mal."

**Load-Date:** September 18, 2013

## Mehr als 3500 Syrer fliehen an einem Tag

Spiegel Online

24. August 2012 Freitag 1:30 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** GRENZE ZUR TÜRKEI

**Length:** 309 words

**Highlight:** Der Flüchtlingsstrom aus Syrien reißt nicht ab. Im Gegenteil: Rund 3500 Menschen retteten sich zuletzt binnen 24 Stunden über die Grenze zur Türkei. In Aleppo und anderen Städten gehen die Kämpfe weiter.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-mehr-als-3500-menschen-fliehen-an-einem-tag-in-die-tuerkei-a-851877.html>

### Body

---

Damaskus - Der Bürgerkrieg in Syrien tobt seit Monaten mit unverminderter Härte. Leiden muss vor allem die Zivilbevölkerung. Deshalb verlassen viele Syrer ihre Heimat und bitten in den angrenzenden Ländern um Asyl. Vor allem die Grenze zur Türkei gilt als wichtige Auffangregion für Vertriebene. Nach Angaben der Regierung in Ankara überquerten in dieser Woche binnen 24 Stunden mehr als 3500 Menschen die Grenze. Das ist einer der höchsten Werte seit Beginn der Gewalt im Land.

Insgesamt sind in der Türkei nun rund 78.000 Menschen in Hilfslagern untergebracht. Retter vor Ort klagen zunehmend über Überlastung. Die Türken geben die Obergrenze ihrer Lager mit 100.000 Menschen an.

In diesem Zusammenhang hat die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl die Bundesregierung aufgefordert, den Appell der Außenpolitiker aller Parteien zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien aufzugreifen.

Dazu gehöre auch ein Konzept zum Schutz von Flüchtlingen aus dem Irak, die in Syrien Zuflucht gesucht hatten, sagte Pro Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt am Freitag in Frankfurt am Main. Zudem sollten Maßnahmen zur Aufnahme von Familienangehörigen von in Deutschland lebenden Flüchtlingen aus der Region ergriffen werden.

### Bombardement und Zwangsrekrutierung

Auch am Freitag kommen aus Syrien wieder Meldungen über Angriffe. Die Luftwaffe hat nach Angaben von Aktivisten mehrere Stadtteile der Wirtschaftsmetropole Aleppo bombardiert. Unter den Zielen sei auch das teilweise von Aufständischen kontrollierte Viertel Salahaddin, teile die in London ansässige Beobachtungsstelle für Menschenrechte mit, die sich auf ein dichtes Netz von Informanten in Syrien stützt.

In der gleichnamigen Provinz Aleppo sei die Stadt Aasas attackiert worden, die bereits in den vergangenen Wochen Ziel von Angriffen war. Es seien Häuser zerstört worden, und es habe Verletzte gegeben.

jok/Reuters/dpa

Mehr als 3500 Syrer fliehen an einem Tag

**Load-Date:** August 24, 2012

---

End of Document

## Riskante Suche nach einem besseren Leben

Spiegel Online

28. Juni 2012 Donnerstag 6:40 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** BOOTSFLÜCHTLINGE IM INDISCHEN OZEAN

**Length:** 806 words

**Byline:** Simone Utler

**Highlight:** Zum zweiten Mal binnen weniger Tage ist im Indischen Ozean ein **Flüchtlingsboot** gesunken. Die Unglücke haben in Australien eine heftige Debatte neu entfacht: Wie soll das Land mit den illegalen Einwanderern umgehen?; <http://www.spiegel.de/panorama/australien-und-das-problem-der-bootsfluechtlinge-a-841307.html>

### Body

---

Hamburg - Muhammed Salman rief seinen Cousin an, als er auf dem **Flüchtlingsboot** angekommen war. Und wenige Stunden später noch einmal, als er um sein Leben fürchtete. Das Schiff sei überfüllt, und die Menschen hätten Angst, sagte der junge Mann, der mit mehr als 200 weiteren **Flüchtlingen** auf einem Boot von Indonesien nach Australien fahren wollte. "Jeder betet laut, dass wir sicher ankommen", soll Salman seinem in Australien lebenden Cousin einem Bericht von "The Australian" zufolge noch gesagt haben.

Das war am Montag vor einer Woche. Drei Tage später wurde das Boot mit dem Kiel nach oben im Indischen Ozean gefunden, rund 22 Kilometer nördlich der zu Australien gehörenden Weihnachtsinsel. Dutzende Menschen hielten sich an dem Rumpf fest, 90 weitere wurden vermisst. Nach drei Tagen brachen die Helfer die Suche nach den Vermissten ab. Es gebe "keine weiteren Überlebenden", teilte das Amt für Seesicherheit (AMSA) mit.

"The Australian" hat mit Angehörigen gesprochen und erste Fotos bekommen. Es sind Passbilder und Privataufnahmen, die überwiegend junge Männer zeigen. Einer von ihnen ist Muhammed Salman. Während die Angehörigen dieser Vermissten noch auf Lebenszeichen hoffen, ist das nächste Flüchtlingsboot gesunken. Es war ebenfalls auf dem Weg nach Australien und wurde rund 200 Kilometer nördlich der Weihnachtsinsel entdeckt. An Bord waren rund 130 Menschen, 123 von ihnen konnten gerettet werden.

### Opposition will Flüchtlinge internieren

Die beiden Vorfälle haben in Australien die Diskussion über den Umgang mit Flüchtlingen neu angestoßen. Vor allem Premierministerin Julia Gillard steht unter Druck. Schon seit längerem versucht sie, eine Lösung zu finden, doch die starke Opposition und eine Entscheidung des höchsten Gerichts verhinderten bisher, dass sie ihre Linie durchziehen kann. Am Mittwoch wurde das Thema im Parlament diskutiert.

## Riskante Suche nach einem besseren Leben

In den vergangenen Jahren endeten zahlreiche Überfahrten tödlich. Südöstlich von Java war im vergangenen Dezember ein Schiff mit 250 Flüchtlingen gesunken. Es gab keine Überlebenden. Ein Jahr davor zerschellte vor der Weihnachtsinsel ein Flüchtlingsboot im Sturm. Dabei kamen mindestens 50 Menschen um.

Um das Thema in den Griff zu bekommen, schlossen Gillard und ihre Labor-Partei im vergangenen Juli mit Malaysia ein Abkommen über eine Art Austausch. Dieses sah vor, dass Australien 800 Bootsflüchtlinge nach Malaysia abschiebt. Im Gegenzug sollte es 4000 Menschen aufnehmen, die von Malaysia eindeutig als "echte" Flüchtlinge identifiziert wurden. Das Ganze sollte medienwirksam inszeniert werden, um weitere Flüchtlinge abzuschrecken. Das höchste Gericht Australiens erklärte das Abkommen mit Malaysia jedoch Ende August 2011 für illegal.

Die Opposition kritisiert, man dürfe Flüchtlinge nicht in Länder abschieben, die nicht die Uno-Flüchtlingskonvention unterzeichnet haben. Dazu gehören Malaysia und Indonesien. Der konservative Oppositionsführer Tony Abbott will die Flüchtlinge während des Asylverfahrens auf der kleinen abgelegenen Pazifikinsel Nauru internieren und restriktive temporäre Visa für Flüchtlinge einführen.

Derzeit debattieren Parlament und Senat eine Gesetzesvorlage, die einen Kompromiss vorsieht: die Malaysia-Lösung und eine Internierung auf Nauru. Am Mittwoch warb Gillard um Zustimmung: "Wir sind an der Schwelle, endlich die Gesetze zu bekommen, die wir brauchen."

### **Allein 2012 schon 4000 Bootsflüchtlinge**

Flüchtlingspolitik und Grenzschutz sind hochsensible Themen in Australien - obwohl die Zahl der Menschen, die dort Asyl suchen, im Vergleich zu anderen Regionen der Welt sehr niedrig ist. Der Uno-Flüchtlingskommission zufolge wurden in Australien im Jahr 2011 ungefähr 11.800 Asylanträge gestellt. Weltweit waren es 441.000, von denen allein 327.000 in Europa gestellt wurden.

Der australischen Regierung bereitet vor allem die hohe Zahl der Bootsflüchtlinge Probleme. Tausende Menschen versuchen jedes Jahr, über See illegal nach Australien zu gelangen. Allein in diesem Jahr registrierten die Behörden mehr als 50 Boote mit insgesamt gut 4000 Flüchtlingen.

Viele der Flüchtlinge kommen aus Iran, Irak oder Afghanistan. Menschenschmuggler bringen sie zunächst nach Indonesien, Malaysia und in jüngster Zeit auch nach Sri Lanka, wo sie an Bord gehen. Die Schiffe sind oft nur notdürftig ausgerüstet, teils kaum seetüchtig.

Anwältin Pamela Curr, die sich für die Interessen der Flüchtlinge einsetzt, berichtete laut "The Australian" von schrecklichen Bedingungen an Bord des Schiffs, das in der vergangenen Woche gesunken war. Die Menschen seien krank gewesen, Essen sei über Bord gespült worden. Ihr sei berichtet worden, dass zwei der vier indonesischen Crewmitglieder das Flüchtlingsboot verließen, als man in internationale Gewässer kam. Die beiden seien mit einem anderen Boot wieder nach Indonesien zurückgefahren, so Curr.

*mit Material von AP*

**Load-Date:** June 28, 2012



## **Das pompöse Leben des Bischofs von Limburg; Asyl in Deutschland; Hacker**

SPIEGEL ONLINE

13. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** DER SPIEGEL / DEFAULT

**Length:** 411 words

**Byline:** Wolfgang Büchner

### **Body**

---

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

vom aufwendigen Lebensstil des Limburger Bischofs hörte mein Kollege Peter Wensierski bereits kurz nach dem Amtsantritt des Franz-Peter Tebartz-van Elst im Jahr 2008. Mitglieder der Gemeinde berichteten irritiert über rote Teppiche, die für den Bischof ausgelegt worden waren, vom Gebrauch des Dienstwagens samt Fahrer, auch für kürzeste Wege in der Stadt. In den folgenden Jahren riss die Kritik am Bischof nie ab, und der SPIEGEL berichtete immer wieder über einen Kirchenmann, der in seinen Predigten Bescheidenheit und Zurückhaltung pries, sich selbst aber ganz anders verhielt. In der Titelgeschichte dieser Ausgabe beschreiben meine Kollegen Wensierski, Frank Hornig und Walter Mayr den vorläufigen Höhepunkt der Affäre und erklären, warum sich Tebartz-van Elst bis heute im Amt halten konnte. Beenden können den Skandal, der nicht nur das Bischofsamt, sondern auch die katholische Kirche beschädigt, nur zwei Personen. Der Bischof selbst. Oder der Papst.

Als sich abzeichnete, dass die Zahl der Asylbewerber in diesem Jahr auf mehr als 100.000 steigen würde, machten sich meine Kollegen Jürgen Dahlkamp und Maximilian Popp auf eine Reise durch Deutschland. Sie wollten in Erfahrung bringen, wie heute umgegangen wird mit Flüchtlingen, wie sehr sich Asylrecht und Asylpraxis unterscheiden. Während ihrer Recherche sprachen meine Kollegen mit Flüchtlingen und Rechtsanwälten, mit überforderten Innenpolitikern, mit Grenzpolizisten, Beamten in Ausländerbehörden und den Männern und Frauen, die nun in vielen Städten und Landkreisen schnell Unterkünfte beschaffen müssen für neue Flüchtlinge. Am Ende der Recherche steht für die beiden Autoren die Erkenntnis, dass die deutsche Asylpolitik genauso gescheitert ist wie die europäische: Beide Systeme müssen dringend reformiert werden.

Wie es ist, von Geheimdiensten und Hackern ausspioniert zu werden, weiß mein Kollege Uwe Buse jetzt sehr genau. Für einen Selbstversuch hat er Hackern den Auftrag gegeben, ihn auszuspähen und das gewonnene Wissen gegen ihn anzuwenden. Innerhalb weniger Tage hatte Buse die Kontrolle über sein Leben komplett verloren, und eines seiner kleineren Probleme war nun, dass die Hacker ihn auf Facebook als angeblich schwul geoutet hatten. Was mein Kollege noch erlebte, können Sie im neuen SPIEGEL lesen.

Hier kommen Sie zur Digitalausgabe des neuen SPIEGEL.

Das pompöse Leben des Bischofs von Limburg; Asyl in Deutschland; Hacker

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen Ihr

**Wolfgang Büchner**

**Load-Date:** October 13, 2013

---

End of Document

## Bundespräsident Gauck setzt Signal in Asyldebatte

Spiegel Online

12. Dezember 2012 Mittwoch 11:45 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** BESUCH IN ÜBERGANGSWOHNHEIM

**Length:** 581 words

**Byline:** Florian Gathmann

**Highlight:** Der Termin ist für den Bundespräsidenten ein besonderes Anliegen: Joachim Gauck besucht ein Asylbewerberheim in Brandenburg - und schaltet sich in die Debatte um neue gesetzliche Regelungen ein. Er will das Recht der Bewohner auf eine menschenwürdige Existenz in Deutschland betonen.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundespraesident-gauck-besucht-uebergangswohnheim-fuer-asylbewerber-a-872272.html>

### Body

---

Berlin - Für politische Regelungen ist der Bundespräsident nicht zuständig. Wohl aber für symbolische Auftritte. Dass Joachim Gauck an diesem Mittwoch das Übergangwohnheim für Asylbewerber in Bad Belzig besucht, soll genauso verstanden werden. Während die politischen Parteien über ein neues Asylbewerber-Leistungsgesetz streiten, möchte der Präsident ein Zeichen setzen. Er will demonstrieren: Dem Staatsoberhaupt dieses Landes liegen die Menschen am Herzen, die hier Zuflucht suchen.

Immer wieder haben Bundespräsidenten in der Vorweihnachtszeit Einrichtungen besucht, um die Aufmerksamkeit auf Menschen zu richten, die außergewöhnliches leisten oder auf der Schattenseite des Lebens stehen. Gauck hat sich mit dem Asylbewerberheim in Bad Belzig für letzteres entschieden. Er möchte bei dem Besuch erfahren, was aus Sicht der Bewohner schief läuft.

Über den Umgang mit Asylbewerbern in Deutschland wird seit Monaten debattiert. Auf der einen Seite gibt es Klagen über einen neuen Strom an Flüchtlingen, auf der anderen Seiten Forderungen nach besseren Lebensbedingungen für Asylbewerber. In Berlin campierten wochenlang protestierende Flüchtlinge aus aller Welt, um auf ihren Alltag aufmerksam zu machen und ihren Wünschen Nachdruck zu verleihen, zeitweilig traten sie in einen Hungerstreik. Vor allem die bisher in fast allen Bundesländern geltende Residenzpflicht für Asylbewerber steht dabei in der Kritik. Diese sieht vor, dass die Betroffenen sich nicht aus dem von der zuständigen Behörde festgelegten Bereich entfernen dürfen.

Zuletzt hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung den Entwurf für ein neues Leistungsgesetz für Asylbewerber vorgelegt, nachdem die obersten deutschen Richter in Karlsruhe die bisherigen Regelungen als verfassungswidrig verworfen hatten. Doch der Opposition gehen die Verbesserungen nicht weit genug. Das Leistungsgesetz war auf dem Höhepunkt der Asylzuwanderung vor 19 Jahren eingeführt worden. Die Sätze waren seitdem nie erhöht worden.

**Gaucks Premiere im Asylbewerberheim**

Bundespräsident Gauck besucht zum ersten Mal in seinem Leben ein Asylbewerberheim. In Bad Belzig, eine Autostunde südlich von Berlin gelegen, wird er am frühen Nachmittag auf 135 Menschen aus 26 Nationen treffen, die nach Deutschland geflüchtet sind und hier leben wollen. Darunter Iraner, Iraker, Afghanen, Syrer und Kenianer. Sie leben übergangsweise in einer Einrichtung, in der zu DDR-Zeiten die Bereitschaftspolizei stationiert war.

Geplant ist ein Gespräch mit mehreren Bewohnern des Heims, in dem Gauck sich über die Sorgen und Nöte der Asylbewerber informieren möchte. Der Bundespräsident möchte dabei keine falschen Hoffnungen wecken, aber sein Interesse für die in Deutschland Zuflucht Suchenden bekunden. Aus Sicht Gaucks muss die Achtung der Menschenwürde auch im Umgang mit Asylbewerbern der Maßstab sein.

"Ein menschenwürdiges Existenzminimum steht jedem Menschen in Deutschland zu, auch Asylbewerbern!" So formulierte es der Bundespräsident am 26. August bei seiner Rede zum Gedenken an das ausländerfeindliche Pogrom vor 20 Jahren im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen. Und schon damals sparte er nicht mit subtiler Kritik an den politischen Akteuren in diesem Land. "An Gutachten und gutem Willen fehlt es in den Parlamenten und Ministerien ja meistens nicht", sagte der Bundespräsident in Rostock. "Aber es fehlt zuweilen an Rückkopplung in die Praxis, in den Alltag."

Das will Gauck an diesem Mittwoch in Bad Belzig offenbar nachholen - und mit gutem Beispiel vorangehen.

**Load-Date:** December 12, 2012

## Kofferschleppen für 1,05 Euro die Stunde

SPIEGEL ONLINE

23. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 619 words

**Byline:** Christoph Sydow

**Highlight:** Der Bahnhof in Schwäbisch Gmünd wird umgebaut. Um den Reisenden das Treppensteigen zu erleichtern, hat sich die Stadt eine ungewöhnliche Lösung einfallen lassen. Asylbewerber tragen die Koffer der Bahngäste - für 1,05 Euro die Stunde.

### Body

---

Schwäbisch Gmünd - Große Ereignisse werfen in Schwäbisch Gmünd ihre Schatten voraus: Im kommenden Jahr findet in der Stadt am Rande der Schwäbischen Alb Baden-Württembergs Landesgartenschau statt. Doch bis es soweit ist, müssen in der Stadt umfangreiche Bauarbeiten durchgeführt werden.

Auch der Bahnhof von Schwäbisch Gmünd wird bis Anfang 2014 für sieben Millionen Euro modernisiert. Die Arbeiten bringen für die Reisenden allerhand Beschwerden mit sich: Die Unterführung, in der die Bahn-Passagiere ihr Gepäck auf einem Förderband abstellen können, ist gesperrt. Aufzüge gibt es nicht. Als Provisorium hat die Bahn eine Stahlbrücke errichtet, die über die Gleise führt. Doch die Treppen sind steil, gerade für ältere Fahrgäste mit viel Gepäck und Mütter mit Kinderwagen ist der Weg sehr beschwerlich geworden. Einige Fahrgäste haben sich bei der Bahn deswegen beklagt.

Bahn, Stadt und Landkreis haben nun auf ungewöhnliche Art Abhilfe geschaffen: Seit Montag helfen Asylbewerber den Reisenden beim Koffertragen. Zehn Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern, Afghanistan und Pakistan, die in einer Unterkunft in Schwäbisch Gmünd leben, haben sich freiwillig zum Dienst gemeldet. In Zweierteams tragen sie in zwei Schichten von 6.15 Uhr bis 18 Uhr das Gepäck der Bahnfahrer. Sie haben rote T-Shirts mit der Aufschrift "Service" bekommen, tragen Namensschilder und Strohhüte, die vor der heißen Sonne schützen sollen.

### Schwaben zahlen angeblich gutes Trinkgeld

Der Lohn ist bescheiden: Sie verdienen gerade einmal 1,05 Euro die Stunde. Das ist der Maximallohn für Asylbewerber - mehr lässt das deutsche Asylbewerberleistungsgesetz nicht zu. "Das ist keine Summe, die als Anreiz dient", räumt auch Markus Herrmann, Sprecher der Stadt Schwäbisch Gmünd ein. Die Stadt, die sich die Kosten des ungewöhnlichen Projekts mit der Bahn teilt, würde den Flüchtlingen gerne mehr Lohn für die Arbeit zahlen, darf aber nicht. "Gebt den Kommunen die Freiheit, was zu tun", appelliert Hermann an die Bundesregierung. "Das würde den Alltag der Integration erleichtern."

## Kofferschleppen für 1,05 Euro die Stunde

Immerhin bekommen die Männer das Busticket zum Bahnhof bezahlt. Außerdem hat die Stadt auf dem Bahnsteig eine Hütte errichtet, in der sie im Schatten sitzen können, während sie auf Kunden warten. Im nahegelegenen Büro der Landesgartenschau können sie sich mit Getränken versorgen und auf die Toilette gehen.

250 Asylbewerber leben derzeit in einer Gemeinschaftsunterkunft in Schwäbisch Gmünd - Tendenz steigend. "Diese Menschen leben bei uns, und wir müssen uns um die Leute kümmern", sagt Oberbürgermeister Richard Arnold. Dafür geht die Stadt ungewöhnliche Wege: Beim 850-jährigen Jubiläum der Stauffer-Stadt 2012 halfen die Flüchtlinge bei Organisation und Bühnenbau und spielten beim Festumzug mit, der die Geschichte der Stauffer darstellte.

Mit diesen Aktionen will das Rathaus die Beziehungen zwischen Stadtbewohnern und Flüchtlingen vertiefen, sagt Stadtsprecher Hermann. Die Asylbewerber sollen nicht abgeschieden in ihrer Unterkunft leben, sondern Kontakte zu Einheimischen aufbauen. Auch das Kofferprojekt am Bahnhof soll dazu beitragen.

Die Stadt betont, dass das Ganze ein Experiment sei. Die Flüchtlinge arbeiten freiwillig. Wenn sich der Job am Bahnhof als zu hart erweist, können sie das Projekt jederzeit beenden. Zumindest die Fahrgäste sind sehr glücklich über das Angebot: "Die Kofferträger werden super angenommen", sagt Bahn-Sprecherin Luisa Gunga.

Die Stadt appelliert an die Bahnreisenden, den Flüchtlingen ein großzügiges Trinkgeld zu geben. Offenbar mit Erfolg. Sprecher Markus Hermann sagt: "Die sparsamen Schwaben lassen sich da nicht lumpen. Es bringt ja schließlich was."

**Load-Date:** August 12, 2013

## Beschlüsse aus Hannover

Spiegel Online

18. November 2012 Sonntag 1:36 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** GRÜNEN-PARTEITAG

**Length:** 946 words

**Highlight:** Keine bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr, kompletter Kohleausstieg bis zum Jahr 2030 und mehr Rechte für Asylbewerber. Die Grünen haben auf ihrem Bundesparteitag in Hannover Beschlüsse verabschiedet, die hier nachzulesen sind.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruenen-parteitag-beschluesse-aus-hannover-a-867877.html>

## Body

---

### 100-prozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2030

Bereits bis zum Jahr 2030 wollen die Grünen eine 100-prozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien. Sie fordern einen kompletten Kohleausstieg bis zu diesem Jahr. Das beschlossen am Samstagabend die Delegierten des Bundesparteitags in Hannover. "Kohle ist nach Atom und Erdöl die nächste fossile Ressource, die aus unserem Energiemix verschwinden muss", heißt es in dem Beschluss. Zudem solle auch eine höhere Kohlebesteuerung geprüft werden. Die Bundesregierung sieht Kohlekraft wegen des Atomausstiegs bis 2022 vorerst als wichtige Brückentechnologie an und strebt einen Ökostromanteil von 80 Prozent bis 2050 an.

### Keine bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr

Die Partei lehnt Pläne der Bundeswehr ab, bewaffnete Drohnen anzuschaffen. Solche unbemannten Flugzeuge mit Waffen setzten die USA zunehmend im Anti-Terror-Kampf ein, heißt es in einem weiteren Beschluss. Eine Studie der Stanford und New York University gehe davon aus, dass seit 2004 mehr als 3.300 Tote durch US-Drohnen in Pakistan zu beklagen seien, die meisten davon Zivilisten. Doch der "Trend zur Automatisierung des Schlachtfelds" werfe nach Ansicht der Grünen ethische Fragen auf, die erst noch beantwortet werden müssten. Die Bundeswehr möchte bewaffnete beziehungsweise waffenfähige Drohnen-Systeme wie Reaper oder Heron TP als Nachfolger der unbewaffneten Aufklärungsdrohne Heron-1 beschaffen.

### Stärkung des Asylrechts

Auf dem Parteitag wurden mehr Rechte für Asylbewerber in Deutschland verlangt. Das Grundrecht auf Asyl müsse wieder so gelten wie vor 1993, hieß es. Denn inzwischen könnten Flüchtlinge wegen des Rings sogenannter sicherer Drittstaaten kaum noch nach Deutschland vordringen, um ihr Menschenrecht auf Asyl einzufordern. Auch setzen sich die Grünen für einen Stopp der Abschiebung von Flüchtlingen in Länder ein, in denen die Menschenrechte verletzt werden. Darüber hinaus soll das Asylbewerberleistungsgesetz von 1993 abgeschafft werden. Es sieht für Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge deutlich geringere Sozialleistungen als für Deutsche

## Beschlüsse aus Hannover

vor. Sammelunterkünfte sollen abgeschafft werden. Flüchtlinge benötigten freien Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und zu Kommunikation. Schließlich müssten Asylbewerber und Flüchtlinge uneingeschränkt arbeiten gehen können.

**Lebensmittel für Vegetarier kennzeichnen**

Die Grünen wollen Vegetariern und Veganern das Leben leichter machen. Der Parteitag sprach sich für eine verpflichtende dreistufige Kennzeichnung aller Lebensmittel aus, die aus mehr als einer Zutat bestehen. Die Kennzeichnung könnte lauten:

- Lebensmittel enthält tierische Bestandteile oder wurde mit solchen hergestellt. - Ohne Zutaten hergestellt, die von einem toten Tier stammen(vegetarisch) - Ohne jegliche tierische Bestandteile hergestellt (vegan)

**Eigener Straftatbestand Folter**

Folter soll nach Ansicht der Grünen stärker ahndet werden als bisher. Folter solle als eigener Tatbestand ins Strafgesetzbuch aufgenommen werden, heißt es in dem Beschluss. Auch müssten angemessene Regeln für die Verjährung, die Zuständigkeit für die Strafverfolgung und das Strafmaß gefunden werden. Weiter verlangte der Parteitag, die nationale Stelle zur Verhütung von Folter mit ausreichend Personal und Geld auszustatten. Um Verfehlungen besser melden und nachgehen zu können, soll eine strikte Kennzeichnungspflicht für alle Polizeibeamten eingeführt werden. Schließlich forderten die knapp 800 Delegierten, dass möglicherweise unter Folter erlangte Beweismittel und Geständnisse in Gerichtsverfahren nicht verwendet werden dürfen.

**Gegen Diskriminierung von Sinti und Roma**

Die rassistische Diskriminierung von Sinti und Roma in Deutschland wird von den Grünen angeprangert. Unionspolitiker betrieben zurzeit "unsägliche Stimmungsmache gegen Asylbewerber aus der Balkanregion", heißt es kritisch in einem Dringlichkeitsantrag. Falsch sei auch die Forderung von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, nun wieder die Visumpflicht für Serbien und Mazedonien einzuführen. Zwar liege die Anerkennungsquote der Asylbewerber aus diesen Ländern nahe Null. Grund sei aber, dass deutsche Behörden die Lage dort völlig falsch einschätzten. Roma seien in allen Balkanländern "härtesten Diskriminierungen" ausgesetzt. Sie als "Wirtschaftsflüchtlinge" einzustufen, sei falsch und beschämend.

**Diskussion um religiöse Beschneidung**

Über die religiöse Beschneidung haben die Grünen intensiv debattiert - aber auf eine Entscheidung in der ethisch heiklen Frage verzichtet. Den Delegierten des Parteitags in Hannover lagen zahlreiche Anträge vor. In den Reden standen sich am Samstag kurz vor Mitternacht Positionen für ein Verbot zum Schutz der Kinder und für eine Zulassung zugunsten religiöser Freiheit gegenüber. Andere forderten, dass den Bundestagsabgeordneten in der Frage keine Vorgaben gemacht werden. Die Grünen beschlossen aber, die Frage in einer internen Kommission zum Religionsverfassungsrecht zunächst weiter zu diskutieren. Laut einem Gesetzentwurf der Bundesregierung soll die Beschneidung jüdischer und muslimischer Jungen unter Voraussetzung erlaubt sein. Die Grünen-Fraktion hatte bereits beschlossen, die Abstimmung im Plenum freizugeben.

**Debatte um Europapolitik**

Mit Debatten über den Umgang mit dem Salzstock Gorleben und über die künftige Europapolitik endet der Bundesparteitag der Grünen am Sonntag. Die rund 800 Delegierten wollen in Hannover zunächst klären, ob Gorleben, wo bereits 1,6 Milliarden Euro investiert worden sind, bei einer neuen Endlagersuche in der Auswahl bleiben oder von vornherein ausgeschlossen werden soll. Anschließend geht es um den Kurs bei der Bekämpfung der Schuldenkrise in Europa.

*lei/dapd/AFP/dpa*



---

End of Document

## Syrische Kriegsflüchtlinge landen in Hannover

SPIEGEL ONLINE

11. September 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 639 words

**Highlight:** 5000 syrische **Flüchtlinge** will die Bundesrepublik insgesamt aufnehmen, die ersten 107 von ihnen sind in Hannover gelandet. SPD und Grüne fordern die Aufnahme weiterer Syrer, Innenminister Friedrich pocht auf eine EU-weite Lösung.

### Body

---

Hannover/Beirut - Um kurz nach 15 Uhr landete die Chartermaschine aus Beirut auf dem Flughafen Hannover. An Bord: 107 syrische Kriegsflüchtlinge - 38 Kinder und 69 Erwachsene.

Die Bundesregierung hatte die aufzunehmenden Flüchtlinge in enger Abstimmung mit dem Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR ausgewählt. Für die Auswahl waren bestimmte "Schutzbedürftigkeitskriterien" maßgeblich. So werden etwa alleinstehende Kinder, Frauen ohne Angehörige oder Angehörige religiöser Minderheiten aufgenommen. Aber auch "familiäre Bezüge" zu Deutschland spielen bei der Auswahl eine Rolle. Insgesamt will Deutschland 5000 syrische Flüchtlinge aufnehmen. Sie kommen aus dem Libanon und anderen syrischen Nachbarländern nach Deutschland.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) begrüßte die Syrer auf dem Rollfeld in Hannover. Er verlangt eine europäische Lösung für das Problem. "Ich werde darauf drängen, dass wir möglichst schnell eine europäische Flüchtlingskonferenz einberufen", sagte Friedrich. "Deutschland gibt die Richtung vor, und die anderen müssen nachziehen, auch aus humanitären Gründen." Die EU-Staaten müssten sich gemeinsam über weitere Aufnahmen verständigen.

Politiker aller Parteien begrüßten die Ankunft der ersten Flüchtlinge, zugleich forderten Vertreter der Opposition die Aufnahme weiterer Menschen. "Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, diese Menschen in Deutschland aufzunehmen", erklärte SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann. Niedersachsens SPD-Innenminister Boris Pistorius äußerte sich im NDR ähnlich: "Ich glaube, wir werden mit 5000 Flüchtlingen in Deutschland nicht auskommen. Wir werden mehr machen müssen - auch in den anderen europäischen Ländern." Schweden hat bereits angekündigt alle syrischen Flüchtlinge im Land unbefristet aufzunehmen.

### "Neue Beschlüsse, wenn der Druck wächst"

Auch der Vize-Fraktionschef der Grünen im Bundestag, Josef Winkler, forderte die Aufnahme weiterer Flüchtlinge. Die bisherige Zusage könnte "angesichts des Ausmaßes der humanitären Katastrophe in Syrien und den Anrainerstaaten nur ein Anfang gewesen sein". Die innenpolitische Sprecherin der Linken, Ulla Jelpke,

## Syrische Kriegsflüchtlinge landen in Hannover

verlangte ebenfalls mehr Engagement. Nach Uno-Angaben sind mehr als sechs Millionen Syrer auf der Flucht - zwei Millionen sind ins Ausland geflohen, zudem gibt es mehr als vier Millionen Binnenflüchtlinge.

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl hält die deutsche Initiative für völlig unzureichend. "5000 - das ist gemessen an der Katastrophe in Syrien wenig mehr als eine Geste", sagte der Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt. Auch Grünen-Spitzenkandidat Jürgen Trittin verlangte von der Bundesregierung, deutlich mehr Syrien-Flüchtlinge aufzunehmen. "Als erstes sollte Deutschland allen hier lebenden Syrern erlauben, ihre Verwandten nach Deutschland zu holen. Damit könnten schon einmal 50.000 kommen", sagte Trittin der "Rheinischen Post".

Innenminister Friedrich schloss die Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Deutschland nicht aus. "Wir werden neue Beschlüsse fassen müssen, wenn der Druck wächst", sagte der CSU-Politiker. Regierungssprecher Steffen Seibert hatte sich Stunden zuvor in Berlin noch anders geäußert. Die Bundesregierung wolle das Aufnahmekontingent nicht erhöhen, sagte Seibert. Seit 2011 habe Deutschland mehr als 18.000 syrische Asylbewerber aufgenommen, so Merkels Sprecher weiter. Schwerpunkt müsse die direkte Hilfe in der Region bleiben, für die Deutschland etwa 350 Millionen Euro zur Verfügung gestellt habe.

Die in Hannover gelandeten Flüchtlinge sollten noch am Nachmittag in das Durchgangslager Friedland bei Göttingen gebracht werden. Sie bleiben dort zwei Wochen. Während dieser Zeit werden ihnen erste Kenntnisse über Sprache und Land vermittelt. Danach werden sie auf die Bundesländer verteilt.

syd/dpa/AFP

**Load-Date:** September 18, 2013

---

End of Document

## Eltern treiben Spaltung an Schulen voran

Spiegel Online

29. November 2012 Donnerstag 9:03 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** VORWURF VOM INTEGRATIONSRAT

**Length:** 715 words

**Highlight:** Wählerische Eltern schaden dem deutschen Schulsystem, kritisiert der Sachverständigenrat für Integration: Wenn sie ihre Kinder auf Grundschulen mit geringem Ausländeranteil schicken, verschärfen sie die soziale Spaltung. Einen Zwang zu mehr Vielfalt wollen die Experten aber nicht.;

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/auslaendische-kinder-an-grundschulen-eltern-treiben-spaltung-voran-a-869849.html>

### **Body**

---

Viele Eltern, die ihren Sprösslingen einen erfolgreichen Start ins Schulleben ermöglichen wollen, schicken sie auf eine Grundschule mit möglichst wenigen ausländischen Kindern - und schaden damit dem deutschen Bildungssystem. Zu diesem Schluss kommen Experten des Forschungsbereichs beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR).

Die Kinder, die an der Schule zurückblieben, hätten es dort dann noch schwerer, sagte SVR-Geschäftsführerin Gunilla Fincke. "Gerade Eltern der Mittelschicht wollen das Beste für ihr Kind, verschlechtern dadurch aber ungewollt die Bedingungen für die verbleibenden Kinder vor allem mit Migrationshintergrund."

Im SVR haben sich acht Stiftungen zusammengeschlossen, darunter die Stiftung Mercator, die Bertelsmann-Stiftung und die Vodafone-Stiftung. Für das aktuelle Policy Brief, eine Art Kurzstudie, werteten Bildungsforscher die Daten von 108 Berliner Grundschulen und den umliegenden Schulbezirken aus.

Dabei kam heraus, dass der Ausländeranteil an knapp jeder fünften Schule im Schuljahr 2011/2012 mehr als doppelt so hoch war wie der im dazugehörigen Schulbezirk. Soll heißen: Auf diese Schulen sollten eigentlich viel mehr Kinder mit deutschem Pass gehen - wenn viele Eltern in der Umgebung die Einrichtungen nicht meiden und ihre Kleinen lieber auf andere, weiter entfernte Grundschulen schicken würden. Umgekehrt hatten Grundschulen, die bei deutschen Eltern höher im Kurs stehen, einen geringeren Anteil an ausländischen Schülern als ihr jeweiliger Schulbezirk.

#### **"Schlechtere Chancen vom ersten Schultag an"**

Die Folge: Die soziale Trennung zwischen ausländischen und deutschen Kindern ist an manchen Grundschulen noch krasser als in ihrer Nachbarschaft. Die Segregation führe vom ersten Schultag an zu schlechteren Chancen für Kinder mit Migrationshintergrund, sagte Fincke. "Es ist viel schwieriger, Deutsch zu lernen, wenn Kinder nichtdeutscher Herkunftssprachen weitgehend unter sich bleiben."

## Eltern treiben Spaltung an Schulen voran

Die Forscher unterschieden nach deutscher und nichtdeutscher Staatszugehörigkeit, Kinder mit ausländischen Wurzeln und deutschem Pass wurden nicht gesondert ausgewertet. Die Ergebnisse seien zwar nicht auf ganz Deutschland übertragbar, verdeutlichten aber beispielhaft die Situation in westdeutschen Großstädten, schreiben die Autoren des Papiers.

Viele Eltern richten sich in ihrer Schulwahl offenbar auch nach der Zahl ausländischer Schüler, weil ihnen fundiertere Informationen fehlen. "Da die tatsächliche Qualität einer Schule häufig nicht in Erfahrung gebracht werden kann, nehmen viele Eltern den Zuwandereranteil einer Schule als Indiz für das Lernumfeld und das Leistungsniveau", heißt es in der Studie. Das sei aber nicht immer begründet: Andere Studien belegten, dass gemeinsames Lernen leistungsschwacher und leistungsstarker Schüler für letztere kein Nachteil sei. "Eltern sollten keine Pauschalurteile über Schulen mit einem hohen Anteil von Zuwandererkindern fällen", sagte Fincke.

In Deutschland weisen die Behörden einem Schulanfänger üblicherweise eine Grundschule zu. Die Eltern können sich jedoch darüber hinwegsetzen - mit mal mehr und mal weniger Aufwand. In Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen können sie ihr Kind zum Beispiel an einer anderen Schule außerhalb ihres Schulbezirks anmelden, ohne Gründe dafür zu nennen - sofern die Wunschscheule noch Platz hat.

In anderen Bundesländern könnten die Eltern zum Beispiel argumentieren, dass ihre Kinder an der neuen Schule nachmittags besser betreut würden oder dass das Schulprofil besser passe. Die Entscheidung liegt in der Regel bei der Schulverwaltung. In Großstädten sorgten etwa zehn Prozent der Eltern mit Erfolg dafür, dass ihre Kinder auf die bevorzugte Grundschule wechseln können, heißt es in der Studie. Eltern mit Migrationshintergrund entschieden sich deutlich seltener gegen die zugewiesene Schule.

Es sei allerdings keine Lösung, eine Schülermischung zu erzwingen, sagte Fincke. "Schülerquoten oder Projekte wie 'Bussing', bei dem Schüler in einen anderen Bezirk gefahren werden, haben international keinen Erfolg gehabt." Es sei besser, die Lernmöglichkeiten an den Schulen gezielt zu verbessern und intensiv mit den Eltern zusammenzuarbeiten. Vor allem angebliche "Problemschulen" sollten mit konkreten Informationen für sich werben.

*son/dpa*

**Load-Date:** November 29, 2012

**[CSU will Migranten aus Osteuropa abschrecken;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-will-armutsmigranten-aus-bulgarien-und-rumaenien-abschrecken-a-941075.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-will-armutsmigranten-aus-bulgarien-und-rumaenien-abschrecken-a-941075.html)**

SPIEGEL ONLINE

28. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 609 words

**Highlight:** Die CSU plädiert für einen härteren Kurs gegen Arbeitsmigranten aus Osteuropa. Man wolle prüfen, wie vor allem Bulgaren und Rumänen zunächst von Leistungen ausgeschlossen werden können. Auch fordern die Bayern härtere Strafen bei Sozialmissbrauch: "Wer betrügt, der fliegt."

## Body

---

Berlin/München - Die CSU will auf ihrer Klausurtagung Anfang Januar einen schärferen Kurs gegen Armutzuwanderer aus EU-Staaten beschließen. So soll ihnen der Zugang zum deutschen Sozialsystem erschwert werden. Das geht aus der Beschlussvorlage hervor, über die mehrere Medien berichten.

Anlass sind Befürchtungen, die vom 1. Januar an geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänen und Bulgaren könnte zu einem verstärkten Zuzug aus diesen Ländern führen.

Nach der Vorlage soll eine generelle Aussetzung des Bezugs von Sozialleistungen für die ersten drei Monate des Aufenthalts geprüft werden. Außerdem will die CSU härter gegen Sozialbetrüger vorgehen. "Wer betrügt, der fliegt", heißt es laut "Süddeutscher Zeitung" in dem Papier. So müsse es in diesem Fall nicht nur eine Möglichkeit zur Ausweisung der Person, sondern auch zur Verhinderung einer Wiedereinreise geben.

Ähnlich hatte sich bereits der frühere Innenminister Hans-Peter Friedrich von der CSU geäußert. Auch im schwarz-roten Koalitionsvertrag hatte die CSU unter der Überschrift "Armutswanderung innerhalb der EU" mehrere migrationskritische Passagen durchgesetzt. Dort heißt es etwa, "dass Anreize für Migration in die sozialen Sicherungssysteme verringert werden" sollen, wofür unter anderem "die Ermöglichung von befristeten Wiedereinreisesperren" notwendig sei.

Die angesprochenen Maßnahmen bewegen sich schon jetzt im Rahmen der EU-Regeln. So ist ein Gastgeberland nicht verpflichtet, innerhalb der ersten drei Monate des Aufenthalts Sozialleistungen zu gewähren. Auch eine Wiedereinreisesperre ist danach möglich.

### "Kommunen an den Grenzen der Leistungsfähigkeit"

Seit Monaten ist die sogenannte Armutseinwanderung ein Thema. Jüngst hatte Großbritanniens Premierminister David Cameron die Debatte befeuert und vorgeschlagen, die EU solle die Freizügigkeit von Arbeitnehmern in

CSU will Migranten aus Osteuropa abschrecken <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-will-armutsmigranten-aus-bulgarien-und-rumaenien-abschrecken-a-941075....>

Europa einschränken. Auch deutsche Gemeinden klagen zunehmend über Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien, die in Deutschland Sozialleistungen beantragen.

In der CSU-Vorlage heißt es: "Der fortgesetzte Missbrauch der europäischen Freizügigkeit durch Armutszuwanderung gefährdet nicht nur die Akzeptanz der Freizügigkeit bei den Bürgern, sondern bringt auch Kommunen an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit."

Ab dem 1. Januar gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänien und Bulgarien. Beide Länder sind schon seit 2007 EU-Vollmitglied, doch war der Arbeitsmarktzugang für ihre Bürger bislang in neun EU-Ländern noch beschränkt. Experten gehen allerdings davon aus, dass der befürchtete Ansturm ausbleiben wird, weil der größte Teil der Ausreisewilligen längst im Ausland ist.

### **Forscher sehen Chancen für Deutschland**

Laut einer aktuellen Studie des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit profitiert Deutschland von der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien - zu diesem Schluss kommt der Migrationsforscher Klaus Zimmermann. Für den deutschen Arbeitsmarkt sei die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit, die ab Januar 2014 für Bürger dieser Staaten gilt, eine "gute Chance". Die große Mehrheit der Zuwanderer seien gut qualifizierte Fachkräfte wie Ärzte oder Ingenieure, die in Deutschland dringend gebraucht würden.

Auch Forscher des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) halten in ihrem neuesten Bericht fest: "Die Zahlen zur Beschäftigung und zum Leistungsbezug rechtfertigen es gegenwärtig nicht, die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien pauschal als 'Armutszuwanderung' zu qualifizieren." Die Probleme konzentrierten sich auf einige strukturschwache Kommunen wie Duisburg, Dortmund und Berlin.

fab/dpa

**Load-Date:** December 28, 2013

## Scholz kritisiert Italiens Flüchtlingspolitik

SPIEGEL ONLINE

31. Mai 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND; S. 0; Ausg. 0

**Length:** 374 words

**Highlight:** Italien soll Flüchtlinge aus Libyen mit etwas Bargeld wieder aus dem Land geschickt haben. Der Hamburger Bürgermeister, Olaf Scholz, beschwert sich nun über diese Praxis. Doch auch Deutschlands Umgang mit Asylsuchenden will der SPD-Politiker ändern.

### Body

---

Hamburg - Der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Hamburger Bürgermeister, Olaf Scholz, hat Italien für seinen Umgang mit Flüchtlingen aus Afrika kritisiert. Die Regierungen müssten sich "aufeinander verlassen können", sagte Scholz der "Welt". "Wer in einem Land Aufnahme gefunden hat, darf nicht einfach in andere Länder weitergeschickt werden."

Scholz bezieht sich damit auf einen Vorfall, bei dem Italien Flüchtlinge aus Libyen mit 500 Euro zur Weiterreise animiert haben soll. 150 bis 300 von ihnen leben nun in Hamburg auf der Straße.

Italien weist die Vorwürfe jedoch entschieden zurück. Und auch das Bundesinnenministerium betont, dass es keinen Beleg dafür gebe, dass die Flüchtlinge von den italienischen Behörden nach der Auszahlung von 500 Euro explizit nach Deutschland geschickt worden seien. Ein solcher Zusammenhang sei auch in einer Mitteilung an die Ausländerbehörden über die italienische Flüchtlingspraxis nicht hergestellt worden.

Scholz forderte allerdings, dass die afrikanischen Flüchtlinge, die über Italien nach Deutschland gekommen seien, "nach Italien oder in ihre Heimatländer zurück müssen". Für diese Männer gebe es keine Chance, hier zu bleiben. Asylsuchende, die über einen sogenannten "sicheren Drittstaat" wie Italien eingereist sind, können keine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland bekommen.

Der Erste Bürgermeister der Hansestadt verlangte zugleich eine Änderung des Aufenthaltsrechts. "Diejenigen, die eine gute Integrationsleistung vollbracht haben - zum Beispiel, weil sie eine Arbeit haben oder weil sie in Deutschland einen Schulabschluss erworben haben - müssen einen unsicheren Aufenthaltsstatus in einen sicheren verwandeln können", sagte er. Hamburg werde sich dafür einsetzen, die Gesetze entsprechend zu verändern.

Der SPD-Politiker verlangt, dass das Optionsmodell im Staatsbürgerschaftsrecht abgeschafft wird. "Es ist kaum zu ertragen, was da mit jungen Leuten passiert, die in Deutschland aufgewachsen sind, unsere Sprache sprechen und unsere Schulabschlüsse erworben haben", sagte Scholz. Man dürfe sie nicht dazu zwingen, sich nach dem 18. Lebensjahr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern zu entscheiden.

ade



## Scholz kritisiert Italiens Flüchtlingspolitik

**Load-Date:** June 25, 2013

---

End of Document

## Der Brandstifter von Berlin

SPIEGEL ONLINE

24. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 1070 words

**Byline:** Christina Hebel

**Highlight:** Aufgebrachte Bürger, Kundgebungen von Rechtsextremen, linke Gegendemos und verstörte Asylbewerber. Die Lage in Berlin-Hellersdorf ist aufgeheizt. Überraschend ist das nicht. Seit Monaten hetzt die NPD gegen Heime für Flüchtlinge - Landeschef Sebastian Schmidtke setzt auf Eskalation.

### Body

---

Berlin - Sebastian Schmidtke provoziert. Mal postet er bei Facebook ein Foto, auf dem seine Lebensgefährtin Maria Fank ein NPD-Wahlplakat vor dem neuen Asylbewerberheim im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf an einem Laternenmast befestigt - Aufschrift "Guten Heimflug". Mal fährt einer der NPD-Lastwagen mit dem Slogan "Heimat bewahren. Einwanderung stoppen!" vor der Unterkunft vor, es werden Fotos gemacht. Dazu kommen die seit Monaten stattfindenden Aktionen der rechtsextremen Partei gegen Asylbewerber in der Hauptstadt.

Auch für Samstagnachmittag hat die NPD, dieses Mal die Bundespartei, eine Kundgebung in Hellersdorf-Marzahn angemeldet. Dafür hat die NPD die Route ihrer bundesweiten Wahlkampftour geändert. Vorne bei der NPD dabei ist wieder Schmidtke, der vom Verfassungsschutz als langjährig aktiver Neonazi bezeichnet wird. Der 28-Jährige leitet seit vergangenem Jahr die rechtsextreme Partei in Berlin.

Schmidtke betreibt in Schöneweide, Berlins Neonazi-Hochburg, nahe der Szenekneipe "Zum Henker" einen Laden für Sicherheitsbedarf und Militaria, hier bietet er zum Beispiel Schlagstöcke und Pfefferspray an. Nach außen gibt Schmidtke gern den Biedermann: höfliches Auftreten, rahmenlose Brille, Bartflaum, gedeckte Kleidung. Er zeigt sich harmlos, weiß genau, was er im Rahmen der Gesetze sagen und tun darf und was nicht. Schmidtke gibt den Parteifunktionär, der sich um die Sorgen der Bürger kümmert, ihre Ängste vor der steigenden Zahl der Asylbewerber ernst nimmt. Es ist nur eine von Schmidtkes Seiten.

### Zentrale Führungsfigur

Der Rechtsextremist gilt als Multifunktionär, wird von den Behörden den Autonomen Nationalisten zugeschrieben. Das bestreitet Schmidtke - genauso wie Verbindungen zum "Nationalen Widerstand Berlin", einer mittlerweile abgeschalteten Hassseite im Internet, die Adressen und Fotos politischer Gegner veröffentlichte.

Dass Schmidtke gewalttätig werden kann, zeigte er im Januar. Er schlug vor laufender Kamera einen Gegendemonstranten auf einer NPD-Wahlveranstaltung im niedersächsischen Lingen mit einem Schirm nieder. Später berief sich der Rechtsextremist auf Notwehr. Das Verfahren gegen ihn, so sagt er, sei eingestellt worden.

## Der Brandstifter von Berlin

Seitdem Schmidtke den Berliner Landesverband leitet, fährt er einen harten Kurs gegen Asylbewerber. Schmidtke hat erkannt, dass eine Kampagne gegen den Euro allein kaum Wähler mobilisieren wird, auch wegen der Konkurrenz der neu gegründeten Anti-Euro-Partei AfD. Seit Herbst vergangenen Jahres ließ der Landesvorsitzende deshalb zahlreiche Kundgebungen in der Hauptstadt abhalten - überall dort, wo Asylbewerberheime bereits sind oder entstehen. Und so hetzen er und seine Leute mit der immer gleichen unsäglich Rhetorik gegen die Flüchtlinge. "Ist der Ali kriminell, in die Heimat, aber schnell" oder "Schluss mit der Asylflut" lauten die Sprüche.

Zwar ist der Landesverband personell angeschlagen - doch Schmidtke ist, "was die Aktivitäten der NPD und freien Kameradschaften angeht, die zentrale Führungsfigur in Berlin", sagt Michael Trube von der "Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus". Schmidtke könne jederzeit einen harten Kern von 20 bis 30 Leuten für seine Anti-Asyl-Aktionen mobilisieren.

### **Bewohner wenig und sehr spät informiert**

Seit Monaten schürt Schmidtke so gezielt Angst. Dem widerspricht der Funktionär: "Die Ängste sind doch eh da - in Reinickendorf, wo in einer Unterkunft die Pocken ausgebrochen sind, in Kreuzberg, wo in einem Heim Drogen umgeschlagen wurden, und in Hellersdorf, wo man zwei Jahre auf einen Kita-Platz warten muss, aber Geld für ein Heim da ist." Für solche Aussagen bekommt Schmidtke im Nordosten der Hauptstadt Applaus. Auch wenn es Befürworter des Flüchtlingsheims gibt, die Stimmen der Gegner, die gegen die Asylbewerber pöbeln, sie als Kriminelle beschimpfen, sind laut.

Die Behörden verfolgen mit Sorge, dass eine kleine Gruppe von Rechtsextremisten das Klima gegen die Flüchtlinge gezielt anheizt. Überraschend ist das alles nicht - auch wenn Franz Allert sagt, er sei von "Massivität und Art der NPD und anderen rechtsextremen Gruppen" überrascht. Der Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Soziales ist für die Unterbringung der Flüchtlinge in Berlin zuständig. Die Politiker hätten das Vorgehen der NPD frühzeitig erkennen und reagieren müssen, vor allem in Marzahn-Hellersdorf, einem Problembezirk, in dem Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit hoch sind.

### **"Wir sind selbstverständlich gegen das Heim"**

In der Umgebung des neuen Asylbewerberheims in der Carola-Neher-Straße kamen die rechtsextremen Parteien bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus vor zwei Jahren zusammen auf durchschnittlich 15 Prozent, sagt Trube. Doch der Bezirk informierte - anders als etwa in Lichtenberg - die Anwohner wenig und sehr spät über die neue geplante Flüchtlingsunterkunft, was Rechtsextremist Schmidtke zu nutzen weiß.

Auf einer Bürgerversammlung im Juli, bei der etwa 900 Anwohner vor Ort waren, rief er unter Beifall in das Mikrofon: "Wir sind selbstverständlich gegen das Heim." Immer wieder wurde "Nein zum Heim" skandiert. Etwa 60 Rechtsextremisten aus Berlin und Brandenburg waren vor Ort, mischten sich unter die besorgten Anwohnern - auch Maria Fank, die im Wahlwerbespot der NPD auftritt. Schmidtke und seine Parteileute hätten die Veranstaltung für ihre Zwecke instrumentalisiert, beklagten Politiker wie der Bezirksbürgermeister Stefan Komoß (SPD) danach. Eingeschritten sind sie aber nicht. Schmidtke sagt, er sei lediglich mit zehn Personen, Mitglieder und Sympathisanten, zu der Versammlung angereist. Der Rest sei selbstständig gekommen.

Auffällig ist auch die Nähe des Rechtsextremen zu der "Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf", die auf Facebook gegen die Unterkunft Stimmung macht. Diese tritt nach außen hin gesichtslos auf, gibt auf ihrer Seite an, nicht zur NPD zu gehören, parteilos zu sein. Das sagt auch Schmidtke. Vor zwei Wochen aber, als die Bürgerinitiative einen sogenannten Kiez-Spaziergang gegen das Heim abhielt, seien auch NPD-Mitglieder am Rande dabei gewesen, erzählt ein Beobachter.

Ruhiger wird es in den kommenden Wochen in Marzahn-Hellersdorf kaum werden. Die Polizei ist im Dauereinsatz. Die Kundgebung am Samstag ist bereits die dritte der rechtsextremen Partei in diesem Monat. "Es wird mehr geben", kündigt Schmidtke an, "wir sind ja mittendrin im Bundestagswahlkampf."

**Load-Date:** September 18, 2013

---

End of Document

## Kritik an Abschiebungen von Kindern in den Kosovo

Spiegel Online

28. März 2012 Mittwoch 11:27 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** UNICEF-STUDIE

**Length:** 343 words

**Highlight:** Wie stark Kinder unter der Abschiebung in den Kosovo leiden, entlarvt eine Unicef-Studie. Die befragten Kinder litten an Depressionen und posttraumatischen Störungen. Viele verließ gar der Lebensmut.;

<http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,824203,00.html>

### Body

---

Berlin - Das Uno-Kinderhilfswerk hat die Abschiebep Praxis in den Kosovo heftig kritisiert. Die seelische Gesundheit von Kindern werde bei der Rückführung und Abschiebung von **Flüchtlingen** und **Migranten** nicht ausreichend beachtet, sagte Unicef-Vorstand Tom Koenigs bei der Vorstellung der Studie "Stilles Leid" am Mittwoch in Berlin.

Ein internationales Team aus Psychologen, Ärzten und Sozialwissenschaftlern hat 164 Jungen und Mädchen sowie 131 Eltern befragt, die 2010 aus Deutschland und Österreich in den Kosovo zurückgebracht wurden.

Rund 6000 Kinder sollten aus Deutschland auf den Balkan abgeschoben werden, obwohl die meisten davon in Deutschland geboren worden seien und zur Schule gingen. Das bedeute eine Abschiebung ins Abseits, kritisierte der Grünen-Bundestagsabgeordnete Koenigs. Jedes zweite Kind beschrieb seine Rückkehr in den Kosovo in der Studie als das schlimmste Erlebnis seines Lebens. Rund 44 Prozent aller Jugendlichen haben demnach Depressionen, fast ein Drittel der Minderjährigen leidet unter posttraumatischen Belastungsstörungen, ein Fünftel empfindet sein Leben als nicht mehr lebenswert. Besonders schlimm trifft es die, die zwangsweise zurückgeführt wurden."

"Wir wurden zur Rückkehr gezwungen", erzählt ein Mädchen. "Sie kamen nachts um 1 oder 2 Uhr und klopfen an die Tür. Das war die ständige Angst, die ich immer im Schlaf hatte! Ich wusste nicht, wo ich hingehen werde. Ich kannte den Ort, an dem ich ankommen würde, nicht. Ich hatte das Wort 'Kosovo' schon gehört, wusste aber nicht, was für ein Ort das war."

Schon vor der Abschiebung waren viele dieser Heranwachsenden und ebenso deren Eltern bereits schweren Belastungen ausgesetzt - während des Krieges auf dem Balkan, durch ihr zeitweises Leben in der Illegalität und durch langjährige Diskriminierung. Nach ihrer Rückkehr in den Kosovo fehle es ihnen an sozialer Unterstützung.

Insbesondere die zwangsweise rückgeführten Kinder und Jugendlichen brauchen laut Unicef dringend psychiatrische und kinderpsychologische Hilfe. Diese steht im Kosovo nicht zur Verfügung.

nga/dapd

**Load-Date:** March 28, 2012

---

End of Document

## Wolgast wehrt sich gegen braunes Image

Spiegel Online

9. November 2012 Freitag 7:35 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ASYLBEWERBERHEIM

**Length:** 1094 words

**Byline:** Fabian Reinbold

**Highlight:** Die Stadt an der Ostsee wollte alles richtig machen und zugewiesene Asylbewerber in ein Wohngebiet integrieren. Doch dann zeigte ein TV-Bericht, wie Anwohner gegen die neuen Nachbarn ätzen. Seitdem hat Wolgast sein Image weg. Jetzt will auch noch die NPD einen Fackelzug veranstalten.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/npd-will-in-wolgast-vor-asylbewerberheim-ziehen-a-866170.html>

## Body

---

Wolgast - Ohne diese Szene wäre in Wolgast vielleicht alles ganz anders gekommen. Drei kleine Jungen hüpfen auf dem Rasen. Sie haben schwarze Haare, sind erst seit wenigen Wochen in Deutschland. Sie tanzen zu einem Lied, das laut aus einer Wohnung dröhnt. In einer Sprache, die sie noch nicht verstehen, schallt es: "Sie kommen, unser Land zu holen, das schöne deutsche Land, das einst der Führer Adolf Hitler hier geschaffen hat." Die Jungen haben Spaß, einer schlägt ein Rad.

Es sind Bilder, die man so schnell nicht vergisst. Flüchtlingskinder, die unbekümmert zu rechtsextremer Musik tanzen. Blind für die Gefahr von nebenan. Später dröhnt noch ein Lied mit der Zeile "Zick, zack, Kanakenpack, hau Türken auf den Sack" aus der Wohnung neben ihrem neuen Zuhause.

Diese Geschichte über das Städtchen Wolgast an der Ostseeküste beginnt mit einem Beitrag im NDR. In ihrem zehnminütigen Bericht fangen die Autorinnen gruselige Szenen ein. Sie lassen Menschen in Jogginganzügen sagen, sie wollten hier keine Ausländer. Manche scheinen alkoholisiert. Ein Jugendlicher sagt dann irgendwann: "Die wollen den Block anzünden."

Der Block - das ist ein Haus in einer Plattenbausiedlung in Wolgast-Nord, das erste Flüchtlingsheim der Stadt. Ende August kamen zunächst zwei Dutzend, aus dem Irak, aus Afghanistan und der Türkei. Mittlerweile sind es 180 Asylbewerber, auch aus Russland und Ghana. Wolgast - ein gefährliches Pflaster für sie, das ist der Tenor des Beitrags aus dem September. Seitdem kämpft das Städtchen gegen den braunen Stempel.

In Deutschland gibt es eine neue Asyldiskussion. Die Zahl derer, die einen Antrag stellen, ist zuletzt stark gestiegen. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) präsentiert sich als Hardliner gegen den Zustrom. Die Flüchtlinge werden nach einem Zahlenschlüssel über die Bundesländer verteilt. Quer durch die Republik müssen neue Unterkünfte geschaffen werden, nun eben auch im äußersten Nordosten, in Wolgast.

## **Fackelzug der Neonazis - ausgerechnet am 9. November**

Für das Städtchen in Mecklenburg-Vorpommern eine neue Erfahrung. Spätaussiedler kamen mal hierher, aber mit Flüchtlingen kennt man sich nicht aus. Mit dem Asylbewerberheim wollte man alles richtig machen. Die Flüchtlinge sollten mitten in einem Wohngebiet leben, nicht wie so oft in Deutschland an den Rand gedrängt werden.

Doch seit dem NDR-Film sieht man sich zu Unrecht am Pranger. Und jetzt mischt auch noch die NPD mit. Am Freitag, ausgerechnet am 9. November, dem Tag, an dem im Jahr 1938 die Nazis jüdische Geschäfte und Synagogen in Brand setzten, wollen 100 Rechtsradikale mit Fackeln vor das Asylbewerberheim ziehen.

Noch beschäftigten sich die Gerichte mit der Demo. Das Verwaltungsgericht hat die Fackeln verboten und auf einen Sicherheitsabstand zum Heim gedrängt, der Fall liegt nun beim Obergericht, vielleicht wandert er noch auf die Bundesebene. Doch der Schaden ist schon da.

Der Bürgermeister Stefan Weigler sagt: "Der NDR-Beitrag war unterste Schublade. Das ist nicht Wolgast, was die dort zeigen." Er hat einen Protestbrief an den NDR geschickt, warf den Reporterinnen vor, "Verlierer in Szene gesetzt zu haben", "Hetze statt Aufklärung zu betreiben". Auch der Bischof von Greifswald beschwerte sich.

Da rollte die Lawine bereits. Die "FAZ" schickte einen Reporter, die "Süddeutsche" schrieb von einem "Labyrinth der Angst", selbst der Ministerpräsident schaute vorbei. Es wurden Parallelen gezogen zu dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen, wo vor 20 Jahren ein Heim in Brand gesteckt wurde. In Wolgast flog ein Böller auf einen Balkon. Der Staatsschutz ermittelte, ohne Ergebnis.

## **Wolgast stemmt sich gegen das braune Image**

Weigler, 33 Jahre alt und parteilos, sagt: "Wir sind als 'Ort der Vielfalt' ausgezeichnet. Hier ist noch niemandem etwas passiert." Jetzt wolle man zeigen, dass man in die falsche Schublade gesteckt worden sei. Der Mann etwa, der die rechtsextreme Musik gespielt habe, sei längst festgenommen worden. Dieser stamme übrigens aus dem Saarland, betont er. Ein pensionierter Deutschlehrer gibt nun Sprachkurse, eine Frührentnerin malt mit den Flüchtlingskindern, der Pastor widmete den Erntedankgottesdienst den Asylbewerbern. Für den Freitag haben sich elf Gegendemonstrationen angekündigt. Auch das Aktionsbündnis "Vorpommern. Weltoffen, demokratisch, bunt" ist dabei, das sich kürzlich im nahen Pasewalk gründete, als dort ein großes Nazi-Fest stattfinden sollte.

Beide Orte treibt die Angst um ihren Ruf. Wolgast hat ohnehin schon genug Sorgen. Die große Peene-Werft, die die Wirtschaft prägt, ist insolvent.

Und jetzt der Ärger um das Heim. "Seit Wochen komme ich zu nichts anderem mehr", klagt der Bürgermeister. Mehrfach sagt er, man habe mit diesen Dingen einfach keine Erfahrung gehabt. "Vielleicht hätte man drei Einwohnerversammlungen mehr machen sollen."

## **Die NPD sagt, die Deutschen seien rausgedrängt worden**

Die NPD verbreitet die Geschichte, dass Deutsche ihre Wohnungen für die Flüchtlinge hätten räumen müssen. Im sechsstöckigen Plattenbau waren noch 40 Wohnungen von Wolgastern bewohnt. Die hat man über die künftigen Nachbarn informiert, alle sind dann umgezogen, der Landkreis hat den Umzug bezahlt, andere Wohnungen zur Verfügung gestellt. "Jeder ist freiwillig umgezogen, wenn auch nicht gern", betont der Bürgermeister.

Weigler wollte so gern Vorreiter mit dem Heim sein. Er sagt: "Die Einrichtung setzt Maßstäbe, das sind richtige Wohnungen, mit eigener Küche, eigenem Bad." Vertreter anderer Landkreise, die nun auch Flüchtlinge aufnehmen müssen, kämen vorbei, um sich alles anzuschauen. Doch im NDR-Beitrag sieht man Weigler, wie er die Einrichtung schlechtmacht. "Das ist mehr als spartanisch", sagt er da. Er wolle den Bürgern keine Angriffsfläche bieten, es gebe eine Neiddebatte. Es ergibt ein schiefes Bild.

Über den Bericht aus dem September ärgert er sich immer noch. Die Berge von Sperrmüll, die dort gezeigt wurden? "Gibt es doch in jeder Stadt." Der Böller auf dem Balkon? "Ich verurteile das, aber ich kann es nicht ändern."



## Wolgast wehrt sich gegen braunes Image

Und die Frau in Joggingklamotten und rotgefärbten Haaren, die auf einer Haustreppe über "Kanaken" ätzt, die sie hier nicht wolle? Bürgermeister Weigler kennt sie. Er nennt sie eine "absolute Verliererin" und berichtet, sie würde da immer noch jeden Tag auf der Treppe sitzen, ihr Bier trinken. Nur eben jetzt mit zwei Ghanaern, ihren neuen Nachbarn.

*Anmerkung: In einer früheren Version des Artikels wurde Bürgermeister Stefan Weigler versehentlich als Stefan Weigert bezeichnet. Wir haben die entsprechenden Textstellen geändert und bitten, den Fehler zu entschuldigen.*

**Load-Date:** November 9, 2012

---

End of Document

[Studenten machen mobil gegen rechte Hetzer;  
http://www.spiegel.de/unispiegel/wunderbar/schneeberg-hochschule-in-der-npd-demo-stadt-in-sachsen-a-940047.html](http://www.spiegel.de/unispiegel/wunderbar/schneeberg-hochschule-in-der-npd-demo-stadt-in-sachsen-a-940047.html)

SPIEGEL ONLINE

23. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** UNISPIEGEL / WUNDERBAR

**Length:** 808 words

**Byline:** Feliks Todtmann

**Highlight:** Die Schneeberger Studenten Vivien und Philipp trauten ihren Augen kaum: ein NPD-Fackellauf gegen Asylsuchende, direkt vor ihrer Haustür. Sie protestierten und solidarisierten sich mit den Flüchtlingen, um ihnen zu zeigen: Fürchtet euch nicht.

## Body

---

Hochkonzentriert schiebt der fünfjährige Milan\* die Achse in das Holzauto und steckt kleine Holzräder auf die Enden. Sein Blick wandert hoch zu Philipp Ebersbach. Der Student nickt Milan zu und macht ihm vor, wie er das Auto bemalen kann.

Milan und Philipp können nicht miteinander reden. Der kleine Junge ist als Flüchtling mit seinen Eltern ins sächsische Erzgebirge gekommen, er spricht nur Mazedonisch und etwas Russisch. Aber beim Holzbasteln verstehen sich die beiden auch ohne Worte.

Neben ihnen werkeln noch neun weitere Kinder an Holzspielsachen, im Spielzimmer des Asylbewerberheims in einer Kaserne am Rande des sächsischen Schneeberg. Die jungen Flüchtlinge kommen aus Serbien, Tschetschenien oder Mazedonien. Angeleitet werden sie von Philipp und seinen Kommilitonen von der Fakultät für Angewandte Kunst.

Den Studenten geht es bei ihren Bastelnachmittagen darum, Solidarität und Nächstenliebe zu zeigen, gerade in der Weihnachtszeit und gerade in Schneeberg. "Wir wollen den Flüchtlingen sagen: Ihr seid hier willkommen. Besonders nach den letzten Wochen", sagt Philipp. Denn ihr Studienort ist jüngst nicht mehr nur für die gute deutsche Tradition des Schwibbogenbaus und für Holzarbeiten bekannt, sondern leider auch für Fremdenhass und Unkultur.

Am 19. Oktober hatten sich in der 15.000-Einwohner-Stadt 1500 Menschen zu einem ersten fremdenfeindlichen Fackelumzug eingefunden, organisiert vom sächsischen NPD-Kader Stefan Hartung. Der kaum verhohlenen fremdenfeindliche "Lichtellauf gegen Asylmissbrauch" war eine Großdemo gegen 250 kürzlich nach Schneeberg verbrachte Asylsuchende. Die nationale Aufwallung katapultierte die sächsische Kleinstadt aus der Düsternis des Erzgebirges ins bundesdeutsche Rampenlicht.

Studenten machen mobil gegen rechte Hetzer <http://www.spiegel.de/unispiegel/wunderbar/schneeberg-hochschule-in-der-npd-demo-stadt-in-sachsen-a-940047.html>

### **"Hoffentlich holen sie dich aus deiner Bude!"**

"Wir waren alle schockiert", sagt Vivien Tauchmann, 23, über den rechtsextremen Marsch direkt vor ihrer Haustür. Auf einem Handyvideo hat die Modedesign-Studentin beklemmende Szenen dieses Abends festgehalten: Mit einigen Kommilitonen und dem CDU-Bürgermeister Frieder Stimpel stand sie am Rande der fremdenfeindlichen Kundgebung. Die Fackelträger beschimpften den Bürgermeister als "Volksverräter" und pervertierten den Wendeslogan "Wir sind das Volk". Ein Fackelmann rief Viviens Freund zu: "Hoffentlich holen sie dich aus deiner Bude!"

Etwa 200 Studenten lernen an der Fakultät Angewandte Kunst, sie ist eine Außenstelle der 25 Kilometer entfernten Westsächsischen Hochschule Zwickau. Die meisten Schneeberger Studenten kommen aus der Region, der Umgang ist familiär, die Vertrautheit groß. Ihre Werkstätten stehen ihnen immer offen, und Wohnungen werden per Handschlag vermietet. Doch plötzlich ist das familiäre Schneeberg nicht mehr ganz so schön.

"Wir haben uns gefragt, was können wir tun?", sagt Vivien. Sie und Philipp freuten sich zwar über die Solidarität der vielen Demonstranten, die Anfang November zu einer großen Anti-Nazi-Demo nach Schneeberg reisten. Die Studenten hatten allerdings auch das Gefühl, dass die Asylbewerber nicht nur von rechts, sondern auch von links für ideologische Auseinandersetzungen instrumentalisiert wurden.

### **Glocke läuten gegen Nazis**

Einige Demonstranten etwa trugen Plakate, auf denen "Scheißdrecksnest" stand. "Das schreckt die verunsicherten Leute hier im Ort noch mehr ab", findet Vivien. Außerdem sei es den angereisten Gegendemonstranten nicht in erster Linie um die Menschen in der Unterkunft gegangen. Dabei seien es doch sie, die zuerst einmal Hilfe brauchten.

So kam ihnen die Idee für die Bastelstunde, und jede der drei Studienrichtungen bereitete eine Aktion vor. Die Holzgestalter kamen mit kleinen Autos, die Modedesign-Studenten stellten Handpuppen her, und die Textildesigner nähten Decken und warme Winterkleidung. Bürgermeister und Heimleitung waren schnell überzeugt, die Hochschule gab den Studenten 2000 Euro für Materialkosten dazu.

Dass sie auch politisch nicht mit den rechten Umtrieben im Erzgebirge einverstanden sind, ist den Studenten wichtig. Beim dritten ausländerfeindlichen NPD-"Lichtellauf" Mitte November rief Viviens Freund deshalb den Pfarrer an und überzeugte ihn, die Glocken der über 500 Jahre alten St. Wolfgangskirche zu läuten. Die Rechten auf dem Marktplatz verstanden kaum ihr eigenes Wort.

Derzeit herrscht trügerische Weihnachtsruhe, eine Art Burgfrieden zwischen NPD und Bürgermeister. In der Adventszeit soll nicht demonstriert werden, so die Abmachung. Weihnachtszeit ist im westlichen Sachsen eben Bastelzeit. Am frühen Abend packen Philipp Ebersbach und seine Mitstudenten im Asylbewerberheim am Stadtrand ihre Materialien zusammen. Der Plan für die nächste Handwerkerrunde mit den Flüchtlingskindern steht schon: Die Holzautos brauchen schließlich noch Garagen.

\* Name von der Redaktion geändert

**Load-Date:** December 26, 2013

## Journalistin Forudastan wird Sprecherin Gaucks

Spiegel Online

5. Juli 2012 Donnerstag 6:58 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** BUNDESPRÄSIDENT

**Length:** 241 words

**Highlight:** Diese Entscheidung hat Symbolcharakter: Ferdos Forudastan wird Sprecherin von Joachim Gauck. Die Journalistin publizierte mehrfach über **Migranten** und Integration - ein Themenfeld, das nicht als das stärkste des Bundespräsidenten gilt.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/joachim-gauck-ferdos-forudastan-wird-sprecherin-des-bundespraesidenten-a-842871.html>

### Body

---

Berlin - Die Journalistin Ferdos Forudastan wird Sprecherin von Bundespräsident Joachim Gauck. Sie tritt ihre Stelle nach Angaben des Präsidialamts zum 1. September an. Forudastan war demnach in den vergangenen Jahren als Autorin und Moderatorin für den Deutschlandfunk und den WDR tätig sowie als Kolumnistin für die "Frankfurter Rundschau". Zuvor war sie unter anderem Korrespondentin der "tageszeitung".

Die Politologin und Juristin ist auf einem Politikfeld profiliert, auf dem Kritiker Defizite bei Bundespräsident Gauck monieren: Sie verfasste mehrere Bücher zu den Themen Migration und Integration und engagiert sich in der Ausbildung von Journalisten aus Zuwandererfamilien.

Bis zum Dienstantritt Forudastans am 1. September fungiert weiterhin Andreas Schulze als kommissarischer Sprecher. Er hatte die Funktion schon bisher neben seiner Tätigkeit als Leiter der Stabsstelle Kommunikation im Bundespräsidialamt ausgeübt. Schulze ist derzeit im Urlaub und wollte sich auf Anfrage von spiegel ONLINE nicht zu der Personalie äußern.

Forudastan wurde 1960 als Tochter einer Deutschen und eines Iraners in Freiburg im Breisgau geboren und wuchs in der Schweiz, im Iran und in Deutschland auf. Sie ist mit Michael Vesper verheiratet, dem Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) sowie früheren Grünen-Politiker und Vize-Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen. Das Paar hat drei gemeinsame Kinder und lebt in Köln.

*fdi/flo/dpa*

**Load-Date:** July 6, 2012

## Was Dienstag wichtig wird

SPIEGEL ONLINE

27. Mai 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND; S. 0; Ausg. 0

**Length:** 476 words

**Highlight:** Um mehr Jobs für Migranten geht es beim sechsten Integrationsgipfel der Bundesregierung, das Großprojekt Bankenunion erläutert BaFin-Chefin König, um einen Platz in der zweiten Fußball-Bundesliga kämpfen Dresden und Osnabrück - das sind die wichtigsten Themen am Dienstag.

## Body

---

### Integrationsgipfel bei Merkel

Noch immer haben junge Migranten größere Schwierigkeiten, eine Lehrstelle oder einen Job zu finden. Um Bildung und Arbeitsplätze geht es beim **sechsten Integrationsgipfel bei Kanzlerin Angela Merkel**. "Wir haben viel erreicht", sagt die Regierungsbeauftragte Maria Böhmer zwar vor dem Treffen mit 100 Vertretern aus Bund, Ländern und Verbänden. Die **Türkische Gemeinde** findet, die **Ausländerfeindlichkeit** sei in Deutschland noch längst nicht behoben. Sie legt deshalb der Kanzlerin einen **Gesetzentwurf** vor: Der Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst, in Ämtern oder Polizeiwachen zum Beispiel, soll erhöht werden. Außerdem fordert sie eine Lockerung des Beamtenrechts.

Mehr zum Thema Integration finden Sie hier...

### Finanzaufsicht BaFin zieht Bilanz

Was für ein Jahr für die Finanzwelt! Die Affäre um manipulierte Zinsen erschütterte das Vertrauen in viele europäische Kreditinstitute, die EU-Kommission setzte **Obergrenzen für Boni** und das Großprojekt **Bankenunion** nimmt Konturen an. Wie weit diese gehen, könnte Elke König an diesem Dienstag erläutern. Die Chefin der mächtigen **Finanzaufsicht BaFin** zieht bei der Jahrespressekonferenz in Frankfurt Bilanz und gibt einen Ausblick auf kommende Projekte.

Mehr zum Thema BaFin finden Sie hier...

### Pfarrer König vor Gericht

Er ist wohl der streitbarste Pfarrer Deutschlands: **Lothar König** ist weniger bekannt für stille Gebete als für entschiedene und aufsehenerregende Auftritte. Seit Jahrzehnten setzt er sich ein gegen rechts. In Dresden muss er sich derzeit vor Gericht verantworten, wegen **schweren Landfriedensbruch**. Er soll im Februar 2011 linke Demonstranten zu Gewalt gegen Polizeibeamte aufgerufen haben. Vor Gericht sagte König: "Ich hätte mir gewünscht, wenigstens einmal zu den behaupteten Vorwürfen befragt zu werden. Vielleicht hätten wir uns den

Was Dienstag wichtig wird

ganzen Prozess ersparen können." Am Dienstag wird der Prozess fortgesetzt, **SPIEGEL-ONLINE-Reporterin Julia Jüttner berichtet aus dem Gerichtssaal.**

### **Kampf um die Zweite Liga**

**Dynamo Dresden** oder der **VfL Osnabrück**: Wer spielt kommende Saison in der **zweiten Fußball-Bundesliga**? Im Rückspiel kämpfen beide Teams um den letzten freien Platz in Liga zwei - und gegen die Drittklassigkeit. Das Hinspiel hat Osnabrück zu Hause 1:0 gewonnen und erwartet in Dresden stürmende Gastgeber. **Ab 20.30 Uhr im Liveticker bei SPIEGEL ONLINE.**

### **Die aktuelle Debatte: Streit in Europa - was wird aus den Solar-Strafzöllen?**

Die **Solar-Industrie** in Europa hegte Vorbehalte gegen die chinesische Konkurrenz, doch jetzt umwirbt **Chinas Premier Li** die deutsche Wirtschaft bei einem Berlin-Besuch. Die Mitgliedstaaten der EU jedoch begehren gegen die Kommission auf: Die Mehrheit lehnt Anti-Dumping-Zölle auf chinesische Solarmodule ab. Was wird nun aus den Solar-Strafzöllen? Das beschäftigt auch das SPIEGEL-ONLINE-Forum.

**Load-Date:** June 25, 2013

---

End of Document

## Was Dienstag wichtig wird

Spiegel Online

27. Mai 2013 Montag 6:04 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TAGESVORSCHAU

**Length:** 469 words

**Highlight:** Um mehr Jobs für Migranten geht es beim sechsten Integrationsgipfel der Bundesregierung, das Großprojekt Bankenunion erläutert BaFin-Chefin König, um einen Platz in der zweiten Fußball-Bundesliga kämpfen Dresden und Osnabrück - das sind die wichtigsten Themen am Dienstag.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/was-am-28-5-wichtig-wird-integrationsgipfel-bei-merkel-bafin-bilanz-a-902148.html>

## Body

---

### Integrationsgipfel bei Merkel

Noch immer haben junge Migranten größere Schwierigkeiten, eine Lehrstelle oder einen Job zu finden. Um Bildung und Arbeitsplätze geht es beim **sechsten Integrationsgipfel bei Kanzlerin Angela Merkel**. "Wir haben viel erreicht", sagt die Regierungsbeauftragte Maria Böhmer zwar vor dem Treffen mit 100 Vertretern aus Bund, Ländern und Verbänden. Die **Türkische Gemeinde** findet, die **Ausländerfeindlichkeit** sei in Deutschland noch längst nicht behoben. Sie legt deshalb der Kanzlerin einen **Gesetzentwurf** vor: Der Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst, in Ämtern oder Polizeiwachen zum Beispiel, soll erhöht werden. Außerdem fordert sie eine Lockerung des Beamtenrechts.

Mehr zum Thema Integration finden Sie hier...

### Finanzaufsicht BaFin zieht Bilanz

Was für ein Jahr für die Finanzwelt! Die Affäre um manipulierte Zinsen erschütterte das Vertrauen in viele europäische Kreditinstitute, die EU-Kommission setzte **Obergrenzen für Boni** und das Großprojekt **Bankenunion** nimmt Konturen an. Wie weit diese gehen, könnte Elke König an diesem Dienstag erläutern. Die Chefin der mächtigen **Finanzaufsicht BaFin** zieht bei der Jahrespressekonferenz in Frankfurt Bilanz und gibt einen Ausblick auf kommende Projekte.

Mehr zum Thema BaFin finden Sie hier...

### Pfarrer König vor Gericht

Er ist wohl der streitbarste Pfarrer Deutschlands: **Lothar König** ist weniger bekannt für stille Gebete als für entschiedene und aufsehenerregende Auftritte. Seit Jahrzehnten setzt er sich ein gegen rechts. In Dresden muss er

## Was Dienstag wichtig wird

sich derzeit vor Gericht verantworten, wegen **schweren Landfriedensbruch**. Er soll im Februar 2011 linke Demonstranten zu Gewalt gegen Polizeibeamte aufgerufen haben. Vor Gericht sagte König: "Ich hätte mir gewünscht, wenigstens einmal zu den behaupteten Vorwürfen befragt zu werden. Vielleicht hätten wir uns den ganzen Prozess ersparen können." Am Dienstag wird der Prozess fortgesetzt, **spiegel-ONLINE-Reporterin Julia Jüttner berichtet aus dem Gerichtssaal**.

**Kampf um die Zweite Liga**

**Dynamo Dresden** oder der **VfL Osnabrück**: Wer spielt kommende Saison in der **zweiten Fußball-Bundesliga**? Im Rückspiel kämpfen beide Teams um den letzten freien Platz in Liga zwei - und gegen die Drittklassigkeit. Das Hinspiel hat Osnabrück zu Hause 1:0 gewonnen und erwartet in Dresden stürmende Gastgeber. **Ab 20.30 Uhr im Liveticker bei spiegel ONLINE**.

**Die aktuelle Debatte: Streit in Europa - was wird aus den Solar-Strafzöllen?**

Die **Solar-Industrie** in Europa hegte Vorbehalte gegen die chinesische Konkurrenz, doch jetzt umwirbt **Chinas Premier Li** die deutsche Wirtschaft bei einem Berlin-Besuch. Die Mitgliedstaaten der EU jedoch begehren gegen die Kommission auf: Die Mehrheit lehnt Anti-Dumping-Zölle auf chinesische Solarmodule ab. Was wird nun aus den Solar-Strafzöllen? Das beschäftigt auch das spiegel-ONLINE-Forum.

**Load-Date:** May 28, 2013



## **Asylbewerber müssen ab sofort mehr Geld bekommen**

Spiegel Online

18. Juli 2012 Mittwoch 10:08 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ENTSCHEIDUNG DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

**Length:** 591 words

**Highlight:** Das Bundesverfassungsgericht hat die bisherigen Leistungen für **Asylbewerber** und Kriegsflüchtlinge für menschenunwürdig erklärt. Sie lägen unterhalb des Existenzminimums und müssen ab sofort erheblich angehoben werden, entschieden die Richter.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesverfassungsgericht-spricht-asylbewerbern-mehr-geld-zu-a-845029.html>

### **Body**

---

Karlsruhe - Die staatlichen Hilfen für **Asylbewerber** müssen ungefähr auf das Niveau von Sozialhilfe und Hartz IV erhöht werden. Dies entschied das Bundesverfassungsgericht in einem am Mittwoch in Karlsruhe verkündeten Urteil. Demnach reichen die bisherigen Leistungen für **Asylbewerber** nicht zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus.

Nun muss der Gesetzgeber die Höhe der Zuwendungen unverzüglich neu berechnen, entschieden die Richter. Bis dahin gilt jedoch eine Übergangsregelung, nach der die rund 130.000 Asylbewerber und Flüchtlinge ab sofort und zum Teil rückwirkend Leistungen erhalten, die sich an den Sozialleistungen für Deutsche orientierten.

Demnach erhalten die Betroffenen von nun an Leistungen in Höhe von 336 Euro monatlich. Davon müssen 130 Euro "für die persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens" in bar ausbezahlt werden. Bislang lag dieser Betrag bei 40 Euro. Die Übergangsregelung gilt rückwirkend ab 2011 für alle noch nicht rechtskräftig ergangenen Bescheide.

Die gesetzlich festgelegten Sozialleistungen für Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge sind seit 1993 nicht mehr erhöht worden. Sie liegen bei monatlich 224 Euro und damit um bis zu 47 Prozent unter den Hartz-IV-Regelsätzen - die zurzeit 374 Euro für Erwachsene betragen und eigentlich als Existenzminimum gelten. Der Erste Senat urteilte nun, die Höhe der Geldleistungen sei evident unzureichend, weil sie trotz erheblicher Preissteigerungen in Deutschland so lange nicht verändert worden sei.

#### **Kläger leben seit vielen Jahren in Deutschland**

Daher seien die entsprechenden Regelungen mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums unvereinbar, das nicht nur Deutschen, sondern "gleichermaßen" auch allen Ausländern zustehe, die sich in der Bundesrepublik aufhalten. Dieses Grundrecht umfasst neben der "physischen Existenz des Menschen" auch die "Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen" und ein "Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben".

## Asylbewerber müssen ab sofort mehr Geld bekommen

Amnesty International begrüßte das Urteil: "Seit langem war offensichtlich, dass die bisher gewährten Leistungen für ein menschenwürdiges Leben nicht ausreichen. Zudem sind sie diskriminierend", sagte Asylexpertin Diana Engel. Nun müsse die Bundesregierung endlich handeln und dafür sorgen, dass die Betroffenen Leistungen erhielten, die ihr menschenwürdiges Existenzminimum sicherten.

Von dem Urteil sind zurzeit rund 130.000 Asylbewerber und geduldete Ausländer betroffen. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hatte im Vorfeld Zweifel, dass 224 Euro monatlich das Existenzminimum eines Erwachsenen decken und legte das Gesetz deshalb den Karlsruher Verfassungsrichtern zur Prüfung vor. Konkret ging es um Klagen zweier seit langem in Deutschland lebenden Flüchtlingen. Einer von ihnen, ein Kurde, war 2003 aus dem Irak geflohen. Er wird seither in Deutschland geduldet. Die Klägerin des zweiten Verfahrens, ein elfjähriges Mädchen, wurde sogar in Deutschland geboren. Ihre Mutter war aus Nigeria geflohen. Inzwischen hat das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit.

Der Erste Senat hatte am 20. Juni 2012 mündlich darüber verhandelt. Dabei hatten die Richter die Diskrepanz zwischen Hartz-IV-Sätzen und den Leistungen für Asylbewerber kritisiert. Ursprünglich sollten Asylbewerber ab 1993 Naturalleistungen und nur ausnahmsweise Geldzahlungen erhalten. Als das Gutscheinsystem in der Praxis auf Schwierigkeiten stieß, stiegen jedoch die meisten Bundesländer auf Geldleistungen um.

*Aktenzeichen: 1 BvL 10/10 und 2/11*

*fdi/dpa/dapd/AFP/Reuters*

**Load-Date:** July 18, 2012

## Warum Migranten ihre Kinder so selten in die Krippe geben

SPIEGEL ONLINE

05. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND; S. 0; Ausg. 0

**Length:** 667 words

**Byline:** Lisa Erdmann

**Highlight:** Kinder aus Zuwandererfamilien gehen nur halb so oft in eine Krippe wie andere. Dabei würden gerade sie vor allem sprachlich davon profitieren. Eine Studie hat nun die Ursachen untersucht. Die Ergebnisse sind verblüffend.

### Body

---

Hamburg - Ab 1. August hat jedes Kind hierzulande von seinem ersten Geburtstag an Anspruch auf einen Krippenplatz. Auch wenn noch immer Plätze fehlen, ist der Ausbau der Kitas in den vergangenen Jahren rasant fortgeschritten. Und immer mehr Familien nutzen das Angebot - allerdings nicht in allen Teilen der Gesellschaft gleich: Von den zugewanderten Eltern geben nur 14 Prozent ihr Kind vor dem dritten Geburtstag zur Betreuung in fremde Hände, von den übrigen Müttern und Vätern waren es 2011 30 Prozent.

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) wollte nun wissen, warum es diesen Unterschied gibt. Denn aus anderen Studien ist bekannt, dass Kinder mit Migrationshintergrund, die erst spät oder gar nicht in die Kita gehen, häufig in ihrer Schullaufbahn weniger erfolgreich sind. Einer der wichtigsten Gründe sind dabei Probleme mit der deutschen Sprache. So haben etwa türkischstämmige Kinder, die mehr als drei Jahre im Kindergarten waren, nur zu 19 Prozent entsprechenden Förderbedarf - diejenigen, die nur ein Jahr dort waren, dagegen zu 61 Prozent.

Einer der wesentlichen Gründe für die Entscheidung der Eltern sind pädagogische Vorstellungen. Zum Beispiel darüber, wann der richtige Zeitpunkt ist, ein Kind außerhalb der Familie betreuen zu lassen. Türkischstämmige Bürger kennen etwa aus ihrem Herkunftsland die Institution Kindergarten kaum. Dort besuchten 2002 lediglich knapp 12 Prozent der Kinder vor der Einschulung entsprechende Einrichtungen. Der Schwerpunkt in der Erziehung der Kleinkinder besteht dort darin, eine gute und enge Beziehung zwischen Eltern und Nachwuchs aufzubauen. Die Erziehung zur Eigenständigkeit und das frühe Lernen rangieren dahinter.

### Zuwanderer kritisieren Qualität der Kitas

Vor allem Einwanderer der ersten Generation und solche mit einem niedrigen Bildungsniveau bemängeln auch die Qualität der Kitas und Krippen. Sie finden vor allem den Betreuungsschlüssel zu schlecht und die Gruppen zu groß. Zudem kritisieren sie, dass die Kinder nicht gut genug auf die Schule vorbereitet würden und die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Erziehern nicht gut laufe. Außerdem wünschen sich die Eltern

## Warum Migranten ihre Kinder so selten in die Krippe geben

mehrsprachige Erzieher, geht aus der Erhebung hervor, für die Daten von 1875 Müttern und Vätern mit ein- bis zweijährigen Kindern ausgewertet wurden.

Je länger die Zuwandererfamilien hier leben, desto mehr nähern sich jedoch die Vorstellungen an die hiesigen an. Bereits in der zweiten Generation gibt es in der Einstellung zur Kita-Betreuung kaum noch einen Unterschied zur Gesamtbevölkerung.

Allerdings stoßen Eltern mit Migrationshintergrund, die ihre Kinder in die Kita oder Krippe geben wollen, häufig auf Probleme. Manche teilen sie mit allen anderen Eltern - unpassende Betreuungszeiten, hohe Kosten, weite Wege. Manche sind spezifisch, wie etwa religiöse Vorbehalte oder kulturelle. Und wenn sie selbst nicht so gut Deutsch sprechen, kann schon die Suche nach einem Platz zur unüberwindbaren Hürde werden: Die Forschungsergebnisse des SVR legen nahe, dass Eltern mit ausländischen Wurzeln und Eltern mit einem geringen Bildungsgrad weniger Chancen auf einen Kita-Platz für ihre Sprösslinge haben. Denn in Zeiten von Kita-Mangel und Eltern-Casting erfordert es ein gehöriges Maß an Organisationstalent und Beharrlichkeit, im Wettbewerb um einen Platz dabei zu sein. Um zu gewinnen, muss man sich selbst und sein Kind gut verkaufen können.

Für die Zukunft empfiehlt die Studie neben dem weiteren Ausbau der Kita-Plätze vor allem eine Abkehr vom Betreuungsgeld. Die Experten sehen darin einen "problematischen Anreiz". Schon jetzt würden mehr als ein Drittel der Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen, diesen Schritt mit den Kita-Kosten begründen. Erfahrungen aus Norwegen zeigten, dass vor allem sozial benachteiligte Familien lieber das Geld nehmen als den Krippenplatz. Statt den Eltern direkt Geld auszuzahlen, solle die Krippenbetreuung künftig besser gebührenfrei sein.

**Load-Date:** June 25, 2013

## **Bayern hat die besten Grundschüler**

Spiegel Online

4. Oktober 2012 Donnerstag 10:19 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** LEISTUNGSVERGLEICH

**Length:** 261 words

**Highlight:** Sie können am besten lesen und am besten rechnen: Im Leistungsvergleich der 16 Bundesländer haben die bayerischen Grundschüler ersten Meldungen zufolge mit Spitzenwerten abgeschnitten. Die Studie soll auch herausfinden, wo die Integration von Schülern mit **Migrationshintergrund** besonders gut klappt.;

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/bayerns-grundschueler-koennen-am-besten-rechen-und-schreiben-a-859589.html>

### **Body**

---

Berlin - Grundschulleistungsvergleich ist ein langes und nicht ganz einfaches Wort. Nach den Ergebnissen der neuen Studie mit diesem Titel haben bayerische Grundschüler bundesweit die besten Chancen, dieses Wort fehlerfrei zu schreiben. Nach Informationen der Deutschen Presseagentur (dpa) schnitten sie im Ländervergleich am besten ab. Der Bericht soll von der Kultusministerkonferenz (KMK) am Freitag in Berlin offiziell vorgestellt werden.

Die weiteren Spitzenplätze beim Lesen belegen nach dpa-Informationen die Grundschüler in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. In Mathematik sind neben Bayern auch Sachsen, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg ganz vorn. Schlusslichter in beiden Disziplinen bilden die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen.

Mehr als 30.000 Viertklässler an über 1300 Grund- und Förderschulen nahmen im vergangenen Jahr an dem Test teil. Sie wurden im Lesen, in der Orthografie und in Mathematik geprüft.

Anders als bei den internationalen Schulleistungsstudien Pisa, Iglu und Timss wurden die Testaufgaben für den nationalen Vergleich allein aus den von den Kultusministern verabredeten deutschen Bildungsstandards entwickelt. Sie beschreiben, was ein Schüler am Ende der jeweiligen Jahrgangsstufe können soll.

Der Bundesländervergleich soll auch herausarbeiten, wie es um die Integration von Grundschülern mit Migrationshintergrund bestellt ist. Auch die Chancengleichheit für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern wurde genauer beleuchtet. Die Ergebnisse dazu werden in der offiziellen Vorstellung der Studie am Freitag erwartet.

*mia/dpa*

**Load-Date:** October 5, 2012

Bayern hat die besten Grundschüler

---

End of Document

## **Auch CDU-Politiker rügen Friedrichs "Vermisst"-Kampagne**

Spiegel Online

29. September 2012 Samstag 10:05 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** RADIKALE MUSLIME

**Length:** 471 words

**Highlight:** Für seine Aktion gegen die Radikalisierung junger Muslime wird Innenminister Hans-Peter Friedrich jetzt auch aus den eigenen Reihen kritisiert. CDU-Politiker Ruprecht Polenz fordert den kompletten Abbruch der "Vermisst"-Kampagne. **Migrantenverbände** sprechen von einem Vertrauensverlust.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/radikale-muslime-cdu-politiker-ruegen-friedrichs-vermisst-kampagne-a-858770.html>

### **Body**

---

Berlin - In der Union regt sich nun ebenfalls Widerstand gegen das ohnehin umstrittene Vorhaben des Bundesinnenministeriums, mit der "Vermisst"-Kampagne die Radikalisierung junger Muslime zu stoppen. "Das Innenministerium muss erkennen, dass es so nicht geht", sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Ruprecht Polenz (CDU) der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" ("FAS"). Nach Informationen der Zeitung sehen zahlreiche Unionsfraktionsmitglieder die Kampagne kritisch.

Auch die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung und CDU-Politikerin Maria Böhmer äußerte gegenüber der Zeitung Zweifel, "ob mit einer solchen Visualisierung das Ziel erreicht wird". Ressortchef Hans-Peter Friedrich (CSU) verteidigt seine Aktion weiterhin. Die Kampagne soll im Stil von Vermisstenanzeigen auf eine Beratungsstelle für Angehörige junger, sich radikalisierender Muslime hinweisen.

Bei Opposition und Migrantenverbänden steht die Aktion allerdings bereits seit einiger Zeit in der Kritik. Der Zentralrat der Muslime bemängelte etwa, die Kampagne festige Stereotype, Vorurteile und Ängste in der Bevölkerung. "Mich ärgert es, dass die Kampagne missbraucht wird, um mir eine islamfeindliche Einstellung vorzuwerfen", sagte Friedrich dem "Tagesspiegel". Die Materialien richteten sich auch "an junge Konvertiten", sagte der Minister. Deshalb zeige die Hälfte der Plakate einen blonden, deutschen Jungen. Die andere zeige junge Türken oder Araber.

### **Kritik an Verteilung von "Vermisst"-Postkarten an NSU-Tatort in Köln**

Wegen der angespannten Sicherheitslage aufgrund des jüngsten Anti-Islam-Films war der Start einer zur Kampagne gehörenden Plakataktion verschoben worden. Polenz forderte nun, die Kampagne ganz abzubrechen. "In dieser Form sollte die Kampagne nicht fortgesetzt werden", sagte er. Zwar sei die Absicht der Aktion im Grundsatz richtig. Allerdings werde durch die verwendeten Plakate "die gesamte muslimische Minderheit in die Nähe von Extremismus und Fundamentalismus gerückt".

## Auch CDU-Politiker rügen Friedrichs "Vermisst"-Kampagne

Böhmer zeigte sich überrascht, "dass, nachdem die Plakataktion zurückgestellt wurde, dann Postkarten verteilt wurden. Und das ausgerechnet auch in der Keupstraße in Köln, wo es bei einem Mordanschlag der NSU zahlreiche Verletzte gegeben hat." Der Sprecher des Koordinationsrats der muslimischen Migrantenverbände Ali Kizilkaya nannte das Verteilen von Postkarten der Kampagne in der Keupstraße "unbeschreiblich unsensibel".

Kizilkaya rief Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck dazu auf, dafür zu sorgen, dass "diese unsägliche Kampagne" eingestellt wird. "Ich hoffe, dass der Bundespräsident sich einschaltet und die Bundeskanzlerin ein Machtwort spricht", sagte Kizilkaya der "FAS". Das Vertrauen zwischen dem Innenminister und den muslimischen Verbänden sei durch die Kampagne sehr stark beschädigt worden.

*lgr/dapd*

**Load-Date:** September 30, 2012

---

End of Document



## 800.000 Flüchtlinge aus Heimatland vertrieben

Spiegel Online

18. Juni 2012 Montag 6:42 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** UNHCR-JAHRESBERICHT

**Length:** 848 words

**Byline:** Julia Jüttner

**Highlight:** Die Zahl der **Flüchtlinge** weltweit hat einen neuen Höchststand erreicht. 2011 wurden laut Uno 800.000 Menschen aus ihrem Heimatland vertrieben. Neben der Krise in Syrien führten auch die in Libyen, der Elfenbeinküste und anderen Teilen Afrikas zu diesem Rekord.; <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/uno-fluechtlingsreport-800-000-fluechtlinge-aus-heimat-vertrieben-a-839317.html>

### **Body**

---

Hamburg - Als Orhan aus dem Irak nach Deutschland flüchten musste, war er zwölf Jahre alt. Er staunte über die Sprache der Deutschen, die in seinen Ohren komisch klang, und er wunderte sich, wenn sich diese Menschen in ihrer merkwürdigen Sprache gar mit ihren Hunden unterhielten. Das war ihm fremd, wie die U-Bahnen auch, vor denen er Angst hatte, weil sie unter der Erde fahren. Orhan ist einer von 571.700 **Flüchtlingen**, die zurzeit in Deutschland leben; in keinem anderen Industrieland leben mehr. Heute, mit 18 Jahren, fühlt sich Orhan in Deutschland zu Hause.

Auch Minh aus Vietnam hat sich eingelebt in dem Land, das ihm einst **Asyl** gewährte. Inzwischen engagiert sich der 21-Jährige bei der Freiwilligen Feuerwehr. Ilirjan aus dem Kosovo, der mit 15 Jahren nach Deutschland kam, absolvierte erst ein Praktikum bei einer Firma, wurde übernommen und machte schließlich an der Universität den Master-Abschluss. Für den 27-Jährigen bedeutete die neue Heimat in erster Linie Frieden, und dass es "schön" dort ist. Die Realität kollidierte jedoch mit seinen naiven Vorstellungen, wie er in dem Film "Angekommen - we have arrived" erzählt, den das **Flüchtlingshilfswerk** der Vereinten Nationen (UNHCR) gemeinsam mit dem Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige **Flüchtlinge** e.V. gedreht hat.

Wie Orhan, Minh und Ilirjan ergeht es vielen Flüchtlingen. Sie müssen ihre Heimat verlassen, sich in einem anderen Land einleben, einer fremden Kultur annähern. Dem UNHCR-Jahresbericht zufolge mussten im vergangenen Jahr mehr als 800.000 Menschen aus ihrem Heimatland fliehen - diese Zahl von Flüchtlingen erreicht damit seit 2000 einen Höchststand. Insgesamt waren 4,3 Millionen Menschen im Jahr 2011 neu von Vertreibung und Flucht betroffen, viele von ihnen aber innerhalb ihres Heimatlandes.

Die massiven Krisen des letzten Jahres wie in Elfenbeinküste, Libyen, Somalia und Syrien sind nach Angaben des Uno-Flüchtlingskommissariats die Ursache dafür. "Das Jahr 2011 war geprägt von Leid epischen Ausmaßes. Innerhalb kürzester Zeit mussten in den Konflikten sehr viele Menschen einen hohen persönlichen Preis zahlen", so Uno-Flüchtlingskommissar António Guterres. "Wir können nur dankbar dafür sein, dass das internationale

## 800.000 Flüchtlinge aus Heimatland vertrieben

Schutzsystem in den meisten Fällen funktionierte und die Grenzen für Flüchtlinge offen gehalten wurden. Die aktuellen Krisen stellen zweifellos eine Bewährungsprobe dar."

**Besorgniserregend: die Zahl derer, die in einem Camp unterkommen**

Die meisten Asylanträge wurden, wie in den vergangenen vier Jahren auch, in Südafrika gestellt. Die meisten Flüchtlinge weltweit kommen jedoch weiterhin aus Afghanistan (2,7 Millionen Menschen), aus dem Irak (1,4 Millionen Flüchtlinge), aus Somalia (1,1 Millionen Flüchtlinge) und aus der Demokratischen Republik Kongo (491.000 Flüchtlinge).

So auch Robert. Als er aus dem Kongo flüchten musste und in Frankfurt am Main landete, sagte man ihm, er solle mit dem Zug nach Nürnberg fahren, dort werde man sich um ihn kümmern. Doch Robert hatte in seinem Leben noch nie einen Zug gesehen, hilflos und ratlos stand er auf der Straße und wusste nicht wohin.

Ein Deutscher habe ihn angesprochen, erinnert sich Robert in dem UNHCR-Film. Der Mann habe ihn zum Hauptbahnhof begleitet, alles für ihn organisiert. Seit Jahren lebt der Afrikaner nun in Nürnberg, hat mit Deutschen einen Verein gegründet, der Menschen wie ihm das Einleben in die deutsche Gesellschaft erleichtern soll. Anfangs sei es ein Kulturschock gewesen, in Deutschland gelandet zu sein, sagt Robert und lächelt, aber er habe gewusst, wenn er die Sprache erlerne, könne er die Chance auf ein neues, besseres Leben nutzen.

Weltweit waren laut UNHCR im vergangenen Jahr insgesamt 42,5 Millionen Menschen auf der Flucht: 15,42 Millionen Flüchtlinge, 26,4 Millionen Binnenvertriebene und 895.000 Asylsuchende. Trotz der deutlich gewachsenen Zahl von Flüchtlingen ist die Gesamtzahl weltweit niedriger als 2010 mit rund 43,7 Millionen Menschen auf der Flucht. Dies sei darauf zurückzuführen, dass im vergangenen Jahr die seit zehn Jahren größte Anzahl an Binnenvertriebenen - nämlich 3,2 Millionen Menschen - habe nach Hause zurückkehren können.

Besorgniserregend ist laut Jahresbericht, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen viele Jahre als Flüchtlinge in einem Camp oder unter schwierigen Lebensbedingungen in Städten ausharren müssen, sehr groß geworden ist. So warten 7,1 Millionen der 10,4 Millionen Flüchtlinge unter UNHCR-Mandat seit mindestens fünf Jahren darauf, dass für ihre Zukunft eine langfristige Lösung gefunden wird.

Rund vier Fünftel aller Flüchtlinge bleiben in ihren Nachbarländern. So leben beispielsweise in Pakistan 1,7 Millionen Flüchtlinge, in Iran 886.500, in Kenia 566.500 und im Tschad 366.500.

Von den 42,5 Millionen Menschen, die Ende 2011 von Flucht und Vertreibung betroffen waren, fallen nicht alle unter das Mandat des Uno-Flüchtlingskommissariats. Rund 4,8 Millionen Menschen sind bei UNRWA, der Uno-Hilfsorganisation für palästinensische Flüchtlinge, registriert. Von den 26,4 Millionen Binnenvertriebenen unterstützt UNHCR rund 15,5 Millionen Menschen.

**Load-Date:** June 18, 2012

## Deutschland und Frankreich wollen Europa abriegeln

Spiegel Online

20. April 2012 Freitag 6:42 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** VORSTOSS GEGEN SCHENGEN-ABKOMMEN

**Length:** 579 words

**Highlight:** Europas Randzonen als Einfallstor für illegale **Migranten**: Diese Schreckensvision treibt Deutschlands Innenminister Friedrich um. Der CSU-Politiker und sein französischer Amtskollege planen Verschärfungen der Grenzkontrollen. Jedes Land soll das Schengen-Abkommen aussetzen dürfen.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,828655,00.html>

### Body

---

Hamburg - Sie werden konkreter, die Pläne von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, die Binnengrenzen in Europa wieder stärker kontrollieren zu lassen. Grenzkontrollen sollten "als Ultima Ratio und für einen begrenzten Zeitraum" möglich sein, verlangen Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und sein französischer Kollege Claude Guéant in einem Brief, berichtet die "Süddeutsche Zeitung" ("SZ").

Deutschland und Frankreich fordern demnach schärfere Kontrollen, falls die europäischen Außengrenzen im Süden und Osten nicht ausreichend gesichert werden.

Konkret sprechen sich die Innenminister in dem drei Seiten umfassenden Schreiben an die dänische EU-Ratspräsidentschaft vom 17. April dafür aus, dass nationale Regierungen "die Möglichkeit einer auf 30 Tage befristeten Wiedereinführung der Binnen-Grenzkontrollen haben" sollten. Ob die Voraussetzungen dafür vorliegen, sollen die Regierungen selbst bestimmen, berichtet die Zeitung.

Der Vorschlag steht demnach bereits am kommenden Donnerstag bei einem Treffen der EU-Innenminister zur Verhandlung. Die Entscheidung dürfte aber frühestens im Juni fallen, sagte ein Vertreter der dänischen Ratspräsidentschaft der "SZ". Die Dänen führen noch bis Sommer die Geschäfte der EU und bereiten die Ministertreffen vor.

Mit ihren Forderungen würden die beiden Innenminister sowohl das bestehende Schengen-Abkommen für weitgehend kontrollfreie Reisefreiheit aushebeln als auch den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Reform des Abkommens.

### Friedrich warnte vor "Einfallstor für illegale Migrationsbewegungen"

Völlig neu ist die Forderungen allerdings nicht: Bereits vor wenigen Wochen hatte Friedrich die Debatte über innereuropäische Grenzkontrollen angeheizt - und dafür Kritik geerntet. "Wir brauchen Binnenkontrollen nicht nur

## Deutschland und Frankreich wollen Europa abriegeln

bei einzelnen Ereignissen wie Fußballspielen oder großen Kongressen, sondern auch wenn Mitgliedsländer ihre Pflichten nicht mehr erfüllen", sagte Friedrich damals der Düsseldorfer "Rheinischen Post".

Die offenen Grenzen im Schengen-Raum dürften "kein Einfallstor für illegale Migrationsbewegungen werden", sagte der Minister und kündigte an, gemeinsame mit seinem französischen Amtskollegen für eine Reform des Regelwerks zu kämpfen.

Ein hoher EU-Diplomat bezeichnete die deutsch-französische Initiative jetzt als "überraschend", berichtet die "Süddeutsche Zeitung". Zwar habe Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy schon mehrmals gedroht, aus Schengen auszusteigen; zudem sei der Kampf gegen illegale Einwanderer ein zentrales Thema seines aktuellen Wahlkampfs. Von der Bundesregierung seien ähnlich starke Vorbehalte gegen Schengen jedoch bisher nicht bekannt.

### **Kontrolle der Grenzen soll national verwaltet werden**

In Berliner Regierungskreisen hieß es dem Bericht zufolge, der Brief sei nicht als deutsche Wahlkampfhilfe für Sarkozy zu verstehen. Man wolle vielmehr betonen, dass Grenzkontrollen von den nationalen Regierungen und nicht von Brüssel entschieden werden.

Das Schengen-Abkommen erlaubt den Bürgern, innerhalb des Schengen-Raumes ohne Grenzkontrollen zu reisen. Nur die Außengrenzen des Gebiets werden kontrolliert. In Ausnahmefällen, zum Beispiel während internationaler Großveranstaltungen, darf an den Binnengrenzen befristet kontrolliert werden.

Das Abkommens soll reformiert werden, weil es zunehmend schwieriger wurde, die südlichen und östlichen Außengrenzen zu schützen. Vor allem Griechenland wird vorgeworfen, den Zustrom illegaler Einwanderer nicht bremsen zu können.

*otr*

**Load-Date:** April 20, 2012

## Friedrich verteidigt umstrittene Plakat-Aktion

Spiegel Online

30. August 2012 Donnerstag 6:53 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** EMPÖRUNG BEI MUSLIMVERBÄNDEN

**Length:** 393 words

**Highlight:** Mit Plakaten, die Vermisstenanzeigen ähneln, warnt Innenminister Friedrich vor einer Radikalisierung junger Migranten. Der Zentralrat der Muslime und Politiker von FDP und Grünen sind empört. Doch der CSU-Mann will an der Aktion festhalten.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/muslime-empoert-ueber-friedrichs-plakataktion-vermisst-a-853037.html>

### Body

---

Berlin - Noch hängen die Bilder nicht, aber die Aufregung ist schon groß: Mit Plakaten, Postkarten und Anzeigen im Stil von Vermisstenanzeigen will das Bundesinnenministerium für seine Anlaufstelle gegen islamistische Radikalisierung werben. Eines der Plakate zeigt einen jungen Migranten, der Text dazu lautet: "Das ist mein Bruder Hassan. Ich vermisse ihn, denn ich erkenne ihn nicht mehr. Er zieht sich immer mehr zurück und wird jeden Tag radikaler. Ich habe Angst ihn ganz zu verlieren - an religiöse Fanatiker und Terrorgruppen."

Muslimverbände sind empört. Die Generalsekretärin des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), Nurhan Soykan, kritisierte die Kampagne: "So gewinnt man keine Muslime, so kriminalisiert man sie". Die Aktion sei nicht gut gemacht. "Sie bereitet einer Islamphobie den Weg", sagte Soykan.

Die Grünen verlangten den sofortigen Stopp der Aktion. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) stelle "alle Muslime unter Generalverdacht. Das ist ausgrenzend, diskriminierend und für die deutsche Politik beschämend", sagte Parteichefin Claudia Roth.

Der Integrationsbeauftragte der FDP schloss sich dieser Forderung an. "Friedrich muss die Kampagne jetzt stoppen", forderte der Integrationsbeauftragte der Liberalen im Bundestag, Serkan Tören. "Wenn das Bundesinnenministerium jetzt weiter an der Kampagne festhält, dann werden die Gräben, die sich zwischen den muslimischen Verbänden aufgetan haben, nur noch tiefer."

Doch Friedrich hält an der Kampagne fest. "Wir sind gerne zu weiteren Gesprächen bereit, aber die 'Vermisst-Kampagne' wird nicht abgewandelt", sagte ein Ministeriumssprecher der Nachrichtenagentur ddp. Vorstellbar sei lediglich eine Erweiterung der Kampagne mit anderen Motiven. Die Plakate sollen ab 21. September in Berlin, Bonn und Hamburg aufgehängt werden.

Unterstützung erhielt Friedrich von der Alevitischen Gemeinde Deutschland (AABF). Generalsekretär Ali Dogan sagte, der religiöse Extremismus von islamistischer Seite sei "eine ernstzunehmende Gefahr für unsere Gesellschaft". "Einzig und allein durch Pressemitteilungen und Sitzungen am grünen Tisch lassen sich keine jungen

## Friedrich verteidigt umstrittene Plakat-Aktion

Menschen vor islamistischen Menschenfängern schützen", sagte Dogan. "Daher unterstützt unsere Gemeinde explizit alle Maßnahmen des Bundesinnenministers, die präventiv ein Abrutschen in den islamistischen Sog verhindern."

*als/dapd/AFP*

**Load-Date:** August 31, 2012

---

End of Document

## Kommunen kritisieren Asylbewerberstrom

Spiegel Online

13. November 2012 Dienstag 10:14 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** BALKAN-STAATEN

**Length:** 234 words

**Highlight:** Die Städte und Gemeinden fordern einen Stopp des Zuzugs von Asylbewerbern aus den Balkanstaaten. Innerhalb von einem Jahr sei deren Zahl um 140 Prozent gestiegen, monieren die Kommunen. Stellenweise gebe es schon Probleme, die Menschen unterzubringen.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/balkan-deutsche-kommunen-kritisieren-ansturm-der-asylbewerber-a-866896.html>

### **Body**

---

Passau - Angesichts der steigenden Zahl von Asylbewerbern vom Balkan verlangen die Kommunen eine Wiedereinführung der Visapflicht und eine deutliche Beschleunigung von Asylverfahren. Diese müssten möglichst "innerhalb von drei Wochen durch eine verbindliche Entscheidung abgeschlossen sein", sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, der "Passauer Neuen Presse".

Auf dem Balkan werde "mit Flugblättern schon Werbung für die Einreise nach Deutschland betrieben, um hier zu überwintern". Landsberg fügte hinzu: "Die Städte und Gemeinden haben teilweise schon erste Schwierigkeiten, die notwendigen Unterkünfte bereitzustellen."

Landsberg verwies darauf, dass im Oktober 2700 Menschen aus Serbien und 1300 aus Mazedonien Asyl in Deutschland beantragt hätten. Laut Zahlen des Bundesinnenministeriums aus der vergangenen Woche wurden im Oktober 9950 Asylanträge gestellt - fast 50 Prozent mehr als im September und etwa 140 Prozent mehr als im Oktober 2011.

"Die Tendenz ist weiter steigend", sagte Landsberg. Bei den Asylbewerbern vom Balkan handle es sich fast ausschließlich um Personen, die aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verließen. 90 Prozent von ihnen erhielten keine Anerkennung als Flüchtlinge. Außerdem sei damit zu rechnen, dass aus Syrien weiter Menschen nach Deutschland kämen, "die wirklich verfolgt sind und auf ihr Asylrecht hoffen".

ler/dpa

**Load-Date:** November 13, 2012

---

End of Document



## "Zeichen eines kollektiven Traumas"

Spiegel Online

15. April 2013 Montag 11:12 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PSYCHISCHE FOLGEN VON NSU-VERBRECHEN

**Length:** 975 words

**Highlight:** In München wird Beate Zschäpe und mutmaßlichen NSU-Unterstützern ab Mittwoch der Prozess gemacht. Der Psychotherapeut Ali Kemal Gün erklärt, wie wichtig die Aufarbeitung der Verbrechen für Migranten in Deutschland ist - und welche Ängste bis heute tief sitzen.; <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/psychotherapeuten-zu-nsu-verbrechen-alles-verbleibt-im-gedaechtnis-a-893981.html>

### Body

---

Ali Kemal Gün kennt die Bewohner der Kölner Keupstraße gut. Jener Straße, in der am 9. Juni 2004 eine Nagelbombe explodierte, 22 Menschen wurden verletzt, der Sprengsatz enthielt mehr als 800 Zimmermannsnägel. Psychotherapeut Gün beobachtete, wie das Verbrechen die Menschen veränderte - und nicht nur das.

Am Tag nach dem Anschlag trat der damalige Innenminister Otto Schily vor die Presse und sagte, die Erkenntnisse deuteten auf ein "kriminelles Milieu" hin, nicht auf einen terroristischen Hintergrund. Die Ermittler konzentrierten sich in Ermangelung anderer Spuren vor allem auf das Umfeld der Opfer.

Heute weiß man: Der Anschlag geht aller Wahrscheinlichkeit nach auf das Konto des "Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU), es war ein Terrorakt von Rechtsextremen. Wie bei anderen Verbrechen des Trios auch, schlugen die Ermittlungen nicht nur fehl, sie verstärkten auch die psychischen Leiden der Betroffenen.

Gün weiß sehr genau, was die Folgen von rechtsextremen Verbrechen für die unmittelbar Betroffenen, aber auch generell für die Migranten in Deutschland bedeuten: Er ist Psychotherapeut und betreute die Opfer des Anschlags von Solingen 1993.

**spiegel ONLINE:** Herr Gün, erst wurden die Menschen in der Keupstraße Opfer eines Anschlags, dann Verdächtige. Was hat das unter den Anwohnern bewirkt?

**Gün:** Der Anschlag löste Schock und Panik aus. Und die Reaktion der Politik und der Ermittler führte zu Verunsicherung: Alle haben sich misstrauisch betrachtet und entsprechend behandelt. Jeder war verdächtig. In den ersten Wochen und Monaten trauten sich die Menschen nicht zu, auf die Straße zu gehen, in den Geschäften einzukaufen und sich gegenseitig zu besuchen. Die Folgen der Traumata waren allgegenwärtig.

**spiegel ONLINE:** Gab es niemanden außer den Ermittlern, der sich um die Menschen gekümmert hat?

## "Zeichen eines kollektiven Traumas"

**Gün:** Nein. Statt die durch das Attentat traumatisierten Anwohner psychologisch zu unterstützen, wurden die Opfer wie Täter behandelt, beschuldigt, unter Druck gesetzt und zu Falschaussagen animiert. Am Ende wurden die Verletzten und deren Angehörige durch teilweise unmenschliche Behandlungsmethoden mehr traumatisiert als sie es vorher waren.

**spiegel ONLINE:** Sie haben auch die Angehörigen der Toten des Anschlags in Solingen von 1993 betreut. Sehen Sie Unterschiede im Umgang der Behörden damals und heute?

**Gün:** Größer könnten die Unterschiede kaum sein. Die politische und gesellschaftliche Grundhaltung nach dem Anschlag von Solingen war durch Sensibilität, Mitgefühl, Vertrauen und Unterstützung geprägt. Die Politik war auf Landesebene präsent und in ständigem Kontakt mit den Angehörigen der Opfer. Man ging verständnisvoll mit ihren Ängsten und Sorgen um. Bereits einen Tag nach dem Anschlag war ein Psychologenteam gebildet worden, um die Angehörigen zu betreuen, über Jahre. Diese vertrauensfördernde Haltung hat den Angehörigen ein Sicherheitsgefühl vermittelt, weshalb sie sich letztendlich dazu entschieden haben, in Deutschland zu bleiben.

**spiegel ONLINE:** Und diese organisierte psychologische Hilfe gab es in Köln nicht?

**Gün:** Nein. Dabei ist das wichtigste im Umgang mit individuellem und kollektivem Trauma, die Vermittlung des Gefühls der Sicherheit und des Vertrauens. Nach dem Motto: Es ist passiert, was passiert ist, aber es wird nicht mehr passieren, du bist in Sicherheit, du wirst geschützt. Dadurch wird versucht, den Betroffenen zu helfen, aus der akuten Belastungsreaktion keine bleibenden Posttraumatischen Störungen zu entwickeln. Im Fall des NSU sehe ich diese Hilfe nicht.

**spiegel ONLINE:** Was sind die Folgen auf längere Sicht?

**Gün:** Alles verbleibt im Gedächtnis. Die Betroffenen verdrängen das erlebte Trauma, um funktionieren zu können. Doch das ist nur eine Bewältigungsstrategie: Das jahrelang Kompensierte kann in Krisensituationen in unkontrollierte Bahnen geraten und zu psychischen "Auffälligkeiten" führen. Das zeigt ja zum Beispiel die steigende Zahl an Altersdepressionen in Deutschland: Sie steht auch in Zusammenhang mit den Erlebnissen der Kriegsgeneration.

**spiegel ONLINE:** Was bedeuten die Erfahrungen mit den Taten des NSU für Migranten in Deutschland?

**Gün :** Bewusst oder unbewusst könnte sich bei Migranten eine Psycho-Logik verfestigen, etwa: "Das Ziel dieser Anschläge und Morde waren Türkeistämmige. Ich komme auch aus der Türkei, mir könnte das gleiche passieren. Ich bin in Deutschland nicht in Sicherheit." Das macht die betreffenden Menschen unsicher und versetzt sie in Angst und schafft Misstrauen. Dies kann unter Umständen zu emotionaler Stumpfheit, Reizbarkeit und Gleichgültigkeit gegenüber der Mehrheitsgesellschaft führen.

**spiegel ONLINE:** Kann der kommende Prozess dazu beitragen, diese Folgen abzuschwächen?

**Gün :** Im Türkischen gibt es ein Sprichwort, "adalet yerini bulur", die Gerechtigkeit wird siegen. Wenn die Ereignisse, Fehler und Pannen während der Ermittlungen mit all ihren Hintergründen unmissverständlich aufgeklärt werden, würde dies dazu beitragen, das Gefühl der Sicherheit mindestens zu stärken.

**spiegel ONLINE:** Und wenn dies nicht gelingt?

**Gün:** Dann wird dies auch Auswirkungen auf das Zusammenleben in Deutschland haben. Bleiben Angst, Sorge und Misstrauen, wird diese Wunde ihre Spuren hinterlassen, trotz der Bemühungen um Integration und ein Miteinander in den vergangenen Jahren. Der Hausbrand am 30. März in Köln-Höhenberg zeigt, wie sehr das Vertrauensverhältnis in Deutschland zerstört ist. Während die Deutschen dazu zu neigen schienen, rassistische Hintergründe sofort auszuschließen, ging die türkische Seite zunächst grundsätzlich von einem rassistischen Hintergrund aus. Natürlich könnte man die Reaktionen der türkischen Seite als überempfindlich bezeichnen, aber diese sind doch gerade ein Zeichen eines kollektiven Traumas, nicht im pathologischen Sinne, aber aufgrund von gemachten Erfahrungen in der Vergangenheit.

"Zeichen eines kollektiven Traumas"

*Das Interview führte Maik Baumgärtner*

**Load-Date:** April 18, 2013

---

End of Document

## **Fahnder stritten heftig über Ermittlungen zu NSU-Morden**

Spiegel Online

5. Mai 2012 Samstag 1:07 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** NEONAZI-TERROR

**Length:** 581 words

**Highlight:** Es herrschte Chaos und heftiger Zwist: Laut einem Zeitungsbericht zerstritten sich Fahnder des Bundes und der Länder bei den Ermittlungen zur rechtsextremen Mordserie heillos. Vor allem Hinweisen auf ein Neonazi-Komplott wurde nur halbherzig nachgegangen.; <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/nsu-mordserie-chaos-bei-ermittlungen-und-streit-unter-fahndern-a-831516.html>

### **Body**

---

München - Ausgerechnet der Verdacht auf Terroristen aus der rechten Szene führte zu heftigstem Krach. Bei den Ermittlungen zur Aufklärung der Mordserie des "Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) hat es zeitweise massive Auseinandersetzungen zwischen Kriminalbeamten des Bundes und der Länder gegeben. Die "Süddeutschen Zeitung" zitiert aus ihr vorliegenden internen Unterlagen der damals für den Fall zuständigen Sonderkommission "Bosporus", der bis zu 160 Beamte angehörten. Der Zwickauer Terrorzelle waren von 2000 bis 2006 neun **Migranten** zum Opfer gefallen: sieben Türken, ein Kurde und ein Grieche. Im April 2007 erschossen die Terroristen zudem eine Polizistin in Heilbronn.

Die Streitigkeiten unter den Fahndern entzündeten sich demnach an einer These, die viele Kriminalbeamte bis zum Ende der Zwickauer Terrorzelle im November 2011 favorisierten. Sie vermuteten hinter der Mordserie Drahtzieher aus dem kriminellen Milieu: Eine Organisation mit einem sehr rigiden Ehrenkodex habe die zumeist türkischen Opfer bestrafen wollen.

Im Sommer 2006 setzten bayerische Fallanalytiker dieser These eine eher vorsichtig gehaltene alternative Analyse entgegen: Es könne sich um einen möglicherweise der rechten Szene zuzuordnenden Serientäter handeln. Dieser Verdacht führte laut dem Zeitungsbericht unter den Ermittlern zu schweren Kontroversen. In den Akten sei von "Familienkrach" und von "Familienstreitigkeiten" unter den Fahndern die Rede, die beigelegt werden müssten. Später sei das Bundeskriminalamt (BKA) wegen anderer Streitigkeiten um die Präsentation der wahrscheinlichen Tatwaffe aus einer Steuerungsgruppe ausgeschieden und habe die Waffenermittlungen allein geführt.

### **Bundesanwälte mussten sich mit Zeitungsartikeln begnügen**

Der Bericht beruft sich auch auf Unterlagen, die demnach zeigen, dass die Fahnder trotz auffälliger Hinweise auf einen möglichen rechtsextremistischen Hintergrund die Frage nur halbherzig prüften, ob rechte Gewalttäter hinter der Mordserie stecken könnten. In Nürnberg etwa - wo drei der neun Morde an Migranten verübt wurden - befragten die Bosporus-Ermittler neun Neonazis, was sie von den Morden hielten. Die Rechtsradikalen vermuteten,

## Fahnder stritten heftig über Ermittlungen zu NSU-Morden

die Türken seien wegen Auseinandersetzungen im kriminellen Milieu ermordet worden. Ein Komplott von Nazis sei auszuschließen. Begründung: Die Opfer seien keine "Schmarotzer" gewesen, sondern türkische Kleingewerbetreibende, die Steuern zahlten.

Außer der inhaltlichen Differenzen behinderte laut der Zeitung auch Kompetenzgerangel die Ermittlungen massiv: Offenbar bemühten sich die Länder fast systematisch, die Bundesanwaltschaft aus dem Verfahren herauszuhalten. Nach dem Untertauchen des NSU im Januar 1998 etwa hatte die Karlsruher Bundesbehörde in Thüringen nachgefragt, ob die Voraussetzungen für eine Übernahme des Verfahrens vorlägen. Die Thüringer hatten das damals verneint, da es sich nicht um eine Gruppe mit festen Strukturen handele, sondern um Einzeltäter.

Als dann neun Migranten ermordet worden waren, standen den Bundesanwälten nicht einmal die Akten der beteiligten Staatsanwaltschaften zur Verfügung, wie ein interner "Prüfvorgang" zeigt. Sie konnten nur anhand von Zeitungsartikeln prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Übernahme jetzt gegeben seien. Eine der beteiligten Staatsanwaltschaften hatte in einer internen Sitzung sogar gewarnt, "bei allzu heftiger Diskussion" über die Hypothese Fremdenhass könnte dann "auch eine Zuständigkeit des Generalbundesanwalts greifen".

*fdi/AFP/dapd*

**Load-Date:** May 5, 2012

---

End of Document

## An erster Stelle Menschenwürde

SPIEGEL ONLINE

28. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KULTUR / TV

**Length:** 965 words

**Byline:** Mathias Zschaler

**Highlight:** Sandra Maischberger hatte zum Talk über das Thema "Wut auf Asylbewerber" geladen. Und obwohl unter ihren Gästen ein potentieller Scharfmacher weilte, entwickelte sich eine erstaunlich wohltuende Diskussion mit reichlich Tiefgang.

### Body

---

Wie die Deutschen mit Fremden umgehen, die um Asyl anklopfen: Das ist kein neues, aber leider immer wieder aktuelles Thema. Die verstörenden, beschämenden Bilder von den Tagen des Aufruhrs um ein Flüchtlingsheim in Berlin-Hellersdorf machen es soeben deutlich. Mit gewohntem Hang zu plakativ-boulevardesker Überspitzung fragte denn auch prompt Sandra Maischberger: "Wut auf Asylbewerber - sind wir Ausländerfeinde?" Doch dann brachte sie eine Sendung zustande, die auf wohltuende Weise so gar nicht zu dem reißerischen Titel passte.

Es wurde eine jener Talkshows, die sich nicht mit einfachen Antworten begnügen, sondern auf eher unspektakuläre Weise dazu beitragen, das Bewusstsein für gesellschaftliche Probleme zu schärfen - und das, obwohl einerseits ein potentieller Scharfmacher dabei war und andererseits der Griff nach handlichen Parolen der Entrüstung allzu nahe lag.

Womöglich war es Khadra Sufi aus Somalia zu verdanken, dass von Beginn an manchem eventuellen Drang zur Pauschalisierung vorgebeugt wurde. "Es gibt auch Menschen, die mit dem Herzen denken", sprach sie, und das hätte fast ein bisschen kitschig klingen können, wäre da nicht ihre Lebensgeschichte, die etwas von einer bösen Satire hat.

Sie wuchs höchst privilegiert als Tochter eines stolzen Diplomaten in Villen mit Personal auf, mehrere Jahre in Ost-Berlin. Doch dann kehrte die Familie in die Heimat zurück, wo alsbald der für sie lebensgefährliche Bürgerkrieg ausbrach. Nach langjähriger Flucht über Ägypten landete die Zwölfjährige 1991 in einem Asylbewerberheim bei Bonn: "Jetzt waren wir arme Flüchtlinge, die um Asyl, Kleidung und Arbeit betteln mussten."

### Lob für Asylgesetze

Bei Maischberger präsentierte sich die junge Frau, die selbst TV-Moderatorin geworden ist und wie ein leibhaftiges Musterbeispiel für die Bereicherung durch Zuzug anmutete, freundlich, fröhlich und ohne jede Bitterkeit und fand sogar lobende Worte dafür, dass in Deutschland alles so ordentlich und gründlich geregelt ist, auch die Asylgesetze, vor denen nun mal alle Bewerber gleich seien.

## An erster Stelle Menschenwürde

Dass bei deren Handhabung vieles ganz falsch läuft, was das Agieren der Politik und das Verhalten von lokalen Verantwortlichen wie Anwohnern betrifft, wurde allerdings ebenfalls in der interessant gemischten Runde kaum bestritten. Und auch darüber, wo ihre Ursachen liegen, waren die Teilnehmer sich weitgehend einig - ob Praktiker wie der Berlin-Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky oder Spezialisten für Grundfragen der politischen Moral wie der Publizist Michel Friedman. Integration findet offenkundig nicht statt, weder in Bezug auf die Behandlung derer, die aus blanker Not und Krieg herkommen und nichts mehr haben als ihr Leben, noch im Hinblick auf diejenigen Deutschen, die oftmals unfreiwillig zu Gastgebern werden.

Die ARD-Journalistin Caroline Walter, die zwecks einer Reportage vier Wochen in einem hessischen Asylbewerberheim zubrachte, wusste aus diesem harten Selbstversuch Bedrückendes beizutragen darüber, wie es sich unter menschenunwürdigen Bedingungen lebt, mit dem üblichen unsinnigen Arbeitsverbot belegt und angefeindet von den Ansässigen. Doch es war das Verdienst dieser Diskussion, dass man es sich nicht so leicht machte, die regelmäßig aufflammenden Affekte, Aversionen und Überfremdungsängste, so irrational sie sein mögen, gleich unter der Rubrik Rassismus einzuordnen und alle Gegner von Asylbewerberheimen zu Nazis zu stempeln.

### "Schutz der Menschenwürde an erster Stelle"

Nein, Deutschland sei nicht ausländerfeindlich, lautete der einhellige Befund, lediglich mit der Friedmanschen Einschränkung, dass es sehr wohl einen quantifizierbaren Rassismus gebe. Aber man müsse auch die Ängste ernst nehmen, die in erster Linie soziale Ursachen haben. Journalistin Walter berichtete von einem Anwohner, der unumwunden zugegeben habe, dass er auf Asylbewerber neidisch sei, weil diese Geld bezögen, ohne zu arbeiten. Und Buschkowsky erinnerte daran, wie sehr nicht nur die Angst vor dem Fremden, sondern auch soziale Ängste und Neidgefühle seit jeher dem Menschen eigen seien. Auch zu den Zeiten der deutschen Teilung seien die DDR-Flüchtlinge, "die Brüder und Schwestern von drüben", ja nun nicht immer und überall mit offenen Armen empfangen, vielmehr missgünstig beäugt worden.

So wurde denn einiges gerade und in die richtigen Relationen gerückt, auch mit Hinweis darauf, dass es sich bei den in diesem Jahr zu erwartenden 100.000 Asylbewerbern - zum Teil aus dem Krisenland Syrien - keineswegs um einen "Zustrom" handelt, schon gar nicht gemessen an den weltweit 45 Millionen, die ständig auf der Flucht vor Not und Tod sind.

Lediglich der Schweizer Philipp Gut, Vize-Chefredakteur der "Weltwoche", die einmal linksliberal war und zum rechtspopulistischen Kampfblatt gewendet wurde, versuchte verschiedentlich, dem Gesprächsverlauf seine eigene notorische Note zu verpassen, indem er den Fokus auf die angeblich steigenden Kriminalitätsraten im Umfeld von Asylbewerberheimen richtete. Doch damit kam er an diesem Abend nicht weit und wurde merklich zurückhaltender.

Irgendwann musste selbst er ein paarmal zustimmend nicken - spätestens, als man bei solchen Grundsätzlichkeiten angelangt war wie der, dass es sich beim Asylrecht um ein Grundrecht handelt und bei denen, die es beanspruchen, nicht um "die Asylanten", sondern um einzelne Individuen, um Menschen mit Wünschen und Träumen.

Es gab eine kleine bezeichnende Szene für den Geist, der bei dieser gelungenen Veranstaltung vorherrschte. Als in einem Einspieler ein Mann über Asylbewerber sagte: "Die passen nicht in unser System", kommentierte Friedman spontan: "In unserem System gibt es ein Grundgesetz, in dem der Schutz der Menschenwürde an erster Stelle steht."

**Load-Date:** September 18, 2013

[Schwieriges Ringen um den Doppelpass;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/einwanderung-  
auslaenderverbaende-kaempfen-fuer-doppelpass-a-933005.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/einwanderung-auslaenderverbaende-kaempfen-fuer-doppelpass-a-933005.html)

SPIEGEL ONLINE

12. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 832 words

**Byline:** Alexander Demling

**Highlight:** Die SPD will keinen Koalitionsvertrag ohne doppelte Staatsbürgerschaft, Innenminister Friedrich reagiert mit schriller Rhetorik. Die Türkische Gemeinde wirft dem CSU-Politiker Diskriminierung vor. Denn Millionen Einwanderer aus anderen Staaten haben bereits zwei Pässe.

## Body

---

Berlin - Wenn es in den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD bislang knirschte, ist ein Schmiermittel schnell zur Hand: Geld. Mütterrente oder Vorruhestand für langjährig Versicherte. Warum nicht beides?

Bei der doppelten Staatsbürgerschaft sind Steuermilliarden dagegen keine Lösung: Doppelpass oder kein Doppelpass ist hier die Frage. Ein Kind von Migranten soll sich nach dem Wunsch der SPD nicht mehr mit 23 Jahren entscheiden müssen, welchen Pass es behält. Im Interview mit SPIEGEL ONLINE hat SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles die doppelte Staatsbürgerschaft noch einmal zur roten Linie für ihre Partei erklärt.

Das Thema Doppelpass drängt seit Anfang 2013 besonders: "Von diesem Jahr an könnten Tausende junge Menschen ihre deutsche Staatsbürgerschaft verlieren", sagt der Vorsitzende Mehmet Tanriverdi, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände. Die Einwandererkinder, die in diesem Jahr 23 Jahre alt werden, müssen sich als erste in Deutschland Geborene entscheiden, welche Nationalität ihnen wichtiger ist. Eine "Zerreißprobe" nennt das selbst CSU-Chef Horst Seehofer.

### Friedrich fürchtet um "Identität der deutschen Gesellschaft"

Schon jetzt hat sich die Union beim Staatsangehörigkeitsrecht so weit bewegt wie bei kaum einem anderen Thema seit der Bundestagswahl: Im Wahlprogramm feierten CDU und CSU die Aufgabe der anderen Staatsbürgerschaft noch als "Ja zu unserem Land". Jetzt könnte sich Seehofer auch mit einer "ruhenden Staatsbürgerschaft" anfreunden. Dabei blieben beide Nationalitäten bestehen, gültig wäre immer die des Landes, in dem sich der Doppelpass-Besitzer gerade längerfristig aufhält.

Für Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich grenzt die SPD-Forderung dagegen an Landesverrat. Im Kampf gegen den Doppelpass schreckt der CSU-Politiker nicht mal vor drastischer Rhetorik zurück: Eine "langfristige



Veränderung der Identität der deutschen Gesellschaft" drohe, wenn sich eine "dauerhafte türkische Minderheit" in Deutschland etabliere, sagte der CSU-Politiker vergangene Woche in einem Interview. Friedrichs Botschaft: Wer eine zweite Staatsangehörigkeit nicht aufgeben will, kann es mit der deutschen ja nicht besonders ernst meinen.

Ayşe Demir, stellvertretende Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), nennt Friedrichs Äußerungen gegenüber SPIEGEL ONLINE "extrem diskriminierend". Der größten Einwanderergruppe in Deutschland werde signalisiert, dass sie hier nicht willkommen ist, sagt Demir. Auch sei es willkürlich, dass in erster Linie türkische Einwanderer vor die Wahl gestellt würden. "Denn eigentlich haben wir den Doppelpass in Deutschland längst."

Tatsächlich darf seit Jahren etwa jeder zweite Einwanderer seinen alten Pass behalten. Das gilt etwa für Migranten aus EU-Ländern. Im Innenministerium tut man sich schwer, die zur Regel gewordenen Ausnahmen überzeugend zu erklären. Bei Spaniern oder Griechen Sorge "die besondere Klammer der EU" dafür, dass die Loyalität zu Deutschland nicht in Frage gestellt werden müsse.

Doch auch Einwanderer aus Ländern wie Afghanistan, Syrien oder Iran behalten beide Pässe, weil ihre Heimatländer die Aberkennung der Staatsbürgerschaft schlicht verweigern. "Das sind leider Fakten, an denen man nicht vorbeikommt. Dennoch kann man an dem Grundsatz, Mehrstaatlichkeit zu vermeiden, festhalten", sagt ein Sprecher des Innenministeriums. Pech für die türkischen Einwanderer: Weil ein Verlust der türkischen Staatsbürgerschaft prinzipiell möglich ist, müssen sie sich entscheiden.

### **Türkische Gemeinde will keine Kompromisse**

Nicht nur diese Ungleichbehandlung stört die Ausländerverbände, die Aufgabe eines Passes kann auch reale Nachteile schaffen. In vielen Ländern werden Ex-Staatsangehörige wie Ausländer behandelt: Kinder russischer Migranten, die Deutsche geworden sind, müssen sogar für einen Besuch bei den Großeltern ein teures Visum beantragen.

Eine Einigung zwischen Union und SPD scheint derzeit schwierig. Die Arbeitsgruppe hat das Thema an die große Koalitionsrunde verwiesen, wo am Mittwoch die innenpolitischen Streitfragen diskutiert werden sollen.

Dabei gibt es inzwischen viele Vorschläge für einen Kompromiss: Neben Seehofers ruhender Staatsbürgerschaft kursiert die Idee eines Doppelpasses, der nach mehreren Generationen verfällt. Selbst Minister Friedrich bringt einen eigenen Vorschlag ins Spiel, nachdem ihn die Kanzlerin vergangene Woche ins Gebot genommen hat: Danach müssten Einwanderer zwar weiter eine Nationalität wählen, könnten ihre Entscheidung aber lebenslang rückgängig machen.

Der Türkischen Gemeinde ist das nicht genug. Ein Einwanderer aus Spanien müsse seine Staatsbürgerschaft auch nicht ruhen lassen, sagt TGD-Vorstand Demir. Jeder Kompromiss bringe neue Ungerechtigkeiten mit sich. "Wer Millionen türkischstämmigen Mitbürgern zeigen will, dass sie hier erwünscht sind, muss die doppelte Staatsbürgerschaft einführen. Ohne Wenn und Aber."

**Load-Date:** November 15, 2013

## Land der zerplatzten Träume

SPIEGEL ONLINE

18. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 1104 words

**Byline:** Tobias Brunner

**Highlight:** Der Traum vom besseren Leben zerplatzt für viele **Flüchtlinge** an der deutschen Bürokratie. Im niedersächsischen Gronau hofft die aus dem Irak stammende Familie Dukhans auf einen Neuanfang. Doch sie können weder Arbeit finden noch ihre Religion ausüben.

### Body

---

Gronau - Nur weg aus Syrien. Estabraq al-Daghiree wäre jedes Land recht gewesen, sie wollte einfach nur raus aus diesem Elend. Drei Jahre hauste sie als **Flüchtling** mit ihren Eltern, drei Schwestern und zwei Brüdern am Rande von Damaskus. Ohne Wohnung, ohne Arbeit. Sie hätte jedes Ziel akzeptiert. Und dann - sogar Deutschland! Daghiree hätte sich keinen besseren Ort für einen Neuanfang vorstellen können.

Die junge Frau hatte viel Gutes gehört über das Land, über Arbeitsplätze und Freiheitsrechte. Dinge, die sie nicht mehr kannte, seit sie 2006 mit ihren Angehörigen vor muslimischen Extremisten aus der irakischen Hauptstadt Bagdad geflohen war. "Ich freute mich, als die Uno Deutschland für uns ausgewählt hat", sagt die 22-Jährige in gebrochenem Deutsch.

Doch von dieser Freude ist vier Jahre später nichts mehr übrig. "Hier haben wir keine Arbeit und kennen niemanden. Wir sind sehr traurig", sagt Daghiree, als sie ihre Geschichte erzählt. Die Geschichte der Familie Dukhan. Sie handelt von den vielen bürokratischen Hindernissen, die Flüchtlingen in Deutschland das Leben schwermachen. Selbst wenn sie anfangs mit dem Resettlement-Programm der Uno schnell und problemlos ins Land kommen.

Die Bundesrepublik hat in den vergangenen Jahren rund 2500 irakische Flüchtlinge aufgenommen, denen Folter oder Ermordung drohten. Das Uno-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) stuft diese Menschen als "besonders schutzbedürftig" ein und vermittelt eine Neuansiedlung in Drittländern. Bis 2014 hat sich die Bundesregierung verpflichtet, weitere 900 Flüchtlinge aufzunehmen. Zuletzt kamen Mitte Juli 99 Iraker auf dem Flughafen Hannover an.

### Eine Vier-Zimmer-Wohnung für acht Menschen

Dort landete im Mai 2009 auch die Maschine der Familie Dukhan. Zwei Wochen wohnten sie im Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen, danach im Lager Bramsche bei Osnabrück. Schließlich schickte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die acht Männer und Frauen nach Gronau in Niedersachsen.

## Land der zerplatzten Träume

Die Behörde verteilt alle Flüchtlinge nach einem bestimmten Schlüssel auf die Bundesländer. Doch mit dieser Entscheidung begannen auch die Sorgen der Familie.

Gronau liegt eine halbe Stunde von Hildesheim entfernt, umgeben von Getreidefeldern. Eine Kleinstadt mit 5000 Einwohnern, mit alten Fachwerkhäusern und Backsteinen. Es ist ein beschaulicher Ort, um sich zur Ruhe zu setzen. Aber ist es auch der richtige Platz für irakische Flüchtlinge, um sich eine neue Existenz aufzubauen?

Die Familie sitzt im Wohnzimmer ihrer Dachgeschosswohnung. An den Wänden rankt Efeu, dazwischen hängen Fotos aus mehreren Jahrzehnten. Die Eltern, Schwestern und Brüder teilen sich jeweils ein Zimmer. "116 Quadratmeter sind viel zu klein, aber in Gronau gibt es keine größere Wohnung", sagt Daghirees Bruder Ragheed Abed. Alle acht Erwachsenen heißen eigentlich Dukhan, doch ihre Namen wurden aus dem Arabischen verschieden übersetzt und so in die Pässe eingetragen.

### **Keine Zeugnisse - keine Arbeit**

Aber der 36-Jährige vermisst etwas viel Wichtigeres: Arbeit. In Bagdad betrieb die Familie einen Juwelierladen, die Männer schmiedeten Gold, die Frauen verkauften Schmuck. "Aber hier sucht niemand einen Goldschmied", sagt Abed. Und selbst wenn: Abed hat keine Ausbildung - "im Irak haben wir mit Auge und Kopf gearbeitet". Ohne Zeugnisse sind seine Fähigkeiten in Deutschland wertlos.

Ragheed Abed möchte eigenes Geld verdienen. Ein Jahr lang putzte er die Züge der Bahn in München, die Stelle hatte er sich selbst besorgt. Dann rief ihn das Landratsamt zurück. Denn ihre Aufenthaltsgenehmigung erlaubt der Familie lediglich, im Landkreis Hildesheim zu wohnen - nicht aber in der Stadt selbst.

"Hier ist unsere Religion verloren", klagt Daghiree. Die Dukhans sind Mandäer, jeden zweiten Monat müssen sie sich von einem Scheich taufen lassen. Dieser besucht allerdings nur Großstädte - und das Arbeitslosengeld reicht nicht für acht Fahrkarten.

Für die Familie ist die Auflage des Landkreises zum Symbol ihrer zerstörten Träume geworden. "Wir kamen nach Deutschland und dachten, wir könnten einen eigenen Laden eröffnen", sagt Daghiree. Zwar grüßen die Menschen im Ort freundlich, aber Freunde haben die Iraker nicht gefunden. Sie fühlen sich in Gronau gefangen.

### **Dem Landkreis liegt seit 2010 keine Anfrage der Familie vor**

Der Landkreis habe ihnen versprochen, dass sie nach ein paar Jahren umziehen dürfen. Doch in der neuen Aufenthaltsgenehmigung 2012 stand wieder der verhasste Satz: "Wohnsitznahme nur im Gebiet des Landkreises Hildesheim mit Ausnahme des Gebietes der Stadt Hildesheim gestattet." Abed blickt ratlos auf den grünen Zettel und schweigt.

Der Landkreis verweist auf eine Anordnung des Bundesinnenministeriums von 2008 - demnach könne nur umziehen, wer keine Sozialleistungen mehr bezieht. Und er schreibt: "Nach 2010 ist kein Anliegen dieser Art an die hiesige Ausländerbehörde herangetragen worden." Daghiree versteht das nicht: "Wir haben zuletzt im September 2012 gesagt, dass wir hier weg wollen." Dass sie einen detaillierten Plan für einen möglichen Umzug vorlegen müsste, ist ihr bewusst.

Sie fühlt sich verloren zwischen Gesetzen und Vorschriften, die sie mit ihrem knappen Deutsch nicht versteht. Dieses Schicksal teilt sie mit vielen anderen Flüchtlingen in Deutschland, sagt Karim al-Wasiti vom Flüchtlingsrat Niedersachsen. "Wir sehen überall nur noch Paragraphen." Er fordert, dass der Staat die Männer und Frauen intensiver und vor allem persönlich bei allen Fragen beraten müsse.

### **"Hier ist unsere Religion verloren"**

Daghiree aber spürt die gleiche Ohnmacht wie zuvor in den Jahren der Flucht. 2006 musste die Familie den Irak verlassen, weil die Mandäer als religiöse Minderheit verfolgt wurden. Seit dem Sturz des Diktators Saddam Hussein 2003 bedrohten muslimische Extremisten die Anhänger des Mandäismus, es kam zu Morden und

## Land der zerplatzten Träume

Vergewaltigungen. "In unserer Straße sind viele Menschen umgebracht worden", sagt Daghiree. Hunderte Familien flüchteten in die Nachbarländer Syrien und Jordanien.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker schätzt, dass es weltweit etwa 60.000 Mandäer gibt. Ragheed Abed geht von etwa 4000 in Deutschland aus. Viele von ihnen wohnen in Großstädten wie Nürnberg, München oder Düsseldorf. In Gronau leben nur die Dukhans.

Der Familie bleibt nur, sich Videos der Taufen auf YouTube anzuschauen. Estabraq al-Daghiree schluckt, als die Bilder vorbeirauschen. Dann flüstert sie: "Wir wollen doch nur leben wie alle anderen Menschen in Deutschland."

**Mehr zu dem Thema: SPIEGEL TV Magazin, 22.05-23.05 Uhr, RTL**

**Load-Date:** September 6, 2013

## "Zeichen eines kollektiven Traumas"

Spiegel Online

15. April 2013 Montag 11:12 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PSYCHISCHE FOLGEN VON NSU-VERBRECHEN

**Length:** 975 words

**Highlight:** In München wird Beate Zschäpe und mutmaßlichen NSU-Unterstützern ab Mittwoch der Prozess gemacht. Der Psychotherapeut Ali Kemal Gün erklärt, wie wichtig die Aufarbeitung der Verbrechen für Migranten in Deutschland ist - und welche Ängste bis heute tief sitzen.; <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/psychotherapeuten-zu-nsu-verbrechen-alles-verbleibt-im-gedaechtnis-a-893981.html>

### Body

---

Ali Kemal Gün kennt die Bewohner der Kölner Keupstraße gut. Jener Straße, in der am 9. Juni 2004 eine Nagelbombe explodierte, 22 Menschen wurden verletzt, der Sprengsatz enthielt mehr als 800 Zimmermannsnägel. Psychotherapeut Gün beobachtete, wie das Verbrechen die Menschen veränderte - und nicht nur das.

Am Tag nach dem Anschlag trat der damalige Innenminister Otto Schily vor die Presse und sagte, die Erkenntnisse deuteten auf ein "kriminelles Milieu" hin, nicht auf einen terroristischen Hintergrund. Die Ermittler konzentrierten sich in Ermangelung anderer Spuren vor allem auf das Umfeld der Opfer.

Heute weiß man: Der Anschlag geht aller Wahrscheinlichkeit nach auf das Konto des "Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU), es war ein Terrorakt von Rechtsextremen. Wie bei anderen Verbrechen des Trios auch, schlugen die Ermittlungen nicht nur fehl, sie verstärkten auch die psychischen Leiden der Betroffenen.

Gün weiß sehr genau, was die Folgen von rechtsextremen Verbrechen für die unmittelbar Betroffenen, aber auch generell für die Migranten in Deutschland bedeuten: Er ist Psychotherapeut und betreute die Opfer des Anschlags von Solingen 1993.

**spiegel ONLINE:** Herr Gün, erst wurden die Menschen in der Keupstraße Opfer eines Anschlags, dann Verdächtige. Was hat das unter den Anwohnern bewirkt?

**Gün:** Der Anschlag löste Schock und Panik aus. Und die Reaktion der Politik und der Ermittler führte zu Verunsicherung: Alle haben sich misstrauisch betrachtet und entsprechend behandelt. Jeder war verdächtig. In den ersten Wochen und Monaten trauten sich die Menschen nicht zu, auf die Straße zu gehen, in den Geschäften einzukaufen und sich gegenseitig zu besuchen. Die Folgen der Traumata waren allgegenwärtig.

**spiegel ONLINE:** Gab es niemanden außer den Ermittlern, der sich um die Menschen gekümmert hat?

## "Zeichen eines kollektiven Traumas"

**Gün:** Nein. Statt die durch das Attentat traumatisierten Anwohner psychologisch zu unterstützen, wurden die Opfer wie Täter behandelt, beschuldigt, unter Druck gesetzt und zu Falschaussagen animiert. Am Ende wurden die Verletzten und deren Angehörige durch teilweise unmenschliche Behandlungsmethoden mehr traumatisiert als sie es vorher waren.

**spiegel ONLINE:** Sie haben auch die Angehörigen der Toten des Anschlags in Solingen von 1993 betreut. Sehen Sie Unterschiede im Umgang der Behörden damals und heute?

**Gün:** Größer könnten die Unterschiede kaum sein. Die politische und gesellschaftliche Grundhaltung nach dem Anschlag von Solingen war durch Sensibilität, Mitgefühl, Vertrauen und Unterstützung geprägt. Die Politik war auf Landesebene präsent und in ständigem Kontakt mit den Angehörigen der Opfer. Man ging verständnisvoll mit ihren Ängsten und Sorgen um. Bereits einen Tag nach dem Anschlag war ein Psychologenteam gebildet worden, um die Angehörigen zu betreuen, über Jahre. Diese vertrauensfördernde Haltung hat den Angehörigen ein Sicherheitsgefühl vermittelt, weshalb sie sich letztendlich dazu entschieden haben, in Deutschland zu bleiben.

**spiegel ONLINE:** Und diese organisierte psychologische Hilfe gab es in Köln nicht?

**Gün:** Nein. Dabei ist das wichtigste im Umgang mit individuellem und kollektivem Trauma, die Vermittlung des Gefühls der Sicherheit und des Vertrauens. Nach dem Motto: Es ist passiert, was passiert ist, aber es wird nicht mehr passieren, du bist in Sicherheit, du wirst geschützt. Dadurch wird versucht, den Betroffenen zu helfen, aus der akuten Belastungsreaktion keine bleibenden Posttraumatischen Störungen zu entwickeln. Im Fall des NSU sehe ich diese Hilfe nicht.

**spiegel ONLINE:** Was sind die Folgen auf längere Sicht?

**Gün:** Alles verbleibt im Gedächtnis. Die Betroffenen verdrängen das erlebte Trauma, um funktionieren zu können. Doch das ist nur eine Bewältigungsstrategie: Das jahrelang Kompensierte kann in Krisensituationen in unkontrollierte Bahnen geraten und zu psychischen "Auffälligkeiten" führen. Das zeigt ja zum Beispiel die steigende Zahl an Altersdepressionen in Deutschland: Sie steht auch in Zusammenhang mit den Erlebnissen der Kriegsgeneration.

**spiegel ONLINE:** Was bedeuten die Erfahrungen mit den Taten des NSU für Migranten in Deutschland?

**Gün :** Bewusst oder unbewusst könnte sich bei Migranten eine Psycho-Logik verfestigen, etwa: "Das Ziel dieser Anschläge und Morde waren Türkeistämmige. Ich komme auch aus der Türkei, mir könnte das gleiche passieren. Ich bin in Deutschland nicht in Sicherheit." Das macht die betreffenden Menschen unsicher und versetzt sie in Angst und schafft Misstrauen. Dies kann unter Umständen zu emotionaler Stumpfheit, Reizbarkeit und Gleichgültigkeit gegenüber der Mehrheitsgesellschaft führen.

**spiegel ONLINE:** Kann der kommende Prozess dazu beitragen, diese Folgen abzuschwächen?

**Gün :** Im Türkischen gibt es ein Sprichwort, "adalet yerini bulur", die Gerechtigkeit wird siegen. Wenn die Ereignisse, Fehler und Pannen während der Ermittlungen mit all ihren Hintergründen unmissverständlich aufgeklärt werden, würde dies dazu beitragen, das Gefühl der Sicherheit mindestens zu stärken.

**spiegel ONLINE:** Und wenn dies nicht gelingt?

**Gün:** Dann wird dies auch Auswirkungen auf das Zusammenleben in Deutschland haben. Bleiben Angst, Sorge und Misstrauen, wird diese Wunde ihre Spuren hinterlassen, trotz der Bemühungen um Integration und ein Miteinander in den vergangenen Jahren. Der Hausbrand am 30. März in Köln-Höhenberg zeigt, wie sehr das Vertrauensverhältnis in Deutschland zerstört ist. Während die Deutschen dazu zu neigen schienen, rassistische Hintergründe sofort auszuschließen, ging die türkische Seite zunächst grundsätzlich von einem rassistischen Hintergrund aus. Natürlich könnte man die Reaktionen der türkischen Seite als überempfindlich bezeichnen, aber diese sind doch gerade ein Zeichen eines kollektiven Traumas, nicht im pathologischen Sinne, aber aufgrund von gemachten Erfahrungen in der Vergangenheit.

"Zeichen eines kollektiven Traumas"

*Das Interview führte Maik Baumgärtner*

**Load-Date:** April 18, 2013

---

End of Document

## "Russland wird Snowden nicht herausgeben"

SPIEGEL ONLINE

24. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 1348 words

**Highlight:** Edward Snowden kann den Transitbereich des Moskauer Flughafens bald verlassen, Russlands Behörden haben seine Papiere ausgestellt. Der Anwalt Kutscherena ist einer der wenigen, die Zugang zu dem NSA-Enthüller haben. Im Interview berichtet er über Snowdens Pläne und Russlands Kraftprobe mit den USA.

### Body

---

Wochenlang musste Edward Snowden an Moskaus Flughafen Scheremetjewo ausharren. Jetzt nähert sich sein Warten dem Ende. Russlands Migrationsdienst hat laut der Nachrichtenagentur RIA eine erste Prüfung seines Asylantrags beendet und Snowden Papiere ausgestellt, mit denen er sich vorläufig frei in Russland bewegen kann. Mit einer endgültigen Entscheidung, ob Russland dem Whistleblower Unterschlupf gewährt, ist innerhalb der nächsten Monate zu rechnen. So lange dauert die Asylprüfung im Hauptverfahren.

Im Interview mit SPIEGEL ONLINE berichtet Snowdens russischer Anwalt Anatolij Kutscherena, welche Sorgen den 30-Jährigen bewegen und wie er seine Zeit in den vergangenen Wochen verbracht hat. "Er ist viel im Internet gesurft, er hat mit seinen Freunden geschattet", sagt der Russe. Amerika, so stellt der Jurist klar, habe bisher kein Auslieferungsgesuch gestellt. Das wundere ihn. Die US-Botschaft habe aber den Wunsch geäußert, ihn zu treffen.

**SPIEGEL ONLINE:** Welche Pläne hat Snowden? Wo wird er in Russland unterkommen?

**Anatolij Kutscherena:** Das kann er selbst entscheiden. Vielleicht wird er sich eine Wohnung nehmen oder ein Zimmer in einem Hotel. Er könnte auch nach Nowosibirsk oder in eine andere russische Stadt ziehen. Wir bekommen viele Angebote von Bürgern, die ihm Unterkunft anbieten. Viele Offerten stammen von jungen Frauen.

**SPIEGEL ONLINE:** Was wird er ernsthaft in Betracht ziehen?

**Kutscherena:** Ihm schmeichelt die Aufmerksamkeit der russischen Bürger. Gleichzeitig ist das Interesse so enorm, dass ich nach meinem ersten Treffen mit ihm 464 verpasste Anrufe hatte, die meisten von Journalisten. Wir müssen aber auch an seine Sicherheit denken.

**SPIEGEL ONLINE:** Kaum jemand hat Edward Snowden zuletzt so oft sprechen können wie Sie. Wie geht es ihm?

**Kutscherena:** Manchmal hat Edward einen Witz gemacht, aber insgesamt wirkte er niedergeschlagen. Er saß ja auch die ganze Zeit in diesem Kapsel-Hotel fest. Die Bedingungen sind in Ordnung, sagt er. Faktisch war das aber wie Hausarrest. Er saß in der Falle und wusste nicht genau, was er tun soll. Als wir ihn das erste Mal trafen, wollten wir ein Foto mit ihm machen. Er hat das abgelehnt, er sorgt sich sehr um seine Sicherheit.



" Russland wird Snowden nicht herausgeben"

**SPIEGEL ONLINE:** Wovor hat er Angst?

**Kutscherena:** Es vergeht doch kein Tag, an dem Washington nicht irgendeinem Land mit Sanktionen droht, falls es Snowden hilft. Kaum ein Tag, an dem es nicht irgendeine Stellungnahme aus dem amerikanischen Außenministerium gibt. Klar beunruhigt ihn das. Im Falle einer Auslieferung an die USA befürchtet er Folter und die Todesstrafe. Deshalb will er ja auch in Russland Asyl.

**SPIEGEL ONLINE:** Hat er den Transitbereich des Flughafens all die Wochen nicht verlassen?

**Kutscherena:** Davon bin ich überzeugt. Hätte er das Terminal verlassen können, hätte er sich wenigstens ein anderes Hemd besorgt. Ich habe ihn aber immer in derselben Kleidung gesehen, er hat kaum Sachen zum Wechseln.

**SPIEGEL ONLINE:** Hat der Geheimdienst ihn abgeschirmt? Wer ist bei ihm?

**Kutscherena:** Warum sollte er abgeschirmt werden? Die Transitzone ist ein Sperrbereich. Niemand kommt dort so einfach rein. Er ist dort sicher. Bei ihm ist nur Sarah Harrison von Wikileaks.

**SPIEGEL ONLINE:** Womit hat Snowden seine Zeit verbracht?

**Kutscherena:** Er ist viel im Internet gesurft, er hat mit seinen Freunden geschattet. Er hat den Plan, Russisch zu lernen. Ich habe ihm eine Schüler-Fibel geschenkt, damit er das russische ABC lernt.

**SPIEGEL ONLINE:** Wie haben Sie mit ihm kommuniziert?

**Kutscherena:** Nur telefonisch oder persönlich. Er rief an und sagte, dass er ein Treffen will. Dann bin ich zu ihm gefahren. Wir besprechen nichts am Telefon. Wir unterhalten uns mit Hilfe eines Übersetzers.

**SPIEGEL ONLINE:** Wo genau brauchte Snowden Ihre Hilfe?

**Kutscherena:** Bei unserem zweiten Treffen habe ich ihn gefragt, warum er schon so lange hier am Flughafen sitzt. "Ich weiß nicht, was ich tun soll", hat er geantwortet. Ich helfe ihm, die russische Gesetzeslage zu verstehen.

**SPIEGEL ONLINE:** Sie unterstützen ihn bei seinem Asylantrag?

**Kutscherena:** Er hat behauptet, er habe 21 Länder um Asyl gebeten. Ich habe ihm dann erklärt, dass das juristisch unmöglich ist. Er kann einen Asylantrag nur an dem Ort stellen, an dem er sich befindet. Alles andere ist virtuell.

**SPIEGEL ONLINE:** Wie hat Snowden den Asylantrag in Russland gestellt?

**Kutscherena:** Der Antrag musste persönlich übergeben werden. Edward konnte den Transitbereich aber bislang nicht verlassen. Per Hand hat er deshalb eine Absichtserklärung geschrieben. Wir haben sie Russlands Einwanderungsbehörde übergeben. Ich habe einen Anruf bei der Einwanderungsbehörde gemacht und dann ist ein Behördenvertreter zum Flughafen rausgekommen. Per Post schicken, das geht bei einem Asylantrag nicht. Ein Beamter muss ihn entgegennehmen. Er hat darüber gewacht, dass Edward jede Seite des Antrags persönlich unterschreibt.

**SPIEGEL ONLINE:** Haben die Amerikaner Kontakt zu Ihnen aufgenommen?

**Kutscherena:** Die Botschaft hat mich angerufen, sie wollen ein Treffen. Was mich verwundert: Es gibt bis heute kein offizielles Auslieferungsgesuch von Seiten der USA. Ich wiederhole: Amerika hat kein Auslieferungsgesuch gestellt! Und Amerika hat nicht verlautbart, dass Snowdens Vorwürfe nicht stimmen. Snowden hat der Welt die Augen geöffnet.

**SPIEGEL ONLINE:** Was ist Snowdens Motivation?

" Russland wird Snowden nicht herausgeben "

**Kutscherena:** Wir wissen alle, was die Menschen für gewöhnlich treibt: Habgier, Geld, Frauen. Aber bei ihm habe ich all das nicht erkennen können. Ich habe ihm in die Augen geschaut. Er hat Ideale. Er weiß: Niemand wird ihm für seine Enthüllungen eine Insel in der Südsee mit Villa schenken. Sein Ziel ist, den Amerikanern und den Europäern und der Welt die Augen zu öffnen. Sie sollen wissen, dass ihre Korrespondenz überwacht wird.

**SPIEGEL ONLINE:** Ist Snowden für Moskau ein Propaganda-Geschenk oder eher eine Last, weil sein Fall das ohnehin angespannte Verhältnis zu Amerika weiter verschlechtern könnte?

**Kutscherena:** Ich beschäftige mich nicht mit der großen Politik. Aber Russland kann gar nicht anders, als ihm zu helfen. Snowden handelt aus Überzeugung. Welcher Anwalt würde solch einen Fall nicht begleiten wollen! Mir ist es wichtig, ihn zu verteidigen.

**SPIEGEL ONLINE:** Wie kommt es denn, dass viele Kreml-nahe Funktionäre bei dem Treffen mit Snowden im Flughafen dabei waren?

**Kutscherena:** Er hat Personen eingeladen, die in Russland bekannt sind und oft auftreten. Es waren sehr unterschiedliche Leute dabei, etwa von Amnesty International.

**SPIEGEL ONLINE:** Ist Snowden nicht längst unter den Fittichen des russischen Geheimdienstes? Jemand muss ihm doch geholfen haben, Sie zu finden und die anderen Kontakte zu knüpfen.

**Kutscherena:** Wenn er mit den Agenten hätte reden wollen, hätte er sich direkt an sie gewendet. Ich nehme an, Wikileaks hat ihm bei der Einladungsliste für das Treffen geholfen.

**SPIEGEL ONLINE:** Russland hat einen riesigen Geheimdienstapparat. Abgehörte Telefonate Oppositioneller tauchen schon mal in der Kreml-nahen Presse auf. Ist der demonstrative Einsatz für Snowden nicht scheinheilig?

**Kutscherena:** Ich bin für Ehrlichkeit. Die Amerikaner predigen von der Kanzel, dass sie die Verfassung schützen. Der Mensch steht dort an erster Stelle, seine Rechte und Freiheiten sind unantastbar. Natürlich erlauben die Gesetze auch Spezialoperationen und Einschränkungen, etwa im Kampf gegen Terroristen. Aber doch nicht in solcher Masse!

**SPIEGEL ONLINE:** Was weiß Snowden über Russland?

**Kutscherena:** Er hat nur allgemeine Vorstellungen von unserem Land. Aber er interessiert sich für unsere Kultur. Er fragt nach dem Bolschoi-Theater. Wenn alles entschieden ist und er diese Falle am Flughafen endlich verlassen kann, wird er aber auf jeden Fall Zeit brauchen, um sich in Russland zurechtzufinden.

**SPIEGEL ONLINE:** Können Sie ausschließen, dass Putin sich doch noch auf einen Deal mit Obama einlässt?

**Kutscherena:** Russland wird ihn nicht herausgeben.

Das Interview führten Benjamin Bidder und Matthias Schepp in Moskau

**Load-Date:** August 12, 2013

## Journalisten greifen zur Selbsthilfe

SPIEGEL ONLINE

26. März 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / DEFAULT; S. 0; Ausg. 0

**Length:** 1177 words

**Byline:** Julia Jüttner

**Highlight:** Unter den Opfern des NSU sind acht türkischstämmige Migranten. Doch für den Münchner Prozess gegen Beate Zschäpe wurde keinem türkischen Medium ein fester Platz im Saal zugesprochen. Die Vergabepraxis stößt auf harsche Kritik - manche Journalisten nehmen die Sitzverteilung nun selbst in die Hand.

### Body

---

Mikdat Karaalioglu nimmt die Dinge nun selbst in die Hand. Der Chefredakteur der türkischen Tageszeitung "Sabah" mit Redaktionssitz in Hessen und einem Korrespondentenbüro in München kann nicht verstehen, dass beim NSU-Prozess in der bayerischen Landeshauptstadt keine türkische, aber auch sonst keine internationale Presse wie die "New York Times", die BBC und die "International Herald Tribune" akkreditiert wurde - außer RTL Niederlande.

Die Platzvergabe sorgt für großen Unmut: In München soll Beate Zschäpe und vier weiteren Angeklagten ab dem 17. April der Prozess gemacht werden, die juristische Aufarbeitung der Verbrechen des "Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) ist eines der größten Strafverfahren der deutschen Justizgeschichte.

123 Medien und freie Journalisten hatten sich beim Oberlandesgericht München (OLG) um eine Akkreditierung bemüht, unter ihnen acht türkische. 50 wurden vom Oberlandesgericht ausgewählt. Unter ihnen keines der türkischen.

Bei vielen ist die Empörung nun groß: Acht Mordopfer des Neonazi-Trios waren türkischstämmige Migranten - doch türkische Medien sollen ohne festen Platz im Gerichtssaal auskommen? Auch unter Journalisten regt sich Widerstand. Und weil das OLG an seiner Vergabepraxis festhält, gehen manche Medienvertreter das Problem nun selbst an; sie bieten Kollegen türkischer Medien an, sich den Platz mit ihnen zu teilen.

#### "Das Prinzip ist lächerlich"

"Wir haben oft und ausführlich berichtet, wir wollten den Prozess im Sitzungssaal mitverfolgen", sagt "Sabah"-Chefredakteur Karaalioglu. Der Erklärung des Gerichts, die Akkreditierungsgesuche seien in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt worden, akzeptiert er nicht. "Wir haben uns rechtzeitig akkreditiert. Nach dem 'Wer zuerst kommt'-Prinzip zu verfahren, ist lächerlich, wir sind doch nicht beim Ausverkauf!" Seine Redaktion habe bereits mit den akkreditierten 50 Journalisten Kontakt aufgenommen, ob sie bereit seien, sich ihren Platz mit "Sabah" zu teilen.

## Journalisten greifen zur Selbsthilfe

Christian Fuchs, freier Journalist und Autor des NSU-Buches "Die Zelle", hat einen Platz im Gerichtssaal bekommen. Doch er kritisiert die Vergabepraxis: Er fände es gerecht, wenn auch türkische und türkischstämmige Leser von ihren Landsleuten unabhängig informiert werden könnten. "Sie sollten nicht vom Glück abhängig sein, dass einer ihrer deutschen Kollegen an einem Tag nicht zum Prozess kommt." Fuchs entschied sich, der "Hürriyet" anzubieten, sich mit ihm den sicheren Platz zu teilen.

Es habe erhebliche Irritationen und Missverständnisse im Zusammenhang mit den Akkreditierungslisten gegeben, sagt Margarete Nötzel, Richterin und Leiterin der Justizpressestelle am Oberlandesgericht München. Grundsätzlich gebe es zwei Varianten für die Auswahl von Medienvertretern: die Berücksichtigung der Akkreditierungsgesuche in der Reihenfolge ihres Eingangs oder die Durchführung eines Losverfahrens. Im Fall des Zschäpe-Verfahrens habe sich der Senat "in richterlicher Unabhängigkeit" für die Reihenfolge als Kriterium entschieden. Das sei "von Anfang an klar und allen Medien bekannt" gewesen.

### **"Für Millionen Migranten in Deutschland wie ein Schlag ins Gesicht"**

Es bedeute keineswegs, dass die Journalisten, die keine reservierten Plätze haben, nicht am Prozess teilnehmen könnten, betont Justizsprecherin Nötzel. Das ergebe sich auch aus der sogenannten Sicherheitsverfügung, die der Senat bereits Anfang März ausgegeben hatte. "Sämtliche Medien, insbesondere selbstverständlich auch die ausländischen Medien/Medienvertreter, können nach Maßgabe der oben erwähnten Sicherheitsverfügungen am Prozess teilnehmen, indem sie einen der freien Sitzplätze außerhalb des reservierten Bereichs oder einen der freiwerdenden Sitzplätze innerhalb des reservierten Bereichs einnehmen", heißt es. Ist einer der reservierten Plätze bis 15 Minuten vor Beginn der Verhandlung unbesetzt, rückt ein Journalist nach, der keine Reservierung hat.

"Die Begründung des Gerichts mag juristisch einwandfrei sein, aber sie muss den Millionen Migranten in Deutschland wie ein Schlag ins Gesicht vorkommen", so Christian Fuchs. Die Redakteure der "Hürriyet" beraten noch, wie sie verfahren möchten. Das OLG München, dem Fuchs ebenfalls die Sitzteilung vorschlug, prüft noch, ob es grünes Licht geben kann.

Die "Bild"-Zeitung hat angeboten, zugunsten der türkischen Tageszeitung "Hürriyet" ganz auf ihren Platz zu verzichten. Gerichtssprecherin Nötzel sagte jedoch, ein solcher Tausch sei nicht möglich. Jeder Journalist müsse namentlich sowie für das Medium akkreditiert sein. Auch eine Nachmeldung sei nicht möglich. "Wir können nicht im Nachhinein die Akkreditierungsbedingungen ändern", sagte Nötzel. "Ich lege großen Wert darauf, dass es der Gleichbehandlungsgrundsatz verbietet, jemanden zu bevorzugen oder benachteiligen."

### **"Ungeheure Unsensibilität des Gerichts"**

Nötzel betont, auch eine Übertragung der Hauptverhandlung in einen anderen Sitzungssaal sei nach deutschem Recht nicht zulässig. Darauf hatte der Präsident des Oberlandesgerichts München bereits Mitte März hingewiesen: Eine derartige Übertragung würde eindeutig gegen § 169 Satz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes verstoßen.

"Juristisch ist die Entscheidung komplett richtig und unangreifbar", sagt Khubaib-Ali Mohammed, Vertreter der Nebenklage. Der Senat habe Anfang März deutlich die Bedingungen erklärt. "Aber politisch ist es etwas unglücklich, dass keine türkischen Medien reservierte Plätze erhalten haben."

"Die Platzvergabe zeugt von einer ungeheuren Unsensibilität des Gerichts", kommentiert Bernd Kaminski, Pressesprecher des "Bündnis gegen Naziterror und Rassismus". Das Gericht gefährde mit "dem willkürlichen Verfahren eine kritische Berichterstattung". "Gerade vor dem Hintergrund, dass die Ermittlungen um die Morde des NSU geprägt von institutionellem und strukturellem Rassismus waren, ist das empörend", so Kaminski.

### **Sitzungssaal wurde umgebaut**

Der Prozess sollte unbedingt in München verhandelt werden. Von zehn Morden, für die der NSU verantwortlich gemacht wird, wurden fünf in Bayern verübt - zwei in München, drei in Nürnberg. Deshalb soll der 6. Strafsenat des

## Journalisten greifen zur Selbsthilfe

Oberlandesgerichts der bayerischen Hauptstadt über Beate Zschäpe und vier weitere mutmaßliche Unterstützer richten. Der größte Sitzungssaal wurde extra umgebaut. Am 17. April ist erster Prozesstag.

Oberlandesgerichte sind laut Gerichtsverfassungsgesetz als erste Instanz zuständig, wenn der Vorwurf auf Mord und Bildung einer terroristischen Einigung lautet wie im Fall Beate Zschäpe und den weiteren vier Angeklagten. Die Anklage zu diesem sogenannten Staatsschutzverfahren wurde durch den Generalbundesanwalt erhoben.

Von den fünf Angeklagten, die von insgesamt zwölf Rechtsanwälten verteidigt werden, sind zwei in Untersuchungshaft. Der Strafsenat wird in der Regel zweimal wöchentlich tagen. Die bisher festgelegten 86 Verhandlungstage bis Januar 2014 dürften nach Einschätzung des Vorsitzenden für dieses umfangreiche Verfahren nicht ausreichen.

**Load-Date:** May 31, 2013

---

End of Document

## Einwanderer gründen besonders eifrig

Spiegel Online

5. Juli 2012 Donnerstag 9:07 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** JUNGUNTERNEHMER

**Length:** 756 words

**Byline:** Eva-Maria Simon

**Highlight:** Jeder fünfte Firmengründer hat ausländische Wurzeln. Das hört sich nach einer Erfolgsmeldung an, doch viele gründen aus der Not heraus - in ihrem Beruf finden sie keine Anstellung. Vom Gründungseifer der Einwanderer profitieren viele: Sie schaffen mehr Arbeitsplätze als Deutsche.;  
<http://www.spiegel.de/karriere/berufsstart/einwanderer-gruenden-besonders-haeufig-unternehmen-a-842618.html>

### Body

---

Manchmal fragt sie sich, warum sie es nicht schon vor zehn Jahren gewagt hat. Endlich hat Narges Maghmoumi, 42, ihr eigenes Unternehmen gegründet. Vor 20 Jahren kam die Architektin aus dem Iran nach Deutschland, seit 2010 arbeitet sie von zu Hause aus als Architektur- und Energieberaterin. Jetzt konnte sie ein Büro eröffnen im Hamburger Stadtteil Dulsberg. "Das war schon immer mein großer Wunsch", sagt sie.

Jeder fünfte Firmengründer hat wie Maghmoumi ausländische Wurzeln. Die Selbständigenquote der Einwanderer hat sich in 20 Jahren fast verdoppelt, sie haben sogar die Einheimischen überholt. Nach Zahlen der staatlichen KfW-Bankengruppe hatten im vergangenen Jahr 184.000 Menschen und damit 22 Prozent aller Unternehmensgründer in Deutschland einen Migrationshintergrund. Das sind 15 Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei ging die Gesamtzahl der Gründungen um elf Prozent zurück.

"Wenn jemand bereits in ein anderes Land gegangen ist, spricht das für eine höhere Bereitschaft, sich auf Neues einzulassen", sagt Alexander Kritikos, Forschungsdirektor für Entrepreneurship am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Außerdem sei Selbständigkeit in anderen Ländern verbreiteter. Narges Maghmoumi zum Beispiel hat fünf Geschwister, vier von ihnen sind selbstständig: "Sie sind immer meine Vorbilder gewesen", sagt sie.

Und doch fällt ein Schatten aufs Gründerparadies: In Deutschland machen sich besonders viele Menschen selbständig, weil sie keine andere Möglichkeit sehen. Knapp jeder vierte Gründer in Deutschland war laut DIW im Jahr vorher arbeitslos.

Viele Ausländer ohne anerkannten Abschluss hätten nicht in gleichem Maße von den guten Arbeitsbedingungen profitiert wie Deutsche, sagt KfW-Direktorin Margarita Tchouvakhina: "Sie lassen sich aber nicht entmutigen, sondern nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand und wagen den Schritt in die Selbstständigkeit."

## Einwanderer gründen besonders eifrig

Auch Architektin Narges Maghmoumi hat lange keinen Job gefunden, trotz Diplomnote 1,0: "Die erste Frage war immer: Woher kommen Sie? Selbstständigkeit war die einzige Möglichkeit, endlich in meinem Beruf zu arbeiten." Eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) macht deutlich: Unter den Migranten liegt der Anteil derer, die aus Mangel an Alternativen gegründet haben, bei mehr als 30 Prozent. Unter Deutschen sind es nur 25 Prozent.

### Einwanderer schaffen mehr Arbeitsplätze

Mehr als jeder dritte Existenzgründer mit ausländischen Wurzeln macht sich als Dienstleister selbstständig, etwa als Friseur oder Fotograf. Aber auch Handel und Gastronomie sind beliebt. "Bei Dienstleistungsberufen sind die Eintrittsbarrieren nicht so hoch", sagt Kritikos. Gründer müssen keine Maschinen kaufen und brauchen keinen Meisterbrief.

Allerdings werden auch innovative Geschäftsideen von Ausländern deutlich häufiger umgesetzt als von Deutschen. Im Schnitt der Jahre 2008 bis 2011 lag der Anteil der innovativen Gründer bei Einwanderern bei 24 Prozent, bei Deutschen nur bei elf Prozent, so die KfW-Bank. Auch stellten Migranten bei Unternehmensgründung deutlich häufiger schon Mitarbeiter ein. Mehr als 70 Prozent beschäftigen gleich nach der Gründung einen Mitarbeiter oder beabsichtigen das; bei den Einheimischen sind es nur knapp 50 Prozent, fanden Forscher des DIW heraus. Auch Narges Maghmoumi bezahlt inzwischen schon einen Mitarbeiter auf Honorarbasis.

Insgesamt ist die Zahl der Selbständigen in Deutschland von 1991 bis 2009 stark gestiegen: von 3,0 auf 4,2 Millionen. Im internationalen Vergleich liegt das Land dennoch nur im Mittelfeld. Der "Global Entrepreneurship Monitor" der Leibniz Universität Hannover und des IAB misst regelmäßig, welcher Anteil der erwachsenen Bevölkerung gerade eine Existenz aufbaut. Im Jahr 2010 kam Deutschland auf 2,5 Prozent und belegt damit unter 22 vergleichbaren Industrieländern nur Platz zehn.

Den DIW-Experten Kritikos stört das nicht; für ihn ist Qualität wichtiger als Quantität: "Wir haben festgestellt, dass die Zahl der Gründungen über viele Jahre größer war als die Zahl der Marktaustritte." Die Unternehmen seien also nachhaltig. Erfreulich sei auch, dass die Wahrscheinlichkeit, selbständig zu sein, linear mit dem Bildungsstand ansteigt. Und noch eine frohe Botschaft haben die Forscher: Gründen lohnt sich. Bei Selbständigen kommt es deutlich seltener vor, dass sie weniger als 1100 Euro netto verdienen als bei Angestellten.

Und Narges Maghmoumi bekommt jetzt die Anerkennung, die sie lange vermisst hat: "Für meine Kunden ist nicht meine Herkunft wichtig, sondern meine Berufserfahrung."

**Load-Date:** July 5, 2012

## Krampf ums Herz

SPIEGEL ONLINE

18. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** GESUNDHEIT / DIAGNOSE & THERAPIE

**Length:** 753 words

**Byline:** Dennis Ballwieser

**Highlight:** Ein Migränemedikament löst bei einer Patientin Brustschmerzen aus. Die bedrohlichen Beschwerden scheinen zunächst halb so schlimm, monatelang behandelt die Patientin sie mit einem Spray. Bis eines Tages ihr Herz stehen bleibt.

### Body

---

Die Frau leidet unter Migräne, sie nimmt ein Medikament gegen die heftigen Kopfschmerzen, kurz darauf muss sie ins Krankenhaus. Eine seltene, aber gefürchtete Nebenwirkung des Wirkstoffs, des sogenannten Triptans, macht ihr zu schaffen: Sie spürt die Brustschmerzen einer Angina pectoris.

Im Elektrokardiogramm, dem EKG, sehen die Ärzte Anzeichen eines Herzinfarkts, ein Labortest allerdings bleibt unauffällig. Die Kardiologen machen eine Koronarangiografie, sie schieben einen Katheter ins Herz der Frau und spritzen ein Kontrastmittel in die Gefäße, die den Herzmuskel mit Blut versorgen. Die Herzkranzgefäße scheinen gesund zu sein, allerdings wirken sie teilweise verkrampft.

Ärzte bezeichnen den beobachteten Zustand als Koronarspasmus, die Frau hat eine Prinzmetal-Angina. Bei dem Phänomen können die Gefäßkrämpfe schlimmstenfalls zu einem Herzinfarkt führen, seinen Namen verdankt es dem amerikanischen Kardiologen Myron Prinzmetal. Er hatte es als erster beschrieben.

Um künftige Anginaanfälle zu verhindern, soll die Patientin ein vorbeugendes Medikament einnehmen, das Rauchen aufgeben und auch keine Triptane mehr gegen ihre Migräne schlucken. Für künftige Anfälle bekommt sie ein Spray, das einen gefäßerweiternden Wirkstoff enthält. Tatsächlich kann sie einige Brustschmerzattacken erfolgreich mit dem Glyceroltrinitrat-Spray bekämpfen.

Doch ein Jahr später hilft es nicht mehr. Die 46-Jährige bricht zusammen, ihr Herz bleibt stehen, sie muss vom Rettungsdienst wiederbelebt werden, die Reanimation glückt.

### Schneller Herzrhythmus

Auf dem EKG-Streifen, der bereits vor dem Herzstillstand die elektrische Aktivität im Herzmuskel aufgezeichnet hat, fällt den Ärzten im britischen Oxford Heart Centre nur auf, dass der ansonsten normale Herzrhythmus schneller war als üblich, berichten Judy Martin und ihre Kollegen im Fachmagazin "The Lancet".



## Krampf ums Herz

Nach ihrem Herzstillstand behandeln die Herzspezialisten die Patientin auf der Intensivstation, wo sie in Narkose beatmet wird. Während der ersten 48 Stunden bleibt ihr Herz noch insgesamt fünf Mal stehen, während im EKG scheinbar normale Rhythmen zu sehen sind. Im Fachjargon heißt das Phänomen pulslose elektrische Aktivität - trotz der Signale zieht sich der Herzmuskel nicht zusammen.

Wie beim ersten Angina-Anfall ein Jahr zuvor sehen die Mediziner während dieser Kreislaufstillstände im EKG Hinweise auf einen Herzinfarkt, der Blutdruck verschlechtert sich zunächst, schließlich stellt das Herz das Pumpen ein. Jedes Mal gelingt es den Intensivmedizinern, durch 15- bis 25-minütige Reanimation die Patientin zurück ins Leben zu holen.

Zwischen diesen dramatischen und lebensbedrohlichen Kreislaufstillständen kontrollieren die Ärzte das Herz der Patientin mehrfach und mit verschiedenen Mitteln. Im Ultraschallbild sehen sie normal große Herzkammern, die ohne Auffälligkeiten Blut pumpen. Das EKG ist unauffällig. Auch wiederholte Katheteruntersuchungen zeigen normale Herzkranzgefäße, wenn auch deren Durchmesser im Vergleich zum Vorjahr etwas abgenommen hat.

### **Pumpe in der Hauptschlagader**

Die Patientin bekommt einen vorübergehenden Herzschrittmacher und eine in der Hauptschlagader arbeitende Pumpe, die das Herz entlasten soll: Ein Ballon wird in der Hauptschlagader aufgepumpt, wenn die Herzkammern sich mit Blut füllen; so steigt die Blutversorgung des Herzens selbst. Sobald der Herzmuskel sich zusammenzieht und Blut aus den Herzkammern in den Körper pumpt, wird der Ballon geleert und senkt dadurch den Widerstand, gegen den das Herz arbeiten muss. Den Ärzten gelingt es, einen weiteren sich im EKG ankündigenden Herzstillstand mit Medikamenten zu verhindern.

Die britischen Ärzte berichten, zwar sei das erhöhte Risiko für einen Herzstillstand bei Patienten mit einer Prinzmetal-Angina bekannt, es gebe auch vereinzelt Fallberichte von Herzstillständen, doch die britische Patientin habe es besonders schwer getroffen. In der medizinischen Literatur sei nur ein annähernd vergleichbarer Fall beschrieben, doch selbst bei diesem Patienten sei es nicht zu wiederholten pulslosen elektrischen Aktivitäten gekommen.

Die britische Patientin hat vor allem am Gehirn keine bleibenden Schäden ihrer vielfachen Kreislaufstillstände davongetragen, bei einer Kontrolluntersuchung im Sommer 2013 sei es ihr gut gegangen, schreiben die Ärzte. Für künftige Angina-Attacken trägt sie weiterhin ein Glyceroltrinitrat-Spray bei sich und weiß, dass sie im Ernstfall sofort Hilfe benötigt.

**Load-Date:** September 18, 2013

## Der Roma-Treck

Spiegel Online

23. Oktober 2012 Dienstag 9:51 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ZUWANDERUNG IN NRW

**Length:** 1128 words

**Byline:** Jörg Diehl

**Highlight:** Sie träumen von einem besseren Leben, von einer Zukunft für ihre Kinder: Zehntausende Roma sind in den vergangenen Jahren nach Deutschland gekommen, weil sie Armut und Ausgrenzung in ihren Heimatländern entrinnen wollen. Doch der **Flüchtlingsstrom** sorgt für erhebliche Probleme.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/roma-in-duisburg-zuwanderer-aus-rumaenien-in-nrw-a-862059.html>

## Body

---

Sie kauern zusammen auf dem Sofa, die beiden Eltern und ihre vier Kinder. Der Raum ist kahl und feucht, Putz bröckelt von den Wänden, auf dem Boden liegen schmutzige Teppiche. Das hier also soll der Anfang einer besseren Zukunft sein, von der Radu und Ilena\* träumten, als sie vor vier Wochen einen Kleinbus in Rumänien bestiegen. Jetzt starren sie apathisch auf den stumm geschalteten Fernseher, es läuft 3Sat, irgendeine Tierdokumentation, und das erste, was Radu sagt, ist: "Keine Probleme, alles gut."

Nur nicht auffallen, keinen Ärger machen, unsichtbar bleiben - das wollen viele der Menschen, die wie die Familie aus der Stadt Iasi Teil der großen Wanderung sind. Zehntausende Menschen aus Rumänien und Bulgarien sind in den vergangenen Jahren ins Ruhrgebiet gezogen, Tendenz weiter steigend. Die meisten von ihnen sind Roma, die dem Elend und der Perspektivlosigkeit in ihrer Heimat dadurch zu entfliehen suchen, dass sie für etwa 100 Euro pro Person ein Ticket ins gelobte Deutschland kaufen. Doch das vermeintliche Paradies, so müssen die Neuankömmlinge schnell feststellen, ist schon besetzt.

Als EU-Bürger dürfen sich Rumänen und Bulgaren zwar ganz legal in der Bundesrepublik aufhalten, doch normal zu arbeiten ist ihnen verboten. Übrig bleiben meist Jobs als Tagelöhner, für drei, vier Euro die Stunde bieten sich die Männer am Straßenrand als selbständige Bauhelfer an, viele Frauen müssen sich prostituieren. Allerdings bekommen die Familien Kindergeld, Radu und Ilena kassieren demnächst für ihre Nachkommen 773 Euro im Monat, als Kranführer in Rumänien verdiente der 39-Jährige im selben Zeitraum etwa 110 Euro.

### "Gute Arbeit"

Es ist das Wohlstandsgefälle in der Europäischen Union, das diejenigen in die Ferne treibt, die in ihren Heimatländern ohnehin kaum noch etwas zu verlieren haben. Viele der Zuwanderer sind Analphabeten, auf dem deutschen Arbeitsmarkt werden sie kaum eine Chance haben, dennoch träumen sie von einem besseren Leben in

## Der Roma-Treck

der neuen Heimat. Ein Bekannter habe ihn angerufen, sagt Radu, und ihm erzählt, dass es in Deutschland viele Jobs gebe, "gute Arbeit". Seine Kinder könnten zur Schule gehen und hätten vielleicht eine Zukunft.

Von "Armutswanderung" spricht daher der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD). "Gerade die Roma in Rumänien und Bulgarien leben in ihren Heimatländern in derart erbärmlichen Zuständen, dass sie den Weg nach Deutschland suchen", sagte Jäger [spiegel ONLINE](#). Der Bund und die Europäische Union müssten endlich dafür sorgen, dass sich die Lebensverhältnisse der Roma in ihren Herkunftsländern verbesserten. Es müsse Druck gemacht werden, "damit die Diskriminierung von Minderheiten aufhört".

Zugleich sorgt aber auch eine gestiegene Zahl von Asylbewerbern für überfüllte Aufnahmestellen in Nordrhein-Westfalen. Vor allem Roma aus Serbien und Mazedonien kommen nun verstärkt nach Deutschland, was einige konservative Politiker mit den kürzlich erhöhten Leistungen für Flüchtlinge erklären wollen. Allerdings haben diese Menschen im Unterschied zu den EU-Bürgern aus Rumänien und Bulgarien wenig Aussicht, langfristig in der Bundesrepublik bleiben zu können. Ihnen droht die baldige Abschiebung.

### Die Kriminalität steigt an

Doch mit den Zuwanderern - denjenigen, die zwar bleiben, aber absurderweise nicht arbeiten dürfen - wächst offenbar auch die Kriminalität. Die Duisburger Polizei kennt ein Haus in der Charlottenstraße, in dem ganze Banden von Kindern hausen, die tagtäglich zum Stehlen ausgeschickt werden. Laut Innenministerium ist auch die Zahl von Wohnungseinbrüchen und Diebstählen an Geldautomaten zuletzt stark gestiegen, was die Behörde vor allem auf südosteuropäische Banden zurückführt. "Wir nehmen das sehr ernst", sagt Minister Jäger, "aber es ist ein Irrtum zu glauben, dass dieses Problem alleine mit der Polizei zu lösen ist."

Ein Schriftstück aus einer aktuellen Ermittlungsakte gegen die in Duisburg lebenden Rumäninnen Monica N., Gabriela M. und Monica S. zeigt, wie die Täter vorgehen: "Seit mindestens einem Jahr wird insbesondere in Duisburg (aber auch bundesweit) beobachtet, dass rumänische Tätergruppen (offensichtlich Familienclans) bandenmäßig in erschreckendem Ausmaß gewerbsmäßig Straftaten (...) begehen." Meist handele es sich um Taschen-, Trick- und Ladendiebstahldelikte. Hinzu kämen Betrügereien, bei denen vorgetäuscht werde, für Taubstumme oder Behinderte Spenden zu sammeln. In Wirklichkeit aber klauten die Täter ihren abgelenkten Opfern in diesen Augenblicken die Portemonnaies oder Telefone. Dazu setzten die Clanchefs vor allem junge Mädchen "überörtlich" ein.

Eine der wenigen Organisationen, die sich mit der Situation der Roma in Duisburg befassen, ist der Verein Zukunft Orientierte Förderung (ZOF). Der ZOF-Sozialarbeiter Murat Yasar erzählt von einem Anruf, den er neulich erhielt. Eine Frau war am Apparat, er solle Hilfe holen, ihre 16-jährige Nichte werde vom Vater mit Gewalt gezwungen, zu stehlen und wohl auch sich zu prostituieren. Doch als die Männer bei der Familie eintrafen, war die Jugendliche nicht mehr da.

### Zurück nach Rumänien

"Wahrscheinlich hat man sie zurück nach Rumänien gebracht", sagt Yasar, der von der Politik erwartet, dass sie sich stärker für die Migranten engagiert. "Wenn wir sie alleine lassen", sagt er und zeigt auf die vier Kinder von Radu und Ilena, "dann sind das unsere Kriminellen von morgen. Eine andere Möglichkeit haben sie gar nicht." Schon jetzt bleiben angeblich Hunderte schulpflichtige Roma-Kinder in Duisburg dem Unterricht fern - und die, die hingehen, können häufig kein Wort Deutsch.

Überhaupt scheint sich die grundsätzliche Spannung zwischen Arm und Reich in Europa allmählich zu einem im Stadtteil Rheinhausen ausgetragenen Konflikt zu entwickeln. Bereits jetzt existieren Bürgerinitiativen, die Unterschriften gegen die Zuwanderer sammeln, weil sie deren Müll und Lärm nicht länger ertragen wollen.

Wie aus einem Papier des Innenministeriums hervorgeht, kam es auch bereits zu Übergriffen auf die Rumänen: Es würden "anscheinend organisiert Schläger eingesetzt, um missliebige Zustände zu ändern", notierte ein Erster Polizeihauptkommissar. Bei ihrem Rundgang, so der Beamte, seien die Ordnungshüter mit Aussagen konfrontiert worden, "die sehr abstoßend waren". Die Roma beklagten sich zudem, dass sie in türkischen Läden nicht bedient

## Der Roma-Treck

und ihre Kinder regelmäßig zusammengeschlagen würden. "Wenn wir hier nicht gegensteuern", resümiert der Polizist, "haben wir ganz schnell eine generelle Ausländerdiskussion."

Radu und Ilena aber wollen hier bleiben. Sie hätten sich schon nach Schulen für ihre Kinder umgesehen, erzählen sie. Auch träumen sie, die noch zu sechst bei einem Bekannten auf dem Sofa schlafen, von einer eigenen Wohnung. Dann wären sie wirklich angekommen in ihrer neuen Heimat.

*\*Namen geändert*

**Load-Date:** October 23, 2012

---

End of Document

## Polizei räumt Asylbewerbercamp in München

SPIEGEL ONLINE

30. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 329 words

**Highlight:** Sie wollten mit einem Hungerstreik die sofortige Anerkennung als Asylbewerber erkämpfen - jetzt wurde das Lager der Flüchtlinge im Zentrum Münchens von der Polizei geräumt. Laut Ärzten schwebten mehrere Hungernde in Lebensgefahr.

### Body

---

München - Nach einem gescheiterten Vermittlungsversuch ist ein Camp von Asylbewerbern in München am Sonntagmorgen geräumt worden. Das bestätigte ein Sprecher der Stadt. Zuvor hatten rund 50 Asylbewerber angekündigt, ihren lebensgefährlichen Hungerstreik fortsetzen zu wollen. Ein Vermittlungsversuch des früheren SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel und des ehemaligen CSU-Politikers Alois Glück war in der Nacht gescheitert.

"Das Kreisverwaltungsreferat hat die Versammlung aufgelöst, 44 Patienten sind mit dem Rettungsdienst auf zwölf Krankenhäuser verteilt worden", sagte Stadtsprecher Stefan Hauf der Nachrichtenagentur dpa.

Die Räumung begann gegen 5 Uhr. "Es war ein sehr schwieriger Einsatz", sagte Hauf. Etwa 50 Unterstützer seien vor Ort gewesen. Die Polizei habe eine Sitzblockade aufgelöst. Der Gesundheitszustand der Hungerstreikenden sei kritisch gewesen. Die Polizei sperrte den Rindermarkt ab und räumte das Lager. Mitarbeiter der Stadt bauten am Morgen die Zelte ab.

Die Asylbewerber aus mehreren afrikanischen und asiatischen Ländern fordern die sofortige Anerkennung ihrer Asylanträge. Seit einer Woche verweigern sie die Nahrungsaufnahme, seit Dienstag trinken sie nichts mehr - in der Regel verdursten Menschen nach wenigen Tagen ohne Wasser.

Laut Bayerischem Rundfunk hatten Ärzte angegeben, dass fast alle Hungerstreikenden in akuter Lebensgefahr schwebten. Aus diesem Grund habe die Münchner Stadtverwaltung schließlich angeordnet, das Camp zu räumen. In einer "letzten Nachricht" hatten die Asylbewerber am Freitag angekündigt, ärztliche Hilfe ebenfalls zu verweigern, bis ihre Asylanträge anerkannt sind.

Die Vermittler Vogel und Glück waren in der Nacht noch sichtlich erschüttert. "Es erfüllt uns mit großer Sorge und Trauer", sagte Vogel. Die Streikenden befänden sich in unmittelbarer Lebensgefahr. "Wir gehen hier bedrückt weg", sagte Glück, der dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken vorsteht.

fab/dpa

## Polizei räumt Asylbewerbercamp in München

**Load-Date:** July 23, 2013

---

End of Document

## Verfolgte Homosexuelle können auf EU-Asyl hoffen

SPIEGEL ONLINE

11. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 344 words

**Highlight:** In nicht wenigen Ländern werden Menschen wegen ihrer Homosexualität verfolgt - sie können möglicherweise bald auf Asyl in der EU hoffen. Dafür plädiert die Generalanwältin vor dem Europäischen Gerichtshof, ihr Antrag hat gute Chancen auf Erfolg.

### Body

---

Hamburg/Luxemburg - Wer wegen seiner sexuellen Orientierung verfolgt wird, soll künftig Schutz finden in der Europäischen Union. Das fordert die Generalanwältin Eleanor Sharpston am Donnerstag vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Das Gericht folgt meist den Anträgen seiner Generalanwälte.

Die Strafbarkeit von homosexuellen Praktiken im Herkunftsland allein sei allerdings noch kein Grund für Asyl, erklärte Sharpston. Die zuständigen Behörden müssten bei Anträgen vielmehr prüfen, ob es wahrscheinlich sei, dass ein Asylbewerber wegen seiner sexuellen Orientierung tatsächlich verfolgt oder durch die Summe "unterschiedlicher Maßnahmen" in seinen Menschenrecht verletzt wurde.

#### Strenge Strafen

Das Plädoyer der Generalanwältin vereint die Schlussanträge zu drei aktuellen Fällen: "X, Y und Z sind Staatsangehörige von Sierra Leone, Uganda und Senegal," heißt es in der Pressemitteilung des EuGH. "Alle drei Männer sind homosexuell und haben in den Niederlanden wegen ihrer sexuellen Ausrichtung einen Antrag auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gestellt", teilt der Gerichtshof mit. Homosexuelle Handlungen könnten in allen drei Ländern mit strengen Strafen belegt werden, die von hohen Geldstrafen bis zu - in manchen Fällen sogar lebenslänglichen - Freiheitsstrafen reichen.

Sharpston hob hervor, dass von Homosexuellen nicht verlangt werden könne, dass sie ihre sexuelle Ausrichtung in der Heimat geheimhalten, um einer Verfolgung zu entgehen. Das niederländische Ministerium für Einwanderung und Asyl hatte hingegen die Auffassung vertreten, Ausländern sei es zuzumuten, sich "beim öffentlichen Ausleben ihrer Homosexualität" in den Herkunftsländern zurückzuhalten.

Im Mai hatte eine Studie der EU-Grundrechte-Agentur ergeben, dass Homosexuelle noch immer diskriminiert, sozial isoliert oder offen angegriffen werden. Die Umfrage hatte gezeigt, dass sich sogenannte LGBT-Personen häufig nicht offen zu ihrer Neigung bekennen können. Das Akronym LGBT steht für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender.

bos/AFP

## Verfolgte Homosexuelle können auf EU-Asyl hoffen

**Load-Date:** July 23, 2013

---

End of Document



["Ich bin doch kein Tier";  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/lampedusa-gruppe-senat-in-hamburg-geht-gegen-fluechtlinge-vor-a-928236.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/lampedusa-gruppe-senat-in-hamburg-geht-gegen-fluechtlinge-vor-a-928236.html)

SPIEGEL ONLINE

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 973 words

**Byline:** Fabian Reinbold

**Highlight:** In Hamburg eskaliert der Streit um eine Flüchtlingsgruppe aus Afrika. Der SPD-Senat zeigt Härte, die Polizei nimmt gezielt Schwarze fest, die Unterstützer der Ausländer drohen mit Gewalt. Die Katastrophe von Lampedusa scheint an der deutschen Asylpolitik nichts zu ändern.

## Body

---

Hamburg - Autonome werfen Steine auf Polizisten, der Innensenator will nicht mehr verhandeln, und am Hamburger Hauptbahnhof sagt Aliou Assouma: "Ich bin doch kein Krimineller, ich bin doch kein Tier."

In Hamburg geht die Polizei seit vergangenem Freitag mit Straßenkontrollen gegen Flüchtlinge aus Afrika vor. Der Togoer Assouma ist einer von Dutzenden, die auf der Polizeiwache festgesetzt wurden. Im Fokus steht die selbsternannte "Lampedusa-Gruppe", es sind vor allem Westafrikaner, die aus Libyen nach Italien flüchteten, und dann von den Behörden weitergeschickt wurden.

Der Streit eskaliert, sorgt bundesweit für Aufregung. Ausgerechnet jetzt. Es gibt immer mehr Asylbewerber, aber auch die Flüchtlingskatastrophe von Lampedusa. Politiker fordern einen Wandel. Wie ändert Deutschland seinen Umgang mit Flüchtlingen? Wird das Land menschenfreundlicher? Und will die Politik das überhaupt? Der Hamburger Streit liefert erste Antworten.

Eigentlich spielte an der Elbe eine schöne Geschichte - während sich andernorts wie in Berlin-Hellersdorf, in Duisburg oder im Schweizer Bremgarten Ausländerhass Bahn brach. Im Stadtteil St. Pauli fanden die Flüchtlinge Zuflucht in einer Kirche, sie schliefen auf dem Kirchenboden, der Pastor und Nachbarn kümmerten sich, sie kickten im eigenen Fußballclub. Die Solidarität der Anwohner: enorm. Die Polizei schaute weg, bis vor wenigen Tagen.

Nun ist aus der Hamburger "Lampedusa-Gruppe" ein deutscher Fall geworden. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung war bei den Flüchtlingen, will, dass sie bleiben können. Die linke Szene ist alarmiert. Der SPD-Senat hat Angst vor einem Präzedenzfall.

**Rassistisch, illegal, unmenschlich?**

"Ich bin doch kein Tier" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/lampedusa-gruppe-senat-in-hamburg-geht-gegen-fluechtlinge-vor-a-928236.html>

Es gibt mehrere Versionen dieser Geschichte. Da sind die Flüchtlinge, etwa 80 sollen es sein, sie haben Sprecher, Anwälte, Unterstützer. Sie waren im Mai in der Öffentlichkeit als Gruppe aufgetaucht. Sie nennen die Kontrollen rassistisch, illegal, unmenschlich. Zivilpolizisten würden das Kirchengelände umstreifen. Dem Hamburger SPD-Senat gehe es nur darum, die Flüchtlinge aus dem Land zu werfen, zurück nach Italien, wo sie doch nachweislich wie Dreck behandelt würden. "Um die Lampedusa-Opfer trauern sie, auf uns machen sie Jagd", heißt es. Der Vorwurf an die Politik: Scheinheiligkeit.

Tatsächlich kontrollieren Polizisten nun schwarze Männer, um die Flüchtlinge aufzuspüren. Über der St.-Pauli-Kirche kreisten Hubschrauber. Nicht nur direkt dort, wo die Gruppe die Zeit totschlägt, an der Kirche und einem Zelt zwischen Haupt- und Busbahnhof, sondern auch im weiteren Umkreis, auf der Reeperbahn etwa.

Es trifft auch ganz normale schwarze Bürger, die in Hamburg leben. Wegen "Racial Profiling", Kontrollen aufgrund von Haut- oder Haarfarbe, erntete die Hamburger Polizei bereits im Sommer heftige Kritik. Auch die Kirche kritisiert nun die "Eskalation" des Senats. Flüchtlinge und Unterstützer fürchten: Die Aktion soll die Abschiebung vorbereiten.

### **Stadt warnt Kirche vor "strafbarer Beihilfe"**

29 Männer wurden bis Mittwoch erkennungsdienstlich behandelt, die Polizei setzte sie vorübergehend fest, machte Fotos, nahm Fingerabdrücke. Aliou Assouma wurde auf dem Weg von der Moschee zum Krankenhaus abgefangen. 13 Stunden saß er auf der Wache und im Präsidium, ein paar Kekse gab es, mehr nicht. Er fragt: "Warum machen die das?"

Der Senat antwortet mit dem Gesetz. "Wenn Menschen gegen Recht und Gesetz verstoßen, müssen wir handeln", sagt Innensenator Michael Neumann (SPD). Bürgermeister Olaf Scholz (ebenfalls SPD) und Neumann geben die Hardliner. Sollte die Kirche im Winter Wohncontainer für die Flüchtlinge aufstellen, will man das verbieten. Strafbare Beihilfe zum illegalen Aufenthalt, heißt es.

Die Papiere der Betroffenen seien abgelaufen, die italienische Aufenthaltserlaubnis gestatte maximal sechs Monate im Ausland. Die Zeit ist um, die Gespräche brachten kein Ergebnis. "Wer hier bleiben will, muss sich wie alle anderen Flüchtlinge in die Obhut des Staates begeben", sagt Neumanns Sprecher.

### **Der Senat fürchtet einen Präzedenzfall**

Und die Tragödie von Lampedusa? Die sei zwar schrecklich, heißt es aus dem Senat, aber das eine habe mit dem anderen nichts zu tun. Senat und Verwaltung fürchten einen Präzedenzfall: Erlaubt man den Lampedusa-Männern als Gruppe zu bleiben, folgt ein Ansturm an Flüchtlingen. Sie würden ein kleines Problem lösen und sich selbst ein großes einbrocken.

Christiane Schneider, innen- und rechtspolitische Sprecherin der Linken in Hamburg, sagt, sie könne die Furcht des Senats vor zusätzlichen Flüchtlingen verstehen. "Aber man kann auch in diesem Konflikt zwischen Humanität und Gesetz eine Lösung finden."

Doch die Positionen scheinen unversöhnlich. Die Aktivisten rund um die Flüchtlinge wollen verhandeln und ein Bleiberecht für die gesamte Gruppe. Der Senat schließt das aus, will Einzelfälle prüfen. Doch drei Probefälle, die man im August verhandelte, wurden abgelehnt. Der Innensenator ließ nie Zweifel daran, dass man die Männer nach Italien zurückschicken müsse.

Nun mischen auch noch die Autonomen mit. Antifa-Gruppen stellten der Polizei ein Ultimatum, bis Dienstagabend müssten die "rassistischen Kontrollen eingestellt werden". Sonst greife man zu nicht-legalen Mitteln. Auf der folgenden Demonstration flogen dann Böller und Steine im Namen der Flüchtlinge.

Ein Innensenator, der sich als Hardliner profiliert. Linke Aktivisten, die unter Berufung auf Menschenrechte die alten Kämpfe befeuern. Flüchtlinge, die unter der Ungewissheit leiden. Alles beim Alten also, auch nach Lampedusa.

"Ich bin doch kein Tier" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/lampedusa-gruppe-senat-in-hamburg-geht-gegen-fluechtlinge-vor-a-928236.html>

Welche Hoffnung bleibt Aliou Assouma aus dem Togo, der einen Tag auf der Polizeiwache verbracht hat?  
"Wenn sie mich nach Italien zurückschicken", sagt er, "bin ich am nächsten Tag wieder hier."

**Load-Date:** November 15, 2013

---

End of Document

## "Wir leben von den täglichen Wundern"

SPIEGEL ONLINE

22. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / GESELLSCHAFT

**Length:** 1131 words

**Byline:** Rainer Leurs Hendrik Ternieden

**Highlight:** Eine Kirche im Hamburger Stadtteil St. Pauli hat rund 80 Flüchtlinge aufgenommen. Rechtsextreme Proteste wie in Berlin-Hellersdorf bleiben aus, die Solidarität mit den Männern aus Afrika ist enorm. Doch das ungewöhnliche Flüchtlingslager ist eine Lösung auf Zeit.

### Body

---

Hamburg - "Wer von euch schreibt denn mit der rechten Hand?", fragt Helga Grust betont langsam in die Gruppe. Zaghaft gehen ein paar Hände hoch. "Und wer schreibt mit der Linken?" Noch mal zwei Handzeichen. Der Rest versteht die Frage nicht. Also von vorn: Das hier ist rechts. Das hier ist links. Und das hier ist die Mitte. Willkommen beim improvisierten Deutschkurs für Anfänger in der St. Pauli Kirche, in der seit Anfang Juni etwa 80 Flüchtlinge aus Westafrika untergebracht sind.

"Lampedusa-Flüchtlinge" werden die Männer genannt. Was sie in Hamburg erlebten, ist ein Beispiel einer funktionierenden Zivilgesellschaft, eine Geschichte, die ebenso dringend erzählt werden muss, wie die vom Aufmarsch rechtsextremer Hitlergrüßer und von dem fremdenfeindlichen Protest von Bürgern, wie ihn Flüchtlinge derzeit in Berlin-Hellersdorf erleben müssen.

Viele der Hamburger Flüchtlinge waren als Wanderarbeiter nach Libyen gekommen. Als dort der Bürgerkrieg ausbrach, flohen sie über das Mittelmeer, strandeten auf der italienischen Insel Lampedusa. Als Anfang des Jahres ihre Camps in Italien geschlossen wurden, so schildern es die Flüchtlinge, hätten die italienischen Behörden sie mit Papieren und Bargeld ausgestattet und auf die Reise nach Nordeuropa geschickt.

Zahlreiche afrikanische Obdachlose tauchten daraufhin in Hamburg auf. Keiner weiß, wie viele es genau sind. Unterstützergruppen nennen meist die Zahl 300, die Innenbehörde geht von deutlich weniger aus. Viele Flüchtlinge kamen zunächst in Winternotunterkünften unter. Als der Winter vorbei war, standen sie auf der Straße. Etwa 80 Mann fanden ab Juni schließlich Unterschlupf in der St. Pauli Kirche. Aus dem Gotteshaus ist so das Zentrum einer bemerkenswerten Bewegung geworden.

Während sich in Hellersdorf Bürger schützend vor die Bewohner des neuen Asylbewerberheims stellen und gegen rechtsradikale Parolen anbrüllen müssen, ist in Hamburg eine Eskalation ausgeblieben.

Als die pensionierte Grundschullehrerin Helga Grust von den Flüchtlingen hörte, bot sie Hilfe an. Seit zweieinhalb Monaten gibt sie nun dreimal die Woche Deutschunterricht mitten in der Kirche, etwa zwanzig Mann hören ihr an

## "Wir leben von den täglichen Wundern"

diesem Vormittag hingerissen zu. Rund hundert Helfer haben sich bisher am Flüchtlingsprojekt in der Kirche beteiligt, jeden Montagabend setzen sich alle zusammen und beraten, wer welche Aufgaben übernehmen könnte: Frühstück zubereiten, Nachtwache halten, Brotspenden von der Bäckerei abholen.

### **Nebenjob Flüchtlingsbetreuer**

Die Stimmung erinnert an ein Ferienlager. Aus einem kleinen Kofferradio scheppert "In the Air Tonight" von Phil Collins, rund um das Gotteshaus flattern bunte Badetücher, T-Shirts, Pullis zum Trocknen auf den Wäscheleinen. Die Flüchtlinge, junge Typen allesamt, viele mit Basecap und Stöpseln vom MP3-Player in den Ohren, suchen sich ihre Beschäftigung. Zwei Männer richten gespendete Fahrräder her, schrauben an Gangschaltungen und Bremsbacken herum. Ein anderer hat sich gelbe Gummihandschuhe übergezogen, er putzt er den blauen Klo- und Duschcontainer, der neben dem Kirchenportal steht.

Als die Flüchtlinge in Hamburg ankamen, machte die Stadt schnell klar: Für euch gibt es hier keine Perspektive. Der Senat beruft sich auf die Dublin-II-Verordnung: Derjenige europäische Staat ist für das Asylverfahren zuständig, den ein Flüchtling zuerst betreten hat. Die Männer wollen in Hamburg bleiben. Doch Hamburg will die Männer nicht bleiben lassen.

Nun wird nach Lösungen gesucht, um eine Zuspitzung wie in anderen Städten zu verhindern. Zum ersten Mal fanden unlängst Gespräche zwischen Vertretern von Stadt und Flüchtlingen statt, unter Moderation der Kirche. Die Rolle der Kirche sei es, Bewusstsein zu schaffen, Angebote zu machen und zu vermitteln, sagt Fanny Dethloff, die Flüchtlingsbeauftragte der Nordkirche. "Miteinander reden hilft, statt gegeneinander Plakate zu malen."

### **Binnen Stunden melden sich zahlreiche Freiwillige**

Die Pastoren der St. Pauli Kirche haben seit drei Monaten zwei Jobs: Martin Paulekun und Sieghard Wilm betreuen nicht nur ihre Gemeinde, sondern managen auch ein kleines Flüchtlingslager. "In den ersten Tagen kam hier alle Minute jemand mit einer Sachspende rein", sagt Paulekun. "Das hat viel Mut gemacht." Für ihn hat der Erfolg des Projekts auch mit dem Stadtteil St. Pauli zu tun. "Anscheinend können sich hier mehr Leute vorstellen, dass es Menschen in Not gibt", sagt er.

Als ihnen nach ein paar Tagen die Freiwilligen für eine Nachtwache ausgingen, fragten Wilm und Paulekun bei der Kita nebenan um Rat. Dort gab es zwar keine Nachtwächter, dafür aber einen umfangreichen Mailverteiler. Die Anfrage verbreitete sich rasant. Binnen Stunden, erzählt Paulekun, hätten sie genug Freiwillige für die nächsten Tage gehabt: "Wir leben von den Wundern, die uns täglich zufallen."

Am Wochenende demonstrierten in Hamburg mehr als 2000 Menschen für den Verbleib der Flüchtlinge. Schon zuvor hatte die Bezirksversammlung Altona beschlossen, dass die Kirchengemeinde 3000 Euro Soforthilfe bekommen soll.

Die Hamburger Flüchtlingsgruppe hofft auf ein Bleiberecht nach Paragraph 23 des Aufenthaltsgesetzes. Dieser sieht vor, dass Bundesländer eine Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen erteilen können.

Dafür gebe es nicht das nötige Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium, entgegnet ein Sprecher der Hamburger Innenbehörde. Eine anonyme Gruppenlösung für alle Flüchtlinge werde es nicht geben. Der Senat will die Personalien feststellen und dann im Einzelfall entscheiden.

### **"Ich konnten nicht sprechen vor Angst"**

Die Flüchtlinge lehnen diese Registrierung ab. Ein Sprecher der Gruppe ist Andreas, seinen Nachnamen will auch er nicht nennen. Andreas trägt Ringelpulli mit Hemdkragen, ein adretter 30-Jähriger mit Geheimratsecken. In klarem Englisch erzählt er seine Lebensgeschichte: Marketingstudium in Accra, Ghana. Wegen eines Stammeskonflikts 2005 nach Tripolis ausgewandert. Als Leiharbeiter auf dem Bau malocht. Dann kam 2011 die Revolution - in den Wirren der Kämpfe wurde er ausgeraubt und in ein Auto geworfen, danach ging es zum Hafen. "Die haben gesagt, wenn ich nicht aus Libyen abhaue, bringen sie mich um."

"Wir leben von den täglichen Wundern"

Die lebensgefährliche Überfahrt nach Italien dauerte drei Tage. "Ich konnte nicht sprechen vor Angst", sagt Andreas. Er hofft, dass die Odyssee in Hamburg nun ein Ende findet.

Eine schnelle Lösung scheint jedoch unwahrscheinlich. Vorerst müssen die Flüchtlinge weiter auf dem Boden der Kirche schlafen. Im Winter dürfte es dafür zu kalt werden. Wie es dann weitergehen soll, lässt Pastor Paulekun offen. Eines sei aber sicher: "Wir bringen das Thema hier zu Ende. Das haben wir uns fest vorgenommen."

**Load-Date:** September 18, 2013

---

End of Document

[Gauck wünscht sich mehr Hilfe für Syrien-Flüchtlinge;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/weihnachtsansprache-joachim-gauck-erinnert-an-fluechtlinge-a-940704.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/weihnachtsansprache-joachim-gauck-erinnert-an-fluechtlinge-a-940704.html)

SPIEGEL ONLINE

24. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 652 words

**Highlight:** Zum Jahresende mahnt Joachim Gauck mehr Engagement für Flüchtlinge an. "Tun wir wirklich schon alles, was wir tun könnten?", fragt der Bundespräsident in seiner Weihnachtsansprache. Zugleich erinnert er an Flucht und Vertreibung in der deutschen Geschichte.

## Body

---

Berlin - Der Bundespräsident widmet seine traditionelle Weihnachtsansprache in diesem Jahr den Opfern von Flucht von Vertreibung. Darin ruft Joachim Gauck zu mehr Mitgefühl, Hilfe und Großzügigkeit für Menschen in Not auf. "Die Flüchtlinge, die zu uns kommen, kommen nicht mit der Erwartung, hier in ein gemachtes Bett zu fallen. Sie wollen Verfolgung und Armut entfliehen, und sie wollen Sinn in einem erfüllten Leben finden", sagt Gauck in seiner Rede. In voller Länge wird sie am zweiten Weihnachtsfeiertag ausgestrahlt (lesen Sie den Wortlaut hier vorab).

Gauck geht konkret auf Flüchtlinge aus Syrien ein und auf jene Menschen, die über das Meer nach Europa gelangen. "Wir denken an das schreckliche Schicksal der Familien aus Syrien, wir denken an die Verzweifelten, die den gefährlichen Weg nach Europa über das Wasser wagen. Wir denken auch an die Menschen, die kommen, weil sie bei uns die Freiheit, das Recht und die Sicherheit finden, die ihnen in ihren Ländern verwehrt werden", so der Bundespräsident.

2013 wurde Europa wieder von mehreren Flüchtlingsdramen vor der italienischen Insel Lampedusa erschüttert, im Herbst etwa starben mehr als 360 Passagiere beim Untergang eines Flüchtlingsbootes. Auch der Bürgerkrieg in Syrien fordert weiter seinen Tribut. Hilfswerke rechnen mit einem besonders harten Winter für die Menschen auf der Flucht. Die Uno warnte jüngst, weltweit gebe es so viele Flüchtlinge wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

### "Tun wir wirklich schon alles?"

Der Bundespräsident hatte bereits in seiner ersten Weihnachtsansprache vor einem Jahr zu mehr Offenheit gegenüber Asylsuchenden und Zuwanderern aufgerufen. In diesem Jahr geht er nun ausführlicher auf das Thema ein. "Es gibt viele Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen. Krieg und Hunger, Verfolgung und Not", betont er.

## Gauck wünscht sich mehr Hilfe für Syrien-Flüchtlinge

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/weihnachtsansprache-joachim-gauck-erinnert-an-fluechtlinge-a-9407....>

Der Bundespräsident räumt auch die Grenzen des Machbaren ein. "Machen wir unser Herz nicht eng mit der Feststellung, dass wir nicht jeden, der kommt, in unserem Land aufnehmen können", sagt er. Aber zur Wahrheit gehöre auch, bei einer Antwort die Bilder der Verletzten und Verjagten mit einzubeziehen, fährt er fort. "Tun wir wirklich schon alles, was wir tun könnten?", fragt Gauck.

Seit der Tragödie von Lampedusa steht die EU-Einwanderungspolitik verstärkt in der Kritik, da sie vor allem auf Abschottung setzt. Ende November hatte Gauck die Bundesregierung aufgefordert, mehr Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Die Asylpolitik ist auch in Deutschland umstritten. So wollen die Innenminister von Bund und Ländern 10.000 Menschen aus dem Bürgerkriegsland Syrien aufnehmen. Grüne und Linke fordern, das Kontingent deutlich zu erhöhen.

Gauck weist in seiner Weihnachtsansprache auch auf Schicksale von Flucht von Vertreibung im eigenen Land hin. "Im 19. Jahrhundert sind sie zu Millionen in die Neue Welt ausgewandert, und nach dem Zweiten Weltkrieg mussten Flüchtlinge und Vertriebene sich eine neue Heimat suchen", so Gauck. Im Koalitionsvertrag von Union und SPD sind erstmals Planungen für einen nationalen Gedenktag für Vertriebene verankert.

Gauck würdigt in seiner Ansprache auch die Arbeit von Ehrenamtlichen. Er erinnert an deren Einsätze beispielsweise bei der Bewältigung der Flut im Sommer, aber auch ihr Engagement für Kultur, Sport oder Bürgerrechte. "Sie sind das große Geschenk für Deutschland", sagt das Staatsoberhaupt. "Ich danke Ihnen dafür, dass Sie unser Land so lebenswert machen."

Der frühere Pfarrer erwähnt ausdrücklich auch "Menschen anderer Religionen" und "Menschen, die ohne Glauben leben". Auch für sie stärke Weihnachten die Hoffnung und Sehnsucht danach, "in Frieden und Einklang mit unseren Mitmenschen leben zu können".

Die Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten wird am Mittwoch, 25. Dezember, ausgestrahlt. Zum Beispiel um 20.10 Uhr in der ARD (hier die Sendetermine im Überblick).

amz/dpa/Reuters/AFP

**Load-Date:** December 26, 2013



[Wie Hamburg den Lampedusa-Flüchtlingen helfen kann;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/hamburg-hat-drei-optionen-mit-lampedusa-fluechtlinge-umzuehen-a-931955.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/hamburg-hat-drei-optionen-mit-lampedusa-fluechtlinge-umzuehen-a-931955.html)

SPIEGEL ONLINE

07. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 847 words

**Byline:** Maximilian Popp Carolin Wiedemann

**Highlight:** In Hamburg fordert seit Monaten eine Gruppe von Lampedusa-Flüchtlingen mit Protesten ein Bleiberecht. Der Senat ist unwillig. Dabei gäbe es auch bei geltender Gesetzeslage die Möglichkeit, den Menschen aus humanitären Gründen zu helfen. Doch dieser Weg erfordert Mut.

## Body

---

Hamburg - 15.000 Menschen widerlegen, was der Hamburger Senat gern verbreitet: dass er eine Lösung gefunden habe im Streit mit den Flüchtlingen der Gruppe "Lampedusa in Hamburg", die seit Mai Bleiberecht in Deutschland fordern. 15.000 Menschen demonstrierten jüngst gegen den Umgang des Senats mit den Männern, die allesamt aus Afrika über die italienische Insel Lampedusa nach Europa gekommen waren.

Eine Zeit lang hatte die Hamburger Regierung die Gruppe ignoriert, dann Einzelne anhand umstrittener Kontrollen aufgegriffen - und vor zwei Wochen schließlich, nachdem sich immer mehr Hamburger Bürger mit den Flüchtlingen solidarisiert hatten, einen vermeintlichen Kompromiss vorgeschlagen.

Die Flüchtlinge sollten sich bei der Ausländerbehörde melden, ihre Aufenthaltsgesuche würden einzeln geprüft, bis zu einer Entscheidung bekämen sie eine Duldung, könnten also legal, jedoch ohne Arbeitserlaubnis, in Deutschland verweilen.

Doch eine Einzelfallprüfung lehnen fast alle der rund 300 Mitglieder der Gruppe ab. Sie wissen, dass sie so keine Chancen hätten, auf Dauer in Deutschland zu bleiben. In einem Antwortbrief der Gruppe an den Senat heißt es nun, das Duldungsverfahren sei "kein Vorschlag, der als fair bezeichnet werden kann", sondern "vielmehr eine Bedrohung für unser Leben".

### Bundesregierung schickt Flüchtlinge zurück ins Elend

Flüchtlinge dürfen gemäß der Dublin-III-Regelung der EU nur in jenem europäischen Land Asyl beantragen und leben, das sie als Erstes betreten haben. Für Menschen, die Europa über Lampedusa erreichen, ist demnach Italien "zuständig". Anders als in Deutschland gibt es in Italien auch für anerkannte Flüchtlinge keine Sozialleistungen, Tausende leben auf der Straße ohne jede medizinische Versorgung.

Wie Hamburg den Lampedusa-Flüchtlingen helfen kann <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/hamburg-hat-drei-optionen-mit-lampedusa-fluechtlinge-umzugehen-a-93....>

EU-Menschenrechtskommissar Nils Muiznieks spricht von "schockierenden Bedingungen". Einige fliehen, wie die Männer der Gruppe "Lampedusa in Hamburg", weiter nach Deutschland, wo sie sich menschliche Bedingungen erhoffen. Die Bundesregierung jedoch erklärt sich unter Verweis auf das Dublin-Abkommen für nicht zuständig und schickt seit Jahren Flüchtlinge wissentlich zurück ins Elend.

Auch der Hamburger Senat verfolgt mit seinem neuen "Angebot" nur konsequent weiter, was Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) schon seit Wochen verkündet: dass es für diese Männer keine Zukunft in Deutschland gäbe. Doch sie werden nicht freiwillig gehen.

**Drei Optionen für eine Lösung**Inzwischen ist klar, dass es keinen Hamburger Kompromiss gibt. Aber drei Optionen:

Am einfachsten für den Senat - und gleichermaßen feige - wäre es, er würde gar nichts unternehmen und hoffen, die Öffentlichkeit würde sich bald nicht mehr für die Männer interessieren. Sie könnten zwar in Deutschland bleiben, die Regierung würde jedoch keinerlei Verantwortung übernehmen. Die Männer hätten in Deutschland gemäß der Dublin-III-Regelung keine Rechte, weder darauf zu arbeiten, noch eine Wohnung zu mieten. Der Senat will verbieten, das hat er bereits angekündigt, dass die St.-Pauli-Kirche, in der 80 Gruppenmitglieder untergekommen sind, im Winter Wohncontainer für die Flüchtlinge aufstellt. Den Männern ginge es dann wie all jenen Tausenden Menschen, die vor dem elendigen Dasein als Flüchtling in Italien, Polen oder Ungarn geflohen und in Deutschland auf Dauer in die Illegalität verbannt sind.

Eine andere Option wäre, dass der Senat mit dem Gesetz antwortet und die Polizeikontrollen fortsetzt, die er auf die Empörung vieler Hamburger Bürger hin eingestellt hatte. Wieder würden in verschiedenen Stadtteilen Hamburgs Menschen mit dunkler Hautfarbe kontrolliert, Gruppenmitglieder bis zu 24 Stunden festgesetzt und gezwungen, ihre Fingerabdrücke abzugeben. Abschiebungen zurück nach Italien würden vorbereitet werden. "Wenn Menschen gegen Recht und Gesetz verstoßen, müssen wir handeln", hat Innensenator Michael Neumann (SPD) schon Mitte Oktober gesagt. Das harte Durchgreifen der Politik triebe wohl wieder Tausende Demonstranten auf die Straße, der Widerstand gegen die Polizeikontrollen wüchse. Der Konflikt könnte eskalieren.

Der Senat könnte aber auch Mut beweisen und auf die Lampedusa-Flüchtlinge eingehen. Sie fordern Anerkennung unter Paragraf 23, Aufenthaltsgesetz, der den Männern eine Möglichkeit bietet, legal in Deutschland zu bleiben. "Unsere Gruppe ist ein Beweis dafür, dass die europäische Flüchtlingspolitik nicht funktioniert und rasch geändert werden muss", sagt Asuquo Udo, ein Sprecher der Gruppe. Der Senat könnte dem folgen und den Flüchtlingen aus "humanitären Gründen" Aufenthalt gewähren.

Da eine solche Bewilligung unter Paragraf 23 der Zustimmung des Bundes bedarf, müsste die Hamburger SPD-Regierung Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) überzeugen, der sich jedoch gerade erst für ein Festhalten am Dublin-System stark gemacht hat. Eben jenes System würde mit diesem Entschluss außer Kraft gesetzt

Ein weitreichender Schritt. Aber damit würde der Senat die Chance schaffen, die unwürdige Dublin-Praxis im europäischen Asylsystem zu reformieren.

**Load-Date:** November 15, 2013

## **Bundesregierung wehrt sich gegen OECD-Kritik an Betreuungsgeld**

Spiegel Online

11. Juni 2012 Montag 6:46 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** HERDPRÄMIE

**Length:** 416 words

**Highlight:** Schwarz-Gelb zeigt sich von der Kritik der OECD am Betreuungsgeld unbeeindruckt: Eine entsprechende Studie der internationalen Organisation sei schlicht nicht relevant. Die Untersuchung hatte ergeben, dass die sogenannte Herdprämie vor allem **Migrantinnen** vom Arbeitsmarkt fernhält.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/herdpraemie-bundesregierung-weist-oecd-kritik-an-betreuungsgeld-zurueck-a-838229.html>

### **Body**

---

Berlin - Im Streit über das Betreuungsgeld zeigt sich die Bundesregierung unbeeindruckt von der Kritik der OECD. Regierungssprecher Steffen Seibert wies darauf hin, dass die Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sich mit Kindern von drei Jahren und älter befasse - die Koalition plane hingegen ein Betreuungsgeld für Ein- und Zweijährige. Dies mache einen erheblichen Unterschied.

Die OECD hatte zuvor erklärt, die Leistung schade der Integration. Eine Studie, die im Wesentlichen die Situation in Norwegen, Österreich und der Schweiz auswertete, hatte ergeben, dass besonders Frauen aus Zuwandererfamilien mit sozial schwachem Hintergrund dazu tendierten, Geld vom Staat anzunehmen und ihre Kinder zu Hause zu versorgen. So sei in Norwegen die Quote der am Arbeitsmarkt beteiligten Zuwanderinnen infolge des Betreuungsgelds um 15 Prozent gesunken.

#### **Dobrindt bezeichnet OECD-Kritik als unqualifiziert**

Auch das Familienministerium argumentierte, die Studie treffe auf Deutschland nicht zu, weil hier das Betreuungsgeld nur an Kinder unter drei Jahren ausgezahlt werden soll. Zudem müsse man vorsichtig sein, wenn man die Verhältnisse in den drei untersuchten Ländern auf Deutschland übertrage. So liege die Familienleistung in Norwegen zum Beispiel bei rund 400 Euro. In Deutschland sollen hingegen ab dem 1. Januar 2013 zunächst 100 Euro monatlich für Kinder im zweiten Lebensjahr gezahlt werden, die sich nicht in staatlicher Betreuung befinden. Ab dem 1. Januar 2014 solle der Betrag auf monatlich 150 Euro steigen, zudem würde er dann auch für Kinder im dritten Lebensjahr geleistet.

Die Integrationsbeauftragte der Regierung, Maria Böhmer, wehrte die OECD-Kritik ebenfalls ab. Der Streit über das Betreuungsgeld dürfe nicht auf dem Rücken der Migranten ausgetragen werden. Die CSU bezeichnete die Einschätzung der OECD als "unqualifiziert"; der Sachverhalt sei "nicht richtig verstanden" worden, sagte Generalsekretär Alexander Dobrindt. FDP-Generalsekretär Patrick Döring sagte, das Argument, es handele sich

## Bundesregierung wehrt sich gegen OECD -Kritik an Betreuungsgeld

um eine "Fernhalteprämie" vom Arbeitsmarkt, lasse sich nicht mehr aufrechterhalten, da auch berufstätige Frauen die Leistung erhalten könnten.

Da die sogenannte Herdprämie in der Koalition dennoch weiter umstritten ist, will sich Kanzlerin Angela Merkel am Donnerstag mit der Gruppe der Frauen in der Unionsfraktion treffen. Diese lehnen unter anderem das Betreuungsgeld ab und sind unzufrieden mit dem schleppenden Ausbau der Kita-Plätze.

*fdi/dapd/Reuters*

**Load-Date:** June 12, 2012

---

End of Document

[Amnesty fordert bessere Behandlung syrischer Flüchtlinge;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/rechtsverstoesse-in-aegypten-a-928399.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/rechtsverstoesse-in-aegypten-a-928399.html)

SPIEGEL ONLINE

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 521 words

**Highlight:** Die Menschenrechtler von Amnesty International werfen Ägypten vor, gegen internationales Recht zu verstoßen. Syrische Flüchtlinge würden in dem Land rechtswidrig festgenommen und wochenlang inhaftiert.

## Body

---

Istanbul/Berlin - Syrer, die vor dem Bürgerkrieg in ihrem Land fliehen, suchen im Ausland Schutz. Doch in Ägypten erwartet sie neues Leid. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International berichtet, Flüchtlinge würden rechtswidrig festgenommen und über mehrere Wochen inhaftiert. Selbst nach einem Beschluss, sie freizulassen, kämen sie nicht aus der Haft.

So habe die ägyptische Marine etwa 13 Boote mit syrischen Flüchtlingen auf dem Weg nach Europa abgefangen. 946 Menschen seien inhaftiert worden, darunter auch Kinder.

Familien würden voneinander getrennt: So sei einem neunjährigen Jungen über vier Tage verwehrt worden, seine Mutter zu sehen. Auch Kinder, die ihre Eltern verloren hätten, würden festgenommen und müssten unter armseligen Bedingungen leben.

Anwälte sagten Amnesty, sie seien davon abgehalten worden, die Interessen der Flüchtlinge zu vertreten. Das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR habe keinen Zugang zu den Syrern.

Allein in einer Polizeiwache in Alexandria habe Amnesty vergangene Woche 40 unrechtmäßig festgehaltene Syrer gesehen. Unter ihnen waren zehn Kinder.

Die Organisation forderte die ägyptische Regierung auf, diese Praxis sofort zu stoppen - sie verstoße gegen internationales Recht. "Die ägyptischen Behörden haben die Pflicht, jedem Schutz zu gewähren, der vor dem Bürgerkrieg in Syrien flieht. Momentan versagt Ägypten auf verheerende Weise, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen und selbst die wehrlosesten Flüchtlinge aufzunehmen", so Sherif Elsayed Ali von Amnesty. Flüchtlinge würden vor die Wahl gestellt, entweder zurück nach Syrien abgeschoben oder unrechtmäßig festgehalten zu werden.

Amnesty fordert bessere Behandlung syrischer Flüchtlinge  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/rechtsverstoesse-in-aegypten-a-928399.html>

Eine Frau, deren Mann inhaftiert worden sei, als er nach Italien übersetzen wollte, sagte der Menschenrechtsorganisation: "Wir leben ohne Hoffnung. Wir möchten uns in einem Land niederlassen, das sicher ist. Hier können wir nicht mehr leben."

### **Mehr als 2,1 Millionen Syrer flohen aus ihrem Heimatland**

Wegen des seit mehr als zwei Jahren andauernden syrischen Bürgerkriegs sind laut dem Uno-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) bereits mehr als 2,1 Millionen Menschen aus ihrem Heimatland geflohen. Fast fünf Millionen weitere sind innerhalb des Landes auf der Flucht.

Immer wieder versuchen Flüchtlinge, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Am 3. Oktober starben bei der Überfahrt mehr als 330 Menschen. In Europa ist daher eine Debatte über eine neue Asylpolitik entbrannt.

Frankreich erklärte sich inzwischen zur Aufnahme von 500 syrischen Flüchtlingen bereit. Die Zusage machte Staatschef François Hollande am Mittwochabend bei einem Treffen mit Uno-Flüchtlingskommissar António Guterres in Paris. Aufgenommen werden sollten Flüchtlinge, die als "besonders verletzlich" gelten.

Das UNHCR erinnerte daran, dass es die EU-Staaten zur Aufnahme von 10.000 syrischen Flüchtlingen in diesem Jahr und 30.000 Flüchtlingen 2014 aufgefordert hatte. Ein Vertreter betonte, dass Deutschland bislang die größte Zusage gemacht habe. Die Bundesregierung hat sich zur Aufnahme von 5000 Flüchtlingen bereit erklärt.

kgp/AFP

**Load-Date:** November 15, 2013

## Ausschreitungen bei Protesten in Hamburg

SPIEGEL ONLINE

15. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 307 words

**Highlight:** Linke Aktivisten liefern sich in Hamburg Straßenkämpfe mit der Polizei: Weil der Senat der Hansestadt die verstärkte Überprüfung der Lampedusa-Flüchtlinge nicht stoppt, versammelten sich mehr als tausend Menschen vor der "Roten Flora".

### **Body**

---

Hamburg - Es flogen Steine, die Polizei setzte Pfefferspray ein: Zwischen linken Aktivisten aus dem Umfeld des autonomen Kulturzentrums "Rote Flora" und der Polizei kam es am Dienstagabend in Hamburg zu Zusammenstößen. Aus Protest gegen den Umgang des Hamburger Senats mit den Lampedusa-Flüchtlingen versammelten sich mehr als tausend Menschen auf der Straße. Sie trafen sich vor der "Roten Flora" und wollten einen unangemeldeten Protestzug durch den Stadtteil Sternschanze antreten.

Als die Polizei das verhindern wollte, kam es zu den Auseinandersetzungen. Polizisten wurden mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern beworfen, die Beamten setzten Pfefferspray ein. Ein Beamter sei verletzt worden, berichtete eine Polizeisprecherin. Die Polizei zeigte sich später gegen Journalisten recht restriktiv: Als Hunderte Demonstranten an der U-Bahnhaltestelle Christuskirche eingekesselt wurden, mussten Pressevertreter von Spiegel Online und Taz hinter eine weiträumige Absperrung und durften die Szene nur aus der Entfernung beobachten.

Zuvor hatten sich die Aktivisten im Internet zu der Aktion verabredet, als Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) das von ihnen gesetzte Ultimatum um 20 Uhr verstreichen ließ. Er sollte die seit vergangenen Freitag verstärkten Überprüfungen und Registrierungen der Identitäten der in Hamburg gestrandeten "Lampedusa-Flüchtlinge" einstellen.

Erst am Dienstagmittag gab es in Berlin Aufregung um Flüchtlinge: Sie fordern auf dem Pariser Platz seit vergangenem Mittwoch mit einem Hungerstreik die Anerkennung ihrer Asylanträge. Am Montag hatten sie aus Protest gegen die Nichtbeachtung der Politik auch aufgehört, Flüssigkeiten zu sich zu nehmen. "Sieben der 29 Flüchtlinge mussten mit Kreislaufproblemen ins Krankenhaus eingeliefert werden", sagte Feuerwehrsprecher Sven Gerling.

mia/ore/dpa

**Load-Date:** October 16, 2013

## Ausschreitungen bei Protesten in Hamburg

---

End of Document



## Was Donnerstag wichtig wird

SPIEGEL ONLINE

09. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 576 words

**Highlight:** In Berlin treffen sich Union und Grüne, um die Chancen für eine Koalition auszuloten; das EU-Parlament stimmt über ein neues Grenzkontrollsystem ab; und die Polizei startet einen Großeinsatz gegen Raser mit mehr als 8500 Blitzern. Was sonst noch wichtig wird - der Überblick.

## Body

---

### Brüssel macht weiter dicht

Die EU-Innenminister beklagen die Flüchtlingstoten von **Lampedusa**, wollen ihre Asylpolitik aber nicht ändern. Keine zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen, keine "humanitären Visa". Stattdessen gibt es mehr Geld für die Abschottung: An diesem Donnerstag steht im EU-Parlament das neue Grenzkontrollsystem **Eurosur** zur Abstimmung, es soll künftig bei der Suche nach Schiffbrüchigen helfen. Doch Kritiker sehen in dem teuren System eine unheimliche **Überwachungsmaschinerie** - von der Rüstungsfirmen profitieren, nicht Asylbewerber.

Mehr zum Thema Flüchtlinge finden Sie hier...

### Schwarz und Grün tauschen sich aus

Nächste Etappe in Angela Merkels kompliziertem Projekt **Regierungsbildung**: In Berlin treffen sich die Delegationen von **Union** und **Grünen**, um die Chancen für eine Koalition auszuloten. Auch wenn beide Seiten betonen, wie ernst es ihnen ist - die Vorbehalte sind groß. Vor allem die CSU kann sich eine Zusammenarbeit mit der Ökopartei nur schwer vorstellen. Nähern sich die politischen Lieblingsfeinde von einst weiter an? **SPIEGEL ONLINE analysiert das Treffen** in der Parlamentarischen Gesellschaft.

Mehr zu den Sondierungsgesprächen finden Sie hier...

### NSU-Opfer klagt auf höhere Entschädigung

**Abdulla Ö.** wurde im Juni 2004 in der Kölner Keupstraße schwer verletzt, als eine Nagelbombe detonierte. Später bekannte sich der "Nationalsozialistische Untergrund" (**NSU**) zu dem Anschlag. Noch heute leidet Abdulla Ö. an den Folgen des Attentats, hat Alpträume, Flashbacks und eine posttraumatische Belastungsstörung. Bisher erhielt der Elektriker 5000 Euro Schadensersatz, doch damit will er sich nicht abspeisen lassen. Vor dem **Verwaltungsgericht Köln** klagt Ö., angemessen entschädigt zu werden - auch dafür, dass er zu Unrecht selbst verdächtigt wurde. **SPIEGEL-ONLINE-Reporter Jörg Diehl berichtet von dem Prozess.**

Mehr zum Thema NSU finden Sie hier...

### **IWF-Tagung in der Blockadehauptstadt**

Ausgerechnet in der Hauptstadt eines Landes, das wegen eines Haushaltsstreits finanziell so gut wie handlungsunfähig ist, treffen sich die wichtigsten Vertreter des weltweiten Finanzsystems: Nicht nur **IWF** und **Weltbank** laden zu ihrer Herbsttagung nach Washington ein, auch die **G-20-Finanzminister** und **Notenbankchefs** kommen in der US-Hauptstadt zusammen, um über die **Lage der Weltwirtschaft** zu sprechen.

Mehr über die Weltbank finden Sie hier...

### **Blitz-Marathon in ganz Deutschland**

Am Donnerstag gibt es einen Großeinsatz für die Gesetzeshüter. Etwa 14.700 Polizisten werden ausrücken und an mehr als **8500 Radarfallen** in ganz Deutschland aufbauen. Dann wird geblitzt, 24 Stunden lang. Ähnliche Aktionen gab es bereits in einzelnen Bundesländern, die bevorstehende Rekordkontrolle ist bislang jedoch einmalig. Die Autofahrer sollen durch die Aktion an den "**Killer Nummer eins**" im Straßenverkehr erinnert werden: Zu schnelles Fahren ist die Hauptursache für tödliche Unfälle. Die Polizei lässt sich allerdings in die Karten schauen und hat die Standorte der Blitzer bereits vorab veröffentlicht. Wo kontrolliert wird, erfahren Sie hier.

Mehr zum Thema Sicherheit im Straßenverkehr finden Sie hier...

### **Debatte des Tages: 24-Stunden-Aktion**

Der bundesweite Blitz-Marathon war auch heiß diskutiertes Thema im Forum. Für die einen Abzocke, für die anderen sinnvolle und nötige Erziehungsmaßnahme. Was bringt die Großaktion? Über Sinn und Unsinn können Sie in unserem Forum diskutieren.

**Load-Date:** October 10, 2013

## Neuseeland weist übergewichtigen Einwanderer aus

SPIEGEL ONLINE

27. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / GESELLSCHAFT

**Length:** 526 words

**Highlight:** Die Einwanderungsbehörde von Neuseeland verweigert einem Koch aus Südafrika ein neues Arbeitsvisum, obwohl er bereits seit sechs Jahren im Land lebt und arbeitet. Die Begründung: Mit 130 Kilo und einem Body-Mass-Index von 40 drohe er dem Gesundheitssystem zur Last zu fallen.

### Body

---

Hamburg - Moderne Einwanderungspolitik ist immer auch Wirtschaftspolitik. Viele Staaten wählen ihre **Migranten** danach aus, was sie der Volkswirtschaft bringen - und ob sie ihr schaden. Und so kommt es, dass junge Bewerber, die gut ausgebildet sind und die womöglich sogar Geld auf dem Konto haben, tendenziell gern gesehen sind - während ältere, schlecht qualifizierte Einwanderungswillige, die es schwer auf dem Arbeitsmarkt haben und auf staatliche Unterstützung angewiesen sein könnten, kaum eine Chance haben. Und wer zu dick ist, darf auch nicht rein ins Land - zumindest nicht nach Neuseeland.

Albert Buitenhuis ist das, was man als höflicher Mensch mit Worten wie "stämmig" oder "kräftig gebaut" umschreiben würde: Er wiegt 130 Kilogramm bei einer Körpergröße von 1,78 Metern, was einem Body-Mass-Index von 40 entspricht. Der neuseeländischen Einwanderungsbehörde Immigration New Zealand (INZ) ist dieser Wert eindeutig zu hoch, und deswegen soll Buitenhuis das Land verlassen. Sie befand, dass der 50-Jährige keinen "akzeptablen Gesundheitszustand" habe.

#### Ab einem BMI von 35 wird's eng

Der Südafrikaner war vor sechs Jahren gemeinsam mit seiner Frau Marthie, 47, ins Land gekommen, das Paar hatte sich in Christchurch niedergelassen, Albert fand Arbeit als Koch, seine Gattin als Kellnerin, beide arbeiteten bis vor kurzem im selben Restaurant. Bei der Einreise wog Buitenhuis sogar noch 160 Kilo, doch weder bei seiner ersten Aufenthaltsbewilligung noch bei jährlichen Verlängerungen gab es offenbar irgendwelche Probleme. Am 1. Mai dieses Jahres erhielt das Paar jedoch Nachricht von der INZ: Ihre Arbeitsvisa seien nicht verlängert worden, sie mussten sofort ihre Jobs aufgeben.

Die Begründung: Buitenhuis habe ein "signifikantes Risiko", an mit Adipositas verbundenen Leiden zu erkranken, etwa Diabetes, Fettleber, Krebsarten oder Herzstörungen. Ein Sprecher der Einwanderungsbehörde sagte der neuseeländischen Zeitung "The Press" zufolge: "Es ist wichtig, dass alle Migranten einen akzeptablen Gesundheitszustand haben, um die Kosten für das Gesundheitssystem zu minimieren". Sobald der Body-Mass-Index den Wert von 35 übersteige, schaue die INZ genauer hin, ließ er wissen.

## Neuseeland weist übergewichtigen Einwanderer aus

Ob Albert und Marthie Buitenhuis tatsächlich das Land verlassen müssen, ist aber noch nicht endgültig entschieden. Das Ehepaar hat den Bescheid der Behörde angefochten. Ihr Mann sei doch lediglich ein "Foodie" (in etwa: Leckermaul), sonst habe man sich nichts zuschulden kommen lassen, sagte Marthie laut "The Press". Der Fall liegt nun bei der zuständigen Ministerin. Bis auf weiteres sind die beiden bei der Schwester von Albert Buitenhuis in Auckland untergekommen.

Übrigens: Aus volkswirtschaftlicher Sicht mag das Vorgehen der Einwanderungsbehörde womöglich sinnvoll sein. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht hingegen ist es das zumindest in diesem Fall nicht: Der Ex-Arbeitgeber des Ehepaares, der Manager des Restaurants Cashmere Club in Christchurch, wünscht den beiden jedenfalls viel Erfolg bei dem Versuch, gegen die Entscheidung der INZ vorzugehen. Er sagte "The Press", sie seien "großartige Angestellte" gewesen.

tdo

**Load-Date:** August 12, 2013

---

End of Document

## **Amnesty prangert Europas Asylpolitik an**

Spiegel Online

23. Mai 2013 Donnerstag 7:13 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** JAHRESBERICHT

**Length:** 726 words

**Byline:** Theresa Breuer

**Highlight:** Millionen sind auf der Flucht vor Krieg und Gewalt - doch Europa schotte sich ab, kritisiert Amnesty International. In ihrem Jahresbericht fordern die Menschenrechtler die EU-Staaten und auch Deutschland zum Handeln auf. Sonst könnten noch mehr Menschen sterben.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/amnesty-international-bericht-prangert-folter-und-misshandlung-an-a-901247.html>

### **Body**

---

Hamburg - Die Zahlen sind erschreckend. Zwischen 800.000 und 1,1 Millionen Menschen sind im vergangenen Jahr in 131 Bürgerkriegen auf dieser Welt getötet worden. Allein der Aufstand in Syrien forderte bis Ende Dezember 60.000 Menschenleben. Inzwischen geht die Uno von fast 80.000 Toten aus.

Die Lage in Syrien hat sich laut der Menschenrechtsorganisation Amnesty International in den vergangenen Monaten dramatisch zugespitzt. Doch die EU-Staaten hätten nur 40.000 **Flüchtlinge** aus dem Land aufgenommen - dies kritisieren die Menschenrechtler scharf. "Die EU hält sich da schön zurück", sagt die Generalsekretärin von Amnesty in Deutschland, Selmin Caliskan, zur Vorstellung des am Donnerstag veröffentlichten Jahresberichts der Organisation. Deutschland und die anderen europäischen Staaten müssten die Nachbarländer Syriens, die viele **Flüchtlinge** aufgenommen haben, großzügig unterstützen.

Insgesamt sei die Asylpolitik der EU eines Friedensnobelpreisträgers "unwürdig", bemängelt die Organisation. Die Grenzkontrollen seien weiter verschärft worden und die europäische Staatengemeinschaft schotte sich ab, so Caliskan. Das müsse sich ändern. "Die EU übernimmt bisher keine Verantwortung für Flüchtlinge, deswegen sterben so viele Menschen im Mittelmeer."

In Europa prangerte Amnesty auch die ungarische Regierung an, die mit immer neuen Verfassungsänderungen die Menschenrechte zunehmend einschränke. Künftig solle sogar die "Beleidigung der Ehre der ungarischen Nation" unter Strafe gestellt werden. Amnesty forderte die EU auf, diese Politik zu stoppen. Außerdem solle Deutschland die Abschiebung von Asylsuchenden nach Ungarn aussetzen, weil dort Menschenrechtsverletzungen drohten.

### **Engagement kann lebensgefährlich sein**

Die Liste der Länder, die im vergangenen Jahr gegen Menschenrechte verstoßen haben, ist lang. Insgesamt hat Amnesty International in seinem Bericht für 2012 Verstöße in 159 Staaten untersucht und dokumentiert:

## Amnesty prangert Europas Asylpolitik an

In 112 Staaten wurden Menschen misshandelt und gefoltert. In über 50 Ländern waren Sicherheitskräfte für rechtswidrige Tötungen verantwortlich. 21 Regierungen ließen im Jahr 2012 Menschen hinrichten. In 80 Ländern fanden unfaire Gerichtsverfahren statt. 57 Staaten hielten gewaltlose politische Gefangene in Haft. In 101 Ländern wurde das Recht auf freie Meinungsäußerung unterdrückt. In 36 Staaten fanden rechtswidrige Zwangsräumungen statt.

Sich für Menschenrechte einzusetzen, bedeutet für Aktivisten weltweit noch immer eine Gefahr für das eigene Leben. Einer der bekanntesten Fälle des vergangenen Jahres ist Malala Yousafzai. Die Pakistanerin war auf dem Heimweg von der Schule, als ihr Unbekannte am 9. Oktober 2012 in ihrer Heimat eine Kugel in den Kopf jagten. Entgegen aller Erwartungen überlebte die schwerverletzte 15-Jährige. Später bekannten sich Mitglieder der Taliban zu dem Anschlag. Das "Verbrechen" der jungen Pakistanerin: Sie war in ihrem Blog für das Schulrecht von Mädchen eingetreten.

Heftige Kritik erteilte Russland für seinen Umgang mit in- und ausländischen Nichtregierungsorganisationen. Dort hat das Parlament im vergangenen Jahr beschlossen, dass Organisationen, die politisch tätig sind und Unterstützung aus dem Ausland erhalten, sich künftig als "ausländische Agenten" registrieren lassen müssen. Im März wurden auf Grundlage des neuen Gesetzes Razzien bei mehreren ausländischen NGO durchgeführt, unter anderem bei Human Rights Watch und der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.

Auch Äthiopien, Ägypten und Uganda haben 2012 Gesetze missbraucht, um zivilgesellschaftliches Engagement zu unterdrücken.

**Fortschritte in Malaysia und Singapur**

In einigen Bereichen sieht Amnesty aber auch Fortschritte. Malaysia und Singapur etwa unternahmen im vergangenen Jahr Schritte zur Abschaffung der Todesstrafe. In den USA schaffte Connecticut staatliche Hinrichtungen im April als 17. Bundesstaat ganz ab.

Als positiv bewertet Amnesty auch die Annahme des internationalen Waffenhandelsabkommens. 155 Staaten hatten im April in der Uno-Generalversammlung für einheitliche Standards im Waffenhandel gestimmt. Nur Iran, Syrien und Nordkorea stimmten gegen den Vertrag.

Aufgrund des Abkommens soll künftig stärker überprüft werden, wer Waffenlieferungen erhält und ob Menschenrechtsverstöße mit den Waffen begangen werden. Amnesty hofft, dass so die Gewalt in Bürgerkriegen eingedämmt werden kann.

*Mit Material von AFP*

**Load-Date:** May 26, 2013

**[Russland will Snowden-Befragung in Moskau zulassen;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/russland-will-snowden-befragung-zulassen-a-931448.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/russland-will-snowden-befragung-zulassen-a-931448.html)**

SPIEGEL ONLINE

02. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 399 words

**Highlight:** Können deutsche Vertreter den Whistleblower Edward Snowden ganz offiziell in Moskau befragen? Die russische Regierung will sich zumindest nicht in den Weg stellen. Deutschland könnte so versuchen, einer Konfrontation mit den USA aus dem Weg zu gehen.

## Body

---

Berlin/Moskau - Die russische Regierung will sich offenbar einer Befragung des US-Informanten Edward Snowden durch deutsche Vertreter nicht in den Weg stellen. Snowden befinde sich auf russischem Territorium, habe vorläufiges Asyl erhalten und sei "deshalb frei, sich mit irgendjemandem zu treffen. Wir können ihn daran nicht hindern", sagte der Sprecher von Präsident Wladimir Putin der russischen Tageszeitung "Kommersant".

Allerdings hat Snowden selbst große Vorbehalte gegen eine Vernehmung in Moskau. Politiker von SPD, Linken und Grünen forderten für den Informanten Asyl in Deutschland oder freies Geleit im Fall einer Aussage. Snowden hatte vor Monaten geheime Dokumente zu Ausspähaktionen des US-Geheimdienstes NSA an die Öffentlichkeit gebracht, er wird deshalb von den USA gesucht. Der 30-Jährige bekam befristet bis zum Sommer 2014 in Russland Asyl.

Bei einem überraschenden Treffen mit dem Grünen-Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele am Donnerstag in Moskau hatte er seine grundsätzliche Bereitschaft zur Aussage in Deutschland erklärt, dies aber an Sicherheitsgarantien geknüpft: Deutschland müsste ihm einen Aufenthaltstitel ausstellen.

### Bundesregierung scheut Asylfrage

Snowdens Moskauer Anwalt Anatolij Kutscherena betonte erneut, sein Mandant könne nicht nach Deutschland reisen, ohne in Russland seinen Flüchtlingsstatus zu verlieren. "Wenn ihm dort Zuflucht gewährt würde, wäre dies eine andere Frage", sagte Kutscherena. Die amtierende Bundesregierung zeigte zwar Interesse an den Informationen des früheren US-Geheimdienstmitarbeiters - mit Blick auf komplizierte rechtliche Fragen zu einem Asyl Snowdens in Deutschland denkt sie jedoch eher an eine Vernehmung in Moskau.

Linke-Chef Bernd Riexinger forderte dauerhaften Schutz für Snowden in Deutschland. "Ich bin sehr dafür, dass Snowden bei uns Asyl bekommt und aussagen kann", sagte er der "Mitteldeutschen Zeitung". "Wenn der politische Wille da wäre, wäre das auch kein Problem."

Russland will Snowden-Befragung in Moskau zulassen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/russland-will-snowden-befragung-zulassen-a-931448.html>

Auch Grüne und SPD plädieren für diesen Weg. "Wenn es die Möglichkeit dazu gibt, sollten wir ihn in Deutschland anhören", sagte der frühere SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück der "Welt am Sonntag". Ströbele hatte betont, Snowden verfüge über enormes Wissen und könne in Deutschland viele offene Fragen klären. Aus der Union kamen dagegen zurückhaltende Stimmen zu dieser Variante.

ore/dpa

**Load-Date:** November 15, 2013

---

End of Document



## Amnesty prangert Europas Asylpolitik an

SPIEGEL ONLINE

23. Mai 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND; S. 0; Ausg. 0

**Length:** 745 words

**Byline:** Theresa Breuer

**Highlight:** Millionen sind auf der Flucht vor Krieg und Gewalt - doch Europa schotte sich ab, kritisiert Amnesty International. In ihrem Jahresbericht fordern die Menschenrechtler die EU-Staaten und auch Deutschland zum Handeln auf. Sonst könnten noch mehr Menschen sterben.

### Body

---

Hamburg - Die Zahlen sind erschreckend. Zwischen 800.000 und 1,1 Millionen Menschen sind im vergangenen Jahr in 131 Bürgerkriegen auf dieser Welt getötet worden. Allein der Aufstand in Syrien forderte bis Ende Dezember 60.000 Menschenleben. Inzwischen geht die Uno von fast 80.000 Toten aus.

Die Lage in Syrien hat sich laut der Menschenrechtsorganisation Amnesty International in den vergangenen Monaten dramatisch zugespitzt. Doch die EU-Staaten hätten nur 40.000 **Flüchtlinge** aus dem Land aufgenommen - dies kritisieren die Menschenrechtler scharf. "Die EU hält sich da schön zurück", sagt die Generalsekretärin von Amnesty in Deutschland, Selmin Caliskan, zur Vorstellung des am Donnerstag veröffentlichten Jahresberichts der Organisation. Deutschland und die anderen europäischen Staaten müssten die Nachbarländer Syriens, die viele **Flüchtlinge** aufgenommen haben, großzügig unterstützen.

Insgesamt sei die Asylpolitik der EU eines Friedensnobelpreisträgers "unwürdig", bemängelt die Organisation. Die Grenzkontrollen seien weiter verschärft worden und die europäische Staatengemeinschaft schotte sich ab, so Caliskan. Das müsse sich ändern. "Die EU übernimmt bisher keine Verantwortung für Flüchtlinge, deswegen sterben so viele Menschen im Mittelmeer."

In Europa prangerte Amnesty auch die ungarische Regierung an, die mit immer neuen Verfassungsänderungen die Menschenrechte zunehmend einschränke. Künftig solle sogar die "Beleidigung der Ehre der ungarischen Nation" unter Strafe gestellt werden. Amnesty forderte die EU auf, diese Politik zu stoppen. Außerdem solle Deutschland die Abschiebung von Asylsuchenden nach Ungarn aussetzen, weil dort Menschenrechtsverletzungen drohten.

### Engagement kann lebensgefährlich sein

Die Liste der Länder, die im vergangenen Jahr gegen Menschenrechte verstoßen haben, ist lang. Insgesamt hat Amnesty International in seinem Bericht für 2012 Verstöße in 159 Staaten untersucht und dokumentiert:

## Amnesty prangert Europas Asylpolitik an

In 112 Staaten wurden Menschen misshandelt und gefoltert. In über 50 Ländern waren Sicherheitskräfte für rechtswidrige Tötungen verantwortlich. 21 Regierungen ließen im Jahr 2012 Menschen hinrichten. In 80 Ländern fanden unfaire Gerichtsverfahren statt. 57 Staaten hielten gewaltlose politische Gefangene in Haft. In 101 Ländern wurde das Recht auf freie Meinungsäußerung unterdrückt. In 36 Staaten fanden rechtswidrige Zwangsräumungen statt.

Sich für Menschenrechte einzusetzen, bedeutet für Aktivisten weltweit noch immer eine Gefahr für das eigene Leben. Einer der bekanntesten Fälle des vergangenen Jahres ist Malala Yousafzai. Die Pakistanerin war auf dem Heimweg von der Schule, als ihr Unbekannte am 9. Oktober 2012 in ihrer Heimat eine Kugel in den Kopf jagten. Entgegen aller Erwartungen überlebte die schwerverletzte 15-Jährige. Später bekannten sich Mitglieder der Taliban zu dem Anschlag. Das "Verbrechen" der jungen Pakistanerin: Sie war in ihrem Blog für das Schulrecht von Mädchen eingetreten.

Heftige Kritik erntete Russland für seinen Umgang mit in- und ausländischen Nichtregierungsorganisationen. Dort hat das Parlament im vergangenen Jahr beschlossen, dass Organisationen, die politisch tätig sind und Unterstützung aus dem Ausland erhalten, sich künftig als "ausländische Agenten" registrieren lassen müssen. Im März wurden auf Grundlage des neuen Gesetzes Razzien bei mehreren ausländischen NGO durchgeführt, unter anderem bei Human Rights Watch und der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.

Auch Äthiopien, Ägypten und Uganda haben 2012 Gesetze missbraucht, um zivilgesellschaftliches Engagement zu unterdrücken.

**Fortschritte in Malaysia und Singapur**

In einigen Bereichen sieht Amnesty aber auch Fortschritte. Malaysia und Singapur etwa unternahmen im vergangenen Jahr Schritte zur Abschaffung der Todesstrafe. In den USA schaffte Connecticut staatliche Hinrichtungen im April als 17. Bundesstaat ganz ab.

Als positiv bewertet Amnesty auch die Annahme des internationalen Waffenhandelsabkommens. 155 Staaten hatten im April in der Uno-Generalversammlung für einheitliche Standards im Waffenhandel gestimmt. Nur Iran, Syrien und Nordkorea stimmten gegen den Vertrag.

Aufgrund des Abkommens soll künftig stärker überprüft werden, wer Waffenlieferungen erhält und ob Menschenrechtsverstöße mit den Waffen begangen werden. Amnesty hofft, dass so die Gewalt in Bürgerkriegen eingedämmt werden kann.

Mit Material von AFP

**Load-Date:** May 31, 2013

## 45 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht

SPIEGEL ONLINE

19. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 351 words

**Highlight:** So viele **Flüchtlinge** gab es zuletzt vor 18 Jahren: 45 Millionen Menschen weltweit fliehen vor Krieg, Naturkatastrophen und Vertreibung. Durch den Bürgerkrieg in Syrien dürfte die Zahl in diesem Jahr noch weiter steigen.

### Body

---

Genf - Ganz Spanien auf der Flucht. Oder mehr als die Hälfte der Einwohner Deutschlands. 45,2 Millionen Menschen lebten Ende 2012 als **Flüchtlinge**, erklären die Vereinten Nationen in ihrem Jahresbericht zum Weltflüchtlingstag an diesem Mittwoch.

Das ist der höchste Stand seit Mitte der neunziger Jahre, als die Kriege in Ex-Jugoslawien und der Völkermord in Ruanda unzählige Menschen in die Flucht trieben. "Diese Zahlen sind wahrhaft alarmierend", sagt António Guterres, Uno-Hochkommissar und Leiter des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen (UNHCR).

In diesem Jahr dürften sie noch weiter steigen: Allein wegen des Bürgerkriegs in Syrien rechnet die Uno für 2013 mit Millionen neuer Flüchtlinge. "Syrien löst sich als Zivilisation auf mit fast der Hälfte seiner Bürger in Abhängigkeit von Nothilfe", warnte UNHCR-Chef Guterres. Bis Ende des Jahres könnten mehr als 10 Millionen Syrer Flüchtlinge im eigenen Staat oder im Ausland sein.

Allein im zurückliegenden Jahr sind 7,6 Millionen Frauen, Männer und Kinder aus ihren Heimatorten geflohen. Das bedeute "ein neuer Flüchtling alle 4,1 Sekunden", haben Uno-Statistiker ausgerechnet. Die meisten von ihnen - 6,5 Millionen - fanden notdürftig Zuflucht innerhalb ihres Heimatlandes. Dort sind sie allerdings ebenso auf internationale Hilfe angewiesen wie jene, die sich über Grenzen geschleppt oder die Flucht in überfüllten Booten riskiert haben.

Deutschland hat die Aufnahme von 5000 Syrern versprochen. Manche kritisieren das als zu wenig. Doch der Uno gilt selbst diese Zusage als vorbildlich. Man hoffe, dass andere westliche Länder dem deutschen Beispiel folgten, sagte UNHCR-Sprecher Adrian Edwards.

Dass die Bundesrepublik mehr tut als vergleichbare Staaten, zeigt auch der neue Uno-Flüchtlingsbericht: Deutschland steht in der Liste der Aufnahmeländer nach Pakistan und dem Iran mit fast 590.000 Flüchtlingen an dritter Stelle. Bei der Zahl neuer Asylanträge lag die Bundesrepublik 2012 mit 64.500 gleich hinter dem Spitzenreiter USA (70.400) und vor Südafrika (61.500) und Frankreich (55.100).

ade/dpa

45 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht

**Load-Date:** July 12, 2013

---

End of Document